

Gegen die Alters-Diskriminierung kämpft Prof. Roland Günter (84): Meine Bürgerinitiative Nr. 151.

Kafka 1.

Eine ganz gewöhnliche Straße im Ortsteil Ost. Morgens um 10 Uhr. Frau Margarethe Merkstei, 67, fährt zum Wochenmarkt. Ihr Auto ist ein Gebrauchswagen, Opel, vor einem Jahr gekauft. Sie sieht im Rückspiegel einen Polizei-Wagen. Sie fährt ruhig. Achtet besonders auf die Ampel. Bremst schon früh. Versucht wie immer nicht rüber zu huschen. Sagt sich, davon habe ich nichts, geht auf Nummer sicher. Nach zwei Kilometern an der übernächsten Kreuzung verschwindet der Polizeiwagen nach rechts.

In der nächsten Woche findet sie im Briefkasten ein Schreiben der Stadt/Führerschein-Amt. Wir haben Ihre unsichere Fahrweise beobachtet. Sprechen Sie bitte bei uns vor. Frau Margarethe denkt: Das war ja ein sehr freundlicher Gruß. Beim Abendbrot, wenn ihr Mann Gottfried zurück gekehrt ist, diskutieren sie besorgt über den Brief.

Kafka 2.

Eine ähnliche Szene. Walter Wertfeld wird aus dem Verkehrsstrom heraus gewunken und hält hinter dem Streifenwagen. Allgemeine Verkehrs-Kontrolle. Bitte zeigen Sie Ihren Führerschein und den Fahrzeugschein! Der Beamte vertieft sich – so sieht es aus – in die langsam überreichten Papiere, ohne einen Blick zu Herrn Wertfeld. Er reicht sie seinem Kollegen ins Polizei-Auto. Ihren Ausweis bitte! Ist was? fragt Herr Wertfeld. Schweigen. Herr Wertfeld fühlt sich verunsichert. Nein, sagt der Polizist, Ihre Papiere sind in Ordnung. Wertfeld sieht im Rückspiegel, den nächsten angehaltenen Wagen und einen alten Mann.

Kafka 3.

Ein Schreiben vom Amt. Bitte sprechen Sie vor. Bürozeiten jeden Werktag von 9 bis 16 Uhr.

Herr Wertfeld, Sie sind 65 Jahre. Sind Sie schon Rentner? Ja, seit zwei Wochen. Wir haben beobachtet, daß Ihre Fahrweise unsicher ist. Seit wann haben Sie den Führerschein. Seit 45 Jahren. Unfälle? Nein. Punkte in Flensburg? Irgendwann 2 – aber die sind schon wieder gelöscht. Warum haben Sie mich herbestellt? Das hörten Sie bereits. Geht das denn so einfach, jemanden so mir nichts dir nichts anzuhalten, wenn nichts gewesen ist. Das geht immer – Anlasslose Kontrolle. Dies ist unsere Aufgabe. Ich werde meinen Anwalt fragen. Tun Sie das! Alles legal. Wirklich?

Kafka 4.

Frau Silvia Karthaus. Ähnliche Szene. Sie fragt den ersten Streifen-Beamten. Antwort: Das ist unser Dienst. Was habe ich denn getan? Unsichere Fahrweise. Nach der Ampel nicht sofort beschleunigt. Sie halten den Verkehr auf. Sie sehen doch, wie dicht er ist. Die Leute wollen

zur Arbeit. Aber drei Sekunden machen doch nichts aus. Wir können es hier auf der Straße nicht jedem erklären. Wir sorgen für flüssigen Verkehr. Ist gut. Auf dem Führerschein steht Ihr Jahrgang? 74 Jahre. Müssen Sie in diesem Alter noch in den Verkehr? Wollen Sie nicht lieber zu Hause bleiben? Oder ein Taxi nehmen.

Die kurze sachliche Einladung per Schreiben wie gehabt. Ob die Grüße freundlich sind, fragt sie nach dem Lesen. Sie hat ein mulmiges Gefühl. Es bleibt. Sie schläft unruhig-

Im Amt steht in der Akte, die ihr nun gewidmet ist, die Notiz. Die Frau widersprach. Wollte eine ausufernde Erklärung haben. Achtung: Keine Einsicht. Diese Notizen bekam Frau Karthaus nicht zu Gesicht.

Kafka 5.

Der Briefträger liefert eine anonyme Sendung ab: Drinnen liegen drei Bücher von Franz Kafka, der 1883 bis 1924 lebte. Ein Zettel lag dabei – mit drei Buchstaben: MPU. Die Beamten schüttelten ratlos die Köpfe. Wer ist zuständig? – So was liest hier keiner. – Wer hat Abitur? – Haben wir nicht gehabt. – Krauses Zeug! - Polizeikommissar Wilacher sagt, wahrscheinlich will uns jemand verhöhnen. – Möglich. – Gibt es mal nach oben, der Chef wird besser bezahlt, soll sehen, wie er damit zurecht kommt. – Okey, geht zum Präsidenten. – Und dann? – Gelächter: Papierkorb.

Kafka 6

Dr. Wolfgang Martin ist habilitierter Professor in der Universität, Fakultät für Mentalgeschichte und Mental-Forschung. Auch er wird auf der Straße angehalten. Er murmelt „Every year the same - Prozedur.“ Der Polizist schweigt. Die Papiere werden in den daneben stehenden Wagen gereicht. Der Polizist telefoniert. Der Professor kennt dies: Es gehört zum Verhaltens-Instrumentarium: das macht die Arbeit einfacher, erspart angeblich Diskussionen, schafft Respekt.

Herr Martin wendet sich seinem Beifahrer zu. Na, was denken Sie? – Gib jemandem eine Uniform oder ein Amt und er wird Tag um Tag vor allem damit beschäftigt sein, Uniform und Amt vorzuführen. – Der Student, der hinter Martin sitzt, meint ironisch: Mit dieser Performance ist er mehr beschäftigt als mit der Sache. – Was ist denn hier gerade Sache? fragt er den zurückgekehrten Polizisten. – Allgemeine Verkehrskontrolle. – Wozu? - Schweigen. – Ich würde gern wissen, wozu das dient. – Das werden Sie erfahren. – Bitte, jetzt. Schweigen. Dann Weiterfahren! – Huch, ein Ausrufezeichen. So einfach kann man erfahren, was Sache ist. – Ich weiß immer noch nichts, sagt sein Mitstudent. – Prof. Martin: Ihr könnt hier Mehrschichtigkeit lernen. – Der Beifahrer singt leise etwas. – Mozart. Zauberflöte. Das ist der Teufel sicherlich. Zweite Stimme: Habt Mitleid.

In der nächsten Woche erhält Prof. Martin ein Schreiben: Wir haben gesehen, wie unsicher Sie fahren. Ob Sie geeignet sind für den Verkehr möchten wir feststellen lassen. Bitte suchen Sie uns im Rathaus auf!

Kafka 7.

Drei junge Leute, geschätzt 16 bis 20, stehen am Straßenrand. Ein Streifenwagen hält. Papiere! Keine Regung. Wird's bald? Keine Regung. Los, machen Sie schon. Das dürfen Sie nicht. Das tun wir aber. Ich hab doch gehört, Sie sind mein Freund und Helfer. Manchmal – aber nicht hier. Haben wir etwas getan? Wir sind nicht zu Auskünften verpflichtet. Wir notieren uns Ihre Anschriften. Sie erhalten ein Schreiben. Mach dir nichts daraus – das ist bloß Einschüchterung, von wegen der Demo letzte Woche. Sie sind hier nicht gefragt worden. Ich hab nichts getan, ich darf doch wohl jetzt reden. Ich warne Sie, machen Sie

keinen Widerstand! Was ist hier Widerstand? Wir haben für Ordnung zu sorgen. Ordnung? Der große Missbrauch. Letzte Warnung, sonst untersuchen wir mal auf der Wache, aus welchem Milieu Sie kommen. Und Sie? Die Polizei hat eine Geschichte – nicht immer die beste. Fritz, wir nehmen den Anführer erstmal mit – dann klären wir das.

Aus dem Wagen, der gerade hinzu gekommen ist, steigt ein Mann in ziviler Kleidung, zeigt seine Marke. Walter, das ist hier wie im Tatort. Ne, wie damals an der Zonengrenze, wenn wir zu Oma fahren. Na gut, ich hab Zeit, heutzutage findet man die Abenteuer sehr einfach - am Straßenrand. Jungs, wir sehen uns heute Abend.

Unerklärlich, sagt einer der Jungen. Du wirst schon sehen, antwortet der Polizist. Er schreibt die Personalien auf. – He he! das dürfen Sie nicht! – Doch, ich darf noch viel mehr. – Ich kann Sie erstmal festsetzen. Also los, Personalien, das geht schnell und dann sind wir quitt!

Kafka 8.

Vorlesung und Seminar. Prof. Martin Gesellschaftswissenschaften. – Ich hab das verpasst, sagt die Studentin, erzähl mir mal in Stichworten die Zusammenfassung. – In Jahrtausenden haben sich in menschlichen Gruppen und Großgruppen nach einem simplen Modell Anführer und Angeführte heraus gebildet. – Ja, auch Angeführte. – Lach nicht, daß dies nicht nur gut war, haben manche Leute schon früh begriffen. Die Kriege untereinander veranlassten, daß Menschen sich jeweils die Stärksten herausuchten und zu Führern bestimmten. Sie kriegten nun Macht in die Hand. Mit Eroberungen schufen sie Besitz. Auch mit Preisen für jegliche Weise des Siegens. Sie teilten hierarchisch zu – mehr oder auf der anderen Seite weniger. Dies spitzte sich immer mehr zu. Aber es zerbröselte auch immerzu – durch Widerstände. Interne Ungereimtheiten. Versagung von Gehorsam. Wer Macht hatte, war nahezu ausschließlich damit beschäftigt, Macht zu erhalten und zu behalten. Und viele waren erfinderisch.

Wie entwickelte sich das weiter? fragt die Studentin. – Ja. Gegen die Macht opponierten soziale, kulturelle und künstlerische Bewegungen. Sie sprachen von Zähmung der Macht. – Sagen wir: Zivilisierung der Macht. Aber Macht lernt auch, sich zu tarnen . . .

Die Studenten diskutieren. Prof. Martin kommt dazu: Damen und Herren, denken Sie auch daran, daß Macht genauso wenig verschwindet wie die Corona Pandemie. Und sie ist wie ein Chamäleon. Sie nimmt immer wieder etwas verwandelte Gestalt an. Sie schiebt die Exekutionen in weitere Hände. Zum Beispiel hat in den 1920er Jahren die bürgerliche Rechte das Bauhaus angefeindet und schließlich zerstört - die Nazis waren überall die Hinrichter-Kommandos.

Aber Herr Professor, in der Republik, bei uns, das wird uns in allen Fest-Ansprachen blumig vorgeführt, es sei doch alles in Ordnung – in Regeln gefasst, wie sagt man: rechtstaatlich organisiert. – Was meinen Sie, wann der wilhelminische Obrigkeitsstaat zu Ende gegangen ist? – 1918. – Und dann? Gab es die heftigsten Kämpfe zwischen allerlei Leuten und Gruppen, ihn wieder aufzurichten. Die Weimarer Verfassung wurde unterlaufen, die Institutionen korrumpierten – das Ende kennt jeder. – Und 1945. Eine wunderbare Verfassung. Aber die Apparate waren durchsetzt von alten Nazis – eine lange und schmerzliche Geschichte. – Kann man sagen: Wir haben nach der Verfassung eine Demokratie, aber es fehlen uns noch sehr viele Demokraten? Ist die Raffinesse des Gesetzesbrechens und der Herrschaft nicht sehr erfinderisch? – Ich sähe es gern, wenn Sie, Herr Kommilitone, die folgende Vorlesung zur gesellschaftlichen Entwicklung halten würden . . .

Und Kafka? – Er hat beschrieben, wie sich im Nebel – im kaum Greifbaren – geradezu Systeme und mit ihnen Verhaltensweisen entwickeln.

Ich präsentiere Ihnen einen Fall, der mehr ist als einem Kollegen von mir zugestoßen war:

es geht um einen breiten Teil der Gesellschaft. Daran können Sie lernen, was Gesellschaftlichkeit ist und was es in vielen konkreten Feldern zu tun gibt, wenn wir eine demokratische Gesellschaft haben wollen.

Möchten Sie sagen, daß wir sie nicht haben? – Wenn sie unsere Gegenwart im Land mentalgeschichtlich analysieren, zeigt Ihnen der Fall, daß wir in wichtigen Bereichen - da geht es um die älteren Generationen, d. h. auch um die Zukunft von Euch, die es irgendwann ebenfalls trifft, da geht es darum, daß wir noch tief in der wilhelminischen Obrigkeit-Gesellschaft stecken. Das Beispiel zeigt, wie sie agiert, Macht ausübt . . . - . . . sagen Sie ruhig, wie sie vergiftet und verdirbt.

Zur Bedeutung älterer Menschen.

Alte Menschen sind genau so Menschen wie junge und „mittelalterliche.“ Sie haben die gleichen Rechte – besonders auf Würde.

Aber in der Gesellschaft geht es noch sehr oft ungleich zu. Vor allem werden in vielen Köpfen Ältere herabgesetzt - der Sprecher merkt selbst oft nicht, wie er diskriminiert. Manchmal werden ältere wie „unbrauchbar gewordene Fußballer“ behandelt, wie Leute, die nichts mehr für die Arbeitswelt „leisten,“ in vielerlei Weise abgeschoben sind. Demgegenüber ist die Wertschätzung von Lebens-Leistungen für viele Noch-nicht-Ältere kein Thema.

Alten Menschen werden oft Ketten angelegt. Man träumte mal davon, Ketten abzulegen und stellte es unter den Ruf nach Freiheit. Die Ketten in vielerlei Hinsicht sollen auch Ältere ablegen.

Die Diskriminierungen machen Angehörige jüngerer Generationen, die nicht daran denken, daß sie auch mal alt werden.

Die Gesellschaft muß an ihrer Zivilisiertheit arbeiten. Sie hat jedoch teilweise im Hinblick auf das Alter noch wenig Sensibilität.

Arbeit ist ein hoher Wert. Also auch Arbeitsfähigkeit. Aber neben der Arbeit gibt es weitere Werte und Zeiten, die mit Erwerbsarbeit nichts zu tun haben.

Ora et labora ist eine anthropologische Aussage: Es gibt einen spirituellen Bereich und die Arbeit.

Kinder kann man nicht primär mit der Kategorie Arbeit behandeln. Kinder sind erstmal Werte, Vater und Mutter sein, gehört dazu – dafür wird man nicht wie eine Arbeit bezahlt, hier gibt es andere Werte als in der Erwerbsarbeit. Erst in zweiter Linie gibt es Arbeit: sie zu versorgen, sie zu bewahren.

Wenn ältere Menschen aus der Erwerbsarbeit aussteigen, gibt es oft die Gefahr, daß sie als zweitrangig eingeschätzt werden - mit vielen Folgen, die traurig machen, weil sie mehr oder weniger diskriminieren. Sie reduzieren oder entziehen Wertschätzungen, die in einer Zivil-Gesellschaft wichtig sind.

Der konkrete Fall einer Alters-Diskriminierung.

Ich bin im Jahr 1936 geboren. Einmal war ich viele Jahre lang sehr jung, dann nur noch jung, dann jugendlich, dann längere Zeit in einem Zwischen-Alter als Student. Es folgten Jahre der Arbeit im Beruf, Erfolge, Ansehen, eine gewisse Berühmtheit. Mit 65 Schluß mit

den Berufspflichten als Hochschullehrer. Aber weiter in Arbeit – sogenannte freiberufliche. Als Wissenschaftler und Schriftsteller arbeitete ich – fast immer ohne Entgelt – gern und engagiert an Projekten.

Es waren viele. 60 Bücher. 150 Bürgerinitiativen.

Ich hätte nicht für möglich gehalten, was ich dann – 2018 bis 2020 - erlebte.

Von Kind an hatte ich Vorstellungen von Wahrheit, Ehrlichkeit, Recht und Unrecht, Rechtsstaatlichkeit, von Polizei, Behörden und Gerichten im Kopf, die ich in einer mittelständischen Familie und in mittelständischem Milieu gelernt hatte. Schule, Hochschule und Medien verstärkten diese Bilder.

Sie machten uns glauben, daß sie selbstverständlich für alle sind – und daß sich alle daran halten. Dies ist ein guter Glaube. So kann eine Gesellschaft gut funktionieren. Das meine ich – und war gutgläubig.

Aber ist dies wirklich sogenanntes Allgemeingut? Funktioniert es verlässlich in dieser Weise? Haben es die Menschen, die in Institutionen wie Polizei, Behörden und Gerichten so ähnlich ebenfalls im Kopf? Kann sich der Bürger, der klassische Citoyen, darauf verlassen? Man sagt ihm, er soll es – aber werden Versprechen gehalten?

Ich habe im Studium und anschließend sehr viel Sozialwissenschaften studiert. Darin geht es um Analysen von Lebens-Verhältnissen. Hinzu kamen viele Studien der Geschichte. Ich denke, daß ich damit und mit sehr vielen konkreten Erfahrungen viel gelernt habe. Dazu gehört: Das Leben ist vielschichtig.

Einfach ist nicht immer einfach

Der Fall, von dem dieses Buch ausgeht, ist scheinbar ganz einfach. Ich verlasse für die Schilderung die Ich-Form des Erzählens und spreche von einer Person, die ich „den Professor“ nenne.

Der Professor kommt von der Arbeit. Er parkt in seiner Wohnstraße sein Fahrzeug, einen kleinen Fiat Punto. Dann geht er zu seiner Wohnung. So weit das einfache Geschehen – nennen wir es die einfache Wahrheit.

Gesellschaftsspiel: ein Fake anhängen

Gleich kommt im Fernsehen die Übertragung eines Fußballspiels der Weltmeisterschaft. Der Professor erwartet seine Tochter und seinen Schwiegersohn. Es schellt. Aber vor der Tür stehen zwei Polizisten und eine Polizistin. Der Professor ist überrascht. Er kann sich nicht vorstellen, daß sie etwas mit ihm zu tun haben – er hat das gute Gewissen, um das er sich nach bürgerlicher Erziehung und in seinem Milieu immer bemüht hat. Ist etwas in der Siedlung Eisenheim geschehen, die er gerettet hat und wo er seit 40 Jahren lebt? Bei Nachbarn?

Nein. Es geht um ihn selbst. Der Sprecher der drei Polizisten sagt: Sie haben beim Einparken den Wagen hinter Ihrem Wagen gerammt.

Der Professor ist verduzt. Das kann nicht möglich sein. – Doch! – Ich habe so sorgsam wie immer eingeparkt. – Nein! Sie haben ihn angestoßen. Wir haben drei Zeugen. Sie riefen uns an: „Alter Mann beim Parken auf den Nachbar nach hinten aufgedonnert.“ – Der Professor sagt: Ich hatte noch niemals eine Einpark-Kollision. – Die Zeugen haben einen Knall gehört. Dann riefen sie uns an. – Das behaupten sie. Aber ist das wahr? Ich habe ein gutes Gehör. Es gab keine Kollision und folglich keinen Knall. – Doch, wir haben drei Zeugen, die es beobachtet haben.

Ich habe natürlich auch die Phantasie, mir vorzustellen, daß die Polizei es im Alltagsleben mit vielerlei Leuten zu tun hat, die erstmal Vorwürfe bestreiten. Was machen Polizisten dann?

Es wird gesagt: Sie ermitteln. Das hält der mittelständige Bürger wie der Professor, der ja

auch in seinen Wissenschaften ständig am Ermitteln ist, für eine normale Tätigkeit.

Er sagt: Ich bin sicher, daß ich korrekt eingeparkt habe. – Der Polizei-Sprecher: Wir ermitteln rundum. Der Professor: Dann bitte ich darum, daß sie auch der Unschulds-Vermutung nachgehen.

Dies ist einer der Knackpunkte der folgenden Geschichte. Wenn alte Leute ihren Führerschein abgeben sollen, was ist denn da geschehen? Das kann spannend sein. Und was geschieht dann? Wie gehen die Instanzen damit um.

Ermitteln die Polizisten wirklich rundum?

Die erste Lüge der Polizei

Im Fall des Professors behauptet die Polizei, sie habe mit einem besonderen Verfahren an beiden Fahrzeugen Spuren entdeckt und abgenommen. Dies konnte niemand, der sich kurz danach beide Fahrzeuge ansah, entdecken. Der Professor wartete gespannt auf das Beweis-Material. Dann wurde jedoch zu keiner Zeit auch nur das Geringste an Beweis-Material vorgelegt. Aber in der Folge immer wieder raffinierten Andeutungen weiter behauptet – weil die Polizei sonst nichts in der Hand hatte.

Es handelte sich also um eine Lüge der Polizei. Dazu gab es keinerlei Erklärung der Polizei. Der Professor hatte den Eindruck, daß die Polizei sich unnahbar macht, um nicht minimal in Gespräche verwickelt zu werden. Er erinnert sich an seine Adorno-Lektüre, eine Untersuchung über autoritäre Charaktere und ihre Verhaltensweisen.

Zweitens: Der Professor bat den Nachbarn, Herrn Bach, sofort am nächsten Tag, seinen Wagen in die Werkstatt zu bringen, um zu untersuchen, ob es einen Unfall gegeben habe und was dazu feststellbar sei. Die Werkstatt teilte ihm dann mit: Es gab keinen Unfall.

Der Professor teilte dies unmittelbar der Polizei mit. Der Fall schien also klar zu sein: alles korrekt. Nicht jedoch die Polizei: Es war dann jedoch nicht zu erkennen, daß es in die Ermittlungen einging. Ist das korrekt?

Die Schlampigkeit der Ermittlungen

Wir müssen rundum ermitteln, sagt der Polizeihauptkommissar. Der Professor sagte: Es hat doch gar nichts stattgefunden.

Das war schon zu viel. Von jetzt an behaupten die Behörden, der Bürger Professor sei uneinsichtig. Uneinsichtigkeit schreibt man gewöhnlich alten Leuten zu. So einfach kann man Vorurteile nähren und mit ihnen die eigenen Vorteile bzw. Erfolge fördern – wenn man jemanden vor sich hat, der sich nicht wehren kann. Die Polizei läßt offensichtlich erstmal keinen Bürger etwas sagen – bringt ihn zum Schweigen. In einer Demokratie? Mit dem Ritual des harschen Auftretens. Da muß er sich denken, was dann tatsächlich geschieht: Wer immer er ist, er hat keine Widerrede zu machen, er hat keine Einsicht – er wird Einsicht lernen – auch daß das Fake kein Fake ist, weil wir es als Tatsache haben wollen.

Wir werden im Verlauf der Geschichte kennen lernen, was an Arsenal Behörden auffahren, wenn sie ihre Opfer einmal im Visier haben, das kann schnell gehen – hier genügte ein Satz. Das Arsenal führt dazu, daß die Opfer sich so wenig wie irgend möglich wehren können. Dabei bleiben unweigerlich Fairneß, Transparenz, die mühsam erworbene Verfassungsgleichheit des Bürgers, seine Augen-Höhe, auf der Strecke.

Der alte Professor sagt: Rundum ermitteln! – das verstehe ich, das wünsche ich auch, aber dazu gehört auch die „Unschulds-Vermutung. Ich habe beim ersten Zusammentreffen bereits darauf aufmerksam gemacht – das war normal und mein Recht. Die Polizei müsste auch die Option einbeziehen: Es kann auch sein, daß gar kein Zusammenstoß stattgefunden hat.

Die Tatsachen zeigen: Es gab kein Rund-um-Ermitteln. Die Unschulds-Vermutung wurde immerzu an die Seite geschoben – mit Schweigen übergangen.

Der Professor hatte das Gefühl, daß es um eine Jagd ging: Es gab nur ein Ziel – das Wild, das Ergebnis, der Tätigkeits-Nachweis, der Erfolg. Dabei wurde das Einfachste ausgelassen. Es entstand eine Kette von Fehlern, die – weil man nicht rundum schauen wollte - sich gegenseitig immer mehr verstärkten.

Falsche Anschuldigung - und wie damit umgegangen wird

Wenig später stellte der alte Professor drei Strafanzeigen gegen die sogenannten drei Zeugen wegen bewusst falscher Anschuldigung. Das Ergebnis ließ einige Zeit auf sich warten. Schließlich teilte der Staatsanwalt nur lakonisch mit, er habe das Verfahren eingestellt. Die erste Person erhält mit einem kurzen Schreiben die Mitteilung, daß das Verfahren eingestellt ist. Von den weiteren zwei Personen erfährt man nichts mehr. Auch dem Professor wird dies mitgeteilt. Es hatte sich aus einem riesigen Apparat niemand mehr darum gekümmert, ob man seinem Nachbarn „so einfach“ etwas anhängen dürfe.

In Schreiben des Staatsanwalts war nur einer der Zeugen genannt. Aber es wurden doch von der Polizei mündlich abends und auf dem Formular drei Zeugen behauptet?

Der Professor hatte erwartet, daß der Staatsanwalt diese drei verhören würde und dabei heraus bekäme, ob sie die Wahrheit gesagt hätten - oder was auch immer? Autoritäten scheinen vom Schweigen leben zu wollen. Der Professor erinnert sich an seine Lektüre des berühmten Schriftsteller Franz Kafka.

Der Professor bekam bald zu spüren, daß es der Staatsanwaltschaft ebenso wie der Polizei gar nicht daran lag, hier aufzuklären.

Als der Professor viele Leute zu diesem Thema befragte, fand er heraus: Davor schützt dich keiner. „Au, Mann,“ sagte er, „ich hatte gedacht . . .“

Umgang mit einer Bagatelle

Es lag also nichts vor. Das mußte die Polizei merken. Ein Fake ist ein Fake. Das sagt die Logik. Was zum Teufel hat sie dann noch mit einem Fake zu tun? Mit einem Nichts? Aber was macht die Polizei? Und später ebenso die Behörde? Beide tun so als sei das Fake kein Fake, sondern die Wahrheit.

Man kann lesen, sie habe zu wenige Leute. Sie bekäme nicht einfach Nachwuchs. Sie sei überbelastet. Stimmt das? Der Fall zeigt, wie Polizei sich mit einem Nichts engagiert. Oder war da noch etwas Anderes? Was denn?

In vielen Ländern hätte man in einem so eigentümlichen Fall einfach die Akte geschlossen. Es gab keinen Schaden – weder vom Professor noch meldete sich die Auto-Versicherung vom Nachbarn Bach. Es gab auch kein Bußgeld – für niemanden. Denn es gab keine Spur für die Behauptung eines Zusammenstoßes.

Selbst wenn etwas gewesen wäre, hätten die Versicherungen untereinander rasch und unauffällig den Schaden beglichen und die Polizei dem Verursacher ein „Knöllchen“ zugeschickt. Aber es gab nichts – nichts - nichts.

Es wird jedoch ein Fall entstehen, der aus dem Nichts sehr viel Unsinn entwickelt. Das Nichts wird zum Etwas und dann zum Viel und schließlich mit Folgen die in zwei Leben einschneiden – das ist der zweite Knackpunkt des Falles.

Man müßte an dieser Stelle zu Kleist und Kafka greifen. Sie setzen sich mit den existenziellen Abgründen, die sich auftun, auseinander.

Offenkundig ist: Die Polizei bewegt sich nicht in der sachliche Ebene, sondern betreibt etwas anderes. Was ist das? Es wird sich im Laufe des weiteren Verfahrens heraus stellen.

Neues zum Fall des gefakten Unfalls

Vorab:

ich habe mit den drei sogenannten Zeugen (deren Zeugenschaft ich bestreite) keinen Kontakt aufgenommen und nicht gesprochen, damit ich nicht der Zeugenbeeinflussung beschuldigt werden kann.

In der Hauptsache:

Ich habe heute Nachmittag mit dem Besitzer des angeblich beschädigten Wagens (Marke Ford), mit Herrn Bach, gesprochen. Wir begegneten uns zufällig auf dem Wohnweg in Eisenheim. Zeuge des Gesprächs: Dipl. paed. Janne Günter (Werrastraße 1).

Herr Bach sagte, er habe den Vorfall nicht gesehen, auch nichts sehen können, weil er zur angegebenen Zeit vor seinem Haus Werrastraße 6 Südseite saß.

Ich fragte ihn, ob sein Wagen einen Schaden habe. Er sagte sehr deutlich und mehrfach. Nein, nichts. Alles in Ordnung.

Ich fragte, ob er mit dem Wagen in der Werkstatt war. Er sagte: Ja, vorsorglich. Aber die Mechaniker haben nichts gefunden. Nicht das Geringste.

Er sagte weiter: Aber selbst wenn sie eine Schramme gefunden hätten, hätte mir das nichts ausgemacht, denn es gibt immer mal wieder eine Schramme und das Auto ist ja nicht für das Wohnzimmer gemacht.

Ich sagte ihm meine Version: Ich habe korrekt geparkt, ich habe Ihr Fahrzeug überhaupt nicht berührt. Es konnte also auch nichts am Fahrzeug sein.

Meine Aussage ist nun auch durch die Aussage von Herrn Bach gestützt.

Herr Bach wunderte sich über die Annahme der drei sogenannten Zeugen. Er meinte, es seien junge Leute, vielleicht ist ihnen die Sache als ein Jugendstreich eingefallen.

Tatsache ist nun: Es gibt keinen Schaden.

Es gibt keinen Geschädigten.

Folge müsste sein – wenn Logik etwas wert ist -, daß alle Vorwürfe in sich zusammen fallen, vor allem der Vorwurf der Fahrerflucht.

Der Bubenstreich

Für den Professor gab es nur eine Erklärung für die drei Zeugen: Das waren zwei Männer und eine Frau in prekären Verhältnissen, die ihre Pubertät noch nicht hinter sich gelassen hatten, der Professor weiß nicht, in welcher Arbeits-Tätigkeit sie gelandet waren. Die Frau deutsch, die Männer mit Migrations-Hintergrund. Angeführt wurde die von der deutschen Frau, die beiden Männer machten wohl einfach nur mit, man kann sich einiges dazu denken.

Junge Leute aus der Nachbarschaft. - Aus irgendeinem nicht erschließbaren Grund, vielleicht auch nur aus Langeweile, dachten sich wahrscheinlich einen Streich für den Professor aus. Die Frau hätte ihn kennen müssen, die Männer eher nicht. Auf dem kleinen

Telefon, das jeder in der Tasche hat, konnten sie mal soeben die Nummer der Polizei drücken, anrufen, die Denunziation reinlügen und sich dann amüsieren, wie rasch die Polizei kommt. Sie kam, ganz schnell, nach 10 Minuten, mit drei Polizisten – zu einem harmlosen Professor. Und dies in einer Zeit, wo alle ins Fernsehen starren – und im Länderspiel auf ein Tor warten. Die Deutschen waren hoch überlegen – aber brachten kein Tor zustande.

Ein Polizei-Beamter, den der Professor nach einiger Zeit zufällig traf, erzählte dem erstaunten Gelehrten, den er vielleicht für weltfremd hielt, daß es häufig solche Streiche gibt, überall. Polizei anrufen. Amusement auf Kosten von Betroffenen.

Der Professor sagte: Die Ermittler müssten eigentlich die Milieus kennen, sie könnten so etwas wissen und in ihre Ermittlungen einbeziehen.

Gute und schlechte Nachbarschaft

Der Professor hatte mit einer Bürgerinitiative die Siedlung Eisenheim vor dem Abriss gerettet. Die Fake-Frau war die Enkel-Tochter von einem verdienten Mitglied der Initiative, das aber schon vor längerer Zeit weg gegangen war. Wenn man dies bedenkt, hätte es die Untat nicht geben dürfen. Denn ziviles Denken ließe Dankbarkeit erwarten. Nun war dies nach drei Jahrzehnten nicht überall der Fall: es gab neben guter Nachbarschaft auch missgünstige. Und Neid – das könnte ein Motiv gegen den Professor gewesen sein. Denn der war seit der Rettung der Siedlung durch den siebenjährigen dramatischen Kampf eine weithin bekannte Figur geworden – ein sogenannter Promi. An Hintergrund war präzise nichts erkennbar – das Motiv des Anrufs blieb auch später ein Rätsel. Die Täter zogen sich in schweigenden Nebel zurück.

Fahrerflucht?

„. . . und dann hat sich der alte Professor auch noch unerlaubt von der Unfallstelle entfernt.“

Was war das? Das Fake war eine erfundene Geschichte. Sie hat nie stattgefunden. Hätte der Professor nach dem Fake, das er erst später als Fake erkennen konnte, beim korrekt eingeparkten Wagen stehen bleiben sollen? Nein – es war nichts geschehen, dann geht er wie gewohnt nach Hause. Das Haus steht zwei Häuser weiter. Jeder in der Siedlung kennt den Professor. Er ist also leicht auffindbar.

Zwei Häuser weiter und in der Siedlung – das muß schon erlaubt sein – vor allem, wenn überhaupt nichts geschehen ist – vor einem Fake davonlaufen kann keine Fahrerflucht sein. Kafka aber hätte es amüsiert.

Aber wenn man erst mal bei Vorwürfen ist, sucht die Polizei gleich nach mehr.

Recht haben und Recht bekommen.

Es wird im Laufe des Falles offenkundig: Nicht die Polizei hat die Wahrheit des Falles recherchiert, sondern das Opfer. Die Recherche wäre jedoch Aufgabe der Polizei gewesen – sie hat sie nicht gemacht. Und sie zog auch keine Konsequenz aus der Recherche.

Den Fall einstellen wollte die Polizei und das Amt nicht. Daber der Tat-Vorwurf hatte sich doch erledigt?

Wie erhielt der Fall jedoch eine ganz andere Wendung.

Der Professor hatte Recht. Der sogenannte Fall des Falsch-Einparkens war ein Fake. Eine erfundene Geschichte. Ein Streich, um ihn reinzulegen. Es war kein Fall mehr. Aber Polizei und Amt gaben dies jedoch nie zu. Können sie überhaupt etwas zugeben? Zweifel sind angebracht, wie dieser Fall zeigt. Ist das Korrektheit der Polizei und dann des Amtes? Es sieht nicht danach aus. Sie verbreiteten so etwas wie Nebel.

Dann machten sie eine zweite Erfindung. Man kann auch sagen: ein weiteres Fake.

Der Fortgang zeigt, was ein Sprichwort seit langem so formuliert: Recht haben und Recht bekommen, ist zweierlei.

Schützt die Polizei mich – den Bürger? Oder jagt sie?

Nun hätte man, wenn man der Propaganda glaubt, annehmen können, daß Polizei „Freund und Helfer sei. Daß sie einen verdienten Bürger wie den Professor schützt. Daß wenigstens „im Zweifel“ die Anschuldigung fallen gelassen wird, wie der Professor es als junger Student in der Rechts-Vorlesung an der Universität Münster von renommierten Professoren gehört hatte.

Der Fortgang der Geschichte zeigte dem Professor, daß die Polizei keinerlei Anstalten machte, den Unschuldigen zu schützen, sondern das Fake immer noch als eine Tatsache darzustellen versuchte. Dies machte die naive Vermutung von Freund, Hilfe, Schutz in kafkaesker Weise zur Groteske.

Die Polizei hat den Fall überhaupt nicht übersehen bzw. übersehen wollen. Sie hat nicht ermittelt, weil sie dazu nicht fähig war – wie sich herausstellte. Als Bürger müsste man aber annehmen können, daß sie diese Fähigkeit hat und sie auch einsetzt - daß sie nicht auf den ersten Augenschein hereinfällt. Daß sie aufzuklären versteht, sich dazu Zeit nimmt, dabei auch mit den Betroffenen diskutiert.

Nichts davon ist geschehen. Und so ist dies ein Fall von groteskem Polizei-Versagen – mit immensen Folgen für den Betroffenen.

Im Gegenteil: jetzt beginnt eine Verfolgung, die erst aufhört, als dem Opfer die „Trophäe Führerschein“ abgenommen ist – der alte Professor also einen immensen und lebenslänglichen Schaden hat.

Und das kam so.

Die Verteidigung – ein „Fehler,“ der alles durcheinander bringt ?

Nach dem Erscheinen der Polizisten verteidigte sich der Professor persönlich. Er nahm sich erstmal keinen Anwalt, sondern schrieb der Polizei einen Brief. Der sah so aus:

Prof. Dr. habil Roland Günter (Eisenheim)

18. Juni 1018.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sonntag. 17. Juni. 2018. 10 Minuten vor 16 Uhr. Vor der Tür stehen nicht die seit 16 Uhr angekündigte Tochter Birgitta und Schwiegersohn Elmar, sondern drei Polizisten. Blitzschnell verstehe ich, warum sie in den 70er Jahren Beinamen erhielten. Sie bringen es nicht über sich, so zivil aufzutreten wie es sich in einer zivilen Gesellschaft ziemt. Ihre Körpersprache ist angelegt auf Arroganz, auf den „Mächtigen,“ in Italien sagt man Prepotente, auf autoritär. Sie scheinen in der Demokratie kaum angekommen zu sein. Was sie darunter verstehen, ist uralte.

„Sie haben beim Einparken ein Fahrzeug angestoßen,“ sagt der Polizist. – „Nein,“ antworte ich, „ich habe sehr vorsichtig und umsichtig eingeparkt, - völlig korrekt.“

Der Mann will mich nicht zu Wort kommen lassen. Ich fordere ihn auf, mir 5 Sätze zuhören. Er weigert sich, spielt Autorität, ich sage: „Es ist mein Recht, etwas zu sagen: Es ist überhaupt nichts vorgefallen – nicht das Geringste. Alles andere ist wahrheitswidrig.“

Der Polizist: „Wir haben drei Zeugen für das Gegenteil.“ – Ich antworte: „Ich habe den Wagen hinter mir überhaupt nicht berührt. Alle drei Personen lügen. Ich war total korrekt. So korrekt, wie Millionen Menschen tagtäglich einparken. Ich habe das Auto hinter mir überhaupt nicht antastet.“- „Aber sie behaupten es.“ – „Dies ist eine Lüge.“

Als ich mit meinem Auto ankam, stand in der Nähe der beiden Fahrzeuge keine Menschseele. Die Leute in der Straße waren alle beschäftigt mit dem Eiswagen

„Valentino.“ Der dreht hier in Eisenheim täglich zur Freude vieler Kinder seine Runden, blockierte aber die sonntägliche Straße für die Besuche von Verwandten. Erst als ich ausstieg und ging, kamen Leute in die Nähe meines Wagens, aber ohne erkennbares Interesse dafür. Da war auch nichts zu sehen, was auffallen könnte. Nichts. Es war auch nicht das Geringste vorgefallen.

Es konnte also weder einen Vorfall noch Zeugen gegeben haben.

Nichts ahnend ging ich einige Schritte, zwei Häuser weiter zu meiner Wohnung.

Dann muß jemand auf die Idee gekommen sein, daß da etwas geschehen sein soll. Und im Handumdrehen war das Märchen vom Anstoßen erfunden. Und damit auch die Verabredung der sogenannten Zeugen. Es waren drei Leute, die zusammen gehörten. Und dann wurde gelogen. Einer rief die Polizei. Und die Polizisten glaubten das Märchen - naiv.

Warum? Ich sagte den Polizisten, es gäbe in der für Nachbarschaft deutschlandweit bekannten Siedlung inzwischen nicht nur Freundlichkeit, sondern auch viel Neid. Ich werde von einigen Bewohnern seit zehn Jahren nicht begrüßt. Als Professor bin ich besser gestellt – dies erweckt Neid. Es gibt alte und neue Zuwanderer - vielleicht handelt es sich hier um eine Umkehrung des Motivs Fremdenfeindlichkeit: als Einwohner-Feindlichkeit. Eisenheim ist tief gespalten in Erdogan-Gefolgschaft, auch gegen „Ungläubige,“ und Erdogan-Gegner, zu denen man auch mich zählt. Übrigens zutreffend. Ich kümmere mich um die Siedlung: ich habe die Rettung des Baudenkmals angeführt und Sorge weiter für ein möglichst gutes Aussehen, sonst wäre Eisenheim „in Teilen versaut.“ Dies findet nicht jeder sympathisch. Es gibt hier vielerlei privaten und gesellschaftlichen Frust – und da gab es plötzlich die Chance, etwas an einem „Bessergestellten“ auszulassen: durch eine simple Erfindung.

Es gab und gibt hier auch „klassische Denunzianten“ – zum Beispiel einen, der mit dem Fernrohr Jahre lang immer wieder auf der Autobahn-Brücke stand und Autos anzeigte. Er ging bei der Polizei in Sterkrade ein und aus, bis ich über die Spitze des Polizei-Präsidiums dafür sorgte, daß der Mann dort auf Distanz gehalten wurde.

Fragen an die Zeugen: Als ich ausstieg, war da niemand. Wäre da jemand gewesen, er hätte mich mit Sicherheit angesprochen. Wie auch immer. Denn in der Straße der Siedlung kennt man sich. Wo waren die sogenannten Zeugen?

Zweitens: Ich habe mir die Blickwinkel angesehen. Sie konnten gar nichts gesehen haben, wenn sie nicht unmittelbar daneben standen. Dies war aber nicht der Fall. Sie ließen sich ihre Geschichte einfallen – d. h sie erfanden sie.

Drittens: Hier ist man schnell im Erfinden von Geschichten, wie ich von anderen ähnlichen Fällen weiß.

Viertens; Wenn es sich um Fahrerflucht gehandelt hätte, wäre ich mit Wahrscheinlichkeit jemand von den sogenannten Zeugen angesprochen worden, aber es gab sie zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht. Hier handelt es sich offensichtlich um ein Konstrukt der Polizisten.

Die Polizisten sahen sich mein Auto an. „Es hat viele Schrammen.“ – Ich kann mir vorstellen, welchen Gedanken dies weckt, und antwortete: „Hier geht es lediglich um die hintere Stoßstange, alles andere liegt außerhalb Ihrer Tätigkeiten-Kompetenz. Aber ich will Ihnen trotzdem sagen, was es damit auf sich hat. Das Fahrzeug ist uralte, fährt sehr gut, auf Schönheit kommt es nicht an. Ich bin in eine zu enge private Toreinfahrt gefahren. Und mir hat es bei einem Sturm auf dem Deich von Ostende die Tür umgerissen. Ich stecke mein Geld nicht in die teuren Schönheits-Reparaturen eines Kleinwagens, sondern lieber in Bücher, von denen ich in meiner Eisenheimer Bibliothek, im „Blauen Haus, „rund 25 000 habe. Dies alles mag für normale Ansichten schräg erscheinen, aber es ist nicht polizei-widrig.“

Dann wollten mir die Polizisten auch noch Fahrer-Flucht anlasten. Dazu: Erstens ist überhaupt nichts geschehen. Vor dem Ungeschehenem kann man nicht fliehen. Zweitens: Mein Haus ist das Übernächste – der Parkplatz unmittelbar vor meinem Haus war besetzt und

vom Eiswagen blockiert. Jeder in der Straße kennt „den Professor,“ ich lebe hier seit 44 Jahren und das Auto seit rund 10 Jahren.

Der Umgang mit mir, war ziemlich unhöflich. Bei den Polizisten standen die Urteile von vornherein fest, statt zu ermitteln. Sie kamen von den Zeugen, die gar keine waren. Es waren nicht die eigenen recherchierten Urteile.

Die Polizisten waren nicht am Ermitteln und am Besprechen interessiert, ich hatte nur hinzunehmen und willfährig zu sein. Für sie galt nur das Sich-durch-setzen – ein typischer Fall von Macht-Verhalten – das würde ein Psychologe sagen. Als Staatsbürger kommt mir jedoch die Meinung zu: Dies dient nicht der Wahrheitsfindung. Und es hat wenig mit einer Zivilgesellschaft und mit demokratischem Umgang zu tun. Wir sind nicht in einem Ostblock-Land und es geht nicht um Obrigkeit und um Untertanen. Aufgeklärtes Verhalten der Polizei geht anders.

Als ich dem Polizisten meine Papiere, die harsch gefordert waren, aushändigte, sagte er: „Ihre Hände zittern ja, wir werden untersuchen lassen, ob Sie überhaupt fahrtauglich sind.“ Dies empfand ich als den Gipfel an Zumutung. Ich war – völlig natürlich über das Geschehen um das Nicht-Vorhandensein des Vorfalls – erregt. Dies ist völlig normal.

Was untersteht sich ein Polizist, aus diesem meinem natürlichen Gefühl der Hände, das auch Zwanzigjährige gegenüber einem Autoritäts-Auftritt haben können, einen Gesundheits-Check zu machen? Und dies mit der Anzeige nach Fahrtüchtigkeit zu verbinden!

Gibt es etwa eine amtsinterne Kampagne, um von alten Leuten Führerscheine einzusammeln? Ich kenne einen weiteren Fall in der nahen Verwandtschaft, der ebenfalls ohne Begründungen auf den Entzug des Führerscheins tendiert - mit ähnlicher Altersdiskriminierung.

Respekt schien es nicht zu geben. Ich bin Schriftsteller, habe 60 Bücher geschrieben, die Siedlung Eisenheim und vieles mehr im Ruhrgebiet gerettet, ein Blick ins Internet mit dem Namen könnte Näheres dazu sagen, - ich darf alt werden, es darf keine Drohung mit einem Führerschein-Entzug geben – dies ist Altersdiskriminierung. Ich sagte, ich werde mich dagegen wehren, die Sache notfalls vor Gericht durchprozessieren. Wir wollen im Rechtsstaat leben, ich bestehe darauf.

Übrigens: Ich machte die Polizisten darauf aufmerksam, daß in einigen Minuten das Fußballspiel Deutschland gegen Mexico beginnt.

Selbstverständlich werde ich in meiner Biographie, mit der ich zur Zeit beschäftigt bin, die Groteske des Vorfalls mit seiner Lügengeschichte „Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten“ literarisch schildern. Ich bin gespannt auf die Fortsetzung und was darin als zeithistorische Erkenntnis sichtbar wird.

Zunächst einmal kostete es mich eine schlaflose Nacht.

Die Zeit ist nicht nur mitleidlos, wie man am Umgang mit den Flüchtlingen in den Medien und an Stammtischen erkennen kann, sie ist auch geneigt, Sichten zu verschieben. Ein hautnahes Beispiel. In der Fuldastraße starb die Witwe eines Chirurgie-Chefarztes – sie fiel die Kellertreppe herunter. Man war schnell dabei, die Akte zu schließen: ein Unglücksfall. Aber ich hatte stärkste Zweifel daran. Daher bat ich die Polizei zu einem Gespräch. Ich sagte, daß ich aufgrund von Beobachtungen von Nachbarn gegenüber Indizien für einen Mord habe. Es gab einen windigen Händler, der der Witwe allerlei abschwatzte und abschwatzen wollte, mit Auto-Nummern in Essen und Düsseldorf, man solle ihn vernehmen - es gäbe einiges nachzuforschen.

Aber die beiden Polizisten hatten nicht einmal ein Stück Papier, um etwas aufzuschreiben, mitgebracht.

Was sagt das? Geht so etwas?

Zweites Beispiel: Durch den Denkmal-Bereich Eisenheim, Kandidat für die Erweiterung

des Weltkultur-Erbes Zollverein, gibt es drei Wohnstraßen, die missbraucht werden als Schleichwege zur Umfahrung einer Ampel. Folgen: Von 4 Uhr morgens bis nachts um 1 Uhr erhebliche Lärm-Belästigung, die die den Schlaf bedrängt. Kinder wollen Bereiche wechseln und geraten beim Überqueren der Straße in Lebens-Gefahr. Lebens-Qualitäten werden massiv eingeschränkt. Es gibt viele Beinahe-Unfälle. 20 00 jährliche Touristen und viele Experten wundern sich über diese verfehlte Verkehrsplanung. Die 30 km/h-Beschränkung hält kaum jemand ein –es wird auch nicht geblitzt. Mit drei Schildern und einigen Pöhlen ließen sich leicht drei Sackgassen anlegen. Welche Verbesserung der Lebens-Qualitäten!

Da sollte es doch eine Mitdenken der Polizei geben. Und Hinweise für die Verkehrsplanung der Stadt. Oder beschränkt sich Polizei-Arbeit darauf, die Unfälle aufzulesen?

Kein Personal? Das wirkt unglaublich, wenn sich Polizei solcher Fällen wie oben beschrieben, annimmt: Fälle, die gar keine sind – Betrug und Falschaussagen an einem völlig unschuldigen und um die Stadt verdienten Menschen. Zudem mit Alters-Diskriminierung.

Bitte bringen Sie die Sache in die Dimension, in die sie gehört.

Ein Freund, der seine Rechtsanwalts-Praxis aufgegeben hatte, sagte dem Professor, es sei sehr naiv, sich selbst zu verteidigen: Die milieu-besetzten Interpretationen von Regeln laufen ganz anders. Der Professor wird einiges davon erfahren, was ihn seine Schulweisheit nicht träumen ließ.

Der Polizei mag einiges im Schreiben des Professors nicht gefallen haben. Es mag ungewöhnlich in mehrfacher Hinsicht sein. Daß jemand der Polizei soviel schreibt. Daß er mit ihr ein Gespräch über viel Weiteres beginnen möchte.

Erstens kann man professionellen Beamten abverlangen, daß sie beim Lesen nicht gleich in ein Freund-Feind-Schema übergehen, sondern die sachliche Ebene erkennen und ernst nehmen. Darin ist in diesem Schreiben alles wohl erwogen und diskussionsfähig.

Von einem Polizisten kann man verlangen, daß er zu dieser Distanz und Sachlichkeit fähig ist. Und daß er keinesfalls einen Rache-Impuls zulässt. Dies ist aber ziemlich offenkundig im Fortgang der Auseinandersetzung der Fall – und hat damit auch die Behörde angesteckt. Anders kann man die groteske Penetranz des Falles und sein Ergebnis kaum erklären.

Geht es auch anders? Ja. Gespräch mit zwei Polizistinnen.

Da irgendwann dem Polizeipräsidenten von Oben aufgedrückt war, es müsse ein Beschwerdestelle geben, nahm er dafür zwei seiner Polizei-Beamtinnen. Man denke nicht: typischer Umgang mit Frauen. Als die beiden Frauen den Professor telefonisch um ein Gespräch baten, lud er sie in seine Bibliothek ein - und sie sprachen zwei Stunden miteinander.

Der Professor, der als ziemlich vorurteilsfreier Mann gilt, dachte nichts Böses. Die Frauen fragten, ob der Professor seinen Brief als eine formelle Beschwerde ansähe. Der Professor antwortete: Eigentlich nicht, gemeint war ein Diskurs, aber Sie können ihn auch in die Schublade Beschwerde tun, wenn Sie keine andere haben.

Die Stimmung war gut, freundlich, umgänglich, der Professor trug – wie in seinem Brief - noch einiges vor, was er gern mit Hilfe der Polizei hätte: den Anstoß für die Verkehrs-Planung, durch den Denkmalbereich der berühmten Siedlung Eisenheim, die Kandidat für die Erweiterung des Weltkulturerbes Zollverein ist, zu verändern: drei Straßen, die als Umgehung einer Ampel missbraucht werden und die Lebens-Qualitäten mit Lärm und Gefahren erheblich einschränken, zu Sackgassen zu erklären.

Der Professor packte umfangreiche Erfahrungen bei Behörden aus, wie mit Beschwerden

umgegangen wird : Er hatte sich zum Beispiel an den Regierungspräsidenten gewandt, um gegen den illegalen Abriß der Möhring-Halle in OB-Sterkrade, eines wichtigen Industrie-Denkmal, zu demonstrieren. Er bekam keine Antwort.

Die beiden Frauen waren verständnisvoll. Das Gespräch hatte keine Ergebnisse. Der Leser kann daraus entnehmen, daß das Gespräch für die Instanzen eine Formalie ohne Bedeutung ist und nicht ernst zu nehmen.

Dies entsprach auch der zweiten Behörden-Strategie: Verschonen Sie uns mit Kontext! Wir reden nur über das, was wir als Behörde vorformulieren. Der Professor wird diese Strategie das Abschneidens bis zum Ende – auch noch im Verwaltungsgericht erleben.

Der Professor kommentierte: Man kann sehen, was die oft beschworenen rhetorischen Beschwerde-Einrichtungen wirklich sind: Nebelkerzen. Und was zwei vernünftige Frauen in einem Amt gelten. Um nicht zu sagen: Wie sie mißbraucht werden.

Spätestens hier konnte der Professor erkennen, daß es systemisch zugeht. Beschwerde muß man inzwischen vielerorts zugestehen – aber nicht wirklich. Nur der Form halber, aber die Praxis kann sie leicht ungeschehen machen – dann kann man sich nach außen als „lupenreiner Demokrat“ darstellen.

Das Gespräch wurde kurze Zeit später in einem Brief des Polizei-Präsidenten nur erwähnt als stattgefunden, aber ergebnislos genannt.

Mehr nicht? Ist das alles, was ein Polizeipräsident dazu zu sagen hat. Der Professor nahm an, daß die beiden Frauen ihm gewiß einiges Vernünftiges vorgetragen hatten. Nun muß er annehmen, daß sie beim Präsidenten nicht so recht ernst genommen werden.

Der Professor machte sich in einigem Abstand seinen Reim daraus. Er hatte in seinem Schreiben höflich und nur Argumente vorgetragen, aber der Präsident las es als einen Angriff auf die Autorität. Dies lag dem Professor fern. Ihm hatten bedeutende Persönlichkeiten immer attestiert, daß seine Stärke im Argument liegt. Und daß er ausschließlich dabei bleibe.

Er wollte einen Diskurs beginnen. Der Fall zeigte: Es war unmöglich mit einem einzigen der Gegenseite zu diskutieren – ausgenommen das Gespräch mit den beiden Frauen. Der Diskussions-Wunsch, der vom Grundgesetz nahe gelegt wird, wenn man es auch als Milieu studiert, wird von den Angehörigen der Institutionen Polizei und Führerschein-Behörde mit einer geradezu automatisierten Reaktion als Aggression fehlinterpretiert. Dazu gibt es noch Weiteres zu berichten.

Kampagne zum Wegnehmen des Führerscheins von älteren Leuten?

Gibt es etwa eine amtsinterne Kampagne, um von alten Leuten die Führerscheine einzusammeln? Der Professor kennt weitere Fälle, die ebenfalls ohne Begründungen auf den Entzug des Führerscheins tendierten - mit ähnlicher Altersdiskriminierung.

Streifenwagen-Polizisten behaupten, ein älterer Man oder Frau fahre unsicher und müsse deshalb überprüft werden – mit dem MPU-Test (siehe unten). Die Beobachtung ist sehr vage. Man müsste sie wenigstens mit Film belegen. Dies ist allerdings im Normalfall verboten.

Seit jeher darf man auch unsicher fahren, solange man niemanden konkret gefährdet. Mit der Behauptung des unsicheren Fahrens befindet man sich weit gehend im spekulativen Bereich. Meist behaupten es forsche Fahrer, die das volle Straßen-Netz überfordern.

Es gibt viele Weisen Auto zu fahren. Das ist sehr individuell. Ob es einem paßt oder nicht. Man erlebt im Verkehr immer wieder mit sichtbaren oder hörbaren Gesten, daß jemand einen anderen scheuchen will – er soll schneller fahren oder nach der Ampel rascher starten. Dazu gibt es kein Recht. Es ist miserable Sitte Es ist auch ein Straftat-Bestand: Nötigung.

Was sich aus dem Sinn des Grundgesetzes total verbietet: Ältere unter General-Verdacht zu stellen. Es gibt das Recht, in vernünftiger und menschlich begründbarer Weise langsam zu

fahren. Die Geschwindigkeits-Zeichen sind Höchstgrenzen!

Entscheidend für die Individualität ist das Ergebnis. Schadet es oder nicht? Verletzt es Gesetze oder nicht?

Der Brief des Präsidenten.

Polizeipräsidium Oberhausen. 23. Juli 2018. Postfach 101 217 Oberhausen.

Ihre Beschwerde vom 18. 6. 2018. Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Günter, wie bereits mitgeteilt habe ich Ihre vorgebrachte Beschwerde zur Kenntnis genommen und den vorgetragenen Sachverhalt geprüft und meine Mitarbeiter dazu gehört.

Die Vorgesetzte dieser Mitarbeiter, Frau PHK'in Jessel hat mit Ihnen ein Beschwerdegespräch geführt. Ein Ausgleich konnte dabei nicht erreicht werden.

Nach übereinstimmenden Angaben der betroffenen Polizeivollzugsbeamten haben diese sich Ihnen gegenüber höflich und korrekt verhalten haben. Vor dem Hintergrund unabhängiger Zeugenaussagen sowie eines korrespondierenden Spurenbildes haben sie den Anfangsverdacht für ein „Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort“ (§ 142 StGB) festgestellt und die notwendigen Maßnahmen im Rahmen einer Verkehrsunfallaufnahme vorgenommen. Ihnen ist in keinerlei Hinsicht der Vorwurf eines Fehlverhaltens zu machen.

Ihre Beschwerde weise ich deshalb als unbegründet zurück.

Über den Ausgang des Strafverfahren werden Sie von der zuständigen Behörde in Kenntnis gesetzt. Rechtsmittel können Sie dort einlegen.

Mit freundlichen Grüßen Ingolf Möhring (Polizeipräsidenten)

Ein Musterbeispiel für Glatt-Bügeln. In den Text des Präsidenten ist nichts vom Gespräch mit der PHK eingeflossen. Es war gebeten, die Aussagen der sogenannten unabhängigen Zeugen zu untersuchen. Nicht geschehen. Das Spurenbild wurde nie vorgelegt. Es gab nämlich keines. Die Werkstatt stellte fest, daß sich der Zusammenstoß überhaupt nicht ereignet hatte. Es war ein Fake. Die polizeiliche Ermittlung „nach allen Seiten“ hatte ebenfalls nicht statt gefunden – die Jäger hatten nur im Kopf: das Jagdwild. Das gab es aber nur als Phantasie-Produkt. Von einer vernünftigen Verkehrsunfall-Aufnahme konnte nicht die Rede sein. Das Urteil stand fest, einfach schon fest – von den Äußerungen des Beklagten findet sich nichts im Bericht und auch sonst nirgends. Er wurde nicht angehört – der Versuch, sich zur Sache zu äußern, wurde harsch abgewimmelt. Und später wird ihm auch noch Uneinsichtigkeit vorgeworfen. Und die höfliche „Widerrede,“ die Argumente gegen das „Vor-Urteil“ vorbrachte wurde sogar zum „Widerstand“ hoch geredet. Der Staatsanwalt machte kein Staatsverfahren, offensichtlich aus richtiger Erkenntnis des Sachverhalts. Aber die Polizei betrieb auf ihre Weise das Verfahren mit hoher Penetranz weiter, um schließlich den völlig Unschuldigen als Jagd-Opfer zur Strecke zu bringen.

Doch kein Engel ist so rein wie Polizisten. Und ihre Präsident weist alle Einwendungen einfach nur zurück. Im Obrigkeits-Staat genügt so etwas. Aber wollen wir einen Obrigkeits-Staat haben?

Der Professor liest nun mit besonderer Aufmerksamkeit in der von ihm abonnierten täglichen „Frankfurter Rundschau“ die Berichte über die Polizei.

Polizisten maßen sich Fähigkeiten von Medizin-Doktoren an

Als der Professor dem Polizisten seine Papiere, die harsch gefordert waren, aushändigte, sagte der Kommissar: „Ihre Hände zittern ja, wir werden untersuchen lassen, ob sie überhaupt fahrtauglich sind.“

Dies empfand der Professor als einen Gipfel an Zumutung. „Ich war – völlig natürlich

über das Geschehen um das Nicht-Vorhandensein des Vorfalls, über das Fake, – erregt. Dies ist völlig normal.“

Rechtserhebliches ist aus einer Handbewegung nicht zu entnehmen. Zumal dem Professor auch zugestanden sein muß, daß das Erscheinen von Polizisten dazu berechtigt, aufgeregt zu sein. Erstens weil der Vorfall überhaupt nicht stattgefunden hatte. Zweitens, weil die Polizei sich der Einwendung, sie müsse auch die Unschuldsvermutung recherchieren und in Betracht ziehen, schlicht verweigerte.

Es ergab sich, daß der Unfall erfunden war. So etwas gibt es öfters, die Polizei müsste es wissen und es also prüfen. Und wenn es so ist, es auch einsehen und dies sagen.

Was untersteht sich ein Polizist, aus dem natürlichen Gefühl der Hände, das auch Zwanzigjährige gegenüber einem Autoritäts-Auftritt haben können, einen Gesundheits-Check zu machen? Und dies mit der Anzeige zu verbinden, die die Fahrtüchtigkeit bestreitet

Der Professor wird später erkennen, wozu die Gesundheits-Denunziation dienen sollte.

Im zweiten „Fall“ kehrte die Gesundheits-Denunziation erneut wieder. Die protokollierende Polizistin wollte einfügen: „Der Professor sah ungesund aus.“ Eine vage und vor allem willkürliche Behauptung. Dem Professor wird häufig das Kompliment gemacht, er sei „ja noch sehr fit.“ Er geht regelmäßig zum Arzt, nimmt also die Vorsorge sehr ernst.

Zweimal tauchte die Behauptung auf. Die Wiederholung zeigt, daß sie nicht zufällig ist: Der konkrete Fall zeigt, daß sich die Polizei beide Male nicht an Tatsachen orientierte. Jedes Amt hat aus guten Gründen seine Grenzen – hier sind sie in Amtsanmaßung überschritten. Sie wollte – dies wird sich zeigen – dem Professor etwas anhängen..

Die Übergriffigkeit deutet darauf hin, daß die Gesundheits-Denunziation mit einem bestimmten Ziel betrieben wurde - und in irgendeiner informellen oder sogar formellen Absprache: das MPU-Verfahren einzufädeln.

Der Professor empfindet dies als gezieltes Hereinlegen – in eine Falle treiben, die den Namen MPU hat und von der man weiß, daß sie ein Geschäfts-Modell ist und den größten Teil der Betroffenen durchfallen läßt.

Niemand ist legitimiert ist, in dieser Weise mit der Gesundheit von Älteren umzugehen. Der konkrete Fall macht auch offenkundig, daß es keinen Respekt gibt.

Mutmaßungen

Der Verdacht ist sehr umfangreich. Er fragt: Gibt es etwa eine Kampagne in der Behörde und zwischen Behörden, um von alten Leuten Führerscheine einzusammeln?

So etwas betreiben auch gern Verwandte unter dem Vorwand des Sich-Kümmerns. Dies ist ein heikles Thema. Nicht alles, was fürsorglich klingt, ist wirklich fürsorglich. Es gibt viele Fälle, wie damit eine partielle Entwürdigung von Älteren betrieben wird. Es hat eine breite Palette: von individuellen Macht-Impulsen zu innerfamiliären Hierarchie-Veränderungen bis hin zu ekelhaften Erb-Geschichten.

Der Professor: „Ich darf alt werden, es darf keine Drohung mit einem Führerschein-Entzug geben – dies ist Altersdiskriminierung. Ich werde mich dagegen wehren. Wir wollen im Rechtsstaat leben, darauf bestehe ich.“

Die Frau Nietz im Amt fragt: Was haben Sie für eine Sprache?

„Was ist das für ein Schreiben!“ Frau Nietz hat keine Frage zum Schreiben des Professors sondern kommentiert ironisch: „Sie haben eine so komische Sprache.“

Vielleicht hat das Amt nie einen solchen Brief, wie ihn der Professor schrieb, in die Hände bekommen. Man kann erstaunt sein – aber man müsste auch wissen, daß es zur normalen Arbeit in behördlicher Funktion gehört, damit umgehen.

Der Professor versucht zu erklären. Das scheint schwierig. Frau Nietz besteht auf *ihrer* Sprache, das ist die Ausdrucksweise des Amtes, die Sprache der Bürokratie. Der Professor sagt, daß er dieser Sprache nicht mächtig ist. Aber Frau Nietz fordert sie vom Professor. Der Professor antwortet, sein Text sei in gutem Deutsch klar formuliert und müsse für jedermann/jedefrau verständlich sein. Er darf erwarten, daß auch seine Sprache anerkannt wird.

Er denkt: Ist Frau Heike Nietz als städtische Amtsfrau für den Bürger da? Oder der Bürger für sie? Da kehrt sich wohl etwas um.

Ein Soziologe hätte die kurze Diskussion dazu sehr interessant gefunden.

Ein Satiriker hätte gefragt, ob eine Amtsfrau nicht lesen und Schreiben gelernt hätte. Und als Beamte im Dienst des Volkes müsste sie auch unterschiedliche Sprachweisen verstehen.

Aber Frau Nietz missverstand die Sprache des Intellektuellen als arrogant, als überheblich. Was ist das für ein komisches Schreiben? Das schickt man in dieser Sprache doch nicht an eine Behörde. Der Professor fragt: Warum nicht – er weigert sich, eine Sprachweise übernehmen zu müssen – so wie er schreibe, sei dies im Deutschen korrekt und angesehen. Frau Nietz schweigt.

Aber auch hier nimmt das Vorurteil seinen Weg und begleitet die Sache - lange Zeit.

Ein Schriftsteller? Er hat 60 Bücher geschrieben. Auch über die Stadt und ihre Region. Er rettete tausend Siedlungen für eine halbe Million Menschen. Das scheint in dieser Großstadt kaum jemanden zu interessieren. Mit diesem Problem schlagen sich etliche Intellektuelle herum. Eine zugezogene Lehrerin berichtet von ihren Erfahrungen in den Schulen. „Kein Milieu, das aufgeschlossen ist für denkerische Ansprüche?! Manchmal gibt es Haß auf Intellektuelle. Gespeist aus Neid. Du willst wohl was Besseres sein. Oft ist es ein Problem, das Eltern mit wenig Ausbildung haben. Sie wollen nicht, daß ihre Kinder mehr lernen als sie. Sie fürchten sich. Dann wird das Gefühl einer angeblichen Unterlegenheit zu höhnischen Überlegenheit umgewandelt - und manchmal sogar gewalttätig. So etwas ist in der Region in vielen Bereichen verbreitet.“

Im Wiedenhof. Und ein Protokoll.

Der Professor und seine Frau fahren mit dem PKW hinter dem Rewe-Supermarkt auf einer Fahrspur, die der offiziellen Durchfahrt dient. Ein Schild: Hier gilt die Straßenverkehrsordnung. Daneben parken viele Wagen.

Die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit beträgt 10 km/h. Sie halten sich aus Prinzip an die Geschwindigkeit-Regeln, weil sie sie als vernünftig anerkennen, auch um Risiken zu vermeiden. So auch hier.

Aber urplötzlich will ein PKW aus der Reihe der parkenden Autos rückwärts auf diese Spur fahren. Der Fahrer schaut nicht, ob die Spur frei ist. Er setzt auch keinen Blinker. Und so nimmt er dem Professor die Vorfahrt.

Der Professor ist geistesgegenwärtig: sein Reaktions-Vermögen ist hervorragend - ein Beweis gegen die Unterstellungen von Polizei und Amt. Er macht energisch alles, um zu bremsen. Fast gelingt es. Am anderen Wagen gibt es nur eine finger-breite Delle.

Normal wäre es, diesen Fall durchzuwinken. Aber der Fahrer sagt: „Der Wagen ist ganz neu.“ – „Mitgefühl,“ sagte der Professor, „aber dann sollte der Fahrer, im sogenannten „besten Alter“ Obacht geben.“ Der Fahrer besteht auf Polizei, weil er vermutet, daß seine Versicherung sich weigern könnte zu zahlen.

Sie kommt nach kurzer Zeit. Eine Polizistin setzt ein Protokoll auf. Sie will schreiben, die Rechtslage sei ungeklärt. Der Professor besteht darauf, daß die Rechtslage eindeutig ist: Verletzung des Vorfahrts-Rechtes.

Es zeigt sich, daß die Polizistin bereits Kenntnis des vorhergehenden Fall mit seinem

Protokoll hat – dem Fake. Daraus schreibt sie nun ab. Der Professor wendet ein, daß dies ein ganz *anderer* Fall sei.

Wieder ist die Polizei unzugänglich. Später wird sie dem Professor vorwerfen, er sei uneinsichtig. Der Professor fragt: Wer ist hier uneinsichtig? - Aber ein Ordnungs-Verwalter denkt, er vergäbe sich etwas, wenn er diskutiert, wenn er Argumenten folgt.

Der Professor bittet darum, seine Beifahrerin, seine Frau, als Zeugin einzutragen. Die Polizistin ignoriert die Bitte – obwohl sie eine Selbstverständlichkeit ist. Wieder eine Unkorrektheit. Die Zeugin passte wohl nicht ins Konzept, das offensichtlich darauf hinaus lief, den alten Professor entgegen den Tatsachen schuldig oder wenigstens mitschuldig zu deklarieren. Was für ein Umgang mit Protokollen!

Auch hier, vermutet der Professor will man ihm – obwohl er in beiden Fällen eindeutig unschuldig ist - einfach Schuld anhängen – und ihn dann zum Serien-Täter stempeln.

Die Polizisten schreibt ins Protokoll: Der Professor sah ungesund aus. Dagegen wehrt sich der Professor: Dies sei unprofessionell – sie maße sich ärztliche Kompetenz an. Es sei auch juristisch nicht verwertbar.

Der Fall sei eindeutig – „warum nehmen Sie das nicht zur Kenntnis?“

Es gibt keine „Knolle.“ Die Versicherung des anderen Fahrers protestiert nicht. Der Professor meldet sich nicht bei seiner Versicherung: An meinem Wagen gibt es keine Spur von Verletzung.“ Der Staatsanwalt ermittelt nicht. Alles ist Beweis für die Schuldlosigkeit des alten Professors.

Mit welchem Mangel an Korrektheit die Polizei einen Bericht anfertigte, der dann einen Bonus bei Behörden bekommt.

Der frühere Anwalt des Professors, Roland Göhre (heute in Pension), sagte dem Professor, die Polizei habe einen Bonus bei Behörden und vor Gericht. Unter dem Aspekt der Rechtstaatlichkeit ist dies ein Skandal. Der Skandal verdoppelt sich, wenn man sich anschaut, in welchem Umfang ein Polizei-Bericht (und wohl auch mehr als dieser) unkorrekt ermittelt und abgefasst ist. Sorgfalt? – Fehlanzeige. Genauigkeit? – Fehlanzeige.

Wir befinden uns in einem Land, das Ansprüche an sein Rechtssystem stellt. Es will ein Rechtsstaat sein. Dafür ist historisch viel gekämpft und gearbeitet worden.

Es bedeutet, daß der Begriff Rechtsstaat keine einseitige Interpretation zulässt. Darin steckt ein angestrebter objektiver Schutz des Bürgers vor Behörden-Willkür.

Bevor sich der Rechtsstaat entwickelte, gab es viel Macht für den Staat, willkürlich mit Bürgern und Tatbeständen zu verfahren. Gottgegeben, hieß es – jeder sollte es glauben. Bis es kaum einer mehr glaubte.

Dagegen entstand eine Bewegung zur Rechts-Entwicklung, die dem Bürger Schutz zusagte. Vor allem Schutz gegen Übergriffe des Staates und seiner Organe.

Dies fordert jetzt der Schriftsteller und Hochschul-Professor. Er protestiert dagegen, daß zwei obrigkeitliche Gewalten (Polizei und Führerschein- Behörde) ihm dieses Recht auf Schutz vorenthalten bzw. es beugen.

Es geht um ein nobel gedrucktes Papier und was daran hängt. Vor allem an Möglichkeiten, mit Hilfe von Mobilität viel Arbeit und Notwendigkeiten zu bewältigen. Es geht um Lebens-Qualitäten wie Freizeit, Freundschaften, Bildung vielfacher Art, Hilfe für andere z.B. für kranke Angehörige, Zusammenhalt seiner Familie in einiger Entfernung, Teilnahme am städtischen Leben.

Ein Führerschein soll die objektive Eignung einer Person gewährleisten, sich im Verkehr so zu verhalten, daß er keinen gravierenden Schaden gegen Mitbürger anrichtet.

Die Probe darauf kann nicht ein Vorurteils-Gewebe mit Anmaßungen und Lügen sowie eine in die Luft behauptete „Prognose“ sein, die mit nichts belegbar ist., schon gar nicht eine Altersziffer, bei der naive oder böswillige Gemüter zu „spekulieren“ beginnen.

In jedem Alter kann alles passieren. In jedem Alter geschieht auch sehr viel. Es gibt kein Gesetz, das die Gültigkeit des Führerscheins zeitlich begrenzt. Trotzdem gibt es den Versuch, flächendeckend älteren Mitbürgern den Führerschein abzunehmen.

Wenn man einem Bürger den Führerschein entzieht, nimmt man ihm fundamentale Lebens-Qualitäten. Nämlich einen erheblichen Teil seiner Mobilität, mit allem, was daran hängt. Ein Auto ist schon seit einem halben Jahrhundert kein Luxus mehr, sondern ein Notwendigkeit: zunächst für den Beruf, weil Arbeit und Wohnen meist in erheblicher Distanz liegen. Und dann ist ein Auto ein Mittel für eine entwickelte Teilhabe am Leben.

Für den Entzug des Führerscheins muß äußerst Gravierendes vorgefallen sein – zum Beispiel Volltrunkenheit oder Drogen-Konsum. Beim Professor ist überhaupt nichts vorgefallen, nicht einmal Kleinigkeiten. Die Behörde und die Polizei versuchen, ihm trotzdem die Fahr-Erlaubnis zu entziehen - eine Tat, die voll illegal ist.

Resumee: Es gab keinen Vorfall, der rechtfertigte, dem Professor den Führerschein zu entziehen.

Den Fall Führerschein-Entzug für einen alten Mann entschied eine absichtsvolle Fälschung der Polizei: ein mit Lügen durchsetztes Protokoll.

Das Protokoll zum zweiten Vorgang zeigt: zuvor war bereits die Strategie entschieden und daraufhin wurde das Protokoll angelegt. Es zeigt eindeutig: Der Professor sollte zur Strecke gebracht werden.

Erste Unkorrektheit: Der Professor befand sich mit seinem Wagen nicht auf dem Supermarkt-Parkplatz, wie die Polizistin Thielemann schreibt, sondern auf der öffentlichen Fahrspur. Es stimmt auch viel weiteres nicht, was dort behauptet wurde.

Es heißt: „Dabei setzte der Unfallbeteiligte 01 seinen PKW zurück, um seinen Parkvorgang zu korrigieren. Die beiden unfallbeteiligten Fahrzeuge berührten sich. Die rechte Seite des Pkw 01 berührte die rechte Fahrzeugfront von Herrn Prof. Dr. Günter.“

Thielemann: „Im Laufe der Verkehrsunfallaufnahme „stellte sich die Sachlage des Verkehrsunfalls als „unklar“ dar.“ Der Professor: Sie war einfach und eindeutig.

„Der Unfallbeteiligte 01 sowie sein Beifahrer gaben an, zum Unfallzeitpunkt gestanden zu haben. Herr Prof. Dr. Günter hingegen gab an, daß der Unfallbeteiligte 01 rückwärts gefahren sei.“ Dazu der Professor: Wenn 01 gestanden wäre, hätte Prof. Günter an ihm ohne weiteres vorbei passieren können. Die Angabe der Protokollantin stimmt also nicht, ist auch unlogisch. Der Zusammenstoß, dies konnte man sehen, ereignete sich, weil der andere Fahrer aus der dichten Parklücke ohne zu llinken und ohne zu schauen, ob die Fahrbahn frei ist, plötzlich rückwärts auf die Fahrbahn heraus fuhr. Der Professor konnte gerade noch durch sehr gute scharfe Reaktion so heftig bremsen, daß sich der Schaden auf zwei Zentimeter Berührung reduzierte. Die Sachlage war also keineswegs „unklar,“ sondern ein klarer Verstoß gegen die allseits bekannte selbstverständliche Vorfahrt-Regel.

Davon hätte man gleich ein Foto aufnehmen müssen! Es wurde aber erst nachher gemacht, wo es nichts mehr für den Sachverhalt brachte. Und das unkorrekte Protokoll widerlegt hätte.

Was soll man dann zu weiteren Sätzen sagen? „Damit die Fahrbahn für nachfolgende Fahrzeuge frei gehalten werden kann, wurde Herr Prof. Dr. Günter gebeten, seinen PKW von der Fahrbahn in eine Parklücke zu versetzen. Während des Parkvorgangs wurden die Beamten von zwei unbeteiligten Zeugen auf seinen Parkvorgang aufmerksam gemacht, da dieser

einige Zeit zum Einparken brauchte und dabei einen weiteren geparkten Pkw neben sich fast touchierte. Die Zeugen merkten den Beamten gegenüber an, dass Herr Prof. Dr. Günter in seinem Zustand kein Fahrzeug führen dürfte.“

In diesen Sätzen steckt viel Unkorrektheit. Wenn die Zeugen unbeteiligt waren, konnten sie keine Zeugen sein. Tatsache ist, daß sie erst später hinzu kamen.

Zum Einparken darf, ja muß man ja wohl sehr vorsichtig sein! Der Vorgang ist in normaler Zeit abgelaufen.

Wozu werden mehrere Unterstellungen gemacht?: „einige Zeit zum Einparken.“ „fast touchiert.“ „In diesem Zustand.“ – in welchem? – Das konnte doch niemand wirklich sehen und wissen! Es ist eine pure Behauptung.

Und dann wird auch noch ein Urteil hinzu gefügt, wie es vielleicht jemand schwätzen kann, aber es steht keinem Polizeibeamten zu, es ernst und unkommentiert in ein Protokoll oder einen Bericht herein zu schreiben - so wird dann ein Vorurteil auf die Schiene gesetzt !!! Es hat fatale Folgen.

Wie schwer ist es, sich gegen diesen Unsinn in einem amtlichen Protokoll zu wehren?

Der Professor hatte das Recht, das Protokoll zu lesen und zu unterzeichnen oder nicht. Aber er bekam diesen solchen Bericht erst nach Monaten – durch Akten-Einsicht seines Anwalts.

Die Zeugen wurden darin auch nicht mit Namen genannt.

Wie kann man solchem Unsinn auch nur die geringste Beweiskraft zubilligen? Aber dieses gefälschte „Protokoll“ diente später als „Begründung“ für den Führerschein-Entzug.

Es stimmte kein Wort: So ist es überhaupt nicht abgelaufen, sondern völlig normal. Der Professor sieht darin eine vorgefaßte Meinung und böswillige Absicht, ihn herein zu legen.

Das Folgende wurde aus dem Vorfall 1 einfach abgeschrieben – ein Verfahren, das überhaupt unstatthaft ist und nur die Bezeichnung Lüge verdient. „Herr Prf. [sic] Dr. Günter zitterte während der Verkehrsunfallaufnahme und fiel den Beamten ständig ins Wort.“

Er zitterte überhaupt nicht und er hatte in einem demokratischen Staat das Recht mitzureden. Zudem wenn Staatsbeamte mit Tatsachen so umgehen-

„Schon bei der Aufforderung der Beamten seine Fahrzeugdokumente sowie seinen Führerschein vorzuzeigen kam Herr Prf. [sic] Dr. Günter sehr zeitverzögert nach. Seine Reaktion sowie seine Bewegungen wirkten körperlich eingeschränkt.“

Toll! – der Satz ist von einem ebenso fatalen Protokoll zum Fall Fake ist einfach in dieses Protokoll übertragen worden. „Körperlich eingeschränkt,“ erfindet eine Staatsbeamtin, die dies einfach lügt. Diese Lüge ist fatal, denn daraus wird dann – weil die Polizei nicht das Mindeste in der Hand hatte - absichtsvoll und böswillig gemacht, daß er zum Führen eines Fahrzeugs nicht geeignet sei.

Es sind erfundenen Sätze von Staatsbeamten – sie dienen dann als ein Dokument, aus dem man dann ein Urteil zu einer lebens-einschänkende Maßnahme ableitet. .

Das Schlimmste kommt erst später: Eigentlich hätte jeder erkennen müssen, daß hier etwas juristisch Unbrauchbares geschrieben wurde, weil es auch als Lüge völlig vage ist, - aber es wurde zu einer Tatsache umgemünzt – dies war total illegitim. Es wurde in das entscheidende Schriftstück zur Begründung des Führerschein-Entzugs eingesetzt. Vom Amtsleiter Bleckmann.

Ist auf so eine Polizei Verlaß? Und sie hat auch noch einen Bonus, wie der frühere Anwalt des Professors, Roland Göhre, kommentierte: „In meiner Jahrzehnte langen Praxis habe ich fast immer erfahren, daß Richter der Polizei fast alles glauben.“ Was für einer Polizei sind wir ausgeliefert? – das zeigt dieser Fall.

Der Professor liest jeden Tag in seiner Tageszeitung, der „Frankfurter Rundschau“ die Berichte über die vielen Skandale in der Polizei. Das sind viel zu viel. Und der zweite Skandal ist, welche Zusammenspiele es gibt, wie hier Polizei, Amt und später auch noch die

Verwaltungs-Richterin.

Der Professor und etliche Leute, mit denen er dies besprach halten den Vorgang für infam. Es gäbe keinerlei Rechtfertigung dafür. Ein Beamter, vor allem, wenn er mit den Gewalt-Möglichkeiten des Staates umgeht, muß so ausgebildet sein, daß er einen Vorgang präzise, ohne Hineinzudeuteln in einem Dokument beschreibt und sich in seiner Rolle kein dermaßen absurdes Urteile nicht anmaßt.

Auch der weitere Absatz des Berichtes stimmt nicht. Der Professor hatte gesagt, daß er keinen Schaden am Fahrzeug habe und daher die Versicherung nicht in Anspruch nehmen muß. Im Protokoll: er habe „keine Zeit“ dafür. Das war nicht gesagt.

Dann spricht der Bericht über „Altschäden am Fahrzeug.“ Eine weitere Vorurteils-Assoziation. Der Professor: „Wie mein Fahrzeug aussieht, warum ich Schrammen habe und nicht beseitige, tut zur Sache überhaupt nichts – so wenig wie viel anderes, was im Kofferraum ist, welche Decken etc. Ich gebe mein Geld für Bücher aus, das Auto ist für mich keine heilige Kuh.“ Hat er damit im Auto-Staat etwas höchst Unpopuläres gesagt?

Daraus macht später Amtsleiter Bleckmann, daß der Professor mit dem Fahrzeug viele Unfälle gemacht habe. Er hat für nichts einen Beweis. Es hindert nichts: es wird dreist behauptet. Und später werden solche windigen Sätze von der Frau Richterin, die sich keine Arbeit machen wollte, durchgewunken. Sie verhindert jegliche Diskussion des Anwalts über den Kontext.

Die Unkorrektheit auf Papier geht weiter. Zitat: „Herr Prof. Dr. Günter ist bereits vor einigen Monaten hinsichtlich als Beschuldigter einer Verkehrsunfallflucht polizeilich in Erscheinung getreten.“ – Was für ein Deutsch!

Auch dies war eine ganz und gar erfundene Sache – damals bereits erwiesen. Warum wird sie nun genannt? -Nach dem Motto: Es wird schon irgendetwas hängen bleiben. „Warum werde ich wie ein Täter dargestellt?“ fragt der Professor. „Ich war ein Opfer!“ Hier liegt über einem krausen Umgang mit Sprache deutlich der Wille auf dem Papier, ein Vorurteil zu bilden – statt aufzuklären. „Und es ist deutlich, daß man mir bewusst etwas anhängen will, was mich sogar noch kriminalisiert – oder zumindest in ein unberechtigtes Zwielflicht bringen soll.“

Die Polizistin: „Seine Angaben bezüglich der Altschäden an seinem Pkw sind widersprüchlich.“ Dieser Text-Absatz gehört überhaupt nicht in einen Bericht. Was widerspricht wem?

Was die Polizei damit beabsichtigt, folgt im Schluß-Satz: „Es wird gebeten, die Eignung oder Befähigung zum Führen von Kraftfahrzeugen erneut zu überprüfen.“

Das also ist des Pudels Kern!

Man kann es aber auch umdrehen – mit der Frage: Welche Eignung hat die Polizeikommissarin Thielemann, die vielleicht auf Veranlassung oder Vorlage von Kollegen, einen solchen übergriffigen „Bericht“ schreibt – welche Eignung hat sie für ein Amt, das zum Hoheitsbereich des Staates gehört. Kann sie im Rechtsstaat diese Funktion ausüben? Ist das Rechtsstaat?

Soll sich der Professor nun dafür bedanken, daß ihm eine Illusion über den Rechtsstaat genommen wurde?

Voreingenommenheit, Jäger-Mentalität und Altersdiskriminierung – ein faires Verfahren sieht anders aus

Das fatale Protokoll 2 konnte der Professor erst nach vielen Monaten Ende Januar 2019 einsehen.

In beiden Berichten, so trägt er vor, gibt es eine Anzahl von Unkorrektheiten. Sorgfalt? Fehlanzeige. Nicht zu entschuldigen, was der zweite unbrauchbare Bericht anrichtet, wie er

einen Bürger ohnmächtig macht und wie die Polizei nachlegt, um mit dem neuen Unrecht Recht über altes Unrecht zu behalten. Im zivilen Leben erwartet man dazu erstens Einsicht, zweitens die Bitte um Vergebung und drittens Wiedergutmachung des Schadens. Nichts dergleichen ist geschehen.

Der Professor sagt, man hätte die Berichte mit ihm besprechen müssen, weil sie protokollarischen Charakter haben und es daher sein Recht sei, Einwände vorzutragen. Er habe auch das Recht, daß seine Einwände schriftlich notiert werden. Er sieht die Tatsache des Vorenthaltens als unberechtigt und als Rechtsverstoß an.

Er schreibt einen Brief. Aber der wird ignoriert.

Und er sieht im Umgehen mit dem Vorgang eine vom Grundgesetz verbotene Altersdiskriminierung.

Der Professor wirft der Polizei Unprofessionalität vor: auf den ersten Eindruck hin eine Voreingenommenheit entwickelt zu haben. Er leitet sie aus Folgendem ab. Er hatte sich zunächst selbst schriftlich verteidigt. Dabei hatte er als kommunalpolitisch Interessierter auf einige Tatsachen hingewiesen, die der Polizei als Kritik aufgestoßen seien. Man habe ihm von der Polizei und vom Verkehrsamt gesagt, so etwas habe man noch nie erlebt.

Der Professor sagt: Es sei sein Recht, dies zu sagen. Man könne ihm ja mitteilen, daß es nichts zur Sache beitrage.

Sein früherer Anwalt hat ihm bedeutet, daß eine solche eigene Verteidigung taktisch unklug sei. Der Professor aber war der naiven Ansicht, daß es im Verfahren ausschließlich um Rechtlichkeit gehe und nicht um eine Betragenstunde und daß er sich nicht unterwerfen lasse - nach einem langen mutigen Leben mit 150 Bürgerinitiativen.

Daraufhin überließ der Professor die Verteidigung ausschließlich seinem neuerlichen Anwalt (der frühere gab seine Praxis auf und ging in Pension).

Der Professor wirft der Polizei vor, nur zu seinen Ungunsten ermittelt zu haben.

Es gibt etliche Unkorrektheiten in den beiden Polizei-Berichten.

Er wirft der Polizei und dem Amt vor, viel zu weitgehende Schlüsse gezogen zu haben: rechtlich Unerhebliches umstilisiert zu haben. Weil es rechtlich Erhebliches nicht gab.

Er wirft auch noch vor, daß das Verfahren mit einer „Jäger-Mentalität“ geführt worden sei, daß versucht wurde, ihn vom Opfer zum Täter zu stempeln.

Ermessens-Mißbrauch

Dem Amt wirft er vor, „Ermessen“ (Frau Nietz, Herr Bleckmann) unjuristisch zu handhaben: Ermessen sei ein Rechtsbegriff, der durch höchstichterliche Einschränkungen begrenzt und kein Freibrief für Willkür sei.

Entlastungen wird nicht einmal angehört

Der Professor hat mehrfach und ruhig auf Entlastendes hingewiesen – fand jedoch kein Gehör. Zur Entlastung gehören einige Tatsachen.

Er fährt seit rund 60 Jahren unfallfrei.

Er hat noch nie einen Punkt in Flensburg gehabt.

Er trinkt keinen Alkohol.

Er fährt – weil im Alter wie auch immer der Führerschein besonders gefährdet ist – sehr vorsichtig. „Wer außer mir hält sich denn völlig pennibel, um sicher zu gehen, an jedes Verkehrsschild und an jegliche Vorgabe an Geschwindigkeit?“

Verhältnismäßigkeit

Der Professor bittet zu erwägen, daß ein Entzug des Führerscheins erhebliche Eingriffe in sein Leben und in das Leben dritter zur Folge habe.

Die Androhung des Führerschein-Entzugs sei ein Jahr lang ein Damokles-Schwert gewesen, also eine erhebliche psychische Belastung, die seinen Schlaf häufig und auch seine Arbeitsfähigkeit - mit dem Gefühl, willkürlich ausgeliefert zu sein, - erheblich gestört habe. Ein Entziehung sei auch ein teilweises Berufsverbot für seine Tätigkeit als Autor von umfangreichen Reisebüchern.

Hinzu käme, daß er sich rührend um seine Frau kümmere, die durch einen nächtlichen Sturz einen Oberschenkel-Halsbruch erlitten habe.

Er verstehe nicht, warum dies alles nichts gelten solle, wo man sich in jedem Gerichtssaal in anderen Fällen auch um Lebens-Lösungen bemühe, während hier nicht einmal die erwiesene Unschuld eine Rolle spiele. Polizei und Behörde ignorieren total die Unschuldsvermutung. Und die Tatsache, daß Prof. Günter ein ganzes Leben lang tadellos gefahren ist.

Man nehme ihm die Kritik an der Polizei als „Majestätsbeleidigung“ übel – und wolle nun ein Exempel statuieren. Es gehe aber nur um die Rechtsfragen.

Gefahren-Abwehr

Im Führerschein-Amt sagte man dem Bürger Professor: Unsere Aufgabe heißt Gefahrenabwehr. Darauf antwortete der Bürger: Dann wehren Sie bitte auch die Gefahr von mir ab, daß ich ein völlig Unschuldiger bin, der dies in Jahrzehnten und unlängst noch mit einer rund 4 000 km Toskana-Reise bewiesen hat, der ausgezeichnet fahren kann, was kompetent beurteilt wurde – daß ich als ein dermaßen Unschuldiger in die Hände von Vorurteilen gestürzt werde, die mein Leben und das Leben meiner Frau heftig einschränken.

Diese Gefahr heißt im Klartext: ich werde vom Opfer zum Täter gemacht. Und wenn ich mich wehre, wird es mir übel genommen, weil es einigen Leuten nicht um den Rechtsstaat geht, sondern um eine Betragensnote vor einer Obrigkeit, bei der offensichtlich nicht wahrgenommen wird, daß solche Zeiten nach unserer Verfassung endgültig der Vergangenheit angehören müssen. Aber das tun sie nicht, wie der Vorgang beweist.

Der Professor fühlt sich von der Polizei verfolgt.

Prof. Dr. Günter sagte in der städtischen Behörde: „Ich bin von Beruf Schriftsteller. Es haben sich zu Ähnlichem zwei bekannte Kollegen geäußert: Heinrich von Kleist und Franz Kafka. Ich fühle mich mittendrin. Und ich werde dazu schreiben.“

Es wäre schön, mit Kleist zu enden: „Es gibt noch Richter. Ich möchte es gern sehen.“

Das Urteil des Fahrlehrers: Eignung – in der Praxis.

Tatsache ist, daß sich Prof. Günter auf diplomatisches Anraten seines Anwalts – ausdrücklich ohne dazu verpflichtet sein, darauf eingelassen hat, eine Stunde unter Beobachtung eines Fahrlehrer zu fahren. Auch mit dem Anwalt.

Das Urteil war gut. Er hatte das bestätigt, worum es ging: um die praktische Fähigkeit, ein Fahrzeug zu führen.

Schluß des Verfahrens – aber die Polizei jagt weiter

Nach dem Zeugnis des Fahrlehrers schloß die Verkehrsbehörde den Fall.

Dann intervenierte die Polizei und die Behörde öffnete den Fall erneut.

Prof. Dr. Günter bezweifelt, ob dies korrekt sei.

Die Polizei hat nie eingestanden, wo sie außerhalb der Tatsachen gelegen hatte, also fälschlich behauptet hatte.

Serien-Täter?

Rasch wird klar, was die Polizei vor hat.

Sie will den alten Professor als Serien-Täter darstellen.

Und man soll prognostisch denken: daß er in Zukunft mit tütteliger Unaufmerksamkeit allerlei Unfälle machen wird.

Dies müsse man verhindern, schreibt Amtsleiter Bleckmann später als Begründung für den Führerschein-Entzug.

Der Anwalt und die Fahrstunde.

Inzwischen hat der Professor sich einen Anwalt genommen. Jörg Hesse hat einen sehr sachlichen intelligenten Vorschlag: Ich habe unter meinen Klienten einen Fahrlehrer. Herr Professor, wären sie einverstanden mit dem Vorschlag, mit ihm eine Stunde zu fahren – dann kann er es begutachten? - Der Professor ist sehr angetan von dieser Idee. Ja, das ist ein sachorientierter Vorschlag.

Der Fahrlehrer und der Professor fahren kreuz und quer in der Stadt und auch auf der Autobahn. Sie spielen alle Situationen normaler Praxis durch.

Am Schluß gratuliert der Fahrlehrer seinem „Schüler“: „Exzellent!“

Der Anwalt trägt im Amt das Ergebnis vor.

Aber das Amt will davon nichts wissen. Es hat dass nicht selbst erfunden – und es kommt auf eine fatale Idee.

Was der Anwalt, der Professor und der Fahrlehrer gemacht haben, ist von der Bürokratie nicht vorgesehen. – Einwand: Man kann es aber als Amt durchaus gelten lassen. Es hat einen guten Sinn. Es muß nicht alles und jedes sogenannten zertifiziert sein.

Aber das Amt will davon nichts wissen. Es hat diese Lösung nicht selbst erfunden.

Das Amt könnte dies jedoch gut gelten lassen. Es erweist die Fahrtüchtigkeit in der besten Weise. Wenn der Fahrlehrer für viele Generationen der ohne jeden Zweifel erhabene Entscheider über die Fahrtüchtigkeit ist, kann dies auch für die Gruppe der Älteren gelten.

Aber könnte dies dem Geschäfts-Modell, über dass wir noch diskutieren müssen, schaden? Der Professor nimmt das an. „Dafür spricht auch die Penetranz, mit der mir der Idioten-Test, das MPU aufgedrängt wird.“

In der Tat: das Fahrlehrer-Modell als Lösung ist erstens Praxis-nah und zweitens nicht diskriminierend wie das MPU.

Der Professor weigert sich energisch, sich auf das MPU-Verfahren einzulassen.

Dies wird das Amt später als Begründung für den Führerschein-Entzug nehmen.

Prof. Dr. Roland Günter

12. 1. 2019

Schreiben an meinen Anwalt, zur Weitergabe nach telefonischer Abstimmung, wie abgesprochen.

Sehr geehrte Frau Nietz,

für Ihre Forderung nach einem genannten Gutachten gibt es keine rechtliche Grundlage.

Sie haben nichts, was Sie mir zur Last legen können.

Es liegt nichts juristisch Belastbares vor.

Das von Ihnen angeführte „Ermessen“ ist kein Freibrief für die vorliegende Behörden-Willkür. Ermessen ist ein juristischer Begriff, der von höchstrichterlicher Rechtsprechung eingeschränkt ist, dies gilt auch für Ihre Amtsführung.

Ich fahre seit über 60 Jahren ohne einen Unfall, an dem ich irgendeine Schuld gehabt hätte.

Ich habe auch nie einen Punkt in Flensburg gehabt.

Mein Gesundheits-Zustand ist vorzüglich. Ich lasse ihn regelmäßig im eigenen Interesse kontrollieren.

Auf die Entwürdigung des geforderten Verfahrens lasse ich mich nicht ein. Man schilderte es mir als nichttransparent und als „Idiotentest.“

Meine Fahrfähigkeit ist ganz hervorragend und vor allem beispielhaft auf Sicherheit bedacht.

Meine Kraftfahrtauglichkeit habe ich mir, ohne dazu gezwungen zu sein, von einem Fahrlehrer attestieren lassen, - dies liegt Ihnen vor. Sie haben es akzeptiert.

Dann aber haben Sie noch einmal nachgelegt – einigen nichtbelegten absurden Anwürfen der Polizei nachgebend. Ich habe erhebliche Zweifel, ob dies korrekt ist.

Ich sehe es als Amtsmissbrauch an, was Sie mir abfordern.

Dieser Amtsmissbrauch verfolgt mich nun schon seit fast 3/4 Jahr.

Ich werde dieses Unrecht nicht weiter hinnehmen.

Ich sehe es an als eine von der Stadt zu verantwortende Entwürdigung eines Bürger, der immense Verdienste um diese Stadt hat.

Daher darf ich erstens fordern, daß es rechtlich zugeht und zweitens, daß die Willkür, die in diesem Verfahren steckt, unmittelbar eingestellt wird.

Ich bin völlig schuldlos.

Ich sehe diesen Amtsmissbrauch auch als Altersdiskriminierung an und damit als Verstoß gegen das Grundgesetz.

Ich selbst komme mit dem ÖPNV gut zurecht. Aber wenn Sie mir die Fahrerlaubnis entziehen, fügen sie dem Fall ein weiteres Unrecht hinzu: Sie „strafen“ eine unschuldige zweite Person, meine Frau, die ich in Rekonvaleszenz nach einem Oberschenkelhalsbruch rührend betreue: Sie kann nur begrenzt und noch mühsam laufen – ich muß sie fahren und vielfache Leistungen erbringen. Können Sie sich vorstellen, was Sie uns da antun?

Ferner dürfen Sie einem Schuldlosen nicht die Arbeits-Möglichkeiten für die Recherchen für seine Bücher-Produktion einschränken – dies ist in jedem Fall unangemessen und kommt einem halben Berufsverbot gleich.

Ich fordere Sie auf, mir die Fahrerlaubnis **nicht** zu entziehen.

Wenn Sie mir die Fahrerlaubnis entziehen, werde ich dagegen in vielerlei Weise protestieren, auch öffentlich und in Medien, denen ich den Fall vorstelle. Weiterhin werde ich die Rechtsaufsicht der Oberbehörden anrufen und beim Verwaltungsgericht klagen.

Sie bezeichnen Ihre Aufgabe als „Gefahrenabwehr.“

Als Bürger in einem Land, das sich mit seinem Grundgesetz zur Rechtsstaatlichkeit verpflichtet hat, steht es mir zu, Ihnen zuzurufen: Sie haben auch die Gefahr abzuwehren, daß ein Unschuldiger die Nachteile ertragen muß, die mir in diesem Verfahren, das unter erheblichen Unkorrektheiten leidet, angetan werden. Eingeschlossen viele Schlafstörungen und viele Zweifel.

Mein Beruf ist Wissenschaft und Literatur. Ich lese Kafka. Muß ich mich in dieser Stadt ähnlich fühlen? Bislang habe ich von Ihnen Lektionen erteilt bekommen zu Illusionen, wie Rechtswesen und Verwaltung funktionieren. Wenn Sie von Kleist die Geschichte von Michael Kohlhaas lesen, erfahren Sie, das es auch noch Richter geben kann.

Ich bin gespannt, was ich als Schriftsteller über den Fall schreiben kann, soll, muß.

Mit freundlichen Grüßen Prof. Dr. Roland Günter

Anmerkung: Mein Titel „Dr.“ ist Teil meines Namens. Ich habe das gesetzliche Recht, präzise angeschrieben zu werden.

Die Schrammen.

Die Polizisten sahen sich das Auto des Professors an, einen Fiat Punto, kein teures Auto. „Es hat viele Schrammen.“ – Ich kann mir vorstellen, welche Gedanken dies weckt, und antwortete: „Hier geht es lediglich um die hintere Stoßstange, alles andere liegt außerhalb Ihrer Tätigkeiten-Kompetenz. Aber ich will Ihnen trotzdem sagen, was es damit auf sich hat. Das Fahrzeug ist uralt, fährt sehr gut, auf Schönheit kommt es mir nicht an. Ich bin in eine zu enge private Toreinfahrt gefahren. Und mir hat es bei einem Sturm auf dem Deich von Ostende die Tür umgerissen. Ich stecke mein Geld nicht in die teuren Schönheits-Reparaturen eines Kleinwagens, sondern lieber in Bücher, von denen ich in meiner Eisenheimer Bibliothek, im „Blauen Haus, „rund 25 000 habe. Dies alles mag für „normale“ Ansichten schräg erscheinen, aber es ist nicht polizei-widrig.“

Es könnte nun Schluß sein – aber: Die Polizei grätscht herein.

Es hätte gut sein können. Es wäre einigermaßen sachlich gewesen.

Aber die Polizei sagt zu Frau Nietz: Wir wollen die Sache weiter verfolgen.

Und nun wird es zur Hatz.

Jetzt jagt das Amt weiter nach dem Führer-Schein.

Weil man keine „Vorfälle“ hat, also keinerlei Beweise gegen den Professor, wechseln Amt und Polizei die Schiene.

Beide haben ein Verständnis des „Ermessens,“ das juristisch nicht korrekt ist. Aber was ist schon Korrektheit! Der Professor wird erfahren, daß es diese in seinem Fall nicht gibt.

Da Amt und Polizei sich in gegenseitiger Verbundenheit gern im Einvernehmen fühlen wollen, schwenkt Frau Nietz, sicher im Einverständnis mit Amtsleiter Bleckmann, sofort um und auf die Polizei-Schiene ein. Es gibt keinerlei Distanz zwischen den beiden Behörden. Man kann es auch je nach Sachverhalt und Rolle Kameraderie oder Opportunismus nennen.

Es hätte gut sein können. Es wäre einigermaßen sachlich gewesen. Es hätte das würdelose Spektakel mit dem Fake und den Unkorrektheiten der Polizisten beendet.

Aber die Polizei sagt zur Frau Nietz: Wir wollen die Sache weiter verfolgen. Und nun wird es zur Hatz.

Fahrtauglichkeit.

Jetzt ist keine Rede mehr von Vorfällen. Nun kommt es zur reinen Willkür der Obrigkeit, die allerdings raffiniert maskiert ist.

Das Führerschein-Amt behauptet, daß es – und ebenso die Polizei - nach eigenem „Ermessen“ jederzeit überprüfen dürfen,“ ob jemand die Tauglichkeit hat, ein Fahrzeug zu steuern.

Jederzeit – daran gibt es Zweifel. Dies geht doch nur mit Anlässen und nicht einfach nach Willkür.

An einer Sachdiskussion dazu haben Amt und Polizei keinerlei Interesse. Sie ignorieren bewusst alles, was zugunsten des Professors vorgetragen wird und fixieren sich auf ihre neue Schiene.

Vorgetragen wurde: Der Professor hat seinen Führerschein mit 18 Jahren gemacht – hat also eine Fahrpraxis von 65 Jahren. Darin hat er niemals einen Unfall gehabt. Er hatte auch noch nie einen einzigen Punkt in Flensburg.

Gezielte Verfolgung eines völlig Unschuldigen.

Unschuldig - aber die Polizei und die Behörde wollten dem Professor unbedingt den Führerschein abnehmen. Weil es keinerlei Vorfälle gab, erfanden sie eine Reihe von Behauptungen, denen jedoch jegliche juristische Beweiskraft fehlte.

Die Absicht, die dahinter stand, ist offenkundig. Man kann sie in den sprachlichen

Formulierungen erkennen.

Der Professor habe beim „Vorfall 1“, dem Fake, „sehr zögerlich“ seine Papiere gezeigt. Aber für das Tempo des Vorzeigens gibt es keinerlei Rechtsvorschrift. Tatsache war, daß er die Papiere in beiden Fällen selbstverständlich und ohne weiteres gezeigt hat.

Für den „Vorfall 2“ wurde im Polizei-Bericht wortwörtlich dasselbe behauptet. Die zweite Behauptung wurde vom Bericht zum „Vorfall 1“ abgeschrieben und in den „Vorfall 2“ hinein kopiert. Eine solche unkorrekte Arbeit ist überhaupt nicht hinnehmbar und zeigt, daß dem Professor absichtsvoll etwas angehängt werden sollte.

Aber selbst, falls es so geschehen sei, wäre es erstens unbeweisbar und zweitens vor allem juristisch völlig unerheblich.

Dies läßt erkennen, daß es sehr subjektiv und also voreingenommen zugeht.

Die Behauptung des Zitterns sollte weiterreichende Assoziationen nahe legen, etwa auf Alters-Krankheiten. Solche Schlüsse kommen der Polizei jedoch nicht zu, sondern nur medizinischen Fachleuten.

Die MPU – der „Idioten-Test.“

Noch mehr unzulässig ist es, an etwas so Normales, wie ein gelegentliches Zittern einer Hand eine medizinisch-psychologische Untersuchung, genannt MPU, anzuhängen. Dann müßte man dies mit jedem Auto-Fahrer tun. Das wäre absurd. Was hier geschieht, ist pure Willkür – also ungesetzlich übergriffig. Also illegal.

Zweiter Fall von Illegalität: Die Behörde läßt für die Medizin monopolistisch einzig die MPU zu – keinen Facharzt, keine Universitäts-Klinik.

Drittens: Die MPU ist methodisch grob fehlerhaft (siehe unten).

Viertens: Sie läßt keine Überprüfung und keine Revision zu.

Fünftens – dies ist im konkreten Fall der Hauptpunkt: Es gibt angesichts der erwiesenen Schuldlosigkeit des Professors keine Rechtfertigung, ihn zu einem aufwendigen, teuren Verfahren zu zwingen: der MPU-Prüfung.

Dies ist rechtstaatswidrig: Bestrafung ohne Schuld.

Hinein-Lügen, um etwas anzuhängen.

In beiden sogenannten „Fällen“ wurden in die Berichte Vorwürfe hinein gelogen.

Dies taten Beamte, an die als Hoheitsträger besondere Anforderungen an Korrektheit zu stellen sind.

Im Prozeß-Verlauf wurde sichtbar, daß beide Behörden völlig distanzlos zueinander blieben. Man kann es auch anders ausdrücken: eine Kameraderie miteinander hatten.

Was dem Professor vorgeworfen wurde, war rechtlich völlig unerheblich.

Daraus geht hervor, daß Polizei und Behörde sich sehr vorurteil-gelenkt verhielten. Und weil sie dem Professor keine Schuld nachweisen konnten, versuchten sie, ihm doch noch „etwas anzuhängen.“

Selbst dies würde nicht einen gravierenden Eingriff in sein Leben rechtfertigen.

Dazu gehörte, ihm nachzusagen, er habe eine unsichere Fahrweise. Dies ist jedoch eine völlig unbewiesene Behauptung. Zum Beispiel haben er und seine Frau als Beifahrerin in keinem der sogenannten „Vorfälle“ beobachten können, daß ihnen jemals ein Polizist beim Fahren zugesehen hatte.

Man wollte ihm etwas anhängen, was man daher „an den Haaren herbei ziehen mußte.“

Tatsache ist, daß Prof. Günter auf diplomatisches Anraten seines Anwalts – ausdrücklich ohne dazu verpflichtet zu sein, sich darauf eingelassen hat, eine Stunde unter Beobachtung eines Fahrlehrers zu fahren. Das Urteil war gut.

Gleichheit der Menschen? – wie man es gerade braucht.

Das Amt und die Polizei sagten dem Professor: Alle Menschen sind gleich! – Der Professor stimmte zu: Ich bin ja derselben Meinung, das steht im Grundgesetz – und darum bitte ich, daß ich gleich behandelt werde: Ich habe das Recht, daß Sie ermitteln, wie denn das mit dem Fake war – und wenn es nichts war, daß mir die erforderliche Gerechtigkeit zukommt und ich nicht wie ein Krimineller verfolgt werde. Ich erhalte ja nicht einmal deren Rechte. Ich werde nicht behandelt wie ein demokratischer Bürger.

Der Appell an den Oberbürgermeister.

Der Professor bittet Oberbürgermeister Daniel Schranz, weil er der Chef der Verwaltung ist und sein Name über allen ihren Schreiben steht, als angeblicher Verantwortlicher, den Fall an sich zu ziehen und zu überprüfen.

Der OB läßt sein Sekretariat trocken abwinken. Mit der Bemerkung: Die Prüfung könne nur die Stelle machen, die – festhalten! – sie gemacht hat.

Der Professor diskutiert mit Freunden darüber, wie ein Oberbürgermeister seine Rolle verstehen kann oder könnte.

Die Entziehung des Führerscheins.

Ein letztes Gespräch im Amt. Teilnehmer: Amtsleiter Bleckmann als Autorität. Anwalt Hessen argumentiert. Der Professor sagt lediglich: Ich bin völlig unschuldig.

Die Szene zeigt, daß das Gespräch überflüssig ist. Alles ist bereits amtsintern entschieden. Der Amtsleiter spielt nicht mal auf Gummi-Wand. Heike Nietz steht etwas im Hintergrund, auf die Rückenlehne eines Stuhls gestützt, locker, bewegt sich hin und wieder lässig wie ein Modell, steht leicht grienend hinter der Runde der Männer.. Die Szene kommt dem Professor vor wie in einem drittklassischen amerikanischen Film.

Der Amtsleiter läßt den Professor und Rechtsanwalt Hesse leicht hönisch zappeln. Es gibt nicht das mindeste Anzeichen, daß etwas Anderes geschehen wird als der Einzug des Führerscheins. Das wird zwei Tage später per Schreiben mitgeteilt.

Aller Aufwand war vergeblich.

Verfügung Führerschein-Einzug.

Prof.Dr. habil Roland Günter erhielt am 15. Februar 2019 einen Brief von der Stadt

Oberhausen: „Verfügung.“

Das Wort „verführung“ stammt aus der autoritären höfischen Sprache des 19. Jahrhunderts. Quintessenz: Der Führerschein wird eingezogen.

Im Folgenden in kursiver Schrift: Begründung der Behörde (Herr Bleckmann).

In normaler Schrift: Mein Kommentar (Prof. Dr. Roland Günter)

„Begründung:

Zu 1, Entziehung.

Nach § 2 Absatz 1 des Straßenverkehrsgesetzes (SVG) hat die Verwaltungsbehörde die Fahrerlaubnis zu entziehen, wenn sich deren Inhaber als ungeeignet oder nicht befähigt zum Führen von Kraftfahrzeugen erweist.

Mein Kommentar dazu: Ich bin sowohl geeignet wie auch befähigt.

Ich besitze seit über 60 Jahren den Führerschein. In dieser langen Zeit, über mehr als eine Million Kilometer, hatte ich bis heute keinen einzigen Unfall – keinen einzigen verschuldeten Unfall. Auch unverschuldet nicht, denn ich fahre seit jeher aus Einstellung und Prinzip extrem defensiv defensiv und entgehe dadurch auch möglichen Gefahren, Meine vielen Beifahrer kamen durchweg zum Urteil: Sicherer als bei

Dir/Ihnen kann man nicht fahren.
Ich habe jedes Jahr eine Fahrleistung von rund 25 000 Kilometern. Ich habe also eine umfangreiche Fahrpraxis. In vielen europäischen Ländern. Darunter ein Jahr Istanbul und Rom, - hier unfallfrei zu fahren, war am schwierigsten.
Im letzten Sommer bin ich rund 4 000 km nach Italien und zurück mit meinem PKW gefahren – ohne irgendeine Schwierigkeit. In Italien kann man nur unfallfrei fahren, wenn man wirklich gut fahren kann.
Ich brauchte den Wagen vor allem wegen meiner Frau, der Schriftstellerin Janne Günter. Sie hatte 2018 einen Oberschenkelhalsbruch. Ich muß sie zur Apotheke, zu Ärzten, zur Bank und überall hinfahren. Der Entzug trifft sie sehr hart. Sie ist so schuldlos wie ich. Nur mit dem Wagen konnten wir das notwendige Gepäck nach Italien und mit ihr nach außerhalb mitnehmen. Ihre Lebensqualität ist nun doppelt eingeschränkt. Dies hat sie nicht verdient.
Wir nahmen uns auf dem Weg nach Italien ihretwegen viele Pausen und Übernachtungen bei Freunden entlang der Strecke.
Ich halte mich aus Prinzip und strikt an die vorgeschriebenen Geschwindigkeiten, vor allem, weil ich sie seit jeher für sinnvoll ansehe. Sie garantieren mir ein ruhiges Fahren. Wir zählen damit zu den korrektesten Autofahrern in Europa.
Ich nahm das Angebot meines Anwalts wahr, eine Stunde lang mit einem Fahrlehrer zu fahren. Er hat meine Eignung als einwandfrei bestätigt.
Dies überzeugte zunächst die Behörde.
Daß dies wenig später nicht mehr gelten sollte, halte ich für äußerst unkorrekt.
Ebenso unkorrekt ist es, daß sich die Polizei, als sie dies erfuhr, einmischte und auf die Weiterführung des unkorrekten Verfahrens drängte.
Die Behörde musste nicht darauf eingehen – aber was hat sie geritten, daß sie umfiel: Sie nahm das Verfahren noch einmal auf.

Gemäß § 46 der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) ist u. a. derjenige ungeeignet, der wegen körperlicher und geistiger Mängel zum Führen von Kraftfahrzeugen nicht in der Lage ist oder sonst erheblich oder wiederholt gegen verkehrsrechtliche Vorschriften verstoßen hat.

Die Verordnung nennt vier Kriterien.
Ich habe keine körperlichen Mängel. Meine Gesundheit ist sehr stabil. Ich hatte in den letzten sieben Jahren weder eine Krankheit noch eine Erkältung. Ich mache jeden Tag eine halbe Stunde Gymnastik. Ich laufe, wo immer ich kann, zu Fuß, benutze selten einen Fahrstuhl, trainiere mich an jeder Treppe, arbeite jeden Tag mehrfach mit einem stehenden Fahrrad, mache kleine Spaziergänge vor allem zum Nachdenken für meine Texte. Ich bin uneingeschränkt gehfähig. Ich ernähre mich sehr gesund, bin Vegetarier. Gesünder kann man kaum sein. Denn ich möchte sehr alt werden, weil ich noch viele Projekte vorhabe.
Ebenso kann von geistigen Mängeln keine Rede sein. Ich habe 60 Bücher geschrieben. Vor wenigen Tagen hielt ich dazu im Literaturhaus Oberhausen einen abendlangen Vortrag – mit 3 Stunden Diskussion. Angesichts dessen erübrigt sich ein sogenannter „Idiotentest.“Ich würde ihn als diskriminierend empfinden – das habe ich nicht verdient, zumal er – siehe unten – keine rechtliche Begründung haben kann, sondern einzig auf Willkür beruht.
Stichwort Geistige Gesundheit: Zur Zeit arbeite ich an einem 400 Seiten umfänglichen

Buch zum „Bauhaus als Kultur,“ das in diesem Jahr sein 100jähriges Jubiläum begeht. Die Expo 2000 hatte uns im Bauhaus Dessau für zwei umfangreiche Bücher 1 1/2 Jahre lang ein Meister-Studenten-Appartement gemietet. Und ich arbeite seit einiger Zeit parallel an meiner Autobiographie.

Ein Buch zu schreiben, ist eine umfangreiche Unternehmung: lange Recherche, Organisation eines komplexen Inhalts, hohe Konzentration für jeden Satz und jedes Wort. Mehrere Korrekturen. Wer dies schafft, dem kann man nicht nachsagen, er sei geistig nicht auf der Höhe.

Bei solchen Leistungen und in einem derart guten gesundheitlichen Zustand muß man Verständnis dafür haben, daß sich ein Bürger wie ich weigert, sich der entwürdigenden Prozedur einer MPU, das heißt eines sogenannten „Idioten-Testes“ zu unterziehen.“

Die Behörde wollte mir keine Auskunft geben, was dies im Einzelnen ist. Er ist also erstmal intransparent. Aber ich habe viele Menschen danach gefragt. Antworten: Gesundheit spielt darin die geringste Rolle. Man wird mit vielerlei Verfahren getestet, die auch unter Experten umstritten sind. Wenn man dies jeweils nicht bedingungslos annahm, hatte man schon verloren. Der Test wurde mit viel Willkür interpretiert. Fazit; Du kannst mit Nichts herein gelegt werden. Es fällt nahezu jeder rein.

Mein früherer Anwalt (er hat seine Praxis mit Erreichen der Pension aufgegeben) sagte mir: Zu diesem Verfahren gehört ein Teil mit der Frage, ob man Einsicht habe. In meinem Fall hieße es: Zugeben, was überhaupt nicht geschehen ist? Ein Fake damit zur Tatsache zu machen? Unmöglich. Denn ich hatte im Fall 1 beim Einparken auf meiner Straße den Hintermann *nicht* berührt d. h. nicht gerammt. Dies haben sowohl die Werkstätten, auch der PKW-Eigentümer und die Versicherung bestätigt. Also konnte es daher weder das erste „Delikt“ geben und deshalb auch kein zweites: die angebliche Fahrerflucht. Ich ging – völlig unschuldig - einfach nur drei Häuser weiter zu meiner Wohnung. Nichts ahnend.

Obwohl nicht das Geringste geschehen war, wollte mir die Polizei und ihr folgend die Führerschein-Behörde zwei Delikte anhängen.

Dies hätte unverzüglich geklärt werden können. Auch als es geklärt war und die Staatsanwaltschaft beide Verfahren bereits eingestellt hatte, behaupteten Polizei und Behörde weiterhin und wahrheitswidrig mehrfach zwei Delikte. Zum Teil auch in infamer Weise, mit Formulierungen wie „beteiligt an . . .“, „zur Last gelegt. . .“ (siehe oben, Protokoll)

Der erste Fall war ein Fake - ein Streich, den mir übel wollende Siedlungs-Nachbarn spielten. Ich hatte die Polizei gebeten, auch der Vermutung des Fake (des Böse-Buben-Streiches) nachzugehen. Sie ließ sich jedoch trotz meiner mehrfachen Bitten (sofort und später) nicht auf Ermittlungen ein. Sie hatte jedoch die Pflicht – auf die ich sie hinwies – nach allen Seiten zu ermitteln, auch mit der Option der Unschulds-Vermutung, die für jede Behörde zu prüfen ist.

Darauf ließ sich die Behörde und ebenso wenig die Polizei mit keinem Satz ein.

Daraus kann man nur den Schluß ziehen, daß mir ein elementares Recht als Bürger verweigert wurde. Und daß die Behörden eine elementare Pflicht verweigerten.

Beide sattelten noch eine Ebene drauf: Sie nahmen es mir übel, daß ich mich verteidigte. Sie sahen es als Widerrede an. Und als „Majestätsbeleidigung gegen ihre Autorität.“ Aber es war mein Recht, mich zu verteidigen. Ich halte das Vorenthalten dieses Rechtes für unkorrekt. Es verletzt zudem den Grundsatz der Neutralität der Behörden.

Mein früherer Anwalt Roland Göhre erklärte mit dies so: „Es geht nicht um Recht, sondern um die Betragens-Note. Sie heißt „Kopf runter.“

Zurück zum „Idiotentest.“ Ich hatte das erlaubte Misstrauen, daß es leicht wäre, dem

Veranstalter des Tests von der Behörde zu signalisieren, was man als Ergebnis gern hätte – in diesem undurchsichtigen und offensichtlich unkritisierbaren Verfahren. Zumal mir auch gesagt wurde, daß er viel Geld (830 Euro) koste und dementsprechend die Versuchung nahe läge, daraus ein Geschäfts-Modell zu machen.

Vor allem weckten Zweifel die darin gestellte Frage nach der Einsichts-Fähigkeit. Ich fürchtete, daß hier eine mittelalterliche Prozedur abläuft, mit neuem Vokabular, in sogenannter Wissenschaftlichkeit, nach dem bekannten Strickmuster der Hexen-Folter zu verfahren: In welcher Gestalt auch immer, es gab im späten Mittelalter und es gibt auch heute erstens keine Möglichkeit, den Inhalt in Frage zu stellen. Zweitens : wenn man nach langem Druck, der auch heute als Folter empfunden wird, ein Geständnis lügt und damit das Ziel der Peinigung anerkennt, mit der kurzatmigen Illusion, damit die Folter zu beenden. Dann ist dies damals und heute dasselbe – lediglich mit anderen Worten, die mit ihren Folgen keineswegs eine Soft-Version darstellen. Drittens: wenn man den Vorwurf bestritt, war man uneinsichtig – wie mir mehrfach vorgeworfen wurde.

Man konnte also in dreierlei Variationen für schuldig erklärt werden. Dies widerspricht tief greifend einem Rechtsverständnis, das von mutigen Protagonisten als Aufklärung in drei Jahrhunderten erarbeitet und als eine der Grundlagen des modernen Staates und der Bürgerrechte erkämpft wurde.

Seit diesem Zeitpunkt hatte ich offensichtlich „verspielt.“ Nun erhielt ich drei Stempel: „Er fiel den Beamten ins Wort.“ Ich dachte, daß es in einer Demokratie guter Brauch ist, ein Rede-Recht zu haben, auch etwas sagen zu dürfen, zumal bei so harten Vorwürfen – und angesichts der total fehlenden Realität daran.

Es mag ja sein, daß Leute, die als Hoheitsträger in einem pluralistisch-demokratischen Zeitalter es mit ihrer Autorität nicht einfach haben und besonders sensibel gegen Einwände sind. Aber es gehört zu ihrer Professionalität, daß sie deutlich unterscheiden können zwischen ihren Vorgaben im Geist der Gesetze und des Rechtsstaates einerseits und ihren persönlichen Gefühlen. Da ist eine Mentalität mit Hau-drauf, Nachtragen, „dem zeigen wir es!“ total rechtstaatwidrig.

Ich betone, daß ich mit den Beamten von Polizei und Behörde ausschließlich argumentativ gesprochen habe, auch sehr ruhig, wie ich dies immer tue, was mir einen großen Ruf eingetragen hat – der Minister Dr. Christoph Zöpel hat es in der Festschrift zu meinem 80. Geburtstag ausdrücklich gewürdigt.

Aber selbst, nachdem auch der Staatsanwalt in beiden Fällen meine Unschuld bestätigt hatte, indem er nichts weiter verfolgte, wiederholten Polizei und Behörde immer wieder die Beschuldigung. Sie ließen nicht ab von dem Vorwurf, ich sei Täter des Vorfalls. Tatsächlich war ich – was sich auch so ergab – kein Täter, sondern ein Opfer. Man hätte also wechseln müssen: man musste mich schützen.

Die Polizei setzte jedoch noch eins drauf: in einer Art Jagd-Mentalität verfolgte sie mich weiter, wie man in ihrem mit vielen Lügen versehenen Bericht unschwer ersehen kann. Bis das Opfer zur Strecke gebracht werde.

Begründung.

Erstmalig informierte mich die Polizei Oberhausen am 19. 06. 2018 über Bedenken an Ihrer Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen. Gegen Sie waren wegen eines zwei Tage zuvor stattgefundenen Unfalles Ermittlungen einer Unfallflucht eingeleitet worden. Ihr PKW wies erhebliche Altschäden auf. Sie zeigten sich uneinsichtig und unbelehrbar. Die so entstandenen Bedenken konnten seinerzeit durch eine Fahrprobe mit einem ortsansässigen Fahrlehrer beseitigt werden.

Die Unfallflucht gab es überhaupt nicht.

Es ist unkorrekt, sie dann nochmals anzugeben, so daß man meinen könnte, sie habe doch statt gefunden. Dies war ein typischer Versuch, eine Voreingenommenheit zu erzeugen. Das ist unkorrekt.

Nächste Unkorrektheit: Mein PKW hatte Schrammen. Ich sagte, daß dies zur vorliegenden Sache überhaupt nichts beiträgt.

Ich bin kein Auto-Fan.

Dies als „erhebliche Altschäden“ zu benennen ist wahrheitswidrig, semantisch und dann vor allem juristisch total unzulässig.

Es wurde im Übrigen erst jetzt in der Begründung nachgeschoben.

Ich bot an, die Schrammen und Beulen zu erklären, obwohl sie überhaupt nichts mit dem Fall zu tun hätten. Keine einzige Schramme stammte aus einem Unfall – es gab keinen Unfall, wie fälschlich suggeriert wird. Die Beulen verursachte vor Jahren ein heftiger Sturm vor dem Haus meines Bruders auf dem Deich in Ostende: Er riß die Tür auf. Die Schrammen? Auf der Stadtmauer in Anghiari, wo ich ein Haus besitze und Ehrenbürger bin, hatte man ein übliches Baugerüst aufgerichtet, seit Jahren. Um mein umfangreiches Gepäck zum Haus zu bringen musste ich dort durch fahren, ebenso wie andere Anwohner – ungern, daher ließ ich den Wagen meist auf dem Parkplatz außerhalb stehen. Die Navigation ging auf Zentimeter. Dabei schrämmte es auch. Mir machte es nichts aus, denn ich bin kein Auto-Freak. Ich stecke meine Finanzen nicht „in die heilige Kuh“ Auto, sondern in Bücher und Reisen. Dies müsste man verstehen können – zumal es wirklich Privatsache ist, wie immer jemand dazu eine andere Meinung haben kann. Hier jedoch ist es eher kabarettistisch. Juristisch ist es nicht verwertbar. Andere Interpretationen gehören ins Reich der Fabel oder der Boshaftigkeit.

Eine erneute Mitteilung der Polizei erneuerte diese Bedenken an Ihrer Kraftfahreignung, weil Sie am 15. 10. abermals an einem Unfall auf einem Parkplatz in Erscheinung getreten sind. Die Sachlage war unklar; den einschreitenden Polizeibeamten fielen Ihre zeitverzögerlichen Reaktionen auf. Sie wirkten körperlich eingeschränkt. Auf die Schäden an Ihrem PKW angesprochen machten Sie widersprüchliche und nicht nachvollziehbare Angaben.

Die Angabe „zeitverzögerlich“ war aus dem Polizei-Bericht des vorhergehenden Falls (dem Fake) *abgeschrieben*. War diese „Beschuldigung“ dort bereits an den Haaren herbeigezogen, konnte sie durch Wiederholung nicht wahrer werden. Es gibt keine Mess-Einheit, wie schnell jemand ein Dokument aus einer der vielen Männer-Taschen herausholen muß. Langsam oder schnell – das Dokument wurde vorgelegt – das ist das Einzige, was zählt. Der Vorwurf ist absurd und zielt wiederum auf die „Kopfnote Betragen“ wie in einem Schulzeugnis. Dort ist sie meines Wissens inzwischen *abgeschafft*.

Man kann an den Unwahrheiten und dem Abschreiben des einen vom anderen gut erkennen, daß die Polizei mir unbedingt etwas anhängen wollte, also das Verfahren mit Vorurteilen betrieb. Sie war an der Wahrheit nicht interessiert und mit einem fairen Verfahren hatte das Ganze erschreckend wenig zu tun. Und auch nicht mit Kleinigkeiten

- wenn aus solchen Vorurteilen existenziell grausame Folgen hervor gehen (siehe weiter unten).

Auch Fall 2 mußte man mit der Erfahrung, die man der Polizei abverlangen muß, sofort erkennen, daß die Sachlage keineswegs unklar war: Der in einer Reihe parkende Fahrer von PKW 2 mußte sich beim rückwärts heraus Fahren, regelkonform vergewissern, ob die Fahrbahn frei ist. Da dies nicht geschah, auch kein Blinkzeichen gesetzt war, handelte es sich eindeutig darum, daß er mir die Vorfahrt genommen hatte.

Er hatte Glück: Meine Reaktion war vorzüglich (dies gehört zur Eignung), es gelang mir – mit äußerst guter Reaktion - fast total zu bremsen, so daß der Schaden sich auf zwei Zentimeter Lack begrenzte. Dies ist übrigens das Einzige an Sachschaden in zwei sogenannten Vorfällen. Im dilettantischen Bericht der Polizei ist davon nichts vermerkt. Der Bericht versuchte, die Schuldfrage, obwohl sie eindeutig war, erstmal wenigstens zu zu vernebeln – so daß mir später – nun – ein Strick gedreht werden konnte. Aber es ist eine illegitime Verdrehung des Sachverhalts.

Beide Behörden hatte keine Einsichtsfähigkeit, keine Übersicht, wollten sich nicht auf Unschulds-Vermutung einlassen. Im gesamten Verfahren gab es keinen einzigen Versuch der Behörden auch nur einmal ein Argument zu meinen Gunsten vorzutragen - das heißt zu meiner Entlastung. Im Gegenteil: bis zum leider bitteren Schluß versuchten sie mich – auch im Zusammenspiel - mit einer Reihe von Auslassungen, Lügen, Erfindungen, Verdrehungen schuldig zu stempeln.

Eine Anhörung dazu hat niemals stattgefunden.

Ich habe Sie anlassbezogen mit Schreiben vom 07. 11. 2018 bereits aufgefordert, mir Ihre Eignung durch die Vorlage eines Gutachtens eines Allgemeinmediziner s in einer amtlich anerkannten Begutachtungsstelle nachzuweisen. Im folgenden haben Sie versucht, die Bedenken durch ihre Vorsprache in meiner Dienststelle zu beseitigen, was Ihnen jedoch nicht gelungen ist.

Die Ihnen gesetzte Frist zur Vorlage des Gutachtens ist mittlerweile verstrichen. Darüber hinaus haben Sie hier bekundet, zu einer Untersuchung nicht bereit zu sein. In Anlehnung an § 11 Absatz 8 FeV, darf ich durch Ihre Weigerung, das erforderliche Gutachten fristgerecht vorzulegen, auf Ihre Nichteignung zum Führen von Kraftfahrzeugen schließen. Von dieser Möglichkeit mache ich Gebrauch,

„Anlaßbezogen . . .“ Fragezeiche? Ist ein Fake ein Anlaß? Ist unschuldig ein Anlaß?

Amtsleiter Bleckmann behauptet – gegen die Wahrheit.

Vor allem ist es illegal, allein aus der Weigerung zur Begutachtung den Schluß auf eine Nichteignung zum Führen von Kraftfahrzeugen zu ziehen. Dies ist sachlich, logisch und rechtlich überhaupt nicht zulässig.

Diese Instanz durfte eine so weit reichende und folgen-reiche Feststellung überhaupt nicht treffen. Die Verfügung ist also ungesetzlich.

Ich bin unschuldig. Total unschuldig. Dies ist in beiden Fällen zweifelsfrei bestätigt worden.

Alle weiteren Vorwürfe sind aus eigenen Gründen, die ich hier aufführe, juristisch nicht benutzbar.

Die Gründe, die ich mit diesem und einem weiteren Schreiben zum Verfahren vorlege, zeigen, daß hier – besonders durch das Gewicht der Folgen – eine Übergriffigkeit von Beamten als Hoheitsträgern mit schwer wiegenden Folgen vorliegt.

Daher war ich keineswegs verpflichtet, ein Gutachten beizubringen, das die

Übergriffigkeit auf die Spitze treibt.
Meine Eignung ist vielfach nachgewiesen.
Meine umfangreiche Praxis beweist sie. Ein Fahrlehrer hat sie begutachtet. Die Behörde hat dies zunächst anerkannt.
Lediglich die Polizei mag das nicht zugeben. Aus völlig sachfernen Gründen.
Aus meiner vorhergehenden Argumentation müsste deutlich werden, daß ein unbescholtener und zudem prominenter Bürger gute Gründe hat, sich von einem ersten zweifelhaften unfairen Verfahren, das ihn vom Opfer zum Täter stempeln wollte, sich nicht auf ein zweites undurchschaubares und noch mehr zweifelhaftes Verfahren einzulassen.
Ich hatte bis dahin erlebt, daß man mich, weil die Polizei meinen Widerspruch als „Majestätsbeleidigung“ ansah, zur Strecke bringen wollte. Obwohl Rechtsstaat-Denken sich sagen musste: Der Mann ist unschuldig, er ist Opfer und kein Täter, ihm kann rechtserheblich nicht das Geringste zur Last gelegt werden.
Die Behauptungen „zögerlich,“ „uneinsichtig,“ „unbelehrbar“ sind höchst subjektiv, an den Haaren herbei gezogen, nicht belegbar, rechtlich völlig unerheblich.
„Uneinsichtig“ war die Polizei – auch gegenüber rechtstaatlichem Denken, das dazu da ist, Bürger vor Übergriffen der Obrigkeit zu schützen.
Ich will die Polizei und die Behörde nicht belehren, sie müssten es selbst wissen und denken können. Aus Schrammen am Auto kann man in einem rechtlichen Verfahren keine Schlüsse ziehen. Ich lege keinen Wert darauf, meine Samstage mit Autopflege zu verbringen und das Geld für Reparatur an Schrammen auszugeben. Dies ist zulässig, man mag es als eine Verschrobenheit ansehen, aber zur Sache, die allein rechtlich zu beurteilen ist, tut es nichts, dafür gibt es kein Gesetz. Ich trug vor – ohne dazu Auskunft geben zu müssen - daß ein verheerender Sturm mir in Ostende am Zeedijk vor der Wohnung meines Bruders die Fahrzeug-Tür aus der Hand riß und damit die Beulen entstanden. Und daß in meiner zweiten Heimat Tokana Schrammen entstanden sind: an einer nun dreijährigen zu engen Röhren-Konstruktion auf der Straße entlang der Mauer in der Altstadt Anghiari, - wenn ich umfangreiches Gepäck und meine gehbehinderte Frau zum Haus bringen musste. Ich trug ferner vor, daß es mir – wie gesagt – nichts ausmacht mit Schrammen herum zu fahren- Dies muß man mir zumindest in hoheitlicher Funktion abnehmen (privat mag man darüber nachdenken, wie man will). Daraus auf Unfall-Schaden zu schließen und ein Argument zum Führerschein-Entzug zu machen, frage ich: wo sind wir denn? In den meisten europäischen Ländern ist dies nicht mehr als ein Fall zur Belustigung, man frage mal einen Pariser Autofahrer. Also ist dies alles völlig rechts-unerheblich. Aber es wäre gesellschaftspolitisch und staatsrechtlich gut, wenn Polizei und Behörde hier nicht „unbelehrbar“ blieben.
Nicht hinnehmbar: Man kann mir nichts Widerrechtliches nachweisen – und kommt dann aber auf allerlei widerrechtliche Schlüsse.

Es kann nicht verantwortet werden, dass es unter Umständen zu weiteren, ähnlich gelagerten Vorfällen kommt. Schon bei Ihrer ersten Vorsprache waren Sie dabei beobachtet worden, wie Sie den hiesigen Parkplatz verließen und entgegen der Fahrtrichtung den hier befindlichen Kreisverkehr befahren hatten. Ein solch gefährdendes Verhalten gilt es für die Zukunft auszuschließen.

Die Fahrerlaubnis wird daher entzogen, die Verpflichtung zur unverzüglich Abgabe des Führerscheins ergibt sich aus § 47 FeV.

Was Sie mir zum Kreis-Verkehr unterstellen, ist eine Erfindung für ein Märchen-Buch. Ich war überhaupt nicht mit dem Auto gekommen, sondern mit der Straßenbahn zum Hauptbahnhof und zu Fuß zum Concordiahaus gelaufen.

Diesem Text sieht man an, daß es nicht um Wahrheit ging, sondern darum „mir eins drauf zu hauen.“ Dies ist ein i-Punkt in einem wirklich gefährdenden Verhalten meiner Verfolger. Eine solche Prognose zu machen, auch noch für alle „Zukunft“, ist nun wirklich nicht zu verantworten. Es ist ein Angriff auf den Rechtsstaat. Der Bürger muß sich darauf verlassen können, daß es rechtlich zugeht und daß keine Hoheit ausübenden Beamten in dieser Weise mit einem Unschuldigen umgehen dürfen.

Steckt jemand dahinter?

Der Professor hatte sich in der ganzen Zeit immer wieder diese Frage gestellt.

Er war in über 150 Bürgerinitiativen tätig – gesellschaftlich orientiert, gegen viel Unrecht, gegen Boden-Spekulation, gegen den Umgang von Obrigkeiten mit hart arbeitenden Menschen.

Dabei, das war ihm bewusst, hatte er viele Freunde in der Region gewonnen, wurde bekannt und berühmt, aber er hatte sich nicht nur Freunde gemacht. Er konnte sich denken, daß mancher meinte, mit ihm eine Rechnung offen zu haben.

Es gibt in Ruhr etliche verdiente Menschen, die von sensibleren Obrigkeiten (gibt es das?) besser behandelt werden müssten. Hier ein konkretes erlittenes Beispiel.

In der Nachbarstadt ließ der Oberbürgermeister Tischler einen Bauhaus-Pavillon seines Freundes und Architekten des „Blauen Hauses“ Bernhard Küppers ohne irgendeinen Grund abreißen. Es hieß hinter vorgehaltener Hand, daß der erstklassische baukünstlerische Entwerfer in der Politik nicht geschätzt werde. Der Professor befragte einige Personen: Küppers, dem Bottrop durch sein großartiges Museum für den Bauhaus-Meister Joseph Albers einen Meilenstein für das Stadt-Image verdankte, sei immer korrekt gewesen. War dies nicht eine Auszeichnung? – Nein, keineswegs – es hieß für den Kenner der Region, daß er als Amts-Chef keine krummen Sachen mitmache. Ähnliches wurde in der Region bereits von vielen Historikern beschrieben.

An so etwas dachte auch der Professor. Vielleicht hat jemand von seinem Verfahren gehört – denn die Großstadt ist auch in Hinsicht auf Information ein Dorf – und vielleicht wollte dieser Jemand – Kafka läßt grüßen - nun die Gelegenheit nutzen, dem „Bürgerkämpfer“, der zur Legende geworden ist, „eins drüber hauen.“ Einen Führerschein-Entzug kann man auch als eine einschneidende „Bestrafung“ oder „Rache“ ansehen. Irgendwann wird man mehr wissen. Es bleibt nichts verborgen.

Die Wiederkehr der Trophäe

Anwalt Jörg Hesse ruft den Professor an. „Haben Sie Ihren Wagen vor der Tür?“ – „Ja sicher, aber ich darf nicht fahren.“ – „Kommen Sie zum Büro.“

Dort legt der Anwalt ihm den Führerschein auf den Schreibtisch.

Der Professor fragt: Wie haben Sie denn das gemacht?

Das fragt ihn kurz danach auch sein Kollege, von dem er die Praxis übernommen hatte.

Antwort: „Es gibt ein paar Berufs-Geheimnisse.“

Der Professor ist fürs erste erleichtert.

Im Rahmen der Kette an Unkorrektheiten der Behörde.

Zur Rückgabe gibt es kein Schriftstück. Ist das nicht wunderlich? - Na ja. In diesem Fall hat es ja eine gute Wirkung. Aufatmen. Er denkt, daß er den Führerschein nun endgültig hat. Er wird sich täuschen. Es wird nach einer längeren Atem-Pause die Sache ein weiteres finsternes Kapitel aus der Schreib-Stube von Franz Kafka werden.

Flucht in die Toskana.

Der nervenaufreibende Ärger über die Unkorrektheiten der Behörden, über die Rechtsverletzungen, die vielen Schlaf-Störungen, der Mangel an Hilfe, das Gefühl der Verfolgung führen dazu, daß der alte Professor und seine ebenso alte Frau beschließen, in die Toskana zu reisen – wo sie seit langer Zeit in einer der schönsten kleinen Städte eine Zweitwohnung besitzen. Anghiari, der uralte Ort mit den vielen Plätzen ist ihre zweite Heimat. Der Professor hat in einem umfangreichen Buch die Biographie dieser Etrusker-Stadt geschrieben – sie ist sogar übersetzt ins Englische. Er wurde hier wegen dieser und vieler weiterer Verdienste zum Ehrenbürger ernannt.

Hier will das Ehepaar erstmal so lange wie eben möglich bleiben – es wird fast ein halbes Jahr. Der Professor ist so verletzt und enttäuscht, daß er es in der Ruhrgebiets-Stadt nicht aushalten will.

Dies muß man den beiden älteren Leuten zugestehen. Sie haben ein langes Leben durchgestanden – mit vielen Schwierigkeiten und Taten. Respektlosigkeit ist jetzt zur Altersdiskriminierung geworden – sie nagt an ihnen. Sie sehen ihre Würde mit Füßen getreten. Und damit auch das Grundgesetz – der großartige Basis-Paragraph – eine Aufforderung: Die Würde des Menschen darf nicht verletzt werden. Es ist der Kernsatz der Zivilisierung der Gesellschaft. Jetzt aber ist er als Unschuldiger ein Opfer obrigkeitlicher Willkür und ihrer verfolgenden „Kettenhunde.“

Der Professor hatte sich in vielen Jahrzehnten für sehr viele Menschen eingesetzt: mutig, intelligent, einfallsreich gegen die Zerstörung ganzer Stadtviertel gearbeitet, gegen die Vertreibung aus den Siedlungen der Region, er hatte tausend Siedlungen für 500 000 Menschen gerettet. Dabei hatte er sozusagen „sein Hemd“ geopfert - insgesamt ein Vermögen ausgegeben.

Aber der Professor ist ein Schriftsteller – in der Lage, Unrecht, zuletzt auch ihm selbst angetanes an den Pranger der Geschichte zu stellen.

Erst als sich auch im Mittelmehr-Gebiet der harte Winter ankündigte, reiste das Ehepaar zurück – in Etappen, an der Strecke als Gäste von Freunden.

Der Professor war nun mit dem Auto rund 4 000 km gefahren – ohne das geringste Problem. Sorgsam. Aufmerksam. Vorsichtig. Immer wieder sagte ihm seine Frau: Das ist der Beweis dafür, daß du gut fahren kannst. Unfassbar, warum sich Polizei und Behörde so stark sträuben, dieses einfache Zeugnis anzuerkennen? Das musste weitere Gründe haben. Aber welche?

In Italien gab es in diesen Monaten eine heftige Diskussion. Deutschland wurde als Land der

Korrektheit geradezu mystifiziert. Aber der Professor sagte: Das ist ein Märchen. Es gibt auch dort sehr viele Unkorrektheiten. Du kannst auch bei uns schuldlos sehr übel behandelt werden. Und er erzählt seine Geschichte. In fließendem Italienisch, versteht sich.

Die Klage beim Gericht

Dann beging der Professor einen großen Fehler: Er realisierte seine Ankündigung, den ganzen Ablauf vom Verwaltungsgericht überprüfen zu lassen. Er wollte, daß bei einem günstigen Ausgang sein Anwalt vernünftig bezahlt wird und daß er selbst die rund 2 000 Euro verauslagten Kosten zurück fordern könne.

Aber er täuschte sich.

Das Gericht interessierte sich überhaupt nicht für den Ablauf. Es ließ darüber keine Diskussion zu. Der Prozeß war kurz. Das Gericht erpresste – so sah es der Professor – die Zustimmung zu einem sogenannten „Vergleich.“ „Wenn Sie nicht darauf eingehen, verlieren Sie den Prozeß.“

Der Fall wurde in einem verständnislosen Rechtswesen von vornherein so simpel zugeschnitten, daß es dann nur darum ging, die Praxis der Behörden unantastbar zu machen.

Es verschob die Arbeit, die es machen musste aber nicht machte, in raffinierter Weise und scheinheilig in eine nächste Ebene: zum sogenannten Gutachter.

Auch dies ist illegitim. Es gibt keinen rechtlichen und vernünftigen Grund für diese Verschiebung.

Dies zeigt: Polizei und Behörde versuchten mit allen Mitteln eine Art Verurteilung zustande zu bringen. Denn sie wissen sehr gut, daß alle, die sie zur MPU bringen, erstmal durch diese (illegale) Prüfung durchfallen.

Er ging der Frau Richterinnen darum, keine aufwendige Urteils-Begründung zu schreiben, die sie hätte begründen müssen. Mit ein paar diktierten Sätzen zum sogenannten „Vergleich“ hatte sie viel Studium und Arbeit gespart. Konkret: das Gericht drückte sich scheinbar vor der Arbeit und schob die Sache weiter.

Es fällt kein Urteil

Aber es diktierte eine hohe Strafe: Die MPU, bei der fast alle durchfallen.

Ist das ein Gericht? Oder nur eine Bezeichnung?

Der Vergleich war kein echter Vergleich – er sah lediglich auf den ersten Blick und als augenwischende Deklaration so aus. Es sollte heißen: Den Fall entscheidet der Gutachter - und letzt-endlich der Professor selbst – denn er muß so gut sein, eine Prüfung zu bestehen, die fast niemand besteht. Er steckt in der Falle und hat wenig Chance aus ihr heraus zu kommen.

Man sagt, das Rechtswesen sei überlastet. Der Professor widerspricht: Nein, es hat wenig Lust, sich in Probleme hinein zu denken. Es mag keine Komplexität. Ähnlich wie diese Tendenz auch bei Behörden läuft. Wenn man die Macht hat, geht man auch in einer Demokratie mit Bürgern so infam um wie in diesem Fall. Man macht es einfach – und keiner rührt daran.

Der Professor fragt seinen Anwalt, wie es denn dazu kam, daß er von der Behörde seinen Führerschein zurück erhielt – und damit bis zur Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht und darüber hinaus fahren konnte – also insgesamt rund 4 000 Kilometer. Er sagt: War ich denn blöd, dann noch das Verwaltungsgericht anzurufen? Das ist nicht ganz zu klären. Der Professor hält sich in diesem Labyrinth selbst eher für blöd.

Der Anwalt sagte, in dieser Nutzungszeit sei lediglich der Vollzug ausgesetzt worden.

Das verstehe wer will. Es gab auch kein Schriftstück dazu. Wie korrekt war denn das?

Wollen Sie denn nicht doch die MPU machen?

Anwalt Jörg Hesse sagte zu seinem Mandanten: Aber Sie sind doch so gut drauf und so intelligent, daß Sie diese Prüfung spielend schaffen werden – machen Sie sie, dann ist die Sache aus der Welt.

Der Mandant antwortete: Es gibt keinen Grund, mich dieser Prüfung zu unterziehen. Würden sie sich darauf einlassen, grundlos Ihr Staatsexamen jetzt noch einmal zu wiederholen? – Natürlich nicht. – Der Professor: Ich hätte mein ganzes Leben ein Kerl sein können, der alles abschüttelt. Einer, der immer den Weg läuft, der glatt ist. Ich hätte mich niemals einem Problem stellen müssen. Dann hätte ich keine 150 Bürgerinitiativen sowie tausend Proteste und Eingaben gemacht. Ich hätte nie zum Schutz für Menschen und Kulturgüter gearbeitet - als Denkmal-Entdecker und Denkmal-Hüter. In dieser oft mühsamen Tätigkeit ging es immer um Grundsätzliches. Um Unrecht. Hier geht es ebenfalls um Grundsätzliches: um die Diskriminierung von Älteren, Der Fall ist mehr als eine persönliche Sache – es geht um das Nach- und Vordenken über ein gesellschaftliches Verhalten gegenüber einem Lebens-Abschnitt der Bevölkerung. Um Alters-Diskriminierung.

Die Sache wird am besten deutlich in Konflikten.

Der Professor sagt seinen Freunden: Mit dem Schaden, den mir die Behörden zufügen, kann ich persönlich klarkommen, auch wenn er nicht gering ist. Es geht mir gut. Aber die Gesellschaft kommt schlecht mit dem Schaden von Behörden-Willkür für sehr viele Menschen zurecht. Wie ich werden Tausende diskriminiert – eine Generation, ja viele nachfolgenden Generationen – wenn niemand den Mut hat zu bremsen.

Wenn man in die Geschichte hineinschaut, wie ich dies als Wissenschaftler und Schriftsteller beruflich fast jeden Tag tue, kann ich feststellen: Fast keine und fast niemals ist eine der vielen Verbesserungen und Zugewinne, die uns das Leben – nach Epochen der Rechtlosigkeit, Willkür und Armut – verbesserten, uns zugekommen ohne Überwindung der Bequemlichkeit, der Feigheit, der Phantasielosigkeit im Problemlösen. Alles ist erkämpft.

Die Protagonisten d. h. die Vorkämpfer haben dafür immer einen Preis bezahlt, oft hohe Preise. Sie können stolz sein, denn Teile der Gesellschaft haben durch ihren Mut und ihre Fähigkeiten viel gewonnen.

Das MPU-Verfahren manipuliert. Ein Anruf kann das Ergebnis bestimmen. Oder der sogenannte Gutachter weiß von vornherein, was von ihm erwartet wird. Hier werden Gesetze mit Füßen getreten – zuerst die „Würde“ aus dem Grundgesetz, die eng verknüpft ist mit dem dort verankerten Grundsatz: Unschuldig ist unschuldig.

Daher darf es keine Umwegbestrafung geben – also keine nochmalige Prüfung und dann auch noch eine „Strafe“ durch hohe Kosten, hier als Minimum 830 Euro.

Der Professor sagt seinem Anwalt: Daher mache ich die MPU nicht. Ich werde alles tun, um daran Zweifel zu wecken. Ein Bewusstsein für Unsinn und Unrecht. Dies will ich nun nicht weiter als meinen persönlichen Fall diskutieren, sondern als öffentliche Auseinandersetzung über Altersdiskriminierung

Dem Professor wird von mehreren Personen gesagt: In der MPU fällt jeder durch. Der einzige, der nicht durchgefallen sei, so hörte ich, soll ein Deutsch-Italiener gewesen sein. Ein Schauspieler und Theater-Direktor. Eine berühmte Persönlichkeit. Ihm wollten sie den Führerschein abnehmen. Er war mit einem starken Motorrad unterwegs. Der Mann hat ungefähr das Alter des Professors. Die beiden kennen sich.

Dem Amtsleiter Bleckmann ging es nicht um Wahrheitsfindung, das machen die vielfach wiederholten Anschuldigungen deutlich, die jeweils eindeutig widerlegt waren und von denen er jedoch nicht abrückte. Es liegt nah, in der Verfügung absichtsvollen bösen Willen zu lesen: die Absicht pauschaler Diffamierung des Professors, gegen den er nichts in der Hand hat. Daher schreibt er ins geduldige Papier völlig vage, nicht präziserte und vor allem rechtsunerhebliche Bezeichnungen. Er konnte mit keinem einzigen Argument seine vorurteilsbasierte Anschuldigung begründen.

Daher schob er den Fall aus dem Bereich der eigenen Willkür in den Bereich einer zweiten Willkür, - in der Erwartung, das dann seine eigene Absicht bestätigt würde - mit der von ihm gewünschten Folge. Ein fatales Verfahren.

Fragwürdigkeit von Gutachtern?

In vielen Bereichen des Verwaltens wird ein Gutachter eingeschaltet. Die ursprüngliche Idee des Gutachtens war es, einen Dritten zu haben, der besser in der Lage ist, den Kern der Sache zu sehen, weil er viel Erfahrung hat: Man traut ihm zu, daß er mehr Fachmann ist, als die Behörde es oft sein kann.

Aber diese Idee ist im Laufe von Jahrzehnten ungeheuerlich herunter gekommen. Der Professor hat dies erlebt im Bereich des Planungswesens in den Städten, vor allem wo es um Abriß oder Erhaltung ging. Hier traf er auf einen immensen Grad an Korruption. Sogenannte vereidigte Gutachter waren in Fülle Eidbrecher.

Ein Gutachten-Auftrag ist meist gut bezahlt. Der Gutachter möchte weitere Aufträge haben.

Er bekommt sie oft nur, wenn er gefällig ist. Das weiß er. Oder es wird ihm gesagt. Es funktioniert fast immer.

Meist will die Behörde für einen Fall nicht selbst gerade stehen, sondern schiebt einen Gutachter vor. Und den manipuliert sie unter der Decke – das ist fast nie nachweisbar, aber es ist die nahe liegende Erklärung für vieles, was unerklärt bleibt.

Der Professor erfährt von mehreren Leuten: Beim ersten Mal lassen die MPU-Gutachter jeden durchfallen. Dann bemüht sich ein Teil der Leute um eine Wiederholung. Sie kostet dann noch einmal rund 830 Euro. Die MPU ist ein Geschäftsmodell des TÜV. Ein Monopol. So wie sie konstruiert ist, unangreifbar. Es gibt keine Kontrolle.

Es gibt etablierte Behörden, die Monopole verhindern sollen. Aber sie schweigen - bislang.

Das Monopol der MPU ist viel zu viel Macht in einem demokratischen Land. Eine Macht, die vor allem die ältere Generation diskriminiert.

Sie ist auch eine sehr schlecht begründete Macht. Ob jemand Auto-Fahren kann, läßt sich nicht mit allerlei Psycho-Tests feststellen, auf die es meist in der Praxis überhaupt nicht ankommt, sondern nur im konkreten Auto im konkreten Verkehr.

Wenn man sich überhaupt darau einließe, wäre im vorliegenden Fall die Idee von Anwalt Jörg Hesse ein Schlüssel zur Problemlösung: eine Stunde Fahrt mit einem Fahrlehrer.

Beim ADAC gibt es einen ähnlichen Ansatz, den man weiter entwickeln kann: ein „Fahrsicherheitstraining.“ Dies ist und soll keine Prüfung sein, die notwendiges Selbstbewusstsein verletzt, schwächt, deprimiert, Ältere entwürdigt, sie aufgibt – was im Grunde ein Verbrechen an der Menschheit ist.. Es geht um Positives: Das Training soll bestärken, helfen, verbessern, ein Lebens-Qualitäten erhalten. Es ist Förderung. Ein Förder-Kurs.

Oft können ältere Menschen nur miserabel gehen, aber sie sind durchaus in der Lage gut d. h. vorsichtig und beherrscht zu fahren.

Verlangsamten.

Eine Anzahl objektive Probleme erschweren den Autoverkehr: aber für alle. Angefangen von den Kindern. Die ganze Bevölkerung lebt mitten in einem gigantischen Problem: daß weite Bereiche der Städte nahezu ungenießbar geworden sind – durch Verkehrs-Dichte, zu viel Schnelligkeit, ungesunde Luft, miserable undifferenzierte Verkehrsplanung, Zerstörung der Aufenthalts-Qualitäten.

Es ist zugleich den Parteien und Institutionen zu raten, daß sie in ihre Konzepte der Mobilitäts-Wende auch die Verhaltens-Aspekte im Verkehr einbauen.

Dafür einige Schlüssel-Thesen: Die Städte sind innerlich zerstört, weil sie nur selten darauf achten, daß sie aufhaltsam sind. Plätze sind hemmungslos voll geparkt und verkehr-

durchzogen. Auch Straßen. Und – überflüssigerweise - selbst Wohn-Straßen . Es gibt fast nirgendwo ein Konzept für eine Hierarchisierung des Straßen-Netzes.

Das Reform-Ziel: Interessante Bereiche und Wohn-Viertel müssen verkehrsarm gemacht werden. Dies ist nicht schwierig, aber fast vergessen ist z. B. das Schleifen-System von Stockholm, das sich in Jahrzehnten bewährt e: es verhindert das Durchfahren.

Sackgassen kann man überall mit minimalen Kosten etablieren. Sie schaffen mit fast nichts nahezu die höchste Lebens-Qualität. Immer noch sind sie selten. Aber sie können flächendeckend eingerichtet werden.

Anthropologische Untersuchungen zeigen: Der Verkehr ist zu dicht und zu schnell – für alle Generationen, nicht nur für Kinder und Ältere. Er läuft erheblich gegen die menschliche Natur. Es ist unsinnig, dann Menschen, ja Generationen heraus zu prüfen – eine groteske Umkehrung. Nicht die Menschen müssen sich dem Unsinn anpassen und sich auch noch bestrafen lassen, sondern der Unsinn muß verhindert oder abgeschafft werden.

Die Gesellschaft muß daher auffordern, die Übel an der Wurzel zu packen. Die Ära der Schnelligkeit ist endgültig vorbei – überall. Das Städtewesen braucht viele Anreize zum Langsam-Fahren!

Entspannt fahren, indem man sich mehr Zeit gibt. Die Vorstellungen von Zeit sind zum erheblichen Teil geradezu pervers – gegen die Natur. Milliarden werden verschleudert, um wenige Minuten höhere Schnelligkeit anzubieten. Die Kritik gilt für alle Verkehrsmittel.

Nur im Flugverkehr wurde partiell gelernt: Es gibt die Concorde nicht mehr. Aber der Unsinn von „Stuttgart 21“ läuft weiter.

Wer sich in den Verkehr begibt muß seine Zeit-Vorstellungen revidieren . Sich einfach eine Viertel oder halbe Stunde mehr Zeit nehmen. Die Hektik muß heraus genommen werden!

Niemand kann sagen, er habe keine Zeit – wenn der Durchschnittswert des täglichen Fernsehens bei 4 Stunden liegt.

Unverhältnismäßigkeit

Der Professor sagt, die Ungerechtigkeit habe erhebliche Eingriffe in sein Leben und in das Leben Dritter zur Folge.

Die Androhung des Führerschein-Entzugs war zwei Jahre lang ein Damokles-Schwert über seinem Kopf - eine erhebliche psychische Belastung. Ein Trauma. Drei Jahre lang störte sie häufig seinen Schlaf und auch seine Arbeitsfähigkeit. Sie war mit dem Gefühl der Schutz- und Rechtsverweigerung verbunden - wie in einem Land mit Diktatur und ohne Rechtsstaatlichkeit. Er fühlte sich der Willkür ausgeliefert. Dabei zerbrach die Vorstellung vom „Freund und Helfer“ total in Stücke. Ebenso vom Rechtswesen, als Schutz des Bürgers.

Ein Entziehung des Führerscheins, sagte der Professor, käme zudem einem teilweisen

Berufsverbot für seine Tätigkeit als Autor von umfangreichen Reisebüchern gleich.

Hinzu kommen Erschwernisse für die Sorge um seine Frau, um die er sich rührend kümmert, weil sie durch einen nächtlichen Sturz einen Oberschenkel-Halsbruch erlitten hatte, Und durch Osteoporose zwei Wirbelbrüche mit vielen Schmerzen und weitgehender Einschränkung der Geh-Fähigkeit. .

Er verstehe nicht, warum dies alles nichts gelten solle, wo man sich in jedem Gerichtssaal in anderen Fällen auch um Lebens-Lösungen bemühe, während hier nicht einmal die erwiesene Unschuld eine Rolle spiele. Polizei und Behörde ignorierten total die Unschuldsvermutung. Und die Tatsache, daß der Professor ein ganzes Leben lang tadellos gefahren ist – er also eine makellose Bilanz vorweisen kann.

Forderungen gegen Alters-Diskriminierung

Der Professor geht mit diesem Text an die Öffentlichkeit. Er schickt ihn so weit wie es ihm möglich ist herum. Er bittet die Adressaten ihn ihrerseits noch weiter zu verbreiten, vor allem im Internet.

Er fordert den Widerstand gegen Alters-Diskriminierung heraus.

Er fordert mit diesem Fall, daß viele Experten sich darum kümmern und politischen Druck ausüben, die entwürdigende Praxis der Polizei, der Ämter und der MPU zu verändern.

Sein Vorschlag: Fahrpraxis auf der Straße.

Die Alternative gibt es bereits- aber die Staats-Macht läßt sie noch nicht zu, weil die Lobby-Gruppen noch sehr stark sind.

Es gibt seit etlicher Zeit eine Alternative.

Das Negativ-Szenario.

Wie heute Polizei, Ämter und Gericht mit ihrer Macht umgehen, ist tiefstes 19. Jahrhundert: obrigkeitsstaatlich. Der konkrete Fall zeigt alle Facetten, aber nichts, was darauf hinweist, daß wir in einem demokratischen Land leben wollen. Er zeigt die ganze Kette der Fehlleistungen – von der Polizei zur städtischen Behörde – zum prüfungsverweigernden Bürgermeister - und schließlich zum Verwaltungsgericht.

Bereits die Ansprache eines Polizisten auf der Sprache muß sich verändern. Bislang geschieht sie mit obrigkeitlich gehobene Stimme. Wer da nicht unmittelbar stramm steht und schweigt, kriegt den Gedanken: Wir werden es ihm zeigen.

Die Ämter sind intransparent.

Im Fall hat das Amt nicht genau drauf geschaut, ließ auch keine Diskussion darüber zu - sonst hätte es gesehen, wie windig der Fall ist.

Voreingenommene Verfolgung – mit langer Dauer zwischen den einzelnen Schritten – im obigen Fall insgesamt rund drei Jahre. Beim Verwaltungsgericht über ein Jahr Warten. Schlaf-Störungen. „Ihre Wut können Sie sich sparen, sie interessiert keine Obrigkeit. Hinweise auf Weiteres lasen wir nicht zu, bestenfalls überhören wir sie.“

Was MPU ist, wird weder übersetzt noch erläutert. „Wenn Sie es wissen wollen, was da geschieht, lassen Sie sich hinschicken . . .“ Gegen 830 Euro Eintritts-Preis. Es könnte auch noch viel mehr kosten. Wenn sie nicht ziemlich wohlhabend sind, gerät Ihr Haushalt nicht wenig ins Schlingern.

Vielfach-Bestrafung – auch wenn Sie nichts getan haben. Wir wollen Sie . . . bestrafen ist nicht das Wort, das wir hören wollen, auch wenn es noch so drastisch als Bestrafung wirkt.

Maskerade des Unrechts. „Sie haben in diesem Verfahren keine Rechte. Wenn Sie etwas dagegen sagen, werden Sie die Folgen spüren.“

Einsichts-Fähigkeit heißt: die Rituale der Unterwerfung erfüllen. „Klagen können Sie in Ihren vier Wänden, aber nicht bei uns.“

Es gibt viel Kritik an der MPU.

Wir unterscheiden in der Anwendung der MPU

1. harte Fälle Alkohol, Drogen, heftige Verstöße.
2. leichte Fälle, für die die MPU jedoch ein unzulässig harter Hammer ist.
3. Deklarations-Fälle – wie der konkrete Fall oben. Hier handelt es sich um eine immer breiter werdende Schicht von Menschen, die mit reiner Willkür zu angeblich „unsicheren“ und als „gefährlichen Fahrern“ gestempelt werden.

Daran läßt sich viel Geld verdienen – dies ist mit Sicherheit der Grund, warum eine Strategie der zunehmenden Ausweitung stattfindet. Ein Wachstums-Markt für das Geschäfts-Modell des TÜV.

Alle folgenden Zitate: Kritik im „Verkehrslexikon.“ Es hat sich „ein besonders ausgeklügeltes vielfach auf die Betroffenen kalt und verurteilend wirkendes Begutachtungssystem entwickelt.“ Auch aufgrund langer Tilgungs-Fristen von älteren Verstößen. Es wird „von den Betroffenen als ein negatives Fahreignungsgutachten oftmals als eine zweite und dritte Verurteilung empfunden, das ihrer nach ihrer Auffassung inzwischen eingetretenen positiven Persönlichkeitsveränderung nicht genügend Rechnung trägt.“

„Auch von wissenschaftlicher Seite und einzelnen Gerichtsentscheidungen werden gegen die derzeitige Begutachtungspraxis, vor allem, soweit auch psychologische Tests verwendet, durchaus gelegentlich Bedenken erhoben.

So führt Wolfgang Müller; Landau, DAR 2006, 534 ff. (536) aus: „Ein weiterer Aspekt betrifft die MPU selbst. Seit Jahren ist der Bundesverband Niedergelassener Verkehrspsychologen (BNV) als Interessenverband freiberuflich tätiger Verkehrspsychologen in Deutschland ungebrochen darum bemüht, im intensiven Austausch mit Gutachter-Kollegen einzelner Begutachtungsstellen konstruktive Vorschläge zur qualitativen Verbesserung der MPU-Gutachten zu bieten. Zahlreiche Veröffentlichungen zu dieser Thematik kritisieren unisono seit Jahrzehnten bis in die jüngste Gegenwart die hier nach wie vor in der Regel nicht explizierten Explorationsstandards und die dadurch bedingte mangelnde Nachvollziehbarkeit der MPU-Gutachten.

Nach Einschätzung eines überwiegenden Teils der niedergelassenen Verkehrspsychologen und Verkehrspsychologinnen besteht hier unverändert akuter Handlungsbedarf, da nach jüngster Sichtung von MPU-Gutachten und auch nach der Überarbeitung der „Begutachtungsleitlinien“ (BAST 2000) sowie insbesondere nach der Einführung der neuen „Beurteilungskriterien“ keine grundlegende Verbesserung in der Qualität der MPU-Gutachten zu erkennen ist. Das langjährige Bestreben einiger der freiberuflich tätigen Verkehrspsychologen, im Fall nicht nachvollziehbarer Gutachten über den kollegial-informellen Austausch eine einvernehmliche Lösung zu erzielen, hat in der Regel zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt. In Einzelfällen war es leider unvermeidbar, die „kollegialen Differenzen“ über die Qualität des streitigen Gutachtens gar gerichtlich führen zu lassen.

Eine nicht geringe Zahl abweichender Zweit- und Obergutachten muss immer wieder Anlass sein, nicht jedes MPU-Gutachten einfach gläubig als absolute Wahrheit hinzunehmen.

..

... angesichts der tief greifenden Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen [müssen Richter] darüber wachen, daß gerade prognostische ebenfalls höchsten wissenschaftlichen Gewissheitsansprüchen genügen müssen . . .“

Es gab keinen Hinweis darauf, wie der Professor den Führerschein wieder erlangen kann. Dies ist ein erheblicher Rechts-Fehler.

Das MPU-Institut Köln gibt zu: „Nach wie vor stellt das Bestehen der MPU eine große Hürde dar. Die Mehrzahl der Probanden besteht die Begutachtung nicht und erhält ein negatives Gutachten.“

Weiter heißt es: „Das Ziel sollte es sein, den Führerschein so schnell wie möglich wieder zu erlangen.“

Dies ist dem Professor im angegebenen Fall nicht mitgeteilt worden. Er muß annehmen, daß er lebenslanglich ausgeschlossen ist – und dies bei völliger Schuldlosigkeit und makelloser weißer Weste in vielen Jahrzehnten. Daraus kann er nur schließen: Er ist aus persönlichen Gründen herein gelegt worden. Von der Polizei, weil er am Anfang schlicht versucht hat, zu diskutieren. Vom Amt aus einem undistanzierten Verhältnis zwischen Amt und Polizei. Dann wohl auch aus persönlicher Antipathie. Und vom Verwaltungsgericht, weil dieses sich keine Mühe machen wollte, das Verfahren detailliert zu studieren und zu prüfen – entgegen dem

Antrag des Klägers.

Weitere Kritiken an der MPU in der Studie des ADAC: „Die Vorhersage der tatsächlichen Fahrkompetenz lässt sich allein aus einer Testfahrt im Realverkehr bestimmen.

Die Auswertung aller erhobenen psychosozialmedizinischen und psychometrischen Daten [vor allem der MPU] zeigt, dass sich aus der Kombination dieser Daten die individuelle Fahrkompetenz nicht vorhersagen lässt.“

„Es ist ein sozialer Abstieg, wenn man nicht mehr Auto fährt.“

„Die eigene, aktive automobiler Teilnahme am Straßenverkehr wird von vielen älteren Fahrern als ein erhebliches Stück Lebensqualität betrachtet.“

„Wie in anderen Studien belegt, zeigt sich auch in dieser Studie, dass sich die individuelle Fahrkompetenz Älterer nur [!!!] auf Basis einer Verhaltensbeobachtung im Realverkehr sicher bestimmen lässt. Auf Basis anderer Testdaten war das nicht möglich.“

Das Positiv-Szenario.

Vom Verkehrssicherheitsberater Frank Höher vom ADAC NW (50 939 Köln, Luxemburger Straße 169) erhielt der Professor den Hinweis auf eine hervorragende Untersuchung/Forschung und ein ausgezeichnetes Projekt zum Thema „Ältere Menschen im Straßenverkehr.“ Es geht um Fahrkompetenz.

„Wie in anderen Studien bereits vielfach belegt, zeigen auch die Auswertungen der polizeilichen Dortmunder Unfalldaten, dass die absolute Unfallhäufigkeitsrate der älteren Kraftfahrer ab 65 Jahren gegenüber den Fahranfängern bei allen untersuchten Fahrmanövern deutlich geringer war. Insofern kann eine erhöhte Unfallgefahr (bei Unfällen mit Personenschäden) für ältere Kraftfahrer in Dortmund eindeutig verneint werden.“

„Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass das Älterwerden nicht zwangsweise und automatisch einen Ausstieg aus der aktiven Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr zur Folge haben muss.“ Es ist möglich, „die Fahrkompetenz von über 70-jährigen Fahrern durch geeignetes Training wieder zu erhöhen – und das bis auf ein Level, das mit dem jüngerer Autofahrer (Durchschnittsalter 44 Jahre) vergleichbar ist.“

„Weil Mobilität keine Frage des Alters ist. Fahr-Fitness-Check. Jetzt machen und weiterhin mit Sicherheit durchs Leben fahren. Verkehrssicherheits-Programm ermöglicht Ihnen eine professionelle Überprüfung Ihrer persönlichen PKW-Fahrsicherheitsfertigkeiten. Damit Sie selbst im Alter mobil und unabhängig bleiben und das freiwillig und ohne Risiko für den Führerschein.“ adac.de/fahrfitnesscheck.

Angebot: Vorbesprechung. 45 Minuten Fahrt in Ihrem eigenen Auto mit einem qualifizierten Fahrlehrer als Beifahrer. Gemeinsame intensive Auswertung und individuelle Beratung. Empfehlungen zu Ihrer weiteren Teilnahme am Straßenverkehr. Unser Ziel: Gemeinsam

Verbesserungspotential ausmachen. Selbstsicherheit im Straßenverkehr stärken.

Näheres auch in der Schriftenreihe „Mobilität und Alter“ der Eugen-Otto-Butz-Stiftung (www.butzstiftung.de)

In einer Untersuchung konnte gezeigt werden, daß durch Training die Fahrkompetenz von über 70jährigen im Realverkehr auf ein Leistungs-Niveau von Fahrern mittleren Alters (40-50 Jahre) gebracht werden konnte. Auch bei schwachen Ausgangs-Werten. Das Ergebnis ist nachhaltig. „Darüber belegen sie einmal mehr, dass Menschen auch in höherem Alter noch lernen können, und entsprechen so dem Konzept des lebenslangen Lernens.“

„Dies könnte die Möglichkeit bieten und ein Instrument darstellen, um die Fahrkompetenz älterer Fahrer zeitlich zu verlängern und hierdurch die individuelle Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe zu erhalten. Sie könnten als ein Element in ein generelles Präventionskonzept integriert werden.“

„Verbunden mit der relativen und absoluten Zunahme des Anteils alter Menschen an der Gesellschaft wird es in Zukunft zu einem immer größeren Anteil älterer Straßenverkehrsteilnehmer kommen.“

Dieses Verfahren kritisiert, daß herkömmlich allein defizitorientiert geurteilt wurde. Es soll aber nun entwicklungs-orientiert gedacht und kommuniziert werden.

Vorbeugend und produktiv kann man Kurse einrichten – nicht zum Beurteilen (darum soll es nicht gehen), sondern um positiv die Fahrfähigkeit von Älteren so lange wie möglich zu erhalten. Man erzieht im Elternhaus und in Schulen ja auch nicht Kinder als wären sie Kriminelle, sondern positiv zu sinnhaftem Tun im Leben.

Was heute geschieht ist weit gehend unproduktiv: Einschüchterung über Zynismus bis zum Sadismus, Herrschafts-Verhalten, Terrorisierung von Personen.

Die Folgen sind oft bitter: Abschneiden von Lebens-Möglichkeiten. Die Leute sollen sehen, „wo der Frosch die Locken hat.“ Es ist profund ein Gewebe von immer noch bestehender, obrigkeitsstaatlicher Aufführung. Es zeigt einen gefährlichen Mangel an demokratischem Verständnis.

Was kann ein Mehrwert sein?

Der Professor fragt sich, warum er einen hohen Aufwand an Zeit und Energie in den Fall steckt.

Er möchte in seinem Leben soviel wie möglich Sinnhaftes tun, In diesem Fall handelt es sich jedoch um einen Haufen Unsinn, der sehr schmerzhaft ist, vor allem seinen Folgen, aber er will ihm trotzdem einigen Sinn abgewinnen.

Erstens gibt es ein meist jedem Menschen innewohnendes urtümliches Gefühl für Gerechtigkeit. Er weiß, daß viele Juristen dies hassen, denn es ist häufig nicht kongruent mit

dem praktizierten Rechtswesen.

Zweitens verteidigt er sich hier gegen eine Flut an Unrecht.

Drittens: Man macht im Leben viele Erfahrungen. Ein Schriftsteller nimmt etliches davon als Stoff für seinen Beruf.

Viertens: Bertolt Brecht hat eine Theorie des „sozialen Experiments“ entworfen. Was geschieht, wenn . . .

Fünftens: Der Professor sagte in der städtischen Behörde: „Ich bin von Beruf Schriftsteller. Es haben sich zu Ähnlichem zwei bekannte Kollegen geäußert: Heinrich von Kleist und Franz Kafka. Ich fühle mich mittendrin. Und werde dazu schreiben.“

Sechstens: Er macht eine Aktion daraus – seine Bürgerinitiative Nr. 151.

Siebtens: Er fügt diesen Text in seine Biographie ein, an der er seit einiger Zeit schreibt.

Kritik an der Polizei? Dringende Reform zur inneren Struktur des Berufs in einer demokratischen Gesellschaft

Es wird heiß über Polizei diskutiert. Offenkundig seit eh und je. Nur durfte Kritik erst öffentlich werden, seit Studenten, ausgehend von Berkeley (Kalifornien) dann Provo (1965) und Kabouters (1970) in den Niederlanden und in der deutschen Studenten-Bewegung seit 1968 über Polizei debattierten.

Polizei hat in Teilen eine unrühmliche Vergangenheit. Der Professor hat in den 1950/1960er Jahren selbst miterlebt, wie viele Polizisten, die im NS-Staat ausgebildet wurden, nach wie vor in Diensten waren. Über Polizei-Praxis im wilhelminischen Staat kann man viel Literatur lesen.

Der Professor war in der Studenten-Bewegung aktiv. Er hat in seiner Studien-Stadt München Polizei in zweierlei Weise erlebt. Auf die harte Schläger-Praxis folgte der Versuch von Bürgermeister Hans Jochen Vogel, ein demokratisch staatsbürgerliches Verständnis auch im Bereich der Polizei durchzusetzen. Der obige Fall schafft Fragen.

Als Historiker, geschult in Mentalgeschichte und Psychologie weiß der Professor, daß es unterschiedliche Verhaltensweisen gibt: Sie können sich verfestigen oder verändern.

Gerade weil der Beruf nicht einfach ist, erfordert er weitaus mehr als normal Kritik und Nachdenken über Reformen. Dies geschieht, wie man am vorliegenden Fall sieht, kaum mehr als ein wenig an der Oberfläche. Gefordert sind Vorurteils-Distanz, Urteils-Vermögen, etliche Rechts-Kenntnis, ein differenziertes Verständnis der Demokratie, der Gewalt-Beschränkung in der Demokratie, Fähigkeiten zu schlichten und produktive Problemlösungs-Vorschläge zu machen, zivile Umgangs- und Kommunikationsweisen. Wer diesen Beruf Jahrzehnte lang ausübt, hat dabei genug Zeit, um lebenslang zu lernen.

Das Unbehagen führt zur Zeit zu viel Empörung, teilweise fast zu Aufständen. Dabei sind Extremismus und Rassismus mitten unter uns. Weil so wenig über Substantielles wirklich diskutiert wird, kochen etliche Problem hoch. Der Professor beobachtet oft einen weit gehend unangemessenen Umgang damit.

Der Persil-Schein des Polizeipräsidenten ist für ihn ein Zeichen dafür, wie wenig kritisches Nachdenken im Apparat herrscht.

In einer Demokratie darf Polizei nicht sakrosankt sein. Sie muß so vernünftig wie möglich sein. Sie muß ihre Systemlogik und damit ihre Mentalität erheblich verändern. Eine Demokratie kann sie unmöglich so hinnehmen, wie sie ist – dies zeigt der vorliegende Fall. Polizei braucht bessere Ausbildungen, mehr Analyse-Fähigkeit, mehr gesellschafts-orientierte Einstellung, Kompetenz im Schlichten. Ordnung kann nur in Ausnahme-Fällen befohlen werden.

Nicht die letzte Station: das Verwaltungsgericht Düsseldorf

Das Gericht scheint das letzte Glied in der Kette des gesamten Verfahrens zu sein. Dieser Schritt ist scheinbar einfach, aber in Wirklichkeit hochbedenklich. Das ist höflich ausgedrückt. Der Fall zeigt, wie das System es unter dem Stichwort „seriös“ gern hätte und wie es sich unanfechtbar zu machen versucht.

Aber wer dies so hinnimmt sitzt in der Falle. Zur Falle gehört, daß man sie gar nicht oder kaum merkt.

Die Richterin schneidet weit gehend den Gesamtverlauf - der doch überprüft werden sollte! – und den Kontext heraus.

Auch jegliche Rechtsphilosophie ist dabei ausgeschaltet.

Dies geschieht offenkundig damit nicht herauskommt, was der Fall an Unrecht mit sich brachte. Man soll nicht merken, was alles faul ist.

Der Professor kann keinen Einspruch äußern – er wird zur Hinnahme verpflichtet. Wenn nicht . . . dann . . . hat die Falle richtig zugeschnappt.

In ihrer bloß scheinbaren Einfachheit ist dies eine unzumutbare und unfaire Meister-Leistung der Vereinfachung.

Alles erscheint rechtens, aber nichts ist in seiner Substanz wirklich rechtens. Der Schein des Rechtes wird nur deklarierte.

Und sofort unanfechtbar gemacht. Mit der Drohung – präziser gesagt – Erpressung: Wenn du nicht zustimmst, bekommst du ein Urteil, mit dem du total – ohne scheinbares Zugeständnis –

verlierst. Der Professor mußte sich auf zwei Telefon-Anrufe in der Verhandlung hin binnen 10 Minuten entscheiden. Die Entscheidung sei unwiderrufbar. Sie schalte eine zweite Instanz aus, also eine Berufung. Soll damit Arbeit erspart werden? Wird so simpel Kritik abgewunken. Per Ordre de Mufti ist somit das Verfahren abgeschlossen.

War dies ein Prozeß? Der Professor schüttelt sich und sagt: Nein. Du, Professor, bist kurz über den Tisch gezogen. Du kannst nur die Kurzform bestaunen. Der Schmerz kommt hinterher. Er wird verschoben.

Noch mal von vorn, um zu begreifen, was in diesen wenigen Zeiten steckt.

Das Gericht hat sich überhaupt nicht die Mühe gemacht, zu fragen, was in dem ganzen langen Verfahren an Fehlern steckt, an Unkorrektheiten, an Lügen – alles in Schriftform.

Damit hat es der anderen Seite attestiert, daß sie alles richtig machte. Das sagt das Gericht zwar nicht, aber es hat total den Antrag ignoriert, den Prozeß zu überprüfen.

„Mein Gott, wozu ist denn ein Verwaltungs-Gericht da? Doch damit das Handeln bzw. hier das Fehlverhalten der Instrumente des Staates, die mit der sogenannten Ordnungsmacht und der sogenannten Bürokratie auftreten, überprüfbar wird. „Daß der Unrechts-Gehalt, über den Ämter als Staats-Macht verfügen, auf den Prüfstand gestellt wird.“

Dieser Prüfstand, Gericht genannt, hat sich der ganzen Komplexität des Falles entledigt - also von allem, was „Kleist“ und „Kafka“ ist. Es hat sich heraus geschnitten, was es brauchen kann, um in wenigen Minuten - ohne irgendeine Suche, ohne Kontext - eine kurze Basta-Deklaration rituell aufzustellen.

Die Frau Richterin wollte, wie in vielen anderen Fällen, - was man schlaue „übliche Gerichtspraxis“ nennt - nicht die Arbeit haben, die man zu einem Urteil – ob richtig oder falsch braucht – eine Recherche und Begründungen. Das ist Arbeit. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.“

Der Professor hat dabei den Gedanken: Mit Rechtsprechung hat dies nahezu nicht das Mindeste zu tun. Hier wurde nicht ermittelt, ob etwas Rechtens war oder Unrecht. Nicht einmal die simpelste Rüge wurde ausgesprochen: Zum Beispiel dafür daß der Chef des Amtes, der Herr Bleckmann behauptete, der Professor sei vor dem Gebäude im Kreisverkehr gegen die Richtung gefahren – es war eine Falschbehauptung, denn er kam zu Fuß, also nicht mit dem Auto. In was für einem Land sind wir, wo man da nicht die Wahrheit merkt und die Lüge als ziel-orientiertes kalkulierendes Instrument für eine tief ins Leben eingreifende „Verfügung“ benutzt. Der Professor hatte geglaubt, ein Richter würde dies „entdecken“ und daran und an etlichem Weiteren merken, wie faul das von Staatsbediensteten geführte Verfahren gearbeitet hat.

Nichts zwingt einen Richter, dies nicht zu untersuchen. Der Richter wird antworten: Nichts zwingt mich, es zu untersuchen. Der Professor antwortet - er kann es nicht in der Verhandlung sagen, weil er draußen bleiben musste, nicht geladen war – es also keine direkte Kommunikation mit dem Richter gab. Auch hier wurde der bequeme Weg gewählt. Diese „Gängigkeit der Praxis“ zeigt, daß hier nicht nur im Einzelfal, sondern in der Gesamtheit eine grauenhafte Fehlerhaftigkeit der Rechtsprechung begründet ist. Die Rechtsprechung

schrumpft zur Deklaration, die man als Macht durchdrückt.

Wer wundert sich dann aber noch, daß es zu Gerichten kaum Vertrauen gibt. Daß selbst einer der angesehensten Rechts-Professoren Westermann, den der Professor einst in der Universität Münster hörte, sagte: „Vor Gericht und auf hoher See geht es meist um Glück, man kann nichts kalkulieren.“

Er wußte, wovon er sprach. Nach etlichem solcher Aufdeckungen Erkenntnisse des Systems wechselte der Student die Studien-Richtung, erreichte den Gipfel der Karriere in anderen Fächern und schrieb 60 Bücher. Und nun diesen Essay, der beschreibt, wie die Grundlagen unseres Rechts-Staates zwar auf dem Papier ganz ordentlich sind, aber in der „gängigen Praxis“ mit Füßen getreten werden. Es geschieht erneut, wogegen Generationen gearbeitet und gekämpft haben: gegen Willkür der Obrigkeiten. Dies war ein Kampf gegen die Anmaßung von Dienern des Staates, die sich zu großen oder auch kleinen Herrschern gemacht haben und dabei – wie der Fall des Professors zeigt – mithilfe einer Kette von Unkorrektheiten machten, was sie wollten.

Die Frau Richterin hörte dem Anwalt des Klägers einige Augenblicke zu, ließ aber nichts von dem gelten, was er vortrug. Sie hörte dem Anwalt der Behörde zu – ließ dann die Waage zugunsten der Behörde herunter gehen – gab ihr ein Recht, das die Behörde und auch sie dem Kläger verwehrten. Man konnte es klirren hören, das Glas, das im Raum des Gerichtes herunter fiel und auf dem Boden zerschellte. Sie diktierte dem Gerichtsschreiber ihren Zuschnitt des Falles, sie sprach das Wort „Basta“ nicht aus, aber es war das Basta, das man beim Lesen von Kleist und Kafka – fügen wir Heinrich Hannover hinzu (schon wieder unbekannt?) - hören kann.

Der Professor war gänzlich unschuldig. Der Nachweis dessen könnte nicht klarer sein. Man hätte sehr einfach sagen können.

Der Beklagte ist unschuldig.

Das Verfahren hat nicht klar gelegt, daß die Folgen verhältnismäßig wären.

die Frau Richterin könnte jetzt sagen, daß sie dazu kein Wort gesagt und diktiert habe. Wortwörtlich stimmt dies. In der Gerichts-Akte steht nichts von Schuld und Unschuld.

Aber wie geht das System mit Schuld und Unschuld um? Eigentlich muß es sagen: Unschuldig – also schließen wir die Akte! Der Professor:

Hier beginnt eine zweite Schicht des Verfahrens. Das Gericht wurde angerufen mit der Frage: Liegt hier Recht oder Unrecht vor?

Dadurch, daß es zu dieser Frage nichts sagte, gab es dem Unrecht der Behörden einen Freibrief. Es stellte kein Unrecht fest. Die Täter wurden nicht erwischt. Sie können auch das nächste Mal dasselbe machen – und gehen auch mit dem nächsten Unrecht frei aus. So sieht ein Persil-Scheine aus. Das Gericht hat also den Kern seiner Existenz, wozu es als umfangreiche und teure Institution überhaupt erfunden sowie notwendig und nützlich sein sollte, in seinem wichtigsten Anspruch verfehlt. Es sollte kontrollieren – und krümmte dafür keinen Finger.

Jetzt kann man sich die vielen Ausreden vorstellen, die nun auf diese Anklage (das ist eine!) gewöhnlich kommen: zu wenig Personal. Überlastung. Keine Zeit. Zu viele Fälle. Man kann, ja muß pragmatisch sein. – Gegenfrage: Wo bleibt das Recht? Der Rechts-Staat? Die Aufgabe? Das Vertrauen?

Es war eine ganz gewöhnliche Opportunität: der grundgesetzwidrige Bonus, der – legendär – auch vor Gericht der Aussage eines Uniformierten oder Vertretern der Administration gegeben wird. Die Aussage wiegt dann doppelt und die Waage ist keine Waage mehr.

Was sogenannte „gängige Praxis“ wurde, wird widerspruchslos hingenommen – lange Zeit. Aus Faulheit, aus Naivität, aus Gläubigkeit für Uniformen, für Titel, oder bloß weil es da ist. Es darf in einem Rechtsstaat, der mit dem Grundgesetz konstituiert wird, nie hingenommen werden. Wer es hinnimmt, verlässt, was nach entsetzlichen Unrecht-Zeiten aufgebaut wird – das wichtigste, was ein Staat besitzt: ein Rechtswesen, dem es fundamental um Recht geht. Das seine Bürger nicht nach Laune und Willkür behandelt, sondern wo sich seine Bürger auf Rechtlichkeit verlassen können.

Ein solches Rechtswesen dient nicht zum Einschlafen, sondern zum Zusammenleben, das zivilisiert ist. Der großartige Gedanke des Rechts-Staates ist aus langen Zeiten, Erfahrungen und Verlusten entstanden. Er gehört zum Wichtigsten in einem menschlichen, humanistischen Zusammenleben.

Dies ist der Kern dessen, was Demokratie genannt wird. Wie Menschen miteinander umgehen können - mit einem Vertrauen, daß es keine Gewalt gibt.

Die Frau Richterin hat nun weiterhin den Boden des Grundgesetzes verlassen, als sie dem Professor trotz Unschuld drei ganz üble Belastungen zu diktierte. Sie wird es nicht „Bestrafung“ nennen, weil es so nicht in der Nomenklatur des Systems steht. Aber tatsächlich ist es nichts Anderes. Hier folgen die Bestrafungen. Sie hat dem klagenden Bürger ein sehr hohes Risiko zudiktiert: Die umstrittene MPU.

Es ist ein fundamentales Recht eines Bürgers in einem Land, das demokratisch und dadurch rechtsstaatlich genannt werden möchte, daß er sich an eine Kontroll-Instanz wendet mit der Frage, ob ein Verfahren der Institution Staat rechtens abgelaufen sei. Dies darf man nicht einfach durchwinken und als „rechtens“ behaupten, sondern muß man – nach 300 Jahren Mühe der Aufklärung - untersuchen und mit Argumenten entscheiden. Jeder denkende Mensch wird im vorliegenden Fall merken, daß er mitnichten aufgeklärt behandelt wurde, sondern deklaratorisch abgefertigt ist.

Der fragende Bürger wird für sein Fragen mit ziemlich viel Geld belastet. Er hat die Institution, das Gebäude, das System, das Gehalt der Frau Richterin aber bereits bezahlt: mit seinen durchaus umfänglichen Steuern. Das Verfahren kostete den Professor, der nicht zu den Reichen zählt, rund 2 500 Euro – kein Pappenstil, sondern 5 Monate lang die freie Spitze seines Gehaltes. Es würde das Doppelte kosten, wenn es hier nicht eine ungenannte Großzügigkeit einer Person gäbe, und wenn es nicht zum Vergleich, sondern zum Urteil gekommen wäre. Der Professor hatte also zum Schaden, daß die Sache gar nicht kontrolliert wurde, auch noch einen nicht geringen Betrag zu bezahlen.

Dies kann der Bevölkerung nur sagen: Laß die Finger weg von der Justiz, wenn du nicht viel Geld in der Tasche bzw. auf dem Konto hast. Nur sehr Wohlhabende können es sich leisten,

was nach der Französischen Revolution und nach dem Grundgesetz für alle versprochen ist und möglich sein muß: daß sie den Rechtsstaat in Anspruch nehmen können. Es herrscht jedoch bereits durch die Finanzen eine große Ungleichheit: erstens daß die Justiz zweimal finanziert wird und zweitens daß dies in vielen Fällen Ärmere und Reichere keineswegs gleich stellt.

Wenn der Professor den sogenannten Rechtsweg, der in Festreden blumig angepriesen wird, weiter gegangen wäre (was ihm die Richterin verschlossen hat), hätte er sich arm prozessieren können.

Fazit des Professors: Du kannst den Rechtsweg nur benutzen, wenn du viel Geld hast. Ich würde gern die Frage nach der Altersdiskriminierung, die im Folgenden besprochen wird, an oberste Gerichte stellen – aber die Tatsache, wie das System des Rechtswesens das Rechtswesen, das wir in der Demokratie als Rechts-Staat brauchen, umgangen wird, verhindert in mehreren Ebene sehr viel Gerechtigkeit.

Eine dritte Last wird dem Unschuldigen, hier dem Professor, auferlegt: Du musst eine Prüfung machen. Du hast sie schon einmal abgelehnt. Man hat dir mit keinem Argumente jemals dazu geantwortet. Auch die Frau Richterin nicht.

Der Professors sagte: Ich bin nachweislich völlig unschuldig. Es ist nichts vorgefallen. Das Fake war nachweislich eine Lüge. Was man mir anzudichten versuchte, war ebenfalls nachweislich unkorrekt. Weil man also nichts Argumentatives gegen mich verwenden konnte, erfand man die sogenannte Prognose. Dies ist das windigste Konstrukt. Wer weiß schon, was morgen ist, was jemand morgen unternimmt, wie sich die Welt entwickelt? Es ist eine Farce von Mandarinen, aus diesem Nebel etwas zu machen. Es tritt wiederum das Grundgesetz mit Füßen. Denn es gibt kein Gesetz dazu, sondern man nimmt eine Formulierung, die zu allem offen ist, und interpretiert sie, wie man sie haben will. Da ist erneut die wilhelminische Willkür von Staats-Angestellte sichtbar. Man behauptet, daß man verhindern muß, daß Bösewichte jedweder Art die Gesellschaft auf der Straße gefährden. Um damit wirklich sicher zu gehen, müßte man den Straßenverkehr schließen. Nun picken sich Polizei und Behörde heraus, was sie für wahrscheinliche Gefährder halten. Dies sind meist Menschen, die im Ausweis eine Ziffer haben, die sie mit Vorurteil für höher als die ihre ansehen. Das trifft vor allem die sogenannten älteren Menschen. Also auch mich, sagt der Professor. Die Mandarine trauen sich zu, daß sie dies beurteilen können. Sie tun dies wie im gesamten Verfahren wieder mal simpel durch Behauptung. Man steckt ja in Uniform. Und das Amt ist ein Amt man den Verstand deklaratorisch zuschreibt.

Weil man die wilhelminische Willkür heutzutage nicht ganz so wie einst offensichtlich betreiben kann, erfand man einiges, um sie nicht auf den ersten Blick erkennbar zu machen: das Gutachten.

Franz Kafka klagt „über die Faulheit der sumpfigen Zeit.“

Das „Gutachten/Schlechtachten“

Der Professor lehnte dies ab - mit Berufung auf das Grundgesetz „Paragraph 2 Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Auch meine Würde d. h. auch Ehre lasse ich nicht antasten. Dafür

führt er ein Bündel an Gründen an.

Erstmal vorab:

Unschuldig ist unschuldig. Alles Weitere ist illegal. Wenn es vorher keine Begründung gab, kann man den Unschuldigen nun in kein Verfahren schicken, das dann irgendeine Schuld oder Strafe oder unwahrscheinliche Gefährdung konstruiert.

Der Professor hat seinen Führerschein seit 65 Jahren. Er hat keinen einzigen Unfall gemacht. Er hatte nie einen Punkt in Flensburg. Man muß ihm zutrauen, daß er alles tut, um auch in Zukunft weder Unfälle zu machen noch Punkte zu generieren. Er hat diese Einstellung sein ganzes Leben lang nachweislich mit dem bestmöglichen Ergebnis gezeigt. Wenn man schon den Unsinn von Prognose anwendet, müsste dies genügen.

Es besteht hochgradig der Verdacht, daß man ihn rein legen will.

Denk-Weisen

Gib jemandem eine Uniform oder ein Amt, z. B. der Polizei, dann verwandelt sich seine innere Einstellung, seine Psyche, zu einem kleinen oder großen Machthaber oder zu einem, der sich sofort Macht ausleiht.

Ähnlich läuft es bei einem Mandarin der Macht. Er will dies fühlen und deshalb läßt er es dich spüren. Er kann sich nicht zurückhalten. Bescheidenheit findest du sehr selten.

Ebenso wenig Korrektheit. Das ganze System wird dadurch zum Missbrauch der Macht.

Die Menschen werden als Täter und Opfer gesehen.

Was bleibt dabei dem Bürger? Sich unauffällig machen. Einiges zu schlucken. Sich persönlich anständig durchs Leben bewegen, sich durchs Leben retten.

Es hat lange gedauert, bis es dem ziemlich linken katholischen gewerkschaftlichen Minister Norbert Blüm gelang, ein halbwegs brauchbares Gesetz zur Pflege-Versicherung alter Menschen durch zu bringen.

Es sieht so aus, daß die Pflege freundlich ist. Aber sie steckt tief im Fordismus. Jeder Handgriff wird in Geld umgerechnet. Das merkt natürlich ein alter Mensch. Gelernt hat man dies von Henry Ford, der seinen Reichtum dadurch machte, daß er mit der Stoppuhr jeden Griff des Arbeiters in Geld umrechnete.

Im Kapitalismus ist der Mensch, wenn er nicht mehr in der Maschine oder im Büro arbeitet, unproduktiv – und dies heißt: nicht mehr nützlich. Charly Chaplin hat es in einem Film genial für jedermann karikiert: „Modern Times.“

Das Alter ist jedoch keine betriebswirtschaftliche Größe, sondern eine Frage von Wert und

Würde.

Pensionäre und Rentner existieren für mancherlei Denk-Weisen nur als Privat-Menschen, aber nicht mehr gesellschaftlich. Dies verbirgt sich in vielerlei Kalkulationen, Gesetzen, in viel Praxis – als Alters-Diskriminierung, die durch oberstes Gesetz, dem Grundgesetz als demokratische Verfasstheit der Gesellschaft, im Prinzip verboten ist.

Der Kapitalismus ist ein System, das versucht, den Menschen nur auf einen einzigen Wert zu reduzieren. Auf den Nutzen für bestimmte Wirtschafts-Prozesse.

Wenn er dazu nicht mehr fähig ist, dann gilt alles andere als überflüssig und der Kapitalismus versucht, es zu vermeiden oder zu Vernachlässigen, wo und wie immer er kann. Er hält es für unproduktiv.

Selbst wenn man zuvor Jahrzehntelang für die Finanzierung des Alters gearbeitet hat, sie ihm also rechtlich zusteht, versucht das System ihm einzureden, daß dies „eigentlich“ – ein Wort, über das man „eigentlich“ nicht nachdenken soll, nicht zusteht. Man lügt ihm vor, daß andere, zum Beispiel die, die noch arbeiten, einem die Rente bezahlen.

Dies ist völlig unkorrekt. In einer Zeit großer Not nach 1945 hat man durchaus erfinderisch gesagt, daß die Rente, für die es im Augenblick kein Geld gab, vom arbeitenden Nachbarn erstmal gezahlt wird – aus seinem Sozialbeitrag. Später soll dasselbe auch ihm zukommen.

Aber dies läßt man absichtlich vergessen. Die Leute sollen sich nicht an einen Licht-Punkt in der Geschichte des Sozialwesens erinnern. Es wird alles so hergerichtet und besprochen, wie es die Mächtigen gerade in den Medien brauchen.

Von den Mächtigen ist noch so etwas wie Mitgefühl und sozialer Fortschritt gekommen. Auch das Stichwort Gerechtigkeit läßt sie kalt. Alles Menschlich Sinn hafte musste man erkämpfen.

Es gab einen Kanzlerkandidaten der SPD, der als Programm Gerechtigkeit nannte. Dies elektrisierte erstmal. Aber dann ließ ihn die eigene Partei weit gehend im Stich- So kann man natürlich keine Wahl gewinnen. Hohn und Spott wurden organisiert - mit immenser Medien-Macht. Der Dr. Goebels hätte es nicht besser hingekriegt.

Wo gibt es eine Achtung vor Menschen einer älteren Generation? Wo fragt jemand nach seiner Lebens-Leistung?

Die Gegenüber tun so, als gehe es einzig um einige Augenblick. Um etwas Rest des Lebens. Erinnerung ist die Gesamtheit der Person – aber Menschen mit kaum Mitgefühl haben keine Lust, jemanden als Gesamtes zu erkennen. Dies bedeutet, daß sie ihn auf ein schwaches Etwas reduziert haben.

Dies hat mit Menschlichkeit nur wenig zu tun.

Zum fatalen Schluß: Brief an den Oberbürgermeister.

Es gibt Länder, wo sich ein Bürger an den ersten Bürger der Stadt wenden kann. Dies habe ich getan und wurde abgewiesen. Ich bat um eine Prüfung des Verwaltungs-Verfahrens. Der Oberbürgermeister ließ sagen, die Sache könne nur von der zuständigen Stelle geprüft werden. Dies ist jedoch die Stelle, die die Sache selbst herbei geführt hat und die sich selbst keinen Fehler attestieren würde. „Werch ein Illtum.“ (Ernst Jandl)

Der Professor schreibt dem Oberbürgermeister: Es tut mir leid – und hoffentlich auch Ihnen – daß ich einen solchen Brief schreiben muß. Aber die Sache ist so gravierend, ist so ein starker Eingriff in mein Leben, so eine erhebliche Übergriffigkeit der Obrigkeit, daß sie mit starken Worten nicht in ihrer Bedeutung beschrieben werden kann. Und daß sie für einen Bürger, der derart viel für Stadt und Region getan hat, eine sehr rechtswidrige schmutzige Beleidigung ist. Sie wird auch Folgen haben. Daher will ich sie dem Oberbürgermeister der Stadt zumindest zur Kenntnis geben möchte.

Nach soviel Unkorrektheiten der Polizei, des Amtes und des Gerichts kommt es auf eine weitere nicht an. Daher gebe ich den Führerschein erstmal nicht ab.

Ich fahre jetzt in die Toskana, um Abstand zu gewinnen. Ein Künstler, das ist auch ein Schriftsteller, braucht dies. Ich weiß noch nicht, wann ich zurückkomme – erstmal bin ich unerreichbar.

Sie haben die Möglichkeit, den Führerschein von nun an für ungültig zu erklären - das Symbol des „Lappens“ bekommen Sie nicht, eher würde ich es in den Rhein versenken. Oder es geht ans Stadtarchiv als Dokument des Umgangs mit einem schuldlosen Bürger.

Ich werde nun eine Kampagne gegen die Alters-Diskriminierung beginnen. Es ist nicht meine erste – mit Eisenheim haben wir 50 Bürgerinitiativen gegründet, rund tausend Siedlungen gerettet, für rund 500 000 Menschen die Wohnungen gerettet, für die Region Ruhr die industriellen Symbole geschaffen.

Das Führerschein-Amt der Stadt könnte ebenso wie es das Recht der Fahrerlaubnis genommen hat mit derselben Befugnis diese Verfügung wegen Schuldlosigkeit auch ganz einfach widerrufen. Dies ist ein simpler Verwaltungsakt. Niemand hindert daran. Denken Sie darüber nach. Ich bin kein Bittsteller. Denken Sie auch an Ihre eigene Würde – als Meister der Bürger.

Ich wurde rund drei Jahre lang gefoltert. Es war so etwas Ähnliches. Es tangierte auch meine Nächte.

In Kafkas Werk „in der Strafkolonie“ ist das Foltern mit Hilfe eines „eigentümlichen“ Apparates das Hauptthema. Der Täter, ein Offizier, glaubt an die kathartische Wirkung der Folterung durch die ausgefeilte Maschine. Der Gefolterte ist natürlich von dieser Art

Rechtsprechung durch Folter nicht zu überzeugen.

Diese Geschichte kann man leicht umschreiben. Maschine = System.

Franz Kafka, „Das Schloß.“ Der Roman handelt vom Zweifel an den Beziehungen der Beamten und der Dorfbewohner. Die Macht des Schlosses ist allgegenwärtig und eine immerwährende Bedrückung. „Die Beamten zeigen sich in ihrer vielfachen Müdigkeit und Krankheit. Morgens versuchen sie die ihnen zugeteilte Arbeit abzuwehren. Sie ist zugleich faszinierend und zugleich unzugänglich.“ In dieser Welt kann man nicht heimisch werden. Der Mensch, der seine Lage klären will, erhält keinen Zugang.

Auch dieser Fall ist ein Stück über die undurchdringliche Bürokratie.

Im Roman „Der Prozeß“ bekommt der Angeklagte Josef K. niemals auch nur die Anklageschrift zu sehen.

Kafka schildert die scheinbar legale Grausamkeit.

Quintessenz der Story:

Versagen der Polizei

Versagen der Bürokratie

Versagen des Gerichtswesens

Versagen des Gutachtens

Versagen der Kontrollen

Versagen in der Gesellschaft

Eisenheim, August 2020.- Werrastraße 1/46 117 Oberhausen. rolandguenterQt-online.de.
Zuerst publiziert in: www.roland-guenter-werke.de . Und in: www.werkbund

Abschrift.

Kreis der Freunde des Schriftstellers Roland Günter

10. August 2020

Stellvertretend für den umfangreichen Kreis: Frank Baier (Dunkerstr. 30g. 47 198 Duisburg).
Rein Bertlein (Bloemstraat 113. 116 K2 Amsterdam). Hartmut Dreier (Marl Schumannstraße
6. 45 7772 Marl).

Herrn Oberbürgermeister Daniel Schranz

Rathaus Oberhausen

46045 Oberhausen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Daniel Schranz

Prof. Dr. Roland Günter droht die Entziehung der Fahrerlaubnis. Auch wir empfinden dies als eine Demütigung einer für die Stadt hoch verdienten Persönlichkeit.

Er hat sich nicht nur durch seinen Anwalt Jörg Hesse, sondern auch selbst mit einem umfangreichen Text sowohl wissenschaftlich wie literarisch verteidigt.

Dies steht in einer abendländischen Tradition, die seit Sokrates und Cicero im Bildungswesen geradezu verehrt wurde und die uns auch heute als wesentlicher Beitrag zur Zivilisierung der Gesellschaft wichtig ist.

Professor Günter hat sich vielfältig um die Stadt und die Region verdient gemacht. Details kann man in vielen Publikationen nachlesen.

Ihm ist tief greifend Unrecht geschehen (siehe beigelegte Dokumentation). Daher wäre es ein guter Beitrag zur Moderation in der Zivilgesellschaft, wenn Sie die Verfügung zum Entzug der Fahrerlaubnis als **widerlegt** aufheben. Dies ist sachlich und juristisch leicht möglich (siehe unten).

Begründungen:

Gemäß § 46 der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) ist u. a. derjenige ungeeignet, der wegen körperlicher und geistiger Mängel zum Führen von Kraftfahrzeugen nicht in der Lage ist oder sonst erheblich oder wiederholt gegen verkehrsrechtliche Vorschriften verstoßen hat.

In seinem Verteidigungs-Text hat Prof. Günter alle Kriterien angeführt, die ihn als vorzüglich geeignet erscheinen lassen.

Prof. Günter hat keine körperlichen Mängel.

Er ist geistig ganz hervorragend auf der Höhe. U. a. schreibt er an zwei Büchern.

Er kann eine **makellose Fahrpraxis** nachweisen: In 65 Jahren kein einziger Personen-Unfall, nie ein Punkt in Flensburg, er hat eine rücksichtsvolle sehr umsichtige und vorsichtige Fahrpraxis.

Eine freiwillig abgelegte neuerliche Fahrstunde mit einem Fahrlehrer mit gutem Zeugnis.

Kurz: er ist völlig schuldlos.

Er hat sich gegen eine Begutachtung durch das MPU-Verfahren ausgesprochen mit sehr ehrbaren Gründen. Dieses Gutachten hat schwerste konzeptionelle und methodische Mängel. Prof. Günter hat dies in seinem Text nachgewiesen. Ein solches Gutachten ist nicht zwingend. Die Stadt, in deren Hoheit die Fahrerlaubnisse sind, kann es, weil es **nur** ein Gutachten ist, akzeptieren oder nicht. Das Verwaltungsgericht hat kein Wort zu Schuld oder Unschuld gesagt. Prof. Günter hat sich aus Gründen der Würde und der Kritik auch von anderer kompetenter Seite nicht auf die MPU eingelassen: Er stellt sie erheblich in Frage und hat dies mutig formuliert (siehe beigelegtes Dossier).

Dies rechtfertigt nicht, dem völlig Schuldlosen den lebenslänglichen und unverhältnismäßig eingreifenden Schaden eines Führerscheinentzugs aufzubürden.

Der Vollzug der Verfügung wurde übrigens zwischenzeitlich für mehr als ein Jahr (!) lang ausgesetzt – vom Amt. In dieser Zeit fuhr Prof. Günter rund 5 000 km – ohne Probleme und Tadel.

Besser kann man – wenn man in der Sache so will eine „Bewährung“ nicht abgeben.

Es ist, Herr Oberbürgermeister, also einfach, die Verfügung aufzuhaben. Dafür gibt es wichtigste Gründe.

Wir müssen nicht im Einzelnen darauf hinweisen, welche ungunstigen Folgen der vorliegende Irrtum mit Sicherheit haben würde, wenn er nicht aufgehoben wird.

Wir, der Freundeskreis, sind nicht nur Freunde des Professors, sondern wir haben auch gezeigt, daß wir, nach den Jahrzehnte langen Katastrophen in der Region, im Strukturwandel ein brennendes produktives Interesse an guten Verhältnissen haben. Denn dies prägt auch unser aller Image.

Prof. Günter hatte sein Leben lang enorme Zivilcourage. Es war immer mit Zivilcourage verbunden, gesellschaftliche Verbesserungen zu erarbeiten. In diesem Bereich hat er beispielhaft gewirkt und beispielhafte Erfolge vorzuweisen.

Ist das Folgende mehr als einige Fußnoten wert?

Die Stadt verdankt Roland Günter:

Buch Oberhausen - die Kunstdenkmäler (1972) – eine Pionier-Tat.

Rettung des Bert Brecht Hauses (Volkshochschule) ein Highlight i, Zentrum.

Rettung des Ebertbades und Umwandlung zu einer Theater-Stätte.

Rettung des Peter Behrens-Baues – seines – Behrens meint, wichtigsten Entwurfs..

Rettung der St. Antony-Hütte – der Wiege der Ruhr-Industrie.

Rettung der Siedlung Eisenheim von rund 1 000 Siedlungen mit insgesamt 500 000 Bewohnern. Die Faszination bewirkt Ähnliches in Benelux, Frankreich, Schweiz, Italien.

Entwicklung von Eisenheim mit Infrastrukturen etc. Viele Publikationen dazu.

Einzigste nichtzerstörende Weiter-Entwicklung einer Siedlung: vor allem mit poetischen Orten (Tonino Guerra), „Blaues Haus“ mit Bibliothek (40 000 Bänden), regionalem Treffpunkt, Versammlungs-Ort Tatort vieler Ideen, Gedanken, Projekten (Sokrates-Universität)

Von Eisenheim wurde der kulturelle Ruhr-Tourismus entwickelt. Zuerst mit Hochschul-Seminaren.

Rettung einer Gruben-Lok und weiterer Bergbau-Spuren.

Rettung der Siedlung Stemmersberg.

Rettung der Möhring-Siedlung Am Grafenbusch.

Rettung der Siedlung Vondern.

Rettung der Siedlung Gustavstrasse.

Rettung der Siedlung Birkenstraße.

Füllung des riesigen Lochs mit Berge-Material aus der Zeche und Wirtschafts-Grundstück an der Essener Straße.

Rettung und Gutachten der Möhring-Siedlung am Grafenbusch.

Rettung des Waldes Grafenbusch.

Rettung des Gasometer und dann erste Bespielung eines industriekulturellen Industrie-Denkmal mit Text, Musik, Theater. Beginn der Bewegung, aus der dann die „Ruhrtriennale“ entstand.

Translokation des Reliefs in die Bahnhofs-Passage.

Texte zu Ausstellungen im Ludwig Museum für Prof. Pachnicke.

Buch Stadt. Führer, vor allem zur Sozial- und Industrie-Kultur.

Viele wissenschaftliche Aufsätze.

Viele Essays.

Sein Erbe steckte er vollständig in Eisenheim ins „Blaue Haus,“ als exzellente Architektur mit Park, Skulpturen, Bibliothek- von Bernhard Küppers, eines spirituelle Enkels von Mies van der Rohe. Damit schuf er einen einzigartigen Ort für Wissen, Kunst, Poetik in der Region.

90 erklärende Tafeln in Eisenheim. Weltweit erstmalig.

Konzept zu erklärenden Tafeln in Eisenheim und in der Stadt. Auch Buch und im Internet.

Retrospektive für die Kurzfilmtage mit 1 400 Seiten Buch in zwei Bänden. Einzige bestehende filmographie einer Region in der Welt.

Translokation des Pavillons „Kleines Quadrat“ aus Bottrop 1997 von Bernhard Küppers.

Wichtige Literatur (Auswahl):

Zur Entwicklungen kommunaler Infrastruktur:

Roland Günter, Oberhausen, Die Denkmäler des Rheinlands. Düsseldorf 1976

Roland Günter, Die Gestalt der großen Stadt. In: Abenteuer Industriestadt. Oberhausen 1874-1999. Oberhausen 1999.

Roland Günter, Besichtigung unseres Zeitalters. Industriekultur in Nordrhein-Westfalen. Ein Handbuch für Reisen. Essen 2001.

Roland Günter, Im Tal der Könige. Ein Handbuch und Reisebuch zu Emscher Rhein und Ruhr. Im Auftrag der IBA. In mehreren Auflagen von 1994 bis 2020 im Handel.

Die Aufhebung der Verfügung ist inhaltlich in höchstem Maße sinnvoll. Und sie ist rechtlich korrekt ohne Weiteres möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Baier. Rein Bertlein. Hartmut Dreier.

Begleit-Brief zur Führerschein-Affaire, die einzig auf einem Fake basierte.

Schreiben – mit Protest.

Prof. Dr. habil Roland Günter

Werrastraße 1, 4617 Oberhausen

12. August 2020

An den Chef der Verwaltungsbehörde

der Stadt Oberhausen

Oberbürgermeister Daniel Schranz.

Rathaus.

Ich nehme unter Protest zur Kenntnis,

daß die Behörde mit dem Datum vom 14. August 2020 meine Fahrerlaubnis für hinfällig erklärt. Dies genügt als Hauptsache.

Der Führerschein als Trophäe gehört ins Stadtarchiv und nicht in einen dunklen Winkel einer Akten-Kammer. Es ist ein Symbol, von reichen Lebens-Abschnitten, das ich mir so einfach nicht rauben lasse. Ich lege das Papier einstweilen nicht zu diesem Schreiben.

Ich reise nun für zwei Monate nach Italien und bin dort nicht erreichbar. Gute Freunde fahren meine Frau und mich mit ihrem eigenen Wagen hin und später wieder zurück.

In dieser Zeit habe ich kein Auto und halte mich auch darüber hinaus einstweilen an die sachlich rechtswidrige Verfügung.

Ich denke, daß das letzte Wort über die Sache noch nicht gesprochen ist. Man kann davon ausgehen, daß ich sehr nachtragend bin – es ist die Tugend eines Historikers. Und daß ich lebenslang sehr mutig war.

Das vorliegende Dokument zeigt, wie wenig es in diesem Land produktive Fähigkeiten zu Problemlösungen gibt. Aber umso mehr Rechthaberei, die sich nicht um Rechtsbrüche schert.

Als Historiker habe ich dabei viele Erinnerungen und Assoziationen. Löst man Probleme wirklich nur autoritär? Was fällt einem dabei alles auf die Füße?

Alle Details sind publiziert im Internet unter „Altersdiskriminierung“ in den Plattformen „www.roland-guenter-werke.de“ und www.werkbund-initiativ.de. Sie bilden auch in meiner Biografie ein Kapitel.

Mit Gruß

Wollen Sie, Herr Oberbürgermeister Daniel Schranz, diese höchst peinliche Sache wirklich durchwinken und unterschreiben? Als Bürger darf man von den „Ordnungsmächten,“ zu denen Sie gehören, auch Schutz fordern.

Abschrift.

Auf unseren ersten Brief haben wir nicht einmal eine Eingangs-Bestätigung erhalten. Daher ein zweiter Brief der Freunde von Prof. Dr. Roland Günter an Daniel Schranz, weil dieser bislang alles schweigend ausgesessen hat.
November 2020

Herr Oberbürgermeister Daniel Schranz!

Sie haben als oberster Verantwortlicher und Entscheider der Verwaltung der Stadt ein grausames Fehlurteil anscheinend durchgewunken und auf die umfangreichen Einwände, die wir vorgetragen haben, nicht reagiert, nicht einmal mit einer Bestätigung des Erhalts unseres Schreibens – so scheint es.

Wir bitten noch einmal um Nachdenken darüber. Wir möchten der Stadt, weil es sich um einen sehr bedeutenden Mann handelt, eine riesige und nachhaltige Blamage ersparen. Nicht zuletzt sich selbst, wenn Sie denken, daß man da nicht tun müsse – obwohl Sie die Person sind, die im Kopf aller kommunalen Briefbögen steht.

Wir bitten jetzt erneut um etwas Aufmerksamkeit, weil wir immer noch den Eindruck haben können, daß es angesichts der mit 54 Seiten detailliert dokumentierten Unkorrektheiten und Rechtsverstößen mental immer noch feudalistisch wie am wilhelminischen Hof zugeht.

Prof. Günter hat in Betreff auf seine Fahreignung, um die es im Kern geht, die sauberste „Weste“, die man nur haben kann. Über 60 Jahre keinen einzigen Unfall, keinen Punkt in Flensburg, das positive Zeugnis eines Fahrlehrers.

Der von der Polizei vorgetragene Fall erwies sich als ein Fake, als gelogener Nachbarstreich. Die Polizei, obwohl dazu aufgefordert, der Unschuldsvermutung nachzugehen, weigerte sich, vernünftig zu recherchieren, obwohl dies sehr einfach gewesen wäre.

Der gesamte Verlauf, gut dokumentiert, belegt: Sie wollten Prof. Günter unbedingt etwas anhängen - die Details lassen keine andere Vermutung zu. Auch deshalb, weil dieser gebeten hatte, auch die Unschulds-Vermutung einzubeziehen, Dies wurde verweigert und sogar als Widersetzlichkeit dargestellt. Weitere Unkorrektheiten folgten, darunter Versuche, Protokolle zu fälschen. Vor allem bestanden Polizei und Amt lange und wiederholt darauf, daß Nicht-statt-Gefundenes doch stattgefunden habe.

Schließlich der mieseste aller Willkürtricks: Weil man selbst nichts gegen Prof. Günter vorzuweisen hatte, schob man das Urteil einem höchst umstrittenen Gutachter als faktischem Richter zu. *Jedermann, der im Rechtswesen kundig ist, weiß, was man auch*

hierzu wissen müsste: Man kann einen Gutachter akzeptieren oder nicht. Man kann sich seiner Argumente bedienen oder nicht – denn nicht der Gutachter urteilt, sondern die beauftragende Instanz, also die Stadt. Das städtische Führerschein-Amt hatte kein einziges Argument zum konkreten Fall. Aber es versteckte sich hinter dem sogenannten Gutachter.

Prof. Günter wurde die Fahr-Erlaubnis einzig aufgrund der sehr begründeten Weigerung entzogen, sich auf das höchst umstrittene Gutachter-Verfahren einzulassen. Dies begründet überhaupt nicht den weit reichen Entzug der Fahr-Erlaubnis, die lebenslänglich ihm erhebliche Lebens-Qualitäten raubt sowie dem Autor von Reisebüchern ein teilweises Berufsverbot verhängt.

Das Verfahren der MPU hat erstens überhaupt nichts mit dem Kern, der Fahrfähigkeit, zu tun. Es findet nichts auf der Straße statt.

Zweitens ist es undurchsichtig. Es kann überhaupt nicht kontrolliert werden.

Drittens kann es leicht manipuliert werden – und man konnte voraussehen, daß es im Fall Prof. Günter mit dem Ziel der Ergebnis-Bestätigung auch manipuliert werden wird.

Viertens fallen fast alle Teilnehmer durch – dies kann doch nicht mit rechten Dingen zugehen.

Fünftens ist MPU ein Monopol und müsste schon längst seine hoch umstrittene privilegierte Stellung verloren haben.

Sechstens ist MPU ein Geschäfts-Modell, mit dem vom TÜV zu aller Willkür auch noch unverschämt viel Geld gemacht wird, - das ist angesichts der immensen Folgen seiner Urteile unvereinbar mit der erforderlichen Objektivität, also rechtstaatlich überhaupt nicht zulässig.

Prof. Günter - und mit ihm weite fachliche Kreise - kritisieren seit langer Zeit die MPU. Man muß den Mut bewundern mit dem Prof. Günter dieses anachronistische korrupte Verfahren angreift.

Prof. Günter war und ist niemals eine Gefahr für den Straßen-Verkehr gewesen.

Zudem: Eine bessere Prognose könnte niemand haben.

Die MPH übersteht nahezu niemand. Wie in einer miesen Schule vergangener Jahrhunderte geht es hier nur ums Herausprüfen – mit allerlei sachfremden Mitteln, intransparent, nicht revidierbar.

Die Lobby des TÜV verhinderte bislang, daß vorhandene Alternativen (u. a. vom ADAC) von staatlichen Instanzen anerkannt werden.

Die MPU ist ein anachronistisches Verfahren, das die älteren Generationen grundgesetzwidrig tief diskriminiert – nicht zufällig wird es „Idiotentest“ genannt. Menschen mit belangreichen Lebensläufen werden gedemütigt und entwürdigt. Was dies psychisch bedeutet, kann jeder erfahrene und nachdenkliche Psychologe sagen.

Hingegen setzt das ADAC-Modell auf die Bewältigung der Straße und fördert, wie in einer guten Schule mit dem Motto des lebenslänglichen Lernens die Fähigkeiten der Verkehrs-

Teilnehmer.

Prof. Günter hatte – als Jahrzehntelanger in Hochschulen tätiger Pädagoge – sehr gute Gründe, sich einer altersdiskriminierenden, pädagogisch total unfähigen und unwilligen Praxis nicht anzuliefern.

Hinzu kam – weswegen er wohl „bestraft“ werden sollte, daß er als „guter Bürger“ im sokratischen Sinn den aufrechten Gang bewahrt hatte – in vielen Bürgerinitiativen, die sich vor allem gegen Abrisswahn in Städten mit oft ungeheuren Verstößen gegen Recht und Kultur richteten.

Es könnte durchaus sein, daß die vielen (dokumentierten) sich wiederholenden, penetrant verfolgten Unkorrektheiten im Verfahren, selbst wo sie widerlegt waren, vor allem bei der Polizei aus einem rechtsradikalen Milieu stammen. Prof. Günter und andere fahnden nach weiteren Hintergründen.

Einer Persönlichkeit wie Prof. Günter, ein seit jeher praktischer und mutiger Wissenschaftler und Schriftsteller durfte der Führerschein nicht entzogen werden: mit dem einzigen Vorwurf, er habe die MPU verweigert. Es ist Mut, damit eine umfangreiche Debatte anzustoßen, die jetzt auch durch das Internet weite Kreise zieht.

Es sieht so aus, daß viel versucht wird, älteren Leuten – dies beginnt ab 60 – möglichst häufig, bis zu flächendeckend die Führerscheine abzujagen.

Die Falle beginnt oft mit einem einzigen Satz eines Polizist, der blank behauptet – ohne Beweis – er habe beobachtet, daß der Herr X oder die Frau Y ein „unsicheres Fahrverhalten“ hatte und ihn oder sie damit der MPU „überliefert“, die keiner übersteht.

Die Folgen eines solchen willkürlichen, rechtlich irrelevanten Satzes sind ungeheuer weit reichend, völlig unangemessen: eine ungeheure Einschränkung oder Entzug vieler Lebens-Qualitäten. Wie soll jemand noch seine Einkäufe im Supermarkt machen? Viele Teilnahmen am öffentlichen Leben entfallen wegen der damit verbundenen Mühen. Ebenso Ausflüge. Fast wird damit Haus-Arrest verhängt. Die psychologische Seite ist grauenhaft: jetzt soll sich jemand so recht alt fühlen, als kaum mehr „brauchbar.“

Sehr viele alte Menschen können Auto fahren, drei Hebel und drei Knöpfe bedienen – das ist einfach. Alte Leute fahren durchweg vorsichtiger. Aber es gibt den Verdacht, daß sie aus dem Verkehr verschwinden sollen, damit er schneller werden kann, weil vorsichtiges Fahren ihn „verlangsamt.“ Den Beweis dafür erhält man, wenn man manchem Taxi-Fahrer oder einem jüngeren Fahrer zuhört; den Flüchen und Beschimpfungen.

Das ADAC-Modell möchte die Menschenwürde des Alters respektieren, ebenso die Fähigkeiten alter Menschen. Es setzt auf des Potenzial dieser Generation. Sein Programm heißt nicht „Raus!“ sondern „Fahr-Ertüchtigung!“ Es bringt 75jährige auf das Niveau von 45jährigen (durch Untersuchung nachgewiesen). Es ist der Gegensatz zum zynischen Rauswurf – Prüfen der MPU.

Als Bürger darf man erwarten, daß ein Bürgermeister sich die Zeit nimmt, diese Fragen zu studieren – sie haben tief greifend mit dem Leben in der Stadt zu tun. Mit solcher Polizei, Verwaltung, Unkorrektheit und Rechtlosigkeit kann man sich nicht sicher fühlen – dies

erschüttert das Vertrauen in Rechtstaatlichkeit. Es stellt Rechtstaatlichkeit als eine große Idee eines vernünftigen, gerechten Staates, fundamental in Frage, vor allem, wenn dies nicht abstrakt irgendwo geschieht, sondern am eigenen Leib hundertfach gefühlt wird.

Warum sind unsere Plätze leer? In mediterranen Ländern leben sie erheblich von den „Alten“- denn sie haben Zeit. Was geschieht hierzulande? Nicht nur daß alle Plätze und guten Orte zugeparkt werden und damit nicht mehr genussfähig sind.

So machen wir unsere Städte kaputt und halten dann Festreden, die keiner mehr glauben kann.

Wenn Oberhausen - wie nachgewiesen - mit einem um die Stadt verdienten Bürger umspringt, ist zu fragen: Hat die Führung begriffen, was für einen kulturellen und menschlichen Image-Schaden die Urheber damit anrichten?

Aussitzen? - Schweigen? - Diskussionen vermeiden – nicht einmal im kleinsten Kreis?

Prof. Günter ist so souverän, daß er damit leben kann. Was die Obrigkeit ihm entzieht, ersetzen gute Freunde. Aber viele wissen dann, was sie von der Obrigkeit halten können.

Welche Abgründe, Missbräuche, Widersprüche sich da auftun – das ist Stoff für den Literaten.

Die Frau im Führerschein-Amt sagte Prof. Günter missbilligend: „Was haben Sie für eine komische Sprache!“ – Er sagte: Nicht die Ihre, die bürokratische. – Prof. Günter würde die Frau heute fragen: Haben Sie mal ein Buch gelesen? Literatur?

Sie machte mit ihrer Verständnislosigkeit – ebenso wie ihr knallharter Chef – das Leben schwer, - die Mobilität, die eine der Grundlagen der heutigen Gesellschaft ist. Sie versuchte einem Schriftsteller die Würde zu entziehen. Aber: Sie schafft es nicht.

Prof. Günter hat vielfach im Leben gelernt, sich zu behelfen. „Innere Freiheit ist auch, sich von den Umständen mental unabhängig zu machen.“

Prof. Günter lebt inzwischen längere Zeiten des Jahres in der Toskana, wo ihn die Stadt Anghiari zum Ehrenbürger gemacht hat.

Und wir genießen, daß die Idee der Industrie-Kultur in Ruhr, die erheblich von Prof. Günter angestoßen wurde, so immens erfolgreich war – auch noch weit darüber hinaus. Dazu gehört, daß halb Europa von Eisenheim gelernt hat.

Dieses Bewusstsein können kein unkorrekter Polizist und keine unkorrekten Verwaltungsbeamten knicken.

Noch haben Sie, Daniel Schranz, die Möglichkeit, zu korrigieren. Nach der Gemeinde-Verfassung ist der Oberbürgermeister der Hauptverantwortliche für die Stadt.

Korrektur ist rechtlich möglich. Sie könnte gut sein – für alle. Die Stadt kann selbst

entscheiden – ohne die MPU.

Mit „guter Hoffnung“ grüßen wir - die Freunde des Schriftstellers Prof. Dr. Roland Günter.

Abschrift.

Kreis der Freunde des Schriftstellers Roland Günter

10. August 2020

Stellvertretend für den umfangreichen Kreis: Frank Baier (Dunkerstr. 30g. 47 198 Duisburg).
Rein Bertlein (Bloemstraat 113. 116 K2 Amsterdam). Hartmut Dreier (Marl Schumannstraße
6. 45 7772 Marl).

Herrn Oberbürgermeister Daniel Schranz

Rathaus Oberhausen

46045 Oberhausen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Daniel Schranz

Prof. Dr. Roland Günter droht die Entziehung der Fahrerlaubnis. Auch wir empfinden dies als eine Demütigung einer für die Stadt hoch verdienten Persönlichkeit.

Er hat sich nicht nur durch seinen Anwalt Jörg Hesse, sondern auch selbst mit einem umfangreichen Text sowohl wissenschaftlich wie literarisch verteidigt.

Dies steht in einer abendländischen Tradition, die seit Sokrates und Cicero im Bildungswesen geradezu verehrt wurde und die uns auch heute als wesentlicher Beitrag zur Zivilisierung der Gesellschaft wichtig ist.

Professor Günter hat sich vielfältig um die Stadt und die Region verdient gemacht. Details

kann man in vielen Publikationen nachlesen.

Ihm ist tief greifend Unrecht geschehen (siehe beigelegte Dokumentation). Daher wäre es ein guter Beitrag zur Moderation in der Zivilgesellschaft, wenn Sie die Verfügung zum Entzug der Fahrerlaubnis als **widerlegt** aufheben. Dies ist sachlich und juristisch leicht möglich (siehe unten).

Begründungen:

Gemäß § 46 der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) ist u. a. derjenige ungeeignet, der wegen körperlicher und geistiger Mängel zum Führen von Kraftfahrzeugen nicht in der Lage ist oder sonst erheblich oder wiederholt gegen verkehrsrechtliche Vorschriften verstoßen hat.

In seinem Verteidigungs-Text hat Prof. Günter alle Kriterien angeführt, die ihn als vorzüglich geeignet erscheinen lassen.

Prof. Günter hat keine körperlichen Mängel.

Er ist geistig ganz hervorragend auf der Höhe. U. a. schreibt er an zwei Büchern.

Er kann eine **makellose Fahrpraxis** nachweisen: In 65 Jahren kein einziger Personen-Unfall, nie ein Punkt in Flensburg, er hat eine rücksichtsvolle sehr umsichtige und vorsichtige Fahrpraxis.

Eine freiwillig abgelegte neuerliche Fahrstunde mit einem Fahrlehrer mit gutem Zeugnis.

Kurz: er ist völlig schuldlos.

Er hat sich gegen eine Begutachtung durch das MPU-Verfahren ausgesprochen mit sehr ehrbaren Gründen. Dieses Gutachten hat schwerste konzeptionelle und methodische Mängel. Prof. Günter hat dies in seinem Text nachgewiesen. Ein solches Gutachten ist nicht zwingend. Die Stadt, in deren Hoheit die Fahrerlaubnisse sind, kann es, weil es **nur** ein Gutachten ist, akzeptieren oder nicht. Das Verwaltungsgericht hat kein Wort zu Schuld oder Unschuld gesagt. Prof. Günter hat sich aus Gründen der Würde und der Kritik auch von anderer kompetenter Seite nicht auf die MPU eingelassen: Er stellt sie erheblich in Frage und hat dies mutig formuliert (siehe beigelegtes Dossier).

Dies rechtfertigt nicht, dem völlig Schuldlosen den lebenslänglichen und unverhältnismäßig eingreifenden Schaden eines Führerscheinentzugs aufzubürden.

Der Vollzug der Verfügung wurde übrigens zwischenzeitlich für mehr als ein Jahr (!) lang ausgesetzt – vom Amt. In dieser Zeit fuhr Prof. Günter rund 5 000 km – ohne Probleme und Tadel.

Besser kann man – wenn man in der Sache so will – eine „Bewährung“ nicht abgeben.

Es ist, Herr Oberbürgermeister, also einfach, die Verfügung aufzuheben. Dafür gibt es wichtigste Gründe.

Wir müssen nicht im Einzelnen darauf hinweisen, welche ungunstigen Folgen der vorliegende Irrtum mit Sicherheit haben würde, wenn er nicht aufgehoben wird.

Wir, der Freundeskreis, sind nicht nur Freunde des Professors, sondern wir haben auch gezeigt, daß wir, nach den Jahrzehnte langen Katastrophen in der Region, im Strukturwandel ein brennendes produktives Interesse an guten Verhältnissen haben. Denn dies prägt auch unser aller Image.

Prof. Günter hatte sein Leben lang enorme Zivilcourage. Es war immer mit Zivilcourage verbunden, gesellschaftliche Verbesserungen zu erarbeiten. In diesem Bereich hat er beispielhaft gewirkt und beispielhafte Erfolge vorzuweisen.

Ist das Folgende mehr als einige Fußnoten wert?

Die Stadt verdankt Roland Günter:

Buch Oberhausen - die Kunstdenkmäler (1972) – eine Pionier-Tat.

Rettung des Bert Brecht Hauses (Volkshochschule) ein Highlight i, Zentrum.

Rettung des Ebertbades und Umwandlung zu einer Theater-Stätte.

Rettung des Peter Behrens-Baues – seines – Behrens meint, wichtigsten Entwurfs..

Rettung der St. Antony-Hütte – der Wiege der Ruhr-Industrie.

Rettung der Siedlung Eisenheim von rund 1 000 Siedlungen mit insgesamt 500 000 Bewohnern. Die Faszination bewirkt Ähnliches in Benelux, Frankreich, Schweiz, Italien.

Entwicklung von Eisenheim mit Infrastrukturen etc. Viele Publikationen dazu.

Einzig nichtzerstörende Weiter-Entwicklung einer Siedlung: vor allem mit poetischen Orten (Tonino Guerra), „Blaues Haus“ mit Bibliothek (40 000 Bänden), regionalem Treffpunkt, Versammlungs-Ort Tatort vieler Ideen, Gedanken, Projekten (Sokrates-Universität)

Von Eisenheim wurde der kulturelle Ruhr-Tourismus entwickelt. Zuerst mit Hochschul-

Seminaren.

Rettung einer Gruben-Lok und weiterer Bergbau-Spuren.

Rettung der Siedlung Stemmersberg.

Rettung der Möhring-Siedlung Am Grafenbusch.

Rettung der Siedlung Vondern.

Rettung der Siedlung Gustavstrasse.

Rettung der Siedlung Birkenstraße.

Füllung des riesigen Lochs mit Berge-Material aus der Zeche und Wirtschafts-Grundstück an der Essener Straße.

Rettung und Gutachten der Möhring-Siedlung am Grafenbusch.

Rettung des Waldes Grafenbusch.

Rettung des Gasometer und dann erste Bespielung eines industriekulturellen Industrie-Denkmal mit Text, Musik, Theater. Beginn der Bewegung, aus der dann die „Ruhrtriennale“ entstand.

Translokation des Reliefs in die Bahnhofs-Passage.

Texte zu Ausstellungen im Ludwig Museum für Prof. Pachnicke.

Buch Stadt. Führer, vor allem zur Sozial- und Industrie-Kultur.

Viele wissenschaftliche Aufsätze.

Viele Essays.

Sein Erbe steckte er vollständig in Eisenheim ins „Blaue Haus,“ als exzellente Architektur mit Park, Skulpturen, Bibliothek- von Bernhard Küppers, eines spirituelle Enkels von Mies van der Rohe. Damit schuf er einen einzigartigen Ort für Wissen, Kunst, Poetik in der Region.

90 erklärende Tafeln in Eisenheim. Weltweit erstmalig.

Konzept zu erklärenden Tafeln in Eisenheim und in der Stadt. Auch Buch und im Internet.

Retrospektive für die Kurzfilmtage mit 1 400 Seiten Buch in zwei Bänden. Einzige bestehende filmographie einer Region in der Welt.

Translokation des Pavillons „Kleines Quadrat“ aus Bottrop 1997 von Bernhard Küppers.

Wichtige Literatur (Auswahl):

Zur Entwicklung kommunaler Infrastruktur:

Roland Günter, Oberhausen, Die Denkmäler des Rheinlands. Düsseldorf 1976

Roland Günter, Die Gestalt der großen Stadt. In: Abenteuer Industriestadt. Oberhausen 1874-1999. Oberhausen 1999.

Roland Günter, Besichtigung unseres Zeitalters. Industriekultur in Nordrhein-Westfalen. Ein Handbuch für Reisen. Essen 2001.

Roland Günter, Im Tal der Könige. Ein Handbuch und Reisebuch zu Emscher Rhein und Ruhr. Im Auftrag der IBA. In mehreren Auflagen von 1994 bis 2020 im Handel.

Die Aufhebung der Verfügung ist inhaltlich in höchstem Maße sinnvoll. Und sie ist rechtlich korrekt ohne Weiteres möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Baier. Rein Bertlein. Hartmut Dreier.

Begleit-Brief zur Führerschein-Affaire, die einzig auf einem Fake basierte.

Schreiben – mit Protest.

Prof. Dr. habil Roland Günter

Werrastraße 1, 4617 Oberhausen

12. August 2020

An den Chef der Verwaltungsbehörde

der Stadt Oberhausen

Oberbürgermeister Daniel Schranz.

Rathaus.

Ich nehme unter Protest zur Kenntnis,

daß die Behörde mit dem Datum vom 14. August 2020 meine Fahrerlaubnis für hinfällig erklärt. Dies genügt als Hauptsache.

Der Führerschein als Trophäe gehört ins Stadtarchiv und nicht in einen dunklen Winkel einer Akten-Kammer. Es ist ein Symbol, von reichen Lebens-Abschnitten, das ich mir so einfach nicht rauben lasse. Ich lege das Papier einstweilen nicht zu diesem Schreiben.

Ich reise nun für zwei Monate nach Italien und bin dort nicht erreichbar. Gute Freunde fahren meine Frau und mich mit ihrem eigenen Wagen hin und später wieder zurück.

In dieser Zeit habe ich kein Auto und halte mich auch darüber hinaus einstweilen an die sachlich rechtswidrige Verfügung.

Ich denke, daß das letzte Wort über die Sache noch nicht gesprochen ist. Man kann davon ausgehen, daß ich sehr nachtragend bin – es ist die Tugend eines Historikers. Und daß ich lebenslang sehr mutig war.

Das vorliegende Dokument zeigt, wie wenig es in diesem Land produktive Fähigkeiten zu Problemlösungen gibt. Aber umso mehr Rechthaberei, die sich nicht um Rechtsbrüche schert.

Als Historiker habe ich dabei viele Erinnerungen und Assoziationen. Löst man Probleme wirklich nur autoritär? Was fällt einem dabei alles auf die Füße?

Alle Details sind publiziert im Internet unter „Altersdiskriminierung“ in den Plattformen „www.roland-guenter-werke.de“ und www.werkbund-initiativ.de. Sie bilden auch in meiner Biografie ein Kapitel.

Mit Gruß

Wollen Sie, Herr Oberbürgermeister Daniel Schranz, diese höchst peinliche Sache wirklich durchwinken und unterschreiben? Als Bürger darf man von den „Ordnungsmächten,“ zu denen Sie gehören, auch Schutz fordern.

Zweiter Brief der Freunde von Prof. Dr. Roland Günter, weil dieser bislang alles schweigend ausgesessen hat.

November 2020

Herr Oberbürgermeister Daniel Schranz!

Sie haben als oberster Verantwortlicher und Entscheider der Verwaltung der Stadt ein grausames Fehlurteil anscheinend durchgewunken und auf die umfangreichen Einwände, die wir vorgetragen haben, nicht reagiert, nicht einmal mit einer Bestätigung des Erhalts unseres Schreibens – so scheint es.

Wir bitten noch einmal um Nachdenken darüber. Wir möchten der Stadt, weil es sich um einen sehr bedeutenden Mann handelt, eine riesige und nachhaltige Blamage ersparen. Nicht zuletzt sich selbst, wenn Sie denken, daß man da nicht tun müsse – obwohl Sie die Person sind, die im Kopf aller kommunalen Briefbögen steht.

Wir bitten jetzt erneut um etwas Aufmerksamkeit, weil wir immer noch den Eindruck haben können, daß es angesichts der mit 54 Seiten detailliert dokumentierten Unkorrektheiten und Rechtsverstößen mental immer noch feudalistisch wie am wilhelminischen Hof zugeht.

Prof. Günter hat in Betreff auf seine Fahreignung, um die es im Kern geht, die sauberste „Weste“, die man nur haben kann. Über 60 Jahre keinen einzigen Unfall, keinen Punkt in Flensburg, das positive Zeugnis eines Fahrlehrers.

Der von der Polizei vorgetragene Fall erwies sich als ein Fake, als gelogener Nachbarstreich. Die Polizei, obwohl dazu aufgefordert, der Unschuldsvermutung nachzugehen, weigerte sich, vernünftig zu recherchieren, obwohl dies sehr einfach gewesen

wäre.

Der gesamte Verlauf, gut dokumentiert, belegt: Sie wollten Prof. Günter unbedingt etwas anhängen - die Details lassen keine andere Vermutung zu. Auch deshalb, weil dieser gebeten hatte, auch die Unschulds-Vermutung einzubeziehen, Dies wurde verweigert und sogar als Widersetzlichkeit dargestellt. Weitere Unkorrektheiten folgten, darunter Versuche, Protokolle zu fälschen. Vor allem bestanden Polizei und Amt lange und wiederholt darauf, daß Nicht-statt-Gefundenes doch stattgefunden habe.

Schließlich der mieseste aller Willkürtricks: Weil man selbst nichts gegen Prof. Günter vorzuweisen hatte, schob man das Urteil einem höchst umstrittenen Gutachter als faktischem Richter zu. *Jedermann, der im Rechtswesen kundig ist, weiß, was man auch hierzu wissen müsste: Man kann einen Gutachter akzeptieren oder nicht.* Man kann sich seiner Argumente bedienen oder nicht – denn nicht der Gutachter urteilt, sondern die beauftragende Instanz, also die Stadt. Das städtische Führerschein-Amt hatte kein einziges Argument zum konkreten Fall. Aber es versteckte sich hinter dem sogenannten Gutachter.

Prof. Günter wurde die Fahr-Erlaubnis einzig aufgrund der sehr begründeten Weigerung entzogen, sich auf das höchst umstrittene Gutachter-Verfahren einzulassen. Dies begründet überhaupt nicht den weit reichen Entzug der Fahr-Erlaubnis, die lebenslänglich ihm erhebliche Lebens-Qualitäten raubt sowie dem Autor von Reisebüchern ein teilweises Berufsverbot verhängt.

Das Verfahren der MPU hat erstens überhaupt nichts mit dem Kern, der Fahrfähigkeit, zu tun. Es findet nichts auf der Straße statt.

Zweitens ist es undurchsichtig. Es kann überhaupt nicht kontrolliert werden.

Drittens kann es leicht manipuliert werden – und man konnte voraussehen, daß es im Fall Prof. Günter mit dem Ziel der Ergebnis-Bestätigung auch manipuliert werden wird.

Viertens fallen fast alle Teilnehmer durch – dies kann doch nicht mit rechten Dingen zugehen.

Fünftens ist MPU ein Monopol und müsste schon längst seine hoch umstrittene privilegierte Stellung verloren haben.

Sechstens ist MPU ein Geschäfts-Modell, mit dem vom TÜV zu aller Willkür auch noch unverschämt viel Geld gemacht wird, - das ist angesichts der immensen Folgen seiner Urteile unvereinbar mit der erforderlichen Objektivität, also rechtstaatlich überhaupt nicht zulässig.

Prof. Günter - und mit ihm weite fachliche Kreise - kritisieren seit langer Zeit die MPU. Man muß den Mut bewundern mit dem Prof. Günter dieses anachronistische korrupte Verfahren angreift.

Prof. Günter war und ist niemals eine Gefahr für den Straßen-Verkehr gewesen.

Zudem: Eine bessere Prognose könnte niemand haben.

Die MPH übersteht nahezu niemand. Wie in einer miesen Schule vergangener Jahrhunderte geht es hier nur ums Herausprüfen – mit allerlei sachfremden Mitteln, intransparent, nicht

revidierbar.

Die Lobby des TÜV verhinderte bislang, daß vorhandene Alternativen (u. a. vom ADAC) von staatlichen Instanzen anerkannt werden.

Die MPU ist ein anachronistisches Verfahren, das die älteren Generationen grundgesetzwidrig tief diskriminiert – nicht zufällig wird es „Idiotentest“ genannt. Menschen mit belangreichen Lebensläufen werden gedemütigt und entwürdigt. Was dies psychisch bedeutet, kann jeder erfahrene und nachdenkliche Psychologe sagen.

Hingegen setzt das ADAC-Modell auf die Bewältigung der Straße und fördert, wie in einer guten Schule mit dem Motto des lebenslänglichen Lernens die Fähigkeiten der Verkehrsteilnehmer.

Prof. Günter hatte – als Jahrzehntelanger in Hochschulen tätiger Pädagoge – sehr gute Gründe, sich einer altersdiskriminierenden, pädagogisch total unfähigen und unwilligen Praxis nicht anzuliefern.

Hinzu kam – weswegen er wohl „bestraft“ werden sollte, daß er als „guter Bürger“ im sokratischen Sinn den aufrechten Gang bewahrt hatte – in vielen Bürgerinitiativen, die sich vor allem gegen Abrisswahn in Städten mit oft ungeheuren Verstößen gegen Recht und Kultur richteten.

Es könnte durchaus sein, daß die vielen (dokumentierten) sich wiederholenden, penetrant verfolgten Unkorrektheiten im Verfahren, selbst wo sie widerlegt waren, vor allem bei der Polizei aus einem rechtsradikalen Milieu stammen. Prof. Günter und andere fahnden nach weiteren Hintergründen.

Einer Persönlichkeit wie Prof. Günter, ein seit jeher praktischer und mutiger Wissenschaftler und Schriftsteller durfte der Führerschein nicht entzogen werden: mit dem einzigen Vorwurf, er habe die MPU verweigert. Es ist Mut, damit eine umfangreiche Debatte anzustoßen, die jetzt auch durch das Internet weite Kreise zieht.

Es sieht so aus, daß viel versucht wird, älteren Leuten – dies beginnt ab 60 – möglichst häufig, bis zu flächendeckend die Führerscheine abzujagen.

Die Falle beginnt oft mit einem einzigen Satz eines Polizisten, der blank behauptet – ohne Beweis – er habe beobachtet, daß der Herr X oder die Frau Y ein „unsicheres Fahrverhalten“ hatte und ihn oder sie damit der MPU „überliefert“, die keiner übersteht.

Die Folgen eines solchen willkürlichen, rechtlich irrelevanten Satzes sind ungeheuer weit reichend, völlig unangemessen: eine ungeheure Einschränkung oder Entzug vieler Lebensqualitäten. Wie soll jemand noch seine Einkäufe im Supermarkt machen? Viele Teilnahmen am öffentlichen Leben entfallen wegen der damit verbundenen Mühen. Ebenso Ausflüge. Fast wird damit Haus-Arrest verhängt. Die psychologische Seite ist grauenhaft: jetzt soll sich

jemand so recht alt fühlen, als kaum mehr „brauchbar.“

Sehr viele alte Menschen können Auto fahren, drei Hebel und drei Knöpfe bedienen – das ist einfach. Alte Leute fahren durchweg vorsichtiger. Aber es gibt den Verdacht, daß sie aus dem Verkehr verschwinden sollen, damit er schneller werden kann, weil vorsichtiges Fahren ihn „verlangsamt.“ Den Beweis dafür erhält man, wenn man manchem Taxi-Fahrer oder einem jüngeren Fahrer zuhört; den Flüchen und Beschimpfungen.

Das ADAC-Modell möchte die Menschenwürde des Alters respektieren, ebenso die Fähigkeiten alter Menschen. Es setzt auf des Potenzial dieser Generation. Sein Programm heißt nicht „Raus!“ sondern „Fahr-Ertüchtigung!“ Es bringt 75jährige auf das Niveau von 45jährigen (durch Untersuchung nachgewiesen). Es ist der Gegensatz zum zynischen Rauswurf –Prüfen der MPU.

Als Bürger darf man erwarten, daß ein Bürgermeister sich die Zeit nimmt, diese Fragen zu studieren – sie haben tief greifend mit dem Leben in der Stadt zu tun. Mit solcher Polizei, Verwaltung, Unkorrektheit und Rechtlosigkeit kann man sich nicht sicher fühlen – dies erschüttert das Vertrauen in Rechtstaatlichkeit. Es stellt Rechtstaatlichkeit als eine große Idee eines vernünftigen, gerechten Staates, fundamental in Frage, vor allem, wenn dies nicht abstrakt irgendwo geschieht, sondern am eigenen Leib hundertfach gefühlt wird.

Warum sind unsere Plätze leer? In mediterranen Ländern leben sie erheblich von den „Alten“- denn sie haben Zeit. Was geschieht hierzulande? Nicht nur daß alle Plätze und guten Orte zugeparkt werden und damit nicht mehr genussfähig sind.

So machen wir unsere Städte kaputt und halten dann Festreden, die keiner mehr glauben kann.

Wenn Oberhausen - wie nachgewiesen - mit einem um die Stadt verdienten Bürger umspringt, ist zu fragen: Hat die Führung begriffen, was für einen kulturellen und menschlichen Image-Schaden die Urheber damit anrichten?

Aussitzen? - Schweigen? - Diskussionen vermeiden – nicht einmal im kleinsten Kreis?

Prof. Günter ist so souverän, daß er damit leben kann. Was die Obrigkeit ihm entzieht, ersetzen gute Freunde. Aber viele wissen dann, was sie von der Obrigkeit halten können.

Welche Abgründe, Missbräuche, Widersprüche sich da auftun – das ist Stoff für den Literaten.

Die Frau im Führerschein-Amt sagte Prof. Günter missbilligend: „Was haben Sie für eine komische Sprache!“ – Er sagte: Nicht die Ihre, die bürokratische. – Prof. Günter würde die Frau heute fragen: Haben Sie mal ein Buch gelesen? Literatur?

Sie machte mit ihrer Verständnislosigkeit – ebenso wie ihr knallharter Chef – das Leben schwer, - die Mobilität, die eine der Grundlagen der heutigen Gesellschaft ist. Sie versuchte einem Schriftsteller die Würde zu entziehen. Aber: Sie schafft es nicht.

Prof. Günter hat vielfach im Leben gelernt, sich zu behelfen. „Innere Freiheit ist auch, sich

von den Umständen mental unabhängig zu machen.“

Prof. Günter lebt inzwischen längere Zeiten des Jahres in der Toskana, wo ihn die Stadt Anghiari zum Ehrenbürger gemacht hat.

Und wir genießen, daß die Idee der Industrie-Kultur in Ruhr, die erheblich von Prof. Günter angestoßen wurde, so immens erfolgreich war – auch noch weit darüber hinaus. Dazu gehört, daß halb Europa von Eisenheim gelernt hat.

Dieses Bewusstsein können kein unkorrekter Polizist und keine unkorrekten Verwaltungsbeamten knicken.

Noch haben Sie, Daniel Schranz, die Möglichkeit, zu korrigieren. Nach der Gemeinde-Verfassung ist der Oberbürgermeister der Hauptverantwortliche für die Stadt.

Korrektur ist rechtlich möglich. Sie könnte gut sein – für alle. Die Stadt kann selbst entscheiden – ohne die MPU.

Mit „guter Hoffnung“ grüßen wir - die Freunde des Schriftstellers Prof. Dr. Roland Günter.

An den Herrn Oberbürgermeister Daniel Schranz

Rathaus Oberhausen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie haben mit keiner Zeile Stellung genommen zu meiner 55seitigen Schrift, die ich Ihnen zweimal zugesandt habe, zusammen mit Stellungnahmen bedeutender Persönlichkeiten.

Ich verlange nun von Ihnen, daß Sie in folgendem Sinn verfügen und damit die Streitfrage beenden.

„Gegen Prof. Günter liegt nichts vor, was einen Entzug des Führerscheins rechtfertigt. Dies hat er in überzeugender Weise in seiner Schrift vorgetragen.

Er hat seine Weigerung, sich dem MPU-Verfahren als Gutachten zu stellen, überzeugend begründet. Die Weigerung ist nicht ausreichend für einen Entzug. Die Fahrfähigkeit ist in anderer Weise nachgewiesen.

Daher hebe ich die Verfügung der Aberkennung der Fahrerlaubnis auf. Prof Günter erhält

seinen Führerschein zurück bzw. eine Neuausfertigung.

Persönlich anerkenne ich mit Dank die Leistungen des Bürgers Prof. Dr. Roland Günter, der für die Stadt Oberhausen im Laufe vieler Jahrzehnte sehr viel Gutes förderlich getan hat. Ich anerkenne, daß er nie versuchte, daraus auch nur den geringsten finanziellen oder anderen Vorteil für sich zu ziehen. Er hat beispielhaft in größten Umfang für die Stadt als Gemeinwesen gearbeitet. Dabei investierte er sein gesamtes Erbe in das „Blaue Haus“ in Eisenheim mit Park, Bibliothek, Archiv, Arbeits- und Treff-Räumen Diese Leistung ist von vielen Seiten in und außerhalb der Region gewürdigt worden. Als Bürgermeister möchte ich dazu beitragen, die „Missverständnisse,“ die durch das Verfahren entstanden sind, zu klären und Prof. Günter für die Stadt zurück zu gewinnen. Ich will mit dieser Rücknahme der Entzugs-Verfügung der Fahrerlaubnis eine neue Grundlage für eine Zusammenarbeit zum Wohl des Gemeinwesens legen.

Daniel Schranz, Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen.“

Dezember 2020.

Der Intendant der IBA Emscher Park, Prof. Karl Ganser, hat mir, Roland Günter, einmal gedankt für die umfangreiche Mitarbeit in diesem immensen Projekt mit den Worten: Sie haben mir viele Vorlagen geliefert.

In der Sprache des Fußball heißt dies: Danke für die Tore, die ich daraus machen konnte.

Wir könnten das neue Jahr 2021 damit beginnen, daß Sie, Herr Oberbürgermeistes, einen fast dreijährigen sehr quälenden Irrtum aus der Welt geschafft haben.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Roland Günter, am 17. November 2020.

Nach nach 4 Monaten: mit Schreiben vom 7. 12. 2020 antwortete Oberbürgermeister Daniel Schranz.

Sehr geehrter Herr Professor Günter,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 17. November 2020 [ich hatte mein Schreiben erneut vorgelegt]. Leider komme ich erst jetzt dazu, Ihnen zu antworten, wofür ich – mit blick

auf die Corona-Situation und die Konstituierung der politischen Gremien [nach der Kommunalwahl] -um Ihr Verständnis bitte.

Bezugnehmend auf den zweiten Teil Ihres Schreibens darf ich Ihnen bestätigen, dass ich Ihren jahrzehntelangen und äußerst vielfältigen Einsatz zugunsten unserer Stadt nicht nur persönlich anerkenne, sondern in hohem Maße wertschätze und sehr dankbar dafür bin. Was bürgerschaftliches Engagement anbelangt, haben Sie zweifelsohne Vorbildfunktion für alle Oberhausenerinnen und Oberhausener.

Der eigentliche Anlaß Ihres Schreibens ist allerdings mit Blick auf Ihre langjährigen Verdienste gesondert zu betrachten und zu bewerten. Ohne die gesamte Chronologie Ihres Falles zu kennen, haben Sie nach meinem Kenntnisstand gegen die seinerzeit erteilte Ordnungsverfügung zur Entziehung der Fahrerlaubnis beim Verwaltungsgericht Düsseldorf Klage erhoben und im Juli 2020 im Rahmen der mündlichen Verhandlung einen gerichtlichen Vergleich dahingehend geschlossen, daß Sie sich verpflichteten, ein fachärztliches Gutachten vorzulegen, das Ihre Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen nachweist. Ein solches Gutachten ist der Stadt jedoch nicht zugegangen, so dass die Ordnungsverfügung unanfechtbar wurde.

Um Ihre Fahrerlaubnis wiedererlangen zu können, müssten Sie bei der Straßenverkehrsbehörde einen Antrag auf Neuerteilung stellen und in diesem Zusammenhang das besagte Gutachten vorlegen.

Sehr geehrter Herr Professor Günter, auch wenn ich Ihre persönliche Betroffenheit in dieser Sache sehr gut nachvollziehen kann, sind wir und bin auch ich an rechtsstaatliche Grundsätze gebunden. Das bedeutet eben im konkreten Fall auch einen gerichtlichen Vergleich und die damit verbundenen Konsequenzen anzuerkennen. Falls Sie sich für eine Antragstellung auf Neuerteilung einer Fahrerlaubnis entscheiden sollten, kann ich Ihnen aber versichern, dass die Kolleginnen und Kollegen der Straßenverkehrsbehörde Sie dabei nach besten Kräften unterstützen werden.

In Anerkennung Ihrer großen Verdienste um unsere Stadt verbleibe ich mit freundlichen Grüßen Ihr Daniel Schranz.

Pascal Hesse: [Auszug aus einem] Interview mit dem scheidenden Kultur- und Sportdezernenten der Stadt Essen Andreas Bomheuer. Zur Kultur-Hauptstadt 2010: „Das war eine große Party für Essen und das Ruhrgebiet. Aus der kulturellen Entwicklung betrachtet ist die Kulturhauptstadt durch Initiativen von Roland Günter oder auch der Zeche Carl vorbereitet worden. Sie haben die neue Identität der Region geprägt. Sie haben dazu beigetragen, dass identität-stiftende Orte wie Zechen, alte Fabrikhallen oder Bahnhöfe auch als Zeugen der Geschichte erhalten blieben. Menschen wie ihnen, allen voran übrigens Karl

Ganser, ist es zu verdanken, im Gespräch – und wurde gerade noch rechtzeitig verhindert.“¹

1

Eidesstattliche Erklärung

Zum erzwungenen Verlust meines Führerscheins.

Ich parkte korrekt in meiner Wohnstraße.

Jugendliche Nachbarn spielten mir einen Streich, riefen die Polizei

mit der Lüge, ich hätte das Nachbar-Auto dahinter angefahren.

Die Polizei kam. Ich bat sie, der Unschuldsvermutung nachzugehen. Sie ermittelte überhaupt nicht, sondern reichte mich weiter zum Führerscheinamt, damit dieses mir Probleme mit dem Führerschein machte. Sie erklärte mich wohl von vornherein für schuldhaft für die MPU, von der man weiß, daß dies eine krause, irregulär Strafe sein wird: reingelegt geht der Führerschein weg.

Weil ich mich schriftlich selbst verteidigte, den Kopf nicht senkte, nicht zugab, was als Fake überhaupt nicht geschehen war (in der Werkstatt überprüft, vom Nachbarn bestätigt), wurde ich nun verfolgt und dann als Erfolg von Polizei und Amt zur Strecke gebracht: Führerschein-Entzug. Das Amt der Stadt Oberhausen hat mir in Verbindung mit der Polizei die Erlaubnis zum Fahren genommen. Man kann es auch anders ausdrücken, das klingt dann nicht so glatt wie eine Behörde sich gern aus der Kritik herausziehen will.

Ich war völlig unschuldig. Was verdient so einer von staatlichen Instanzen?

Polizei und Amt sollten einen untadeligen Staatsbürger, der für Stadt und Region sehr viel Gutes getan hat, kraft Amtes schützen. Statt dessen verfolgten sie ihn mit Vorurteilen. „Sie haben so eine komische Sprache,“ wurde dem Wissenschaftler, Hochschul-Professor und Schriftsteller gesagt. Gegenfrage: Gab es bei Ihnen in der Schule keine Literatur zu lesen. - Zu empfehlen - eigens zum Fall: Franz Kafka und Heinrich von Kleist.

Der Fall hätte schon mehrfach sehr einfach und rechtlich sauber abgeschlossen werden können - ja. müssen, denn es lag kein Grund für eine Verfolgung des Unschuldigen vor.

Es ist außergesetzlich zu verlangen: Kopf senken! Sich nicht verteidigen! Nicht im Rathaus zu singen „Nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen, rufet die Arme der Götter hervor.“

Um mich für den aufrechten Gang zu strafen, weil man mir jedoch juristisch nichts vorwerfen konnte, sollte ich anlaßlos die MPU („Idioten-Test“) über mich ergehen lassen. Ich weigerte mich - mit mehrfacher Begründung:

Ich hatte die untadeligste Fahrpraxis in 65 Jahren: 1. Kein Unfall, kein Punkt in Flensburg, stets vorsichtig und in den Regeln, Nachweis eines Fahrlehrers. 2. Kein wirklicher Anlass. 3. Die MPU ist unter Fachleuten hoch umstritten. 4. Sie hat mit dem Straßen-Verkehr nichts zu tun. 5. Sie ist intransparent, unkontrollierbar, kann leicht manipuliert werden, wird

es wohl - sonst würden nicht fast alle durchfallen. 5. Sie ist vorurteilsbesetzt altersdiskriminierend. 6. Sie wird auch häufig als Umweg-Bestrafung mißbraucht - so auch in meinem Fall. Natürlich illegal.

Das angerufene Verwaltungsgericht hat sich meiner Klage auf Untersuchung des Verfahrens verweigert: es untersuchte nicht, las wohl meine Akte nicht, nahm keine Stellung, sagte nur: Führerschein nur mit MPU. Mit Gerechtigkeit hat dies nichts mehr zu tun - ein Skandal. Er wird als Alibi für Unrecht genutzt.

Ich entschied mich, die Verweigerung der MPU durchzuhalten. Denn ich bin „für den aufrechten Gang als Bürgeraktivist mit 150 Bürgerinitiativen“ bekannt, geliebt und geachtet. Als Schriftsteller verkörpere ich den aufrechten Gang. Angesichts der Vielzahl der Unkorrektheiten von Polizei und Amt, die ich gut dokumentiert habe, gibt es keinen Grund und Sinn, mich auch noch dieser unrechtlichen Prozedur zu unterziehen. Dies war Rechts-Verweigerung und gab indirekt einer widerrechtlichen Praxis nach. Das ist viel zu höflich ausgedrückt, man müßte es genauer formulieren.

Das Amt muß auch ohne das „Schlechtachten MPU“ die Tatsachen bewerten. Es lag nichts gegen mich vor - es wurde einzig als Entzugs-Begründung angeführt, daß ich als völlig Unschuldiger nicht in die unrechtmäßig aufgestellter der Falle MPU gegangen bin. Hat das Amt mal die Worte „Unschulds-Vermutungs§ und Freispruch gehört?

Den Mangel an Willfähigkeit gegen den Missbrauch staatlicher Gewalt war der einzige scheinbare Grund, mit dem mir nach einem unfairen Verfahrens schließlich der Führerschein entzogen wurde.

Als ich sah, daß ich gegen diesen rein vorurteilsbesetzten Umgang mit einem verdienten unschuldigen Bürger, den man nicht schützen, sondern bestrafen will, kein Kraut gewachsen ist, schrieb ich, daß es genüge, mich aus dem Register zu streichen. Ich habe seither keinen Meter mehr ein Auto gefahren. Aber der Führerschein ist auch ein persönliches Lebens-Dokument - für einen Teil meiner Biographie. Daher habe ich ihn mit einem rituellen Akt, einem künstlerischen Happening, dem Rhein, dem Strom in der Mitte Europas, übergeben.

Dies tat ich - um wenigstens ein solches Ritual als kleinen heroischen Trost zu haben - nach einem langen amtlichen Versuch der Verletzung meiner Würde und weitgehender Lebens-Einschränkungen. Dazu gehört auch ein teilweises Berufsverbot, weil ich als bekannter Reisebuch-Autor ohne Auto kein Reisebuch mehr schreiben kann.

Ich erkläre hiermit an Eides statt, daß ich den Führerschein im großen Strom übergeben habe, über den ich als Schriftsteller viele geschrieben habe. Ich liebe ihn. Er und nicht irgendein banales Büromöbel in einem Amt, das ich nicht lieben kann, sollte dieses Dokument erhalten. Niemand kann wissen, was der große Strom in der Mitte Europas damit angefangen hat.

Ich habe schon am Anfang der Affaire, vor 3 Jahren, gesagt: Sie ist unglaublich sinnlos, wenn man erkennen kann, das ein Fake ein Fake ist, wäre sie schon in der ersten Stunde beendet worden. Man konnte sie leicht im Verlauf an vielen Stellen beenden, denn sie war absurd, sinnlos, überflüssig, gesetzwidrig und vieles mehr.

Ich sagte der Polizei und dem Amt: Seid vorsichtig, ich bin eine Schriftsteller: damit der Unsinn wenigstens etwas Sinn erzeugt, schreibe ich dazu ein Kapitel in meiner umfangreichen Biographie „wie die Gewalt des Staates mit einem verdienstvollen Bürger“ umgeht - wie sie funktioniert, wie ein großartiges Grundgesetz auf Menschen wartet, die es zu verstehen lernen, „die Würde des Menschen“ - das ist sein erster Satz - zu achten lernen.

Das habe ich bis hierhin getan - nachlesbar bis Sidney und Feuerland im Internet unter: roland-guenter-werke.de und unter werkbund-initiativ. Suchwort Altersdiskriminierung. Auch als Start zur 151. Bürgerinitiative mit dem Namen „Gegen Altersdiskriminierung,“ die unter Mißbrauch der Staatsgewalt mittels MPU, die ein unzulässiges Monopol hat) zwei Generation angetan wird - wie? das kann man im Internet nachlesen.

Den Führerschein habe ich in der Mitte der Rhein-Brücke, die von Ruhrort nach Homberg führt, dem Strom übergeben. Er segelte zunächst ein wenig, grüßte zur Brücke hoch, dann schwamm er abwärts, ich folgte ihm mit dem Blick und als er verschwand weckte er damit eine Kette von Phantasien - Stoff für Literatur. Vielleicht für den ersten Roman, in dem der Führerschein der Protagonist ist. Kommt er in den Niederlanden an Land? Vielleicht vielleicht vielleicht.

Die Strafe für ein Nichts, für ein Fake, hat mich rund 3 000 Euro gekostet. Sie wird mich noch viel mehr kosten, denn kein Auto mehr selbst fahren zu dürfen, kann teuer werden - ist schon ziemlich teuer. Und in der Zeit der Viren auch noch sehr gefährlich.

Nun hat die die Gewalt, die sich das Amt von der Staatsgewalt ausgeliehen hat und die sie nun auf eigene Weise gebraucht, vielleicht vor, mich finanziell zu bestrafen. Möglicherweise weil ich nicht auf das unrechtmäßige Monopol des TÜV mit ihrem Geschäftsmodell MPU eingegangen bin, das am Tag 830 Euro kostet (und bei weiteren Versuchen mal mehr). Das Amt wird mich nicht ruinieren. Aber die Peinlichkeit, einem verdienstvollen Stadt-Bürger ein „Zwangsgeld“ von 250 Euro (nicht einmal wie vorgeschrieben mit Vorwarnung aufzugeben) und bei Widersetzlichkeit noch mehr - dann zusätzlich 500 und dann noch Androhung von Haft !!! - diese Peinlichkeit fällt auf das Amt zurück - auch sie wird literarisch verarbeitet. Vielleicht auch als Comedy.

Übrigens: Es gab mal „den Palmer,“ der legendär wurde als „Rebell vom Remstal.“ Er öffnete vielen Menschen die Augen über viel amtlichen Unsinn. Sein Sohn ist heute der gescheiteste Oberbürgermeister in der Republik: in Tübingen. Aller Unsinn kann - wenn er in bestimmte Hände fällt - nicht nur Widerstand erzeugen, sondern eine produktive Phantasie, die zu vielerlei guten Taten führt.

Wenn die Menschen, die mich Alten zutiefst zu beleidigen und zu diskriminieren versuchten, darüber nachdenken, kann manches Gutes entstehen. Zum Beispiel an der Stelle des Monopols der MPU das ADAC-Modell der Fahrertüchtigung treten - endlich offiziell akzeptiert.

Auch wenn jetzt die Zähne der Leute knirschen, die mir die Folterwerkzeuge ihrer Macht gezeigt haben, bin ich weiterhin Optimist. Alle sozialkulturellen Fortschritte sind seit jeher mit Schmerzen erkaufte worden und zeitversetzt mit Energie und Phantasie realisiert. Auch dazu regt uns jetzt das Virus an: zum Nachdenken und verdenken - schlicht zum Philosophieren.

Information im Internet zum Fall:

roland-guenter-werke.de

werkbund-initiativ.de

Jeweils unter dem Suchwort Altersdiskriminierung.

Die verbreitete Altersdiskriminierung ist wie Rassismus - ein Vergehen gegen zwei Generationen alter Menschen, denen man versucht, die Führerscheine abzujagen. Dabei spielen die windige MPU und viel Weiteres miserable Rollen.

Prof. Dr. Roland Günter. Brief. 30. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Daniel Schranz,

Erstmal herzlichen Dank für die guten Worte, die Sie zu meiner Jahrzehnte langen Tätigkeit für diese Stadt gefunden haben. Dies haben bislang nur zwei Personen aus oberen Etagen so ähnlich gesagt: Christoph Zöpel und Karl Ganser. Sie sind der dritte, aber in Oberhausen der erste.

Ich denke, Sie haben inzwischen die Zeit gefunden, in einer guten Stunde sich mit meiner literarischen Darstellung des „Abschusses“ eines solchen Bürgers zu befassen. Da können Sie sehen, was unten an der Basis von den heeren Zielen oberer Etagen ankommt.

Sie, Herr Oberbürgermeister, sind in Ihrer Funktion als „Meister“ dieses immensen Verwaltungs-Apparates wahrlich auch zu bedauern. Sie müssen mit vielerlei rechnen, was Ihren Intentionen nicht immer entspricht. Wir haben zwar eine Welt voller simpler Befehlsempfänger, aber viele machen oft daraus, was sie in Einfalt oder Boshaftigkeit selber wollen.

Als analysefähiger Historiker weiß ich zu unterscheiden. Dies verstehe ich einigermaßen und habe sogar manchmal Mitleid mit einer so komplexen Tätigkeit wie der Ihren. Da verselbständigt sich manches – kaum kontrollierbar.

Oberhausen ist eine Stadt, die noch halbwegs überschaubar ist und durchaus eine Menge Glanz hat - und noch mehr haben könnte. Wenn wenn wenn . . .

Zum zweiten Teil Ihres Briefes:

Erstmal gab es ein Fehlverhalten der Polizei. Offensichtlich erfolgte keine wirkliche Recherche. Das Fake wäre leicht zu Tage gekommen. Als es entdeckt wurde, hat die Polizei mehrfach so getan, als sei es eine Tatsache. In Gutdeutsch: sie hat es weiter behauptet, weil sie den „Abschuß“ haben wollte.

Das städtische Amt schloß sich dem an. Distanzlos - das macht man nicht in solcher Funktion, man muß erwarten, daß es selbst genau hinschaut. Auch hier: Fehlleistung.

Leider war drittens das Rechtsamt als Ihr Rechtsberater überhaupt nicht gut, es machte sich die Sache sehr bequem. Auch hier fehlte die Distanz – dadurch stolperte es ins nächste Fehlverhalten.

So entstand eine Kette, die der Volksmund durchaus treffend mit dem Satz beschreibt: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Dann hat die erste Krähe bis zur letzten „Recht“ – in Anführungszeichen. Oder weniger literarisch: Man deckt sich gegenseitig – und so pflanzt

sich das Unrecht durch die Instanzen fort.

Es ging noch weiter.

Weder Ihr Rechtsamt noch die Verwaltungs-Richterin wollten mein Protokoll der Ereignis-Kette lesen und irgendwie Ernst nehmen. Dies zeigt, was man vom Bürger hält: nichts. Mit *pfllichtgemäßem* Akten-Studium hat es nichts zu tun.

Man wollte sich wohl keine Arbeit machen – daher reduzierte man dann die Sache so, daß sie simpel händelbar erscheint. Und so kamen zu den drei ersten Fehlverhalten noch zwei weitere.

Aus dem Statement der Richterin muß man lesen: Mir ist nichts vorzuwerfen - ich bin total unschuldig. Es ist dann aber völlig unlogisch und abwegig, den Schluß zu ziehen, daß ich mich einer erneuten Prüfung zu unterziehen habe. Wenn man darüber redet (absurd!) dann aber nicht zur MPU-Prüfung. Dazu siehe weiter unten.

Die verfehlende These des Verfahrens verfestigte sich stufenweise. Es muß redlich denkende Menschen schütteln, wenn sie sich dies klar machen. Und: Wenn man die Folgen bedenkt, die daraus entstehen. In diesem Fall lebenslänglich für ein Ehepaar von 84 und 83 Jahren und einen Menschen, der – auch nach Ihrem Zeugnis – sehr sehr viel für das Gemeinwohl tätig war und heute noch tätig ist.

Das hat er nicht verdient. Ihm ist schlicht erhebliches obrigkeitliches Unrecht widerfahren. Er spürt, zu welcher Staatsgewalt die Gewalt des Staates fähig ist. Einfach weil sie Macht hat und keine Bedenken, sie gegen Gesetze und Logik zu benutzen.

Gegen diese staatliche Übergriffigkeit, in der Staatsdiener weder die Idee des demokratischen Staates noch sich selbst verstanden, haben Demokraten seit Schiller und Beethoven gearbeitet - viele Erfolge erzielt, aber auch viele anachronistische Rückschläge wie den vorliegenden erhalten.

Nach dem ersten Oberthema „Unkorrektheit“ von Behörden gibt es das zweite: „Altersdiskriminierung.“ Das läuft ähnlich und gravierend wie Rassen-Diskriminierung. Ich werde dieses Thema genauer untersuchen und mich dem Kampf um die Humanisierung im Alter intensiv widmen. In Oberhausen gab es dafür einmal die Oberbürgermeisterin Luise Albertz. Sie schickte den Baudezernenten Gehrke, nachdem er sagte „Ich plane nicht für alte Leute,“ kurzerhand in Pension. Was für eine Haltung!

Ein drittes Thema soll geprüft werden: Ich erfuhr gerade in der ARD, daß man in abgehörten Chats der Polizei in Essen und Duisburg über 100 (!!!) Polizisten mit heftigen rechtsextremen Sprüchen ertappt hat. Die unkorrekte Weise der Verfolgung meines Falles weckt den Verdacht mit der Frage, ob es sich hier darum handelte, einen Bürgerrechtler zu „verhauen.“ Bitte dementieren Sie dies nicht einfach! Ich habe den Innenminister NW, Herbert Reul, gebeten, diesem Verdacht auch in Oberhausen untersuchen zu lassen. Es kann durchaus sein, daß „man“ mich auch mit rechtsextremem Motiv verfolgt hSo einem ein drüber zu hauen,

was für ein Spaß am Biertisch.“

Ihrem Brief, sehr geehrter Herat.

Ihrem Brief, Herr Oberbürgermeister, entnehme ich, daß sie durchaus Mitgefühl haben.

Was der Rechtsrat vor dem Verwaltungsgericht gemacht und wie er Ihnen bei Ihrem Brief geraten hat, ist juristisch leider ziemlich unkundig und unsinnig. Man hätte Ihnen – und natürlich mir – mit besserer Kenntnis viel Ärger ersparen können.

Der städtische Jurist hätte die Akten lesen müssen, auch meine Schriftsätze, statt mit einer verkürzenden Parteilichkeit vor dem Verwaltungsgericht vorzutragen, in einer obrigkeitlichen Parteilichkeit, die ins 19. Jahrhundert gehört.

Er hätte auch den Kontext bemerken können. Aber es gab weder Aufmerksamkeit noch Umsicht. Sonst wäre er nicht aus Bequemlichkeit in die Falle einer Juristin im Verwaltungsgericht getappt, die sich keine Arbeit machen wollte, keine Akten lesen wollte und damit an der Klage total vorbei gesegelt ist.

Die Dame wusste nicht worum es ging, wollte es auch nicht wissen. Geklagt war auf Prüfung des gesamten Verfahrens – Polizei und Amt. Dies zu untersuchen war der Frau Richterinnen zu kompliziert, zu viel Arbeit. Daher machte sie, ohne irgendeine Antwort auf die Klage zu geben einen scheinbaren Vergleich, der in wenigen Minuten diktiert werden konnte - statt einen halben Tag am Urteil zu feilen. Dies lag total neben der Klage.

Ein klassischer Fall von Rechts-Verweigerung.

Die Zumutung des Vergleichs war verbunden mit der üblichen Erpressung: Erstens war ich selbst nicht einmal zur Verhandlung geladen. Zweitens: Wenn Sie nicht zustimmen, verlieren Sie alles. Wie bitte? Dies läßt sich doch, wenn überhaupt, erst am Ende eines wirklichen Verfahrens sagen. Da schüttelt es einen, der den Rechtsstaat einfordert und ihn in solcher Karikatur vorgeführt bekommt. So macht man den heeren Rechtsstaat, den wir brauchen, zu einer Illusion.

Ich resumiere: Das Führerschein-Amt konnte mir kein einziges und noch so simples Fehlverhalten nachweisen. Nichts nichts nichts. Kein einziger Anlaß von mir. Ich bin also total unschuldig.

Polizei und Amt haben mehrfach versucht, mir irgendetwas anzuhängen, um einen Anlaß zur „Bestrafung“ zu haben. Man hat es mit einer Anzahl von Unkorrektheiten versucht, ich habe sie protokolliert - keine einzige gibt auch nur die Spur eines Beweises her.

In einem Rechtsstaat erwartet ein korrekter Bürger, daß die Polizei ihn schützt. Es gab ein Fake, eine falsche Anschuldigung mit einem Nachbarschafts-Bubenstreich: ein gelogener

Zusammenstoß beim Einparken in meiner Straße. Dies ist nicht geschehen, es wurde in der Werkstatt und vom Auto-Besitzer widerlegt.

Ich bat die Polizei, auch der Unschulds-Vermutung nachzugehen. Sie hat es nicht getan, nicht ermittelt, sondern hat mehrfach die Lüge vom Touchieren wider besseres Wissen wiederholt. Ist dies „freundlich und hilfreich,“ wie die Polizei sich gern darstellt?

Wie ausgebildet sind denn solche Polizisten?

Da ging es dann auch im nächsten Schritt ebenso nicht mit rechten Dingen zu. Was legitimierte Polizei und Amt, den Fall, den das Amt mangels Greifbarem einstellen wollte, auf Intervention der Polizei weiter zu führen? Ist diese Intervention überhaupt zulässig?

Es hat doch das Amt zu entscheiden und nicht die Polizei. Wie unsouverän vom städtischen Amt! Warum gibt es keine Distanz zwischen Amt und Polizei?

Worum ging es denn, wenn dieser Bürger völlig schuldlos ist?

Wenn ich Ihnen oder dem Rechtsrat oder der Richterin in derselben Weise einfach etwas zudiktieren würde – hier einen Idioten-Test (MPU), - würden Sie doch nicht darauf eingehen! Sie würden mich für einen übergriffigen Verleumder halten.

Fangen wir nun an, Wahrheit oder Ziele mit mittelalterlichen Gottes-Urteilen ermitteln und verfolgen zu wollen. Die MPU ist so etwas Ähnliches. Sie kann jeden - und macht es auch - nach Belieben reinlegen. Rechtsstaatlichkeit ist etwas anderes. xx

Ich habe das Rückgrat, mich nicht darauf einzulassen: erst soll das illegale Monopol des TÜV aufgehoben werden, dann das Verfahren rechtstaatlich kontrollierbar sein. Und drittens auch die Würde des Menschen, insbesondere von Älteren respektieren.

Unschuldig – trotzdem wurde ein folgenreicher grausamer Obrigkeits-Irrtum und schließlich ein Justiz-Irrtum zudiktiert. Warum? Dafür gibt es drei Vermutungen.

Was für Vorurteile hatten diese Leute in Polizei, Führerschein-Amt, Rechts-Amt? Gericht? Neid? Missgunst? Machtanspruch gegen jemanden, der nicht so ist wie sie? „Dem zeigen wir es mal“? Einen Promi zur Strecke bringen? Der wollte mit uns diskutieren – das darf man nicht bei der Polizei?

Mit zwei Polizisten-Frauen vom Präsidium konnte ich sehr angenehm sachlich über das Geschehen sprechen. Warum nicht mit Männern? Warum haben die Berichte der beiden Frauen bei den Männern nichts gegolten? Damit wäre die Sache erledigt gewesen. Aber nein – sie lief noch zwei Jahre weiter.

Das Führerschein-Amt konnte und musste die Sache doch übersehen! Warum ist es eingeknickt? Die Polizei musste überhaupt nicht zustimmen.

Gab es ein Motiv für einen Rache-Akt? Der Bürgerrechtler hat Initiativen auch gegen mancherlei schmutzige Vandalen zur Stadt-Zerstörung und Denkmal-Beseitigung beraten. Was spielte sich hinter den Kulissen ab?

Steckte vielleicht ein rechtsradikales Motiv bei Polizisten dahinter, einen Bürgeraktivisten „zusammen zu hauen“? Es gibt in den Medien viel Diskussion dazu. Fast täglich steht in meiner Tageszeitung, der „Frankfurter Rundschau,“ ein Artikel zu Polizei-Problemen.

Ich habe die bestmögliche Fahr-Biographie, die man sich denken kann. Lebenslang, in 67 Jahren machte ich keinen einzigen Unfall. Nie gab es einen Punkt in Flensburg. Ein Fahrlehrer, den mein Anwalt gebeten hatte, gab nach einer Stunde Fahren das günstigste Urteil. Wie kommt das städtisches Amt auf die Idee, dies weg zu wischen? Da darf man an Vorurteil denken und Fragen haben. Tatsache: Ich bin absolut fahr-fähig, auch charakterlich.

Da nichts vorlag, hätte man unter mehreren Gesichtspunkten, das Verfahren einstellen müssen.

Es steckte bereits einiges an Behörden-Willkür darin, aber nun wurde es ganz mies, wie in einem venezianischen Theater-Stück, das seine Dramaturgie aus der Intrige entwickelt. Jetzt schlägt Behörden-Willkür voll zu. Sie kann kein einziges Argument vortragen. Sie gibt zu Papier den aus purer Autorität geborenen Satz: der Mann muß neu geprüft werden. Das wäre so als wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, noch mal das Abitur wiederholen müßten.

Der Mann hat doch lebenslang seine Fahrfähigkeit bestens gezeigt. Noch im Sommer 2019 fuhr er mit dem Auto in die Toskana - rund 4 000 Kilometer - ohne Probleme. Und mit Fahrlehrer und Anwalt eine Stunde. Dies konnte man protokollieren – fertig.

Nein, man dachte sich einen Umweg als Strafe aus: ab zur MPU! Dazu pfeifen die Spatzen von den Dächern, was auch das Amt weiß: da fällt jeder durch, das ist unkontrollierbar, Es hat übrigens nichts mit dem realen Straßen-Verkehr zu tun. Da werden alle, auch die Älteren reingelegt. Mit einem Verfahren, das Entwürdigung und Diskriminierung ist. Dabei wird der erste Obersatz des Grundgesetzes zur Würde des Menschen mit Füßen getreten.

Wie einst in schlechten Schulen des 19. Jahrhunderts die Schüler nicht entwickelt, sondern heraus geprüft wurden. In meinem Gymnasium haben in den 1950er Jahren von 64 in der Sexta nur vier das Abitur bestanden. Ich war bei den vieren – aber mit Pädagogik hatte dieses teure staatliche Unternehmen nichts zu tun.

Diese MPU ist ein windiges Geschäftsmodell des TÜV. Ein Durchfall-Tag kostet jeden einzelnen 830 Euro. Ebenso der zweite, dritte, vierte Versuch. Die MPU ist in Fachkreisen hoch umstritten. Ich habe dies in meinem Stück Literatur genau dargestellt.

Nach Recht und Gesetz darf es kein Monopol für die MPU des TÜV geben.

Was in meinem Verfahren geschah und weiterhin geschieht – es ist keineswegs Schluß. Ich werde es als Beispiel für Altersdiskriminierung. Reinlegen. Aussieben, Alte von der Straße

jagen, weil sie vorsichtig fahren und weil sie die neurotische weithin verbreitete Raserei auf unseren Straßen aus guten Gründen nicht mitmachen. Die Instrumentalisierung der MPU ist sinnwidrige Behörden-Willkür.

Das Verfahren entwürdigt Menschen mit ausgezeichneten Biographien. Es ist unverhältnismäßig. Es raubt viele konkrete Lebens-Qualitäten. Und es schafft Belastungen. Es kostet vielerlei Institutionen erhebliche soziale Ressourcen.

Der ADAC hat ein produktives Gegenmodell entwickelt : Kurse zur Fahr-Ertüchtigung.

Aber aufgrund intensiver Lobby konnte der TÜV sein Monopol bislang verteidigen.

Werter Herr Oberbürgermeister, ich denke, Ihnen ist das Folgende nicht neu.

Ein Gutachten ist ein Gutachten. **Das Gutachten macht und ersetzt kein Urteil. Es ist nicht zwingend – es ist eben ein Gutachten.**

Eine miese Praxis tut so, als ob es verpflichtend sei. Es hat aber rechtsstaatlich !!! das Führerschein-Amt, also die städtische Autorität, das letzte Wort – die Entscheidung. Diese hat sie sich ja auch genommen – so ist die Faktenlage. Das sogenannte Gutachten kann keine eigene Beurteilung des Amtes ersetzen. Hier ist aber – illegal – die MPU vorgeschoben worden. Rechtsstaatlich ist: Unschuldige darf man weder direkt noch auf einem Umweg (MPU) bestrafen. Die MPU ist ohne Zweifel eine Bestrafung – bei Unschuld illegal.

Da es sich um eine klare Fehlentscheidung handelt, „unschuldig ist unschuldig!“ können Sie Herr Oberbürgermeister diese Entscheidung sehr wohl korrigieren – also aufheben. Oder Ihr Amt kann es tun: Ganz einfach: durch den **Verzicht** auf die MPU.

Daran hindert sie rechtsstaatlich auch nicht der sogenannte Vergleich des Verwaltungs-Gerichtes. Denn erstens hat es überhaupt nicht entsprechend der Klage gehandelt, sondern ist ihr ausgewichen, hat zum Verfahren überhaupt nichts gesagt – musste dies aber explizit tun - im Rechtsstaat gibt es einen Anspruch des Bürgers an diese Instanz. Es hat Rechtsverweigerung betrieben. Wenn es sich überhaupt um ein Gericht handelte - dazu genügt nicht die Präsenz, sondern dazu hat das Rechtswesen Verfahren entwickelt. Miese Praktiken ersetzen sie nicht. Das Gericht hat weder bestätigt noch angezweifelt, sondern es hat eine weitere Weise des Irrtums für sich erfunden. Es hat nichts gesagt. Also kann man keine Schlüsse daraus ziehen.

In diesem kurz-zeiligen Schriftstück steht kein einziges Argument gegen mich. Die MPU-Prüfung ist also schlicht unbegründet und eine justiz-willkürliche Übergriffigkeit.

Das Ansinnen MPU ist also schlicht unbegründet. Und es hat zweitens - durchaus illegal – den Weg zu einer sehr weit gehenden Bestrafung geöffnet, die einem Unschuldigen nicht verhängt werden durfte.

Ein Fall für Heinrich von Kleist. Eine Praxis, die Franz Kafka beschrieben hat.

Nach Ihren sehr schönen Zeilen gibt es Grund genug, daß die Stadt den Makel eines so behördenwillkürlichen Umgangs mit einem verdienten Bürger nicht in ihren Annalen verewigt. Und daß ein Oberbürgermeister auch ein rechtstaatliches Glanzstück macht. Keine Sorge – wir haben viel Zeit, es kommt mir nicht auf einen raschen Spruch an. Studieren Sie die Sache in aller Ruhe und Zeit – Sie werden sehen, daß sie wichtige Ein- und Aussichten anregt. Im Fußball fallen die Tore meist nach Fehlern des anderen. In der Gesellschaft sind meist Konflikte die Anregung zu Fortschritten - zum Beispiel sich des immensen Themas der Alters-Diskriminierung anzunehmen, damit können sich Vorreiter glänzend profilieren.

Übrigens hat Ihre berühmte Vorgängerin Luise Alberz einen immensen Beitrag zu einem Vorgänger-Problem geleistet.

Ich möchte mein Recht mit dem aufrechten Gang haben – und Sie können sich rühmen, einen völlig *versteuerten* Fall wieder auf einen guten Weg mit gutem Ende gebracht zu haben. Suchen Sie also, so bitte ich Sie, nach Möglichkeiten, soviel Fehlentscheidungen zu korrigieren.

Aber ich will mich nicht verbiegen – das habe ich niemals getan, das ist mir nicht einmal der Führerschein wert: Ich habe die Fahrprüfung gemacht, sie gilt lebenslänglich, die Kriterien der Fahrtauglichkeit sind festgestellt. Lassen Sie nicht mich, den Bürger, den Sie zu Recht so sehr loben, den „Mist“ von Ämtern wegschaufeln – und schon überhaupt nicht um den Preis des Verbiegens!

Denken wir darüber hinaus: Wollen wir, daß eine „Bürgerbewegung gegen Altersdiskriminierung“ (auch dies liegt hier vor) sich mit diesem Fall und dem Stichwort Oberhausen ein Jahrzehnt lang beschäftigt? In Hochschulen? Und in weiteren Diskussionen über Polizei?

Wer kontrolliert uns? fragt Norbert Blüm in seinem Buch „Einspruch! Wieder die Willkür an deutschen Gerichten. (Westend-Verlag) Frankfurt 2016. „Unter dem Deckmantel der Unabhängigkeit der Rechtsprechung verbirgt sich allzu oft eine Arroganz ganz eigener Art. Manche Richter und Anwälte glauben, sie seien niemandem Rechenschaft schuldig. Die Mittel der Politik reichen offenbar nicht, dies zu ändern. Auf der Strecke bleiben deswegen vor allem die „kleinen Leute“, die nicht den Funken einer Chance besitzen, ihr Recht zu bekommen. Norbert Blüm über die „Verlotterung der dritten Gewalt in unserem Land.“

Es wird nur besser, wenn es Personen mit aufrechtem Gang gibt. Er gehört zum §1 Grundgesetz.

Mit freundlichen Grüßen Ihr Roland Günter

Brief an den Minister Herbert Reul. Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen Düsseldorf.

Sehr geehrter Herr Minister Reul,

ich bitte Sie, den beigelegten Fall prüfen zu lassen. Denn mit rechten Dingen kann er, wenn man rechtsstaatlich denkt, kaum in Ordnung sein.

Darf man in der dargestellten Weise mit einem Bürger umgehen, der sehr viel für die Region Ruhr getan hat? - siehe beigelegte Festschrift und den Brief des Oberbürgermeisters.

Bitte, lassen Sie der Frage nachgehen, ob es sich hier um eine Strafaktion für meine Tätigkeit in Bürgerinitiativen handelt.

Diese waren stets völlig gewaltfrei. Es ging immer um das Bewahren von umfangreichem Kulturgut. Viele Initiativen hatten immense Erfolge – nachlesbar in der Festschrift.

Ich bitte um Prüfung, ob in diesem Fall rechtsradikale Antriebe bei der Polizei stecken, um „einen Prominenten abzuschießen.“ Dies ist „gelingen“ – ich habe nicht das Mindeste getan, bin trotzdem „bestraft!“- das Ganze kostete bei totaler Unschuld den Führerschein, viele Schlafstörungen und rund 3000 Euro Kosten obendrauf. Zudem: viele Lebens-Einschränkungen.

Der Fall ist juristisch hochinteressant. Er darf gern als Material in Polizei-Schulen dienen.

Ich habe die sauberste Fahr-Biographie, die möglich ist. Keinerlei Unfall. Nie ein Punkt in Flensburg. Immer innerhalb der Regeln gefahren – weil dies vernünftig ist und auch entspannt. Kein Alkohol. Keine Drogen. Keine Rüpelei.

Ein widerlegtes Fake war der Ausgangspunkt für ein fast dreijähriges Verfahren – für eine Art Verfolgung: angebliches Touchieren beim Einparken. Nachbarschafts-Streich: Anruf der Polizei und Falschbehauptung. Das Fake war widerlegt von der Werkstatt und vom Eigentümer und von der Polizei nicht beweisbar. Ich bat die Polizei freundlich, auch der Unschuldsvermutung nachzugehen. Allein diese Bitte wurde mir übel genommen. Sie ging ihr nicht nach, sie recherchierte entweder überhaupt nicht oder schlampig.

Daher stelle ich Fragen an die Polizei-Ausbildung. Mein umfangreicher dokumentarischer

Text zeigt Groteskes im Polizei-Verhalten.

Hinzu kommen Fragen an die städtische Führerschein-Behörde. Und an die städtische Rechtsaufsicht.

Fragen an das monopolisierte Geschäfts-Modell des TÜV: MPU („IdiotenTest“). Ein solches Monopol dürfte wettbewerbsrechtlich unzulässig sein.

Frage: Darf der TÜV dafür pro Tag 830 Euro dem Bürger abnehmen?

Frage: Darf ein fachlich hoch umstrittenes „Gutachten“ wie die MPU ein Urteil ersetzen?

Frage: Darf ein Verwaltungsgericht die Frage, zu der geklagt wird, einfach auslassen, dazu offensichtlich keine Akten lesen, einem Urteil ausweichen - mit Erpressung „sonst verlieren Sie alles!“ - durch einen rasch diktierten Vergleich, der Revision nicht mehr zulässt?

Ist damit eine Kommune wirklich festgelegt?

Ist dies sittenwidrig?

Frage: Kann eine Kommune das Fehlverhalten im dargestellten Fall korrigieren?

Frage: Muß sie wie im dargestellten Fall überhaupt eine MPU haben oder kann sie darauf mit eigenem Urteil verzichten? Kann sie den Fall auch mit eigenen Gründen behandeln?

Frage: Gibt es eine öffentliche Kontrolle für den MPU-Gutachter?

Frage: Unanfechtbare Ordnungs-Verfügung – gibt es das? Es müssen doch Korrekturen von etlichen Irrtümern möglich sein.

Ich wäre dankbar für Hinweise.

Noch mal: Wenn jemand völlig unschuldig ist und man nicht das Geringste gegen ihn vorbringen kann, darf man ihn einem Gutachterverfahren unterwerfen, das undurchschaubar, unkontrollierbar, unumkehrbar, unverhältnismäßig, diskriminierend, manipulierbar ist? Das in der Fachwelt einen miserablen Ruf hat. Das zu einer Durchfall-Quote von nahezu 100 Prozent führt. Da würden in jeder Schule alle Alarm-Glocke läuten.

Der ADAC hat eine völlig anderes Modell, das man als aufbauend, nichtdiskriminierend, Potenzen ausschöpfend, pädagogisch fördernd und sichernd bezeichnen kann: Fahr-Ertüchtigung von älteren Menschen, entwickelt von Frank Höber („Fahren im Alter“, ADAC Köln).

Sehr geehrter Herr Minister, weit wichtiger als mein skandalöser Fall (mit dem ich mit hohem Aufwand mühsam zurecht komme) – ist die gesellschaftliche Dimension mit ihrem Konfliktpotenzial: Altersdiskriminierung – darauf möchte ich aufmerksam machen. Die Zahl

der über 60jährigen nimmt anteilig immer mehr zu.

Diese Älteren haben Fähigkeiten – Kultur – sind wichtig für das städtische Leben – transportieren Erfahrungen – verbinden die Generationen. Sie haben den Wunsch, daß der Staat sie schützt und „Staatsdiener“ sie nicht einschüchtern. Sie haben Anspruch auf Lebensqualitäten.

Am Beispiel meines Falles und an vielen anderen kann man ablesen, wie wenig korrekt und umgänglich es nicht nur im Einzelfall, sondern auch weithin zugeht. Und was den jüngeren Generationen im Alter bevorstehen kann. Der erste Satz des Grundgesetzes ist wunderschön – aber er wird durch vieles zur Illusion gemacht.

Dazu könnte ich sehr viel berichten und sagen.

Ich stehe für jede Weise des Gespräches zur Verfügung – mit jedem, der interessiert ist.

Umfangreiche Auskunft über mich erhalten Sie im Internet unter roland-guenter-werke.de. Und in der beigelegten Festschrift zum 80. Geburtstag.

Ich bin ein völlig unbescholtener Bürger. Ich war lebenslang als Demokrat tätig, bin überzeugter Europäer, habe fünf Kulturen, spreche mehr oder weniger ihre Sprachen. Ich war Hochschullehrer und bin bis heute als Schriftsteller tätig, zur Zeit an einem Buch mit dem Titel „Bauhaus als Kultur.“

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie einen Fachmann aus Ihrem Ministerium an diese Fragen setzen würden. Ich bin auch ohne Weiteres bereit zu diskutieren.

Es mag vieles ungewöhnlich sein, aber es kommt aus der Erfahrung des Lebens und ist der Mühe wert, darüber nach- und vorzudenken, weil es sich um breite Themen für viele Menschen handelt..

Ein gut aufgestelltes Land handelt nicht nur, wenn es knallt, sondern sorgt für anständige Lebens-Verhältnisse.

Mit freundliche Grüßen Ihr Roland Günter

Anlagen: Meine Dokumentation. Brief des Oberbürgermeisters. Festschrift.

Am Donnerstag den 04.02.2021 steht vor der Wohnungstür in der Werrastrasse 1 eine Dame, weist sich aus als Ordnungsamt, übergibt einen Brief mit der knappen Mitteilung: Eingelegt 250 Euro. Ich hatte dieses Geld in Scheinen in den Brief mit der Eidesstattlichen Versicherung gelegt. Es war das „Zwangsgeld“. Ich merkte an: Unter Vorbehalt – Möglicherweise ist es nicht rechtens. Das Amt schreibt zur Rückgabe nur den Satz: Damit ist die Sache erledigt. Für mich ist nichts erledigt.

Auch diese Sache fand statt in dem bekannten Rahmen des Mangels an Korrektheit.

Ich vermute daß es ein Gespräch gegeben hat zwischen Oberbürgermeister und Amtsleiter. Wahrscheinlich hat der Oberbürgermeister dem Städtischen Angestellten gesagt, daß er ihn mit dieser Sache in arge Verlegenheit gebracht habe. Gegen einen so „vorbildlichen Bürger“ könne man in dieser Weise nicht vorgehen.

Aber was ist die Konsequenz daraus? Persönlich? Gegenüber weiteren Fällen? Wird man die Praxis des Abräumens von Führerscheinen alter Leute aufgeben?

Ich werde weiter alles versuchen, die Altersdiskriminierung, vor allem mit der MPU, zu verhindern. Meine Bürgerinitiative Nr. 151 wird fortgesetzt.

Und das Dokument spiegelt aufschlußreich, in welchem Zustand wir unterhalb eines großartigen Grundgesetzes in den Sümpfen praktischen Handelns leben. Altersdiskriminierung ist so etwas ähnlich Schwerwiegendes wie Rassismus. Darüber soll die Gesellschaft anfangen nachzudenken.

Man könnte es auch in englischer Sprache verstehen: Old Life Matters

Der Rhein gibt nach 40 Kilometern die schwimmende Flasche mit dem Führerschein zurück

Sonntag, 21. Februar 2021. Ich höre die Box vom Telefon ab. Eine Stimme: „He, Günter, ich habe Deinen Führerschein gefunden. In einer Flasche. Im Rhein. Da war Deine Karte dabei.“

Es war wohl die Stimme eines jungen Mannes, Migrations-Hintergrund, Ausflug am Rhein.

Seine Telefon-Nummer war mit seinem Telefonat automatisch aufgezeichnet worden - technisch für die Möglichkeit eines Rückrufs.

Ich nutze das. „Erzählen Sie - - - bitte!“ Der junge bMann antwortet. „Wir liefen am Rhein spazieren.“ - „Wo?“ - „In Orsoy.“

Ich sage: Lassen Sie uns am Dienstag telefonieren, ich bin sehr neugierig.“ - „Ich auch.“

Heute Morgen, Dienstag, rufe ich erneut an. Mehli, so heißt der junge Mann sagt: Die Nummer gehörte zum Apparat eines Kumpels. Er gibt mir seine. Nochmal wird die Geschichte erzählt - gestern in kurform, heute umfangreicher. Von zwei Seiten: Meine erste Hälfte. die Kunstaktion auf der Rhein-Brücke in Duisburg. Und seine, der Zufall, der großen Strom, das Fischen aus dem Wasser. Vier junge Leute machten einen Ausflug an den Rhein. Nach Orsoy. Sie trafen sich - offenbar verabredet - mit Kumpels vom Ort oder von irgendwo. Der Rhein führte Hochwasser. Das ist stets ein spannendes Schau-Spiel. „Da schwimmt eine Flasche.“ - „Da schimmert etwas Weißes drin.“ - „Sie kommt nah ans Ufer. Kannst du sie fischen?“ - „Ich probier´s.“ - „Gelungen.“ - „Pah, das ist eine Flaschen-Post!“ - „Ich bin gespannt, was drin ist.“

Die Flasche war gut verschlossen. Wäre Wasser reingelaufen, wäre sie untergegangen. „Wir öffneten vorsichtig. Eine Visitenkarte! Mit Deinem Namen und Deiner Telefonnummer, Roland Günter, 0208-66 98 68. Was ist denn das: ein Führerschein! Und ein Papier - zusammengerollt - wir entfalteten es. Da lasen wir, was Du beschrieben hast - was Dir Geschen ist. Es beschrieb das Warum und Woher. Es hat uns sehr wütend gemacht, wie die da Oben mit einem Menschen wie Dir umgegangen sind.“ - Ich sage: „Danke für Euer Mitgefühl.“

Ich denke: Auf der ganzen langen Strecke von zweieinhalb Jahren hat niemand in den Amts-Etagen ein Mitgefühl gehabt wie es diese einfachen jungen Leute zeigen.

Ich möchte gern Details von ihnen wissen. „Ich heiße Melit.“ Der junge Mann buchstabiert den Namen. Dann nennt er die Namen seiner drei Freunde, die bei der Aktion dabei waren. Ich frage: Wo wohnst Du?“ - „In Marxloh.“ - „Das kenne ich sehr gut. Mit den Menschen dort gehen die Obrigkeiten ähnlich übel um.“ - „Ja, wir werden schlecht behandelt. Man hängt uns einen schlechten Ruf an. Mit Lügen über Lügen über uns.“

„Ich habe ein Buch dazu geschrieben. Zu Bruckhausen, Marxloh, Hamborn - das gehört alles zusammen. Dort ist die große Industrie entstanden und mit ihr alle Vorurteile, Unverständnis, Stempel drauf. Die Leute können sich nicht wehren. Ich habe versucht, Ihnen zu helfen. - „Was hast Du gemacht?“ - „Ich bin ein Schriftsteller. Meine Waffe ist das Wort - mehr habe ich nicht, aber ich glaube, daß es doch sehr viel ist. Ich hab noch etwas: Ich kann gut denken und habe Phantasie.“ - „Das klingt gut.“

Der Titel des Buches, das knapp 500 Seiten hat, heißt „Stadtmassaker und Sozialverbrechen.“ Es handelt davon, wie aus Vorurteilen und Verständnis-Armut Gewalt entsteht: Flächen-Kahlschläge. Vertreibung von Menschen. Erst werden sie diffamiert - zu viele alt, zu jung - etliche arbeitslos, kein Reichtum. Dann wurden viele Familien aus ihren Wohnungen gejagt, schließlich riß man die Häuser, ganze Straßenzüge, ab.“

Ich frage: „Wann können wir uns treffen? Ich möchte Euch gern kennen lernen. Ich lade Euch ein - dann gibst Du mir den mir den Führerschein.“

Ein Augenblick irritiertes Schweigen. „Wir haben ihn nicht mehr. Wir wußten damit nichts anzufangen, da haben die Freunde ihn mitgenommen.“ - Ich bitte: „Versucht doch bitte, ihn zu bekommen!“ - „Vielleicht geht es, wir kennen die Jungas von der anderen Rhein-Seite. Wir versuchen es.“

Ich sage: „Jetzt bin ich am Überlegen, ob ich dem Vorsteher des Amtes, dem Herrn Bleckmann, einen Brief schicke: „Sehr geehrter - nein, Sie zu ehren, fällt mir nach der Kette von Unkorrektheiten und Rechtsbrüchen schwer, das ist unmöglich, es wäre nicht angebracht, die Sache ist keineswegs, wie Sie mir geschrieben haben, erledigt, das wäre zu einfach, Sie haben über dem vorbildlichsten Bürger der Stadt, wie der Oberbürgermeister mir schwarz auf weiß formulierte, üble Lebens-Einschränkungen verhängt, ohne jeden Anlaß, ohne Grund, ein halbes Berufsverbot auferlegt. Das Zwangsgeld haben Sie zurück gegeben, na lustig, Zwang, mit Androhung von Gefängnis, geht noch mehr. Früher wär es mal Hand ab, später Kopf ab. Der Fortschritt besteht nur darin, daß man nicht mehr an den Hals heran kommt. Aber auf

dem Herzen eines vorgestellten Untertanen darf eine Obrigkeit mit mächtigem Gefühl der Macht statt Recht herumtreten.

Sie. Herr Amts-Vorsteher, haben in der Kette der Unkorrektheiten das Zwangsgeld nicht in korrekter Weise, ohne Erklärung, nur mit dem Satz weiter geführt: Damit sei alles erledigt.

Nichts ist erledigt, Machen Sie Ihr Unrecht wieder gut! Nehmen Sie Ihr groteskes Fehl-Urteil zurück. Lassen Sie sich einfallen, wie das geht. Aber nicht über die MPU!

Daß der Führerschein im Rhein wieder in menschliche Hände kam, war wie ein Gottes-Urteil. Es sollte Ihnen aufgeben, nachzudenken, wie Sie einen total Unschuld reingelegt haben. Wie Sie Schuld deklariert haben ohne daß es Schuld gab.

Sie haben keine Schuld? Kein Bewusstsein dazu?

Im Mittelalter war die arme Frau - die Hexe! - immer schuldig - so oder so. Wie ich in Ihrer Falle! Welche Strafe erhalten Sie für das alles? Und die, die dies mitgemacht haben?“

Ich habe eine Ziffer an Jahren in meinem Ausweis.

Dieses Alte gehört nicht mehr in den Straßen-Verkehr. Dazu gibt es kein Gesetz. Und wenn das Alter verkehrstüchtig ist - dies ist erwiesen durch praxi und einen Fahrlehrer - dann spielt die Ziffer keine Rolle. Es ist ungesetzlich, sich dazu als übergriffige Obrigkeit sein eigenes Gesetz zu machen.

Dieser Mann hat doch nicht das Geringste getan!

Macht nichts, er wird verbannt.

Kennen Sie das Original-Zitat für diesen Satz?

Wer alt ist, fährt besonders vorsichtig: er fährt langsam. Damit hält er alles auf, was brettern will, egal ob 50 oder 30 km/h. Meinen Verdacht: Ämter ohne Gesetz, versuchen in zunftmäßigem Übereinkommen geradezu flächendeckend den Alten die Führerschein abzufragen, in Einvernehmen mit Polizisten, die dafür Punkte zur Beförderung gewinnen.

Ich nenne dies Altersdiskriminierung. Alte werden mental zur letzten Klasse in der Gesellschaft gestempelt. Man will ihnen nichts mehr zutrauen. Sie sind eine Gefahr.

Und schließlich?

Sie arbeiten nicht mehr. Sie machen keine Geschäfte.

Wann kommt die Triage?

Ich will den Anfängen wehren. Führerschein weg ist keineswegs harmlos. Das ist mehr als ein Papier.

Lebens-Einschränkung. Mühsal. Auch teuer. Und mit dem Verlierer-Image stigmatisiert.

Ein Polizist hatte die Auto-Nummer notiert. Dazu den Satz geschrieben: Fuhr unsicher.

Beweis? Braucht ein Polizist einen Beweis? Und das Amt? Es genügt die Angabe des Polizisten.

Das ist Mittelalter - im Rechtsstaat nicht zulässig.

Was glauben Sie, was ich in meinen acht Jahrzehnten alles an Unzulässigem erlebte.

Seien Sie vorsichtig!

Nein, ich bin aus Mut gemacht.

Hat man Ihnen den Führerschein abgenommen, um Ihnen endlich als Bürger-Aktivist eins drauf zu hauen?

Wenn sonst nicht das Geringste vorliegt, muß es wohl so etwas gewesen sein. Jedenfalls ist es nicht mit rechten Dingen zu. Vielleicht mit rechts? Nicht mit Recht? Weit und breit davon nicht sichtbar.

Seien Sie vorsichtig!

Nicht mehr. Ich habe für ein Grundgesetz gekämpft und bin nicht mehr bereit, einen Sumpf hinzunehmen.

Vorsicht: wenn nicht Recht dann Macht.

Ich weiß. Nur Macht.

Eine Art Rassismus gegen die ältere Generation. Aber ich sage und bald sagen wir: Old

live matters. Das Leben im Alter ist genau so wertvoll wie das Leben der vorhergehenden Alters-Stufen. Nach Corona wird man sehen: Erst hat man die Alten nicht geschätzt, dann nicht geschützt, mit höchst üblen Folgen, erst als sich viel Protest geregt hat begann man über den Schutz nachzudenken.

Haben wir uns, die Herren Polizisten und Vorsteher sowie alle, die daran beteiligt sind, uns nachher nicht auch viel zu verzeihen?

Ich war in vielem Vordenker. Auch im Bereich der Altersdiskriminierung.

Lesen Sie weiter. Einige Kenntnisse zu Hintergründen können zeigen, daß es sich um weit mehr als um einen Fall handelt.

**Wir brauchen eine
Verkehrswende im Denken und handeln.
Das muß weit mehr sein als uns die Politik anbietet.**

Politik ist kurzatmig. Ihre Aufgaben dürfen sich nicht in der Tagespolitik erschöpfen. Wenn sie sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt (es gibt viele Zweifel daran), dann muß sie strukturell denken und handeln.

Dies geht nicht ohne den Blick in die Geschichte. Sie lehrt, wie vieles als Struktur aufgebaut wurde. Meist sprechen wir von Infrastrukturen.

Dies geht nur mit Orientierung an Werten. Gemeinwohl ist das Wohl von möglichst der gesamten Gesellschaft. Dies signalisiert auch das Grundgesetz, wenn es fordert, daß günstige Lebens-Verhältnisse für alle zu schaffen sind.

Weithin ist dies aus dem Blick geraten. Das fühlen sehr viele in der Gesellschaft, daher wenden sie sich von der Politik ab.

Die Reform-Sehnsucht, Reform-Bereitschaft und Reform-Willigkeit ist in den letzten Jahrzehnten von der Politik heftig mißbraucht worden - dies rächt sich.

Wir haben ein sehr gutes Grundgesetz, das exzellent Demokratie auch in Details formuliert (wenn man lesen kann und lesen will), aber uns fehlen in aller Breite die Demokraten. Plaketten und Plakat genügen nicht. Sie beruhigen auch nicht mehr.

Der Fall des Prof. Günter zeigt, daß unterhalb des Grundgesetzes die Niederungen mit viel zu vielen und weiten Sümpfen bestückt sind.

Die Sümpfe stehen auch noch unter untereinander in Verbindung, decken sich gegenseitig, bewegen sich nicht, behaupten schönfärbend und rechthaberisch, was offensichtlich Sumpf ist und bleiben soll.

Bürgermeister können sich auf ihre Ämter nicht verlassen, sind in ihren Händen Spielfiguren, meinen, „daß sie mit ihnen auskommen müssen“, haben keine Macht oder wissen damit nicht umzugehen. Kontrollen funktionieren nicht.

Werte erscheinen in den Sümpfen überflüssig.

Das Rechtswesen ist für die meisten Menschen unbezahlbar, unberechenbar, sophistisch, man mag Recht haben, aber es zu bekommen ist wie im Lotto: hoher Einsatz, Gewinn-Chance kaum minimal.

Grundgesetzlich vorgegebene Schutzfunktionen werden weithin schlicht nicht erfüllt.

Das Resultat sind nicht Demokraten, sondern Duckmäuser, die sich ängstlich oder in egomaner Kalkulation verstecken, um gerade so durchs Leben zu kommen, unauffällig, ohne Vertrauen in das, was eigentlich das Gemeinwesen sorgfältig, umsichtig, wie schauend moderieren soll.

Ausgezeichnete Leute, die in Jahrzehnten in einer Stadt leben, werden kein einziges Mal um ihren Rat gefragt. Parteien mögen intelligente Leute nicht, weil sie natürlich auch eigene Meinungen haben. Gesucht und mit Praxis und Medien sozialisiert werden farblose banale Typen, die bereit zu jedweder Unterordnung sind. Ganze Generationen werden ignoriert, nicht ernst genommen, nicht minimal einbezogen, ja auch noch heftig fühlbar diskriminiert.

Polizei und Ämter spielen sich als Machthaber auf, nicht als Moderatoren - sie haben nicht gelernt daß in einer Demokratie der Umgang mit der Macht anders aussehen muß als in Bananen-Republiken.

Alter? Dazu gibt es noch kaum Diskussionen. Es schein egal zu sein, daß man mit der Wegnahme des Führerscheins

ganzen Generationen Lebens-Möglichkeiten beschneidet, die sich keine jüngere Generation gefallen ließe. Noch regt sich kaum jemand.

Noch verschließt man weithin die Augen vor der Altersdiskriminierung.

Das ist so etwas wie ein Altersrassismus: eine Herabstufung in der Wertschätzung, ein Mangel an Achtung, eine Unachtsamkeit im Umgang.

Old lief matters.

Menschen haben etwas geleistet. Die Jüngeren stehen auf ihren Schultern. Sie haben Erfahrungen - sind wertvoll, keine Wegwerf-Menschen. In der ersten Corona-Krise muß sich die Gesellschaft weithin schämen: die Alten waren schutzlos - insgeheim ausgelesen. Dann wurde gelernt. Aber das Lernen muß weitergehen. Eine Gesellschaft ohne Wertschätzung der Alten nimmt auch sich selbst in vielerlei Bereichen die Wertschätzung.

Lesen Sie weiter!

Prof. Dr. Roland Günter (Kulturhistoriker, Stadtanalytiker) Argumente zu Mensch und Auto

Das Thema läßt sich nicht vernünftig diskutieren, wenn man es nur aus dem Tages-Horizont sieht. Es braucht einige bLicke in die Entstehungsgeschichte von dem, was wir vor Augen haben.

Daß jeder Mensch sich im Leben bewegen muß, liegt in seiner und der Welt Natur. Es gehört zu den wichtigsten anthropologischen Tatsachen.

Jahrtausende lang ist derMensch gelaufen - mit seinen Füßen.

Als er noch in Dörfern und kleinen Städten lebte, war dies kein Problem.

Im Industrie-Zeitalter aber entstanden sehr große Städte, in denen Wohnung und Arbeit von nahezu allen Menschen in erheblicher Entfernung voneinander liegen. Zur Arbeit zu gehen, hieß im 19. Jahrhundert: täglich und im Winter früh in der Dunkelheit ein langer Fußmarsch - und abends zurück.

Ein Auto hatten um 1950 nur wenige Menschen.

Mit wachsendem Einkommen und gestiegenen Lebens-Bedürfnissen wurde langsam erkämpft, daß der größte Teil der Bevölkerung sich ein Auto leisten konnte und dann auch leistete.

Erstmal war es pure Lebens-Notwendigkeit, um eine entfernte Arbeit zu erhalten.

Dann, seit etwa 1960, galt es als völlig normal, als Standard, bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder zum Einkauf oder zu einem Teil der Freizeit-Gestaltung oder zum Aufbauen und Erhalten von sozialen Beziehungen für das Netzwerk in den Städten: daß man ein Auto besitzt.

Dies ist der gegenwärtige Zustand und das für zeitgemäß gehaltene allgemein Bewußtsein.

Ganze Industrien profitieren davon.

Und nahezu jeder einzelne in irgendeiner Weise.

Im Prinzip ist das Auto aus dem sogenannten modernen Leben nicht mehr weg zu denken. Es besorgt Menschen erhebliche Lebens-Qualitäten.

Unser beruflichem Aspekt sind bestimmte Standards nur mit dem Auto aufrecht zu erhalten.

Im vorliegenden Fall und nach vielen Recherchen und Zuschriften scheint sich dies in manchen Führerschein-Ämtern noch nicht der verbreitet zu haben. Und auch für manche Angehörige von älteren Menschen nicht - sie sind sich der individuellen Konsequenzen der Altersdiskriminierung nicht klar. Es mag gut gemeint sein, ist aber ein Verbrechen an zwei Generationen älterer Leute. Dazu mehr.

Zum Auto werden heute von vielen Menschen Fragen gestellt.

Um das Auto selbst kann es, wenn man bei Verstand ist, nicht gehen. Worum dann?

Nur wenige Menschen „verdammten“ das Auto.

Manche fetischisieren es, wienern halbe oder ganze Samstage an ihrer „heiligen Kuh.“ Das ist Privatsache, wenn sie daran nicht Ansprüche an andere ziehen. Zum Beispiel sagten Polizei und Amt aus dem hohlen Bauch heraus: jede Schramme ist ein Unfall. Das ist der Versuch, ältere Menschen etwas anzuhängen, um sie dann zur MPU zu schicken, in der Jeder durchfällt - Polizei und Ämter sehen sie gerechtfertigt und nennen die „Lösung“ elegant. Halb Frankreich müßte da durchfallen - aber dort gibt es nicht dieses Verbrechen, in derart rechtstaatfeindlicher Weise ältere Menschen reinzulegen.

Daß das Auto zur Status-Darstellung gebraucht wird, ist eine Frage der Bewertung. Das könnte man großzügig gelten lassen. Auch wenn es im Grunde zunehmend weniger Sinn hat. Leider hat es auch Folgen: Auch wer sich nicht „statusgemäß“ ausstattet, riskiert schlecht eingeschätzt zu werden: zu arm, zu wenig zeitgemäß, zu wenig besorgt.

Das Gemeinwohl wird verletzt, wenn die Wägen immer größer werden - immer mehr Ressourcen verschlingen. Wenn sie nicht nur durch Gestank beleidigen, sondern durch Gift Gesundheit erschweren. Und wenn sie sich drohend wie Panzer aufplustern - und im Verkehr Kleinst-Kriege entstehen. Wer dicker ist, will für mächtiger gehalten werden - das läuft psychologisch im Unterbewußtsein.

Es gibt Vieles in der Gesellschaft, was immer noch brutale Steinzeit ist.

Viele Menschen leiden unter dem in wenigen Jahrzehnten heftig gewachsenen Auto-Verkehr.

Erstens: Fahrer sind genervt.

Zweitens: Menschen fühlen sich bedroht. Man muß viel Vertrauen mitbringen, wenn man denken soll, dass die Autos mit Respekt für den Mitmenschen - sowohl anderen Fahrern wie Fußgängern - gefahren werden. Dies ist nicht nur ein Problem zwischen zwei einzelnen, sondern auch für die gesamte Bevölkerung, wenn sie in den öffentlichen Raum geht.

Der öffentliche Raum ist nicht nur unterteilt, sondern fast durchweg vom Verkehr total erobert worden. Kinder können ohne Gefahr und Angst der Eltern auf keiner Straße mehr spielen. Behörden weigern sich - ohne daß ein Grund dafür vorliegt - über Sackgassen zu diskutieren - es ist pure Dummheit, wie zum Beispiel ein Bürgermeister einer Ruh-Stadt mir sagt: Ich will nicht in die Geschichte als „Sackgassen-Bürgermeister“ eingehen.

Die Prozentzahl der Menschen, die den öffentlichen Raum benutzen, nimmt ständig ab. Was dies bedeutet, kann man sich angesichts von Corona gut klarmachen: leere Städte, geringe Nutzung von angebotenen Lebens-Qualitäten und daraus resultierende Depressionen.

Drittens machen Autos einigen Lärm. In der Siedlung Eisenheim, die ein bedeutendes Baudenkmal ist, fahren - völlig unnötig - sehr viele Autos von morgens um 5 Uhr bis nachts um 1 Uhr durch den Schlaf der Bewohner. Auf drei Schleichwegen - ein Schande einer Verkehrsplanung, die völlig hinterwäldlerisch und unzugänglich ist.

Viertens gibt es so viele Autos, daß die Gesellschaft kaum damit klar kommt, wie man ihnen genügend Raum geben kann - zum Fahren und zum Stillstehen d. h. zum Parken. Die Menge schafft Probleme.

Fünftens kann die Stadtplanung kaum weiteres Entgegenkommen für möglich halten: Denn es fehlt schlicht an Raum.

Sechstens ist das, was das Auto an Energie braucht, ein wachsendes ökologisches und im Hintergrund allmählich ein gigantisches gesellschaftliches komplexes Problem.

Hinzu kommt, daß mühsam andere Verkehrsmittel ausgebaut werden. Aber: Dies funktioniert volkswirtschaftlich nur bei bestimmten Auslastungen. Doch mal ist es zuviel mal zu wenig - wie zum Beispiel Bahn und Busse genutzt werden.

Das Auto erscheint bequemes und auf kurze Entfernungen angenehm und zeitsparend.

Es ist jedoch ziemlich teuer - kaum jemand rechnet die realen Kosten. Der Besitzer lebt also mit einer Illusion.

Mit dieser Illusion geht das Auto in Konkurrenz zum öffentlichen Verkehr. Daher sind wir bereits mitten drin in einem Kannibalisierungsvorgang. Das Auto wird immer teurer - ebenso der ÖPNV.

Zudem: Der Vorgang schafft eine Menge Idioten.

Die Verhältnisse begrenzen die Nutzungen. Es geht nicht so schnell, wie man dazu die schärfste Illusionen hat und pflegt: daß man Zeit spart. Teils stimmt das - andererseits muß man für die Kosten ziemlich viel arbeiten.

Verkehrsplaner greifen sich viel zu viele Bereiche, die andere Sinnhaftigkeiten bedienen müssen. Und haben dazu nur wenige und banale Begründungen.

Sie kommen zum Beispiel auf die Idee, mit Millionen Euro in einem sehr komplizierten, eingreifenden, jahrelangen Planungs-Vorgang eine Kurve aus der Welt zu schaffen, obwohl schon mit der Entstehung des Autos die Lenkung erfunden wurde. Ein riesiger Aufwand - für drei Sekunden Zeit-Ersparnis! Lohnt sich das wirklich?

So verschwendet die sogenannte öffentliche Hand, die auch viele andere Probleme regeln muß, aberwitzig viele Ressourcen.

Die Illusionen höherer Geschwindigkeit, die das Auto bereits auf vielen Tachometern mit der Ziffer 200 suggeriert, die man nie erreicht, macht jedoch immensen Druck auf naive Gemüter, so viel wie möglich die Geschwindigkeit zu

nutzen.

Das Auto wird zum Illusion eines unbegreiflichen Gefühls der Stärke: mit fast nichts an eigener Anstrengung, mit ganz wenig Druck im Fuß, werden 50 bis 150mal die Stärken einer Herde von kräftigen Ackergäule benutzt. Und dazu wird die Schnelligkeit eines Rennpferds bei weitem übertroffen.

Ein Satiriker könnte sagen: das Auto unterm Fuß und mit Erlaubnis der Obrigkeit gefahren - ist das nicht der Gipfel: ein Montblanc der Menschwerdung.

Der Autofahrer verfügt über Kräfte, die Menschen umbringen können. Lange Zeit galt dies - als es nur Natur für reihe Leute gab, die in einem Zweiklassen-Recht oben und unantastbar rangierten, als „Kavaliers-Delikt.“ Es gab Aufschrei, als die „Recht-Sprechung“ endlich bei den Tatsächlichkeit ankam. Und selbst heute noch werden Raser-Wettbewerbe jüngerer als Sport angesehen und nicht als Verbrechen. Wenn jemand mit überhöhter Geschwindigkeit jemanden erheblich verletzt oder umbringt, wird er nach wie vor ziemlich milde behandelt.

Aber wenn eine ältere Frau in einer Parkgaragen-Einfahrt, die offensichtlich nur für exzellente Fahrer geplant wurde, ein wenig an der Seite schrammt oder jemanden leicht touchiert, muß sie - ich kenne konkrete Fälle - zur MPU, wo jeder durchfällt.

Zu solchen Praktiken gab es einige Jahrzehnte lang eine bärtige Einigkeit - jetzt hat dieses gutbürgerliche Gemälde Falten bekommen. Es existiert aber immer noch in sehr vielen und vor allem mächtigen verwaltenden und politischen Köpfen, obwohl es schon lange Zeit von den Verhältnissen überholt wurde.

Paradox ist, daß solche Leute sich für Realisten halten - sie sind nur real in ihren eigenen Illusionen und im machthabenden Festzimmern des miserablen Status quo.

Auch das Zeit-Gefühl ist bei den meisten Menschen ins Schleudern geraten. Schneller bedeutet: Verlust von viel Wahrnehmung, weil man mit hoher Geschwindigkeit vorbei fliegt und weder Konzentration noch Intensität auf etwas außerhalb der Windschutzscheiben aufwenden kann. Für jemanden, der Landschaft sehen will, ist es schon seit einiger Zeit lebensgefährlich dafür das Auto zu gebrauchen. So ist das Auto, das in den 1950er Jahren noch eine Art Genuß-Mittel für Touristen war, in seinen Möglichkeiten auch hier erheblich verfallen. Die Geschwindigkeit hat Langeweile produziert. Der Mangel an Blick und Nachdenken über die menschliche Natur wird ausgeblendet, ist aber real.

Der Defekt ist noch weit größer: Die Streß-Fähigkeit des Menschen ist zwar elastisch strapazierbar, aber keineswegs unendlich. Der Streß macht aggressiv und unduldsam. Der Streß neigt dazu, sich von sozialen Werten zu entfernen, die jedoch für die Industrie-Gesellschaft und in den immer dichteren Umständen unverzichtbar sind und immer mehr benötigt werden.

Wenn die vielen Flüche, die tagtäglich durch die Windschutzscheibe andere Menschen in archaischer Weise treffen würden, befände sich eine Teil der Gesellschaft schon längst in der Hölle.

Es wird einiges diskutiert. Aber ist das nicht viel zu wenig?

Die Mobilitäts-Konzepte können noch lange nicht den Anspruch erheben, einigermaßen rund zu sein. Sie bewegen sich teils als Lobby, teils auf der Ebene von Halbwahrheiten.

Das Festhalten an der Vorstellung des kleinen Moritz, daß man mit dem Auto zu jeder Stelle der Stadt metergenau hinfahren können müßte, hat die Innenstädte

zerstört. In solcher Weise wird auch ständig gedroht, selbst die wenigen autofreien Straßen aufzuheben. Das Geschrei der Händler geht au Umsatz - und sonst nichts. Es interessiert sie keine Stadtkultur. Die Parlamente bilden die Mentalität ab.

Die Vorstellungen zur Mobilitätswende sind ausnahmslos undifferenziert - meist außerhalb von wichtigen Zusammenhängen.

Man kann durch im Fahrrad etwas Gutes sehen. Das Beschwören des Heils hat jedoch nur teilweise einen Sinn - es läßt aus, daß auch hier die wachsende Zahl immer problematischer wird.

Das größte Problem daran ist die wachsende Motorisierung des Fahrrads. Da steigt jemand aus sein Auto mit den vielen Pferde-Stärken, die übrigen mit der Natur der Pferde nur die Maß-Größe gemein hat, und bringt die Mentalität des Autos mit - damit gebraucht er das Fahrrad.

Da stimmt einiges nicht! Wenn in einer Fahrrad-Stadt wie Amsterdam, auf jemanden - zu Fuß oder auf dem Fahrrad - wenn auf so einen friedlichen Fußgänger ein gigantischer Pulk an hochaggressiven Radfahrern, meist motorisiert, mit großer Schnelligkeit zuschießt, dann liegt hier dasselbe Problem vor wie im Auto-Verkehr.

Aber es ist mit Fahrrädern weit schlechter organisiert.

Fahrrad und Auto brauchen erweiterte humane Verhaltens-Regeln. Und neue humane Philosophien.

Auto und Fahrrad sind wesensgemäß nicht dasselbe. Man braucht für den vernünftigen Gebrauch von beiden unterschiedliche Mentalitäten.

Hinzu kommt, daß Fahrräder auch noch auf Bürgersteigen fahren dürfen. Diese waren einst als ungefährdete Wege für die von den Fahrbahnen verdrängten Menschen angelegt worden. Mit dem motorisierten Befahren dieser ohnehin reduzierten Schutzräume innerhalb eines gigantischen Verdrängungs-Prozesses schränkt die Obrigkeit (und zum Teufel wer noch) den ohnehin schon weitgehend minimalisierten Raum für Fußgänger, vor allem für Kinder, noch weiter ein - und mit der totalen Motorisierung der öffentlichen Räume meist auf Null.

Zudem steht vor Augen die unmenschliche Drohung, daß nur noch zählt, was motorisiert ist.

Damit erhält die anthropologische menschliche Natur nicht mehr die Wertschätzung, die sie unabdingbar benötigt, wenn wir Menschlichkeit nicht aufgeben wollen.

Verhalten. Dieses Stichwort taucht fast nirgendwo auf. Da sich die Gegenstände und Ziele nur wenig reduzieren, aber kaum abschaffen lassen, bleibt nur, daß wir einen anderen Umgang mit ihnen lernen. Das ein: ein anderes Verhalten. Mit anderen Gedanken und Praktiken. Darüber muß man diskutieren.

Verhalten fällt in die Rubrik „Sitten.“ Es gibt gute und miserable Sitten. Das Rechtswesen ist dafür meist nicht zuständig.

Kann man deshalb auf Verhalten und gute Sitten verzichten?

Gesetze sollen die groben Sachverhalte regulieren.

Aber selbst dies funktioniert miserabel.

Noch schlimmer wird es, wenn dazu auch noch die guten Sitten für überflüssig erklärt werden. Wenn angeblich etwas nur noch gilt, wenn es durchprozessiert wird - aber das ist beim Zustand der Justiz unmöglich und fast jeder Kläger wird dabei nur arm.

Dies schafft abgrundtiefes Mißtrauen in die Fähigkeit des Staates, des Gemeinwesen vernünftig zu organisieren. Ein sehr kluge Mann, Walter Bunsmann, fragte einmal: „Was ist das für ein Gemeinwohl, in dem *mein* Wohl nicht drin ist.“

Die Gesellschaft ist auf zivilen Umgang angewiesen - sonst wird das alltägliche Leben zur Hölle. Und dies hat vielfältige Folgen. Es kostet die Gesellschaft sehr viel Geld.

Das offizielle Leben findet nicht statt, wenn es nicht ein bestimmtes Verhaltens-Niveau gibt - dies ist auf auf gute Sitten angewiesen. Menschen, die sich ständig mit miserablen Verhalten bewegen, können das Zusammenleben ungenießbar machen.

Dies gilt vor allem im Verkehr. Vergessen ist: Von Anfang (Paragraph 1) an gab es im Verkehrsgesetz die Aufforderung, sich so zu verhalten, daß man andere nicht belästigt, nicht behindert, nicht gefährdet. Heute benimmt sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung so als gäbe es nur den einzelnen im Auto und um ihn herum niemanden - das ist natürlich ist dies eine egomane Illusion.

Man stelle sich einmal vor, auf einer Laden-Straße würden sich die Leute genau so wie die Autos benehmen: ungeduldig, aggressiv, bedrohend, geh mir aus dem Weg! einander knapp vor dem Anrempeln passieren. Dies geschieht jedoch ziemlich selten. Es bedeutet, daß Menschen ein unzivilen Verhalten erkennen und durchaus vermeiden können.

Man muß nicht erst auf eine griechische Insel reisen, um zivilen Verhalten zu erleben.

Jedermann hat wenigstens halbwegs die Ahnung davon, was zivilisiertes Verhalten ist.

Im Auto sitzt man jedoch in einer Kapsel, über mächtigen Motoren, mit über alle Maßen an Pferdestärken, mit einer opulenten Karosserie, die Assoziationen an einen Panzer weckt. Dann hat es ein Fahrer nicht leicht, ein vernünftiges zwischenmenschliches Niveau zu wahren. Oft fällt auch der harmloseste Kleinbürger im Auto in einen Rausch der Geschwindigkeit. Natürlich wird er von sich selbst immer behaupten, daß er ganz "normal" fährt. Normal ist aber nicht immer normal.

Wie ist das, wenn man mit 100 km/h auf einer Landstraße fährt? 100 km/h - das war in meiner Kindheit eine rasante Geschwindigkeit - da haben die Kinder auf den Rücksitzen gejuchzt. Heute? Das Wort tuckeln ist dafür ein zurückhaltender Ausdruck. 100 km/h sind vorgeschrieben. Dies ist bereits ein Kompromiss. Aber der Teil der Gesellschaft, der immer noch zu „brettern“ versucht, hat ständig den Gedanken „Langsame Leute haben auf der Straße nichts zu suchen.“ - Aber doch! Sie haben ein Recht auf der Straße - auch für Langsamkeit. Und für Vorsicht. Das ist elementar. Das ist zu respektieren. Auch von der Polizei. Es gibt nur eine einzige gesetzliche Minimal-Beschränkung: die Mindest-Geschwindigkeit auf der Autobahn. Sonst nirgendwo.

Ich bin lebenslang stets innerhalb der Regeln gefahren, hatte nie ein Knöllchen, keinen Punkt in Flensburg, keinen Unfall. Dann geschieht Folgendes: Da will ein Polizist einen Treffer landen - jemanden zum Idioten-Test schicken. Er weiß, da fällt jeder durch, selbst der beste Fahrer. Der Polizist zeigt einfach an, ohne Beweis. Er behauptet, man habe seine unsichere Fahrweise beobachtet. Dies hat keinerlei Beweis-Kraft, es gibt auch keinerlei Beweis. Der Polizist macht dies vielleicht aus schlechter Laune oder aus Neid, weil er bei seinem Opfer ein bißchen mehr Gehalt vermutet. Das Amt zwingt den Mann oder die Frau in ein Verfahren

zwingen, das hochgradig schadet, viel Geld kostet, harte Lebens-Einschränkungen. Das sogenannte Idiotentest (Volksmund), in der Amtssprache MPU genannt, findet nicht auf der Straße statt. Das kostet am Tag 830 Euro - ist also ein Geschäftsmodell. Noch schlimmer: er ist eine Falle die fast niemanden ungeschoren heraus kommen läßt, - die Leute im Städtischen Führerscheinaamt grinsen: MPU klingt harmlos, niemand wird uns beschuldigen, daß wir ihn bestrafen.

Mir hat dieses Amt, dem Recht oder Unrecht ziemlich egal ist, den Führerschein entzogen: einzig dafür, daß ich mich diesem sachfernen Geschäfts-Modell verweigerte. Als total Unschuldiger und weil es keinen Sachgrund gab, weigerte ich mich, in diese absurde Prüfung zu gehen.

Da wird ein völlig Schuldloser bestraft: mit Lebens-Einschränkungen, die auch bedürftige Angehörige betreffen, mit vielerlei Kosten, mit Abhängigkeiten, mit der hochkochenden Wut, die sich daran knüpft, er muß sich bei vielerlei Leuten trotz seiner Lebensleistung, als „Verlierer“ fühlen - dies alles ist Altersdikriminierung von Polizei und städtischen Ämtern im Umgang mit Bürgern - ein Hohn auf Mitmenschlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Die MPU ist nicht überprüfbar - manipulierbar, ein raffinierter Ersatz für die Lust am Bestrafen oder weiß der Teufel für was.

Ein Geschäftsmodell. Vielleicht auch ein Aufstiegs- oder Zulage-Modell für unterbeschäftigte Polizisten? NRW liegt am Ende der aufgeklärten Straftaten.

Beispiel: Eine Architektin ist auf dem Heimweg, sie fährt auf einer niederrheinischen Ausfall-Straße, mit vorgeschriebener Geschwindigkeit 50 km/h. Nebel. Es regnet. Es ist Winter, um 17 Uhr dunkel. Sie ist eine Person, die Verantwortung lebt. Ein Polizei-Wagen überholt sie (hält er sich an die 50km/h?), stoppt die Frau - grenzwertig. Sie ist total richtig gefahren - bei einem solchen Wetter. Sie muß den Wagen stehen lassen, der Schlüssel wird ihr abgenommen - obwohl sie sagt, daß sie nur Zwei Ecken weiter wohnt. Sie muß ein Taxi holen, das Auto wird abgeschleppt (dessen Fahrer nimmt ihr aus Mitgefühl kein Geld ab, die Polizisten machen eine „Anzeige“, die Frau wird vom Amt vorgeladen und soll zum Idiotentest. Sie kann sicher Autofahren, hat es in vielen Jahren Praxis bewiesen, aber der Test ist etwas ganz anderes als die Praxis: er entwürdig, schlägt ihr Selbstbewusstsein zusammen (was wohl auch gewollt ist. Wenn sie nicht total unterwürfig ist, sagt der „Tester“: Sie hat keine Einsicht. Wenn sie nur ein wenig aufbegehrt, hat sie ebenso verloren. Wenn sie durchfällt kann sie ihren Beruf kaum mehr ausüben kann.

Dies ist total illegal. Polizei und Amt machen ihre eigenen Gesetze. Mit einer Willkürlichkeit, mit dem Mißbrauch von Amt und Staatsgewalt, der Bürger In Angst und Schrecken versetzt, ihnen das Vertrauen in Rechtsstaat, Verwaltungen und Politik nimmt.

Es ist Diskriminierung - gegen Frauen, die man für schwächer hält. Ebenso gegen alte Leute, unfäßbar übergriffig.

Jetzt werden Leute kommen, die immer schon alles Übel Einzelfällen zuordnen wollten. Die stets alles schön redeten, damit es ihrn naiven Glauben an Amt, Verstand, Uniform nicht antastet. Wir haben aber in der ersten Corona-Zeit die Erfahrung gemacht, daß die alten Leute von den staatlichen Ämtern völlig schutzlos gelassen wurden - was zu massenhaften Todesfällen geführt hat. Da gab es sogenannte Pragmatiker, die sagten: Die Alten sterben sowieso in kurzer Zeit, man muß es nehmen, wie es kommt. Dies war - das muß man so direkt sagen - ein Verbrechen. Erst eine Fülle von Protesten hat zur Veränderung geführt: daß die

Alten als erste die Schutz-Impfung erhielten.

Ich führe dies an, um zu zeigen, daß auch der Umgang mit alten Leuten, denen mit Absprachen unter der Hand - gegen Recht und ohne Gesetz - die Führerschein abgejagt werden - daß dies System hat, von Systemen betrieben wird, für Systeme wohl auch noch einen Nutzen hat - als Geschäfts-Modell, für Erfolgs-Nachweise zu Beförderungen, vielleicht auch mit Tantiemen (wer weiß).

Für den, der immer noch die Augen verschließt, ein weiteres Beispiel. Hamburg. Eine Wohnstraße. Vor der Tür einer alten Frau stehen zwei junge Bereitschaft-Polizisten (das sind die, die bei den Demos in die „Skandale“ verwickelt sind): Sie haben Ihr Auto nicht abgeschlossen. - Stimmt, geht aber die Polizei nichts an, sie darf es nicht öffnen, wenn etwas daraus gestohlen wird, ist es ein Fall für die Versicherung. Die Frau steigt drei Treppen herunter, geht zum Wagen. Dann sagen die Polizisten: Sie haben nicht richtig geparkt. Die Frau schaut erstaunt. Sie müssen an die Bürgersteig-Kante fahren, Sie stehen zu weit draußen. Stimmt nicht, aber es wird behauptet. - Einem alten Menschen versuchen solche „Autoritäten“ alles zu sagen - natürlich hat die Frau völlig zulässig geparkt. Aber ein Opfer muß ein Opfer sein. Parken Sie mal richtig ein! Die Frau setzt sich ans Steuer, kann das nicht so elegant wie in jüngeren Jahren, ist auch nicht nötig, alles erlaubt, aber die Polizisten wenden das oben beschriebene Verfahren an. Sie wird in die Falle gezwungen. Pure und unzulässige und beweislose Interpretation: Führt unsicher

Die Demokratie ist historisch unter anderem entstanden, um die Missbräuche von viel Gewalt des Staates, die es historisch in Unmenge gab, zu zügeln - um Mandarine des Staates von Übergriffen abzuhalten.

Die Gesellschaft wird immer älter. Leicht gesagt, kaum bedacht.

Wir haben historisch genug Bestien in Uniform erlebt.

Die Polizei Dein Freund und Helfer. Dieser schöne Satz, wahrscheinlich von einem genialen Werbemann erfunden, hat viel Wirkung gehabt: Illusionen - wie Silvester-Raketen in den Himmel geschossen. Man will es glauben - also glauben es viele.

Aber warum werden es seit einiger Zeit immer weniger? Dazu könnte man Bücher schreiben. Auch die angeführten Fälle zerstören schöne wohlmeinende Bilder.

In Amsterdam haben schon in der 1960er Jahren intelligente junge Leute vor Augen geführt, wie die Ordnung von denen zerstört werden kann, die sie doch schützen sollten.

Was hier mit alten Menschen geschieht, hat mit Ordnung nichts mehr zu tun. Es geschieht auf einem breiten Hintergrund, den man als Alten-Rassismus bezeichnen muß. Es funktioniert ähnlich wie der Rassismus gegen Menschen mit anderen Hautfarben.

Als ich ein Junge war, haben wir uns nichts dabei gedacht, wenn man über Neger und Chinesen sprach. Es war rassistisch - ohne daß wir uns dessen bewußt waren. Ähnlich abwertend redeten wir über Kolonien. Wir dachten, daß darin die Leute weniger intelligent sind, zu vielem überhaupt nicht fähig.

Übrigens: nur wenig abgeschwächt gab es auch Ansichten über Frauen. Katholisch hieß es: Das Weib ist das Gefäß der Sünde.

Auch heute denken viele Leute nicht nach, wenn sie über alte Menschen und das Alter sprechen. Immer noch kursieren Worte, die vernichtend sind: verkalkt - das meint nicht nur etwas Medizinisches sondern steht für eine gänzliche Abwertung.

Immer noch werden alte Leute zu Deppen erklärt, wenn sie ein wenig langsamer sind als jüngere. Wenn sie langsamer Autofahren sind sie weit weniger gefährlich als tausende, die mit überhöhter Geschwindigkeit vorbei preschen.

Alte im Verkehr sind weithin vorbildlich - einfach, weil sie vorsichtig sind. Dies ist der wichtigste Wert im Verkehr. Sie wollen unter keinen Umständen einen Unfall machen und niemanden umbringen. Die Statistiken bestätigen dies - aber junge und ehrgeizige Polizisten und orthodoxe Ämter haben große Schwierigkeiten, Reales zur Kenntnis und zum Überlegen zu nehmen, was nicht eingefahrenen und rechthaberisch knallig vertretenen Vorurteilen entspricht.

Da ist Kontrolle gefordert - aber sie funktioniert nicht. Mein Fall ist exemplarisch auch für das Versagen der Kontroll-Mechanismen und Instanzen.

Die wichtigste Überlegung ist der gesellschaftliche Aspekt der Alters-Fragen.

Die Lebens-Erwartung ist im Durchschnitt gewachsen: von einst rund 40 Jahren auf heute über 80. Und sie wird dank medizinischer Fortschritte uns noch älter werden lassen. Denn Impfen mit einem Programm ist eine Revolution mit weitreichenden Folgen - man wird in ähnlicher Weise auch gegen Krebs und weitere Krankheiten entwickeln. Die Erfinder werden wohl den Nobel-Preis erhalten.

Das Alter umfaßt heute schon im Prinzip zwei mal 20 Jahre - also zwei Generationen. Das wird man nicht mehr als nutzlos, eine Last für die Gesellschaft, zurückgeblieben, als blöd abbuchen können, sondern dies muß man Ernst nehmen. Die Alten werden sich wehren.

Sie sind nicht Feinde, sondern Chancen. Schon seit langem sind sie die wichtigen Kultur-Träger - als Macher wie als Publikum. Sie sind meist die Erfahrensten. Sie sind unabhängiger und daher mutiger, unkonventioneller, offener als die vielen, die inzwischen auch in den gehirnwuschenden Fängen von vielerlei Systemen stecken.

Alte lesen mehr als weithin jüngere, auch weil sie mehr Zeit haben, von den Hamsterrädern im Beruf befreit sind. Sie reisen sehr viel. Was wir bei den Alten heute schon an Werten erkennen, wird sich steigern. Alte ziehen eine Fülle an wichtigen Tätigkeiten in mancherlei Weisen hoch, die wichtig sind - in den weiten grauen Löchern, die kapitalistisches Wirtschaften für unwirtschaftlich erklärt, in denen es umfangreichen und differenzierten Handlungsbedarf gibt.

Dem steht Politik noch ziemlich ignorant gegenüber. Man kann dies als unterlassene Hilfe-Leistung ansehen. Oder als Zukunfts-Blindheit. Auch als Ignoranz gegenüber dem eigenen Ego, das ebenfalls einmal alt wird.

Die Regierungen sind zur „Daseins-Vorsorge“ verpflichtet. Sie müssen den Gedanken an das Alter auch in der Gesellschaft durchsetzen. Denn viele Menschen können mit dem Alter nichts anfangen - sowohl Alte selbst wie Jüngere. Es gehört jedoch zur Menschenwürde, zu der das Grundgesetz verpflichtet, daß jeder Mensch - alt und jung - geachtet wird: seine Würde ist unantastbar, damit beginnt die Verfassung.

Alte Menschen sind für die Gesellschaft unverzichtbar.

In ihnen ist das Zeitalter in einer umfangreichen Zeit-Dimension aufgehoben.

Die Späteren stehen auf den Schultern der Älteren.

Die Älteren haben den Wohlstand erarbeitet.

Ältere geben Erfahrungen weiter.

Man kann von ihnen unendlich viel lernen.

Sie sind voller Geschichten.

Die Humanität gebietet, sie wert zu schätzen.

Christliche Traditionen sind der Misericordia, der Barmherzigkeit, verpflichtet. Ältere können im Erziehungswesen vor allem bei Personalnot eine sehr wichtige Rolle spielen. Bislang wird dies praktisch völlig übersehen und ausgelassen. Ältere haben nicht die scharfe Geld-Mentalität, die wie eine Seuche die Gesellschaft vergiftet: Sie tun vieles ohne den scheelen Blick aufs Geld. Dafür ist Ehrenamt ein untaugliches Wort - erstens bürokratisch, zweitens ausgrenzend, drittes absurd, denn es geht nicht mehr wie im Mittelalter um Ehre, sondern um Werte.

In mediterranen Ländern, von denen wir „effiziente“ Deutsche viel lernen können, bevölkern vor allem die Alten die Plätze.

Wir parken sie zu und reglementieren sie tot, daher kann man in diesem Bereich von Stadtkultur nirgendwo mehr sprechen. Auf Plätzen muß man auch „herum stehen können.“ Nicht alles ist für Zwecke mit Tunnelblick simpel verwertbar. Stadtplaner und Denkmalpfleger - auch jüngerer Jahrgänge - sind im wie Eunuchen, die jenseits aller Fruchtbarkeit gestrandet sind - es sich aber unentwegt schön reden.

Zurück zum Führerschein-Problem. Alte Leute mit Rücken-Problemen, die meist aus dem Arbeitsleben stammen, können oft nur mit Mühe 100 m zu Fuß gehen. Aber sie haben keine Mühe fünf Hebel im Auto zu bedienen. Für sie ist das Auto unverzichtbar.

Wenn gesagt wird, daß ein alter Mensch dem Straßen-Verkehr nicht gewachsen wäre, muß man den Straßenverkehr reflektieren. Er hat inzwischen einen furchtbaren Grad an Unmenschlichkeit angenommen: Brutal. Viel zu schnell. Invasiv. Drohend.

Wenn jemand hinter einem Auto zu nah auffährt, wenn er hupt, wenn er droht, ist all dies kriminell - mit dem Stichwort Nötigung, Dies ist ein Straftatbestand. Die Umkehrung ist unzulässig. Der Täter muß erzogen und zurechtgewiesen werden, nicht das Opfer beschuldigen und auch noch durch Ausschluss bestrafen, weil es sich dem Täter nicht fügt.

Es ist höchste Zeit, die Denkweisen im Verkehr zu ändern - nicht nur damit die angeblich Schwächeren damit zurecht kommen, sondern auch damit die meisten sich nicht selbst nachhaltig in ihrer Lebensführung schädigen.

Die Art des Verkehrs, die sich in der Gesellschaft ausgebreitet hat, ist weithin schlicht Barbarei. Wir sind ein barbarisches Volk geworden.

Nicht nur anderen gegenüber, sondern auch gegen uns selbst.

Der Barbar merkt es selbst meist nicht, wie er sein Leben schädigt und verkürzt. Er hat die Selbstachtung verloren. An deren Stelle hat er die Aggressivität gesetzt. Dies ist anthropologisch schlichter Unsinn. Er überspannt die anthropologischen Fähigkeiten der eigenen Natur. Er ist wie ein Sportler, der nicht nur bereichsweise erschöpft ist, sondern nachhaltig sich kaputt verarbeitet hat. Der Fußballer hört dann schon in seinen 30er Jahren auf, nicht erst mit 70.

Wir müssen das gesamte Verkehrssystem verändern. Es wieder zur menschlichen, sozialen, kulturellen Verantwortung bringen.

Wohn-Bereiche müssen wieder zum Wohnen geeignet werden. Dafür gibt es viele Beispiele - meist in anderen Ländern.

Warum so wenige bei uns? Jedes Auto hat doch einen Navi - also kann man ganze Viertel in Fußgänger-Netze von Sackgassen umstrukturieren. Und Innenstädte sind „gebaute Museen“ - ganz richtig: Museen bewahren Schätze auf, die sonst von Aggressoren und Ignoranten weggeworfen werden. Museen sind profund Anreger

zu ökologischem Denken.

In der Siedlung Eisenheim sind - einzigartig in der Welt - auf rund 100 umfangreichen Tafeln mit Oral History die Erfahrungen von Menschen vor allem von Alten dargestellt. Die vielen Touristen, die jedes Jahr kommen, schätzen dies über die Maßen.

Resümee: Es wird Zeit, viel Unsinn in der Gesellschaft zu beenden. Die Parteien sind aufgefordert, das Mobilitäts-Problem besser zu durchdenken und erheblich erweitert zu denken.

Der vorliegende Fall hat gezeigt, wie unfähig Leute sind, die das System bilden: Sie können nicht mit Problemen umgehen.

Ich resümiere einige dieser Defekte.

Wenn jemand eine Fehlentscheidung trifft, folgen ihm in der Regel nahezu alle weiteren Instanzen. Keine ist willens und fähig zu sagen: Halt, da ist etwas schief gelaufen, wir müssen darüber nachdenken!

Rechthaberei ist eine der verbreitetsten Einstellungen. Vor allem in Ordnungs- und Regierungs-Ämtern. Sie rangiert meilenweit vor dem Nachdenken über Kontroll-Notwendigkeit und Kontroll-Aufgaben.

Menschliche Fragen spielen nahezu keinerlei Rolle. Sie ins Spiel zu bringen ist in Ordnungs- und Verwaltungs-Bereichen unmöglich. Warum? Sie stellen das Festhalten an gängigen, durch Bequemlichkeit und Unbeweglichkeit gekennzeichneten Rastern in Frage.

Zweifel sind in solchen Systemen nicht eingeplant. Daher verhalten sich alle Instanzen in einem übergreifenden Konsens gleichermaßen stur und bestätigen fast immer was fehl gelaufen ist. Selbst wenn es noch so falsch ist. Dann nennt man die kritiklos blinde Hinnahme pragmatisch.

Jemanden mit dieser Prägung umzustimmen ist erscheint unmöglich. Wenn sich jemand in einer Schule dermaßen festbetoniert verhalten würde, was geschieht mit ihm? Er macht keine gute Karriere. Aber wie im vorliegenden Fall ist jeder und jede Instanz felsenfest betoniert, alles richtig gemacht zu haben - auch wenn alles durchgehend falsch ist.

Über Recht und Unrecht entscheidet meist nahezu der erste Augenblick, in dem ein Fall auf den Tisch kommt. Dies ist in der Regel ein Bauch-Entscheidung, geprägt von einer lebensweltlichen Erfahrung, die nur selten in Frage gestellt wird. Solche Leute sind methodisch unfähig zu irgendeiner begründbaren Entscheidung. Sie haben nicht gelernt, mal einen Schritt zurück zu treten und zu fragen: Hopppla, was ist denn das? Ist das wirklich so wie ich zuerst dachte. Dies ist eine der wichtigsten Grundlagen für Wissenschaftlichkeit. Sie müßte in jeder Art von Ausbildung gelernt werden. Dies ist jedoch nicht vorgesehen - was dann jedoch die mangelnde Qualität der Ausbildung zeigt. Aber von Wissenschaftlichkeit, was zumindest die traditionell Grundlage allen Verwaltens ist, kann weder in höheren wie niederen Chargen die Rede sein.

Alle nachfolgenden Instanzen, an die der Fall weiter geht, haben dieselbe Wissenschafts-Ferne. Meist sind sie auch noch stolz darauf. Denn sie haben einen im Grunde archaischen Gebrauch von Autorität. Dies lassen sie sich nicht in Frage stellen. Ein Polizist sagte mir: Sie wollen diskutieren. Das ist Widerstand gegen die Staatsgewalt. Was hat der Mann an Vorstellung über Diskussion, Staat und Gewalt. Welche Ordnung hütet denn so jemand?

Gewiß nicht die demokratische, denn da müßte er nicht nur sich selbst, sondern auch einen Bürger ernst nehmen. Diskussion ist eine der Grundlagen der Demokratie.

Ein zentrales Verhaltens-Muster war die Bequemlichkeit. Niemand hat sich in irgendeinen Punkt des Falles angemessen verhalten. Es zeigt eine totale Abwesenheit von Problem-Erkenntnis. Eine totale Ignoranz dafür, daß es sich nicht um einen simplen Fall handelt. Und die Unfähigkeit, das jeweilige Amt in halbwegs aufgeklärter Weise zu führen.

Es fällt auch auf, daß es an keiner Stelle auch nur zu einem Ansatz von Diskussion kam. Die Polizisten nahmen den Versuch bereits "krumm." Der Polizeipräsident ging auf nichts an Sache seinem Brief ein. Einzig mit den beiden Frauen in der ersten Phase konnte man diskutieren - aber sie wurde überhaupt nicht ernst genommen.

Weiterhin fällt auf, wie mit dem Stichwort Beweis umgegangen - in sämtlichen Stationen. Beweise spielten keinerlei Rolle. Es ist hoch interessant alle Stationen durch zu gehen. Im Fall des Fake gab es nur Behauptungen. Vor Ermittlung konnte keine Rede sein. Es wurde zudem plump versucht, Beweise zu fälschen. Der Amtsleiter erfand einen Sachverhalt (gegen die Richtung gefahren), den er ohne irgendeinen Beweis behauptete.

Es gab zu keinem Zeitpunkt eine Transparenz. Protokolle wurden nicht zum Gegenzeichnen vorgelegt. Kein einziger Verfahrens-Schritt wurde schriftlich begründet.

Selbst vom eigenen Anwalt gab es kein einziges Schriftstück. Wie hat er denn argumentiert?

Total im Nebel blieb, was das Amt und dann das Rechtsamt der Stadt dem Gericht vorgetragen hat.

Die Schrift der Gegenseite - wenn es überhaupt eine Schrift gab, wurde mir nicht übermittelt.

Es gab Fehler ohne Ende - aber es war doch gerade die Aufgabe, auf die Klage des Bürgers hin, dies zu untersuchen. Das Verwaltungsgericht hat sich dieser institutionellen rechtswidrig völlig entzogen. Und dann auch noch autoritativ und ebenso rechtswidrig gesagt: Dieser Bürger darf auch keine zweite Instanz anrufen? Mal schauen, ob der Europäische Gerichtshof eine solche Praxis hinnimmt.

Wenn das Justiz sein sollte, dann gab es keine Justiz. Kein Akten-Studium. Die Ablehnung, auf das Thema überhaupt einzugehen: die Kontrolle der Verfahrens-Schritte. Der Fall zeigte: der Bürger stellte einen Anspruch an Justiz, aber er wurde schlicht ausgetrickst.

Das hatte Folgen.

An alle, die in diesem Fall tätig/untätig/verantwortlich sind.

Forderung auf Wiedergutmachung eines immensen Unrechts: Rückgabe der unrechtmäßig eingezogenen Fahrerlaubnis für Prof. Dr. Roland Günter

Er ist der verdienteste Bürger der Stadt mit dem, was er alles für die Stadt getan hat.

Er rettete die älteste Siedlung im Ruhrgebiet Eisenheim und dann tausend weitere mit den Häusern für 500 000 Menschen. Er rettete das Bert-Brecht-Haus, heute Volkshochschule u. a. Er rettete des Stehengebliebene der ersten Hütte im Ruhrgebiet. Er rettete das alte Stadtbad, heute eine berühmte Kleinkunstbühne, Er schrieb 70 Bücher.

Bei ihm bedankte sich der Intendant der IBA Emscher Park, Prof. Karl Ganser, Abteilungsleiter im Ministerium, für die vielen Vorlagen, die er von ihm bekommen hatte. Für die IBA schrieb er das berühmte Ruhrgebietsbuch "Im Tal der Könige," das mit seinen vielen Auflage für die Region imageprägend war - als sie tief unten lag, Regierungschef Johannes Rau schrieb dazu das Vorwort. Von ihm stammt die Geschichtsschreibung seines Orte als

Industrie-Stadt - ein Pionierwerk der Geschichtsforschung. Er brachte ersten Industrie-Bauten unter Denkmalschutz und prägte die Philosophie der "Industriekultur," die einen Triumphzug in Europa hatte - man konnte endlich etwas Kulturelles anfangen mst der Industrie-Epoche.

Er ist seit über 20 Jahren emeritiert und arbeitet jeden Tag 8 Stunden - zur Zeit erneut an zwei 500-Seiten-Büchern. Er ist bundesweit bekannt, weil er den Vandalismus gegen historische Bauten und Stadtviertel zum Stoppen brachte, vor allem in Zusammenarbeit mit dem bedeutendsten Bauminister der Republik Prof. Christoph Zöpel.

Wovon lebt er? Er war 40 Jahre habilitierter Hochschulprofessor, und er lehrte auch als Gastprofessor in mehreren in- und ausländischen Universitäten.

Eine ebenso glänzende Lebens-Bilanz hat er auch als Autofahrer. Immer total korrekt. 50 km/h sind 50 km/h. Stets vorsichtig. Niemals machte er einen Unfall. Nie hatte er einen Punkt in Flensburg. Er besaß eine umfangreiche Fahrpraxis: Als Wissenschaftler schrieb er auch eine Anzahl berühmter Reise-Bücher in Ruhr, Sachsen-Anhalt, Toskana, Marken.

Er ist geimpft. Vor kurzer Zeit noch fuhr er 4000 Kilometer zu seinem Haus im kleinen toskanischen Ort (wo er Ehrenbürger ist) ohne irgendein Problem. Denn so vorsichtig, sicher, umsichtig wie er fährt, könnte er Fahrlehrer sein. Er ist gesund, treibt Sport, war nie krank, ist reaktionsschnell, macht jeden Tag Gymnastik. Er lebt gesund, aucht nicht, trinkt keinen Tropfen Alkohol, war nie betrunken, weil er die Kontrolle über sich selbst schätzt. Er geht zu den Vorsorge-Untersuchungen und möchte seine Ärzte für das Gesundhalten belohnt wissen.

Seine Frau ist seine Mitarbeiterin - bei vielen Bücher. Sie schrieben viel gemeinsam. Sie ist seine inspirierende Muse, mit der er alles bespricht und die ihn anregt. Sie ist in Pharmazie und Sozialwissenschaften ausgebildet, schrieb auch allein eine Reihe von Büchern. Nach drei Stürzen blieben die Schmerzen und Einschränkungen von Wirbelsäulen-Brüchen dauerhaft zurück. Er brachte sie wieder zum Treppensteigen und Laufen. Man hat der Familie das Auto genommen, das traf vor allem sie, der ebenfalls nicht das Geringste vorgeworfen werden kann. Sie ist auf Auto-Transport angewiesen.

Die beiden Schriftstellen gerieten in eine Mühle. Man könnte denken, daß so etwas nur in Romanen auftauchen könnte. Aber nein - hier läuft die Tortur seit nun drei Jahren.

Als sie von Bonn in den 1970er Jahren mit ihren zwei Töchtern (10 und 11) ins Ruhrgebiet umzogen, wurden sie als Symbole gefeiert: denn sie leisteten Hilfe für viele Familien, die Haus, Siedlung, Freunde verlassen sollten, weil ein Konzern mit den Grundstücken und gebauter Öde mehr Gewinne machen wollte. Sie galten als gute Menschen. Als gute Demokraten, die aufrüttelten, sich gegen Unrecht zu wehren, die das Grundgesetz realisierten gegen Sumpfe in den Niederungen der Stadtkultur, die zu purem Verbrauchs- und Gewinn-Denken reduziert wurden.

Drei junge Leute riefen die Polizei an, behaupteten, er sei beim Einparken auf jemanden rückwärts aufgefahren. Es war pur gelogen. Die Polizei behauptete Wahrheit, recherchiert gar nicht oder miserabel. Werkstatt und Eigentümer sagten: Da liegt kein Schaden vor. Ebenso die Versicherung. Der Staatsanwalt, normal mit solchen Kleinigkeiten, nicht befaßt stellte das Verfahren ein - aber die Polizei bestand auf Verfolgung, tat so, als sei doch etwas geschehen, produzierte eine Unkorrektheit nach der anderen - stets kraft Amtes. In Wirklichkeit war es ein Jagdtrieb: als persönlicher Arbeits-Nachweis, als Erfolg, als Tophäe einer Jagd-Kampagne.

Im Grunde verleumdete hier Staats-Beamte einen völlig unbescholteten verdienten Bürger. Sie wollten den Promi zur Strecke bringen.

Man kann im sorgsamem Protokoll des Schriftsteller die vielen Unkorrektheiten der Polizei zählen: Unterstellung, auch Lügen, Unterschlagung von Zeugen, Einführung von Zeugen, die nicht dabei waren, Wiederholungen von bereits Wiederlegtem, unzulässiger, erfolgreicher Einspruch auf Fortsetzung der Verfolgung. Keinerlei Vorlage von angeblichen Beweismitteln.

Und vollständige Abwesenheit von Distanz zu sich selbst (einer Grundlage für Urteilsfähigkeit, vor allem in einem Staats-Amt), kein Gedanke an die Unschuldsvermutung, auf die der total harmlose Professor hingewiesen hatte. Kein Gedanke an Angemessenheit. Da schossen staatliche Gewalt-Kanonen auf einen kleinen Spatz, der nicht das Mindeste getan hat.

Dieser "Er" war aufgewachsen mit einem idealistischen Bild des Nachkriegs-Staates, seiner vorzüglichen Verfassung, einer Erziehung und einem Lebensmilieu, das auf Korrektheit hin sozialisierte, auf Menschlichkeit - nach der (als Kind noch erlebten unfassbaren Grausamkeit).

Und nun kommt er mit einer Nichtigkeit durch eine zur Recherche unfähige Polizei in einen Sumpf von Unkorrektheiten. Als Historiker konnte er natürlich die Zeiten durchbuchstabieren, in denen Obrigkeiten noch weit übler mit ihren Untertanen umgingen. Aber er hatte gelernt - umsonst und fern der vorliegenden Realität - daß wir in der Demokratie leben möchten - Grundrechte dazu haben: daß Polizisten nicht die Stimme heben sollen vor einem Bürger, nicht von oben reden, daß sie freundlich bleiben, erst genau hinsehen, genau beschreiben, zurückhaltend mit dem Urteil sind, auch die Unschuld zur Kenntnis nehmen, sich nicht als Jäger gehen lassen, sondern faire Schlichter sind. Und damit auch gegen historische Erfahrungen demokratische Verhaltensweisen setzen. Denn die Historie der Zunft war stets grausam. Er, der Historiker, könnte dazu Seminare veranstalten.

Das städtische Führerschein-Amt mit Heike Nietz und Carsten Bleckmann spielten mit ihm einen absurden Film. Da kommen neue Fragen ins Spiel. War irgendwie durchgesickert, daß der prominente "Eisenheim-Professor," der Bürger-Aktivist, eine Führerschein-Sache am Hals hat? Auch eine große Stadt mit 220 000 Menschen ist ein Dorf, in dem sich vieles rund spricht. Wer viel Gutes zustande bringt, schafft sich Freunde - aber auch Feinde. Grätschen nun Rechtsextreme da rein, um so einen "fertigen zu machen"? Haben Leute, denen gesellschaftsfeindliche Spekulation mit stadtzerstörenden Abrissen aus der Hand geschlagen wurden, Rechnungen offen?

Das Amt will so wenig wie die Polizei erkennen, daß da keinerlei Fehlverhalten vorliegt - es verhält sich so als sei das Fake kein Fake gewesen. Es läßt in 5 Minuten-Audienzen seine Verteidigung nicht gelten, auch nicht die seines Anwalts, es unterstellt und unterstellt, sagt höhnisch, alle Menschen sind gleich. Dieser antwortet, dafür haben wir jahrhundertlang gekämpft, aber jetzt sollten sie auch mich gleich behandeln und mich schützen. Dies geschieht nicht. Als dem Amt die Argumente ausgegangen waren, wollte es schon einstellen, aber die Polizei - in drei Teufels Namen - widersprach. Erneut setzte sich gegen alle Vernunft die Kameraderie - "durch - eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Das Amt machte weiter.

Es blieb kein Argument, aber eine Teufelei, die wohl schon öfter gemacht wurde - mittelalterlich, anachronistisch vor aller Rechtstaatlichkeit: Sie müssen zum Gutachter MPU - im Volksmund Idiotentest.

Dafür gab es keinen Anlaß/Vorfall und keine Begründung. Das ist so als ob jeder noch einmal sein Abitur nachholen müsse - nur so, weil man Zweifel habe, es wird einfach behauptet.

Die MPU ist eine Falle. Jeder fällt durch. Sie ist unkontrollierbar. Fachlich höchst umstritten. Als Monopol des TÜV dürfte sie europarechtlich überhaupt nicht zugelassen sein. 830 Euro kostet der Tag - ein Geschäftsmodell des privaten TÜV.

Die MPU ist geschaffen, um dem Amt unter die Arme zu greifen, das keine Beweise hat - so kann man jeden reinlegen - und dies mit dem Anschein der Wissenschaftlichkeit. Mit dem Straßenverkehr hat diese Prüfung nichts zu tun, sie besteht aus Psychotricks, die auch für die Praxis unerheblich sind.

Er ist intelligent durchschaut das Spiel, weigert sich, hinzugehen: Ich bin total schuldlos.

Es muß nach Grundgesetz gelten: keine Schuld - keine Strafe.

Aber dann wird das Grundgesetz mit der Rechtsstaatlichkeit vom Städtischen Amt und von allen folgenden Instanzen, einschließlich der Justiz, mit Füßen getreten. Man möchte nicht denken, sich nicht einlesen, nicht argumentieren, keine Arbeit haben - für ihn gibt es keinerlei Schutz. Nur einmal ein bißchen Mitleid - vom Oberbürgermeister, aber mit Zusatz, erkönne leider juristisch nichts für ihn tun.

Der Oberbürgermeister wurde angerufen. Er reagierte sehr spät. Er hätte den Ablauf schon früher und dann auch noch jederzeit stoppen können, ja müssen. Er muß auf eine Bürger-Intervention - auch nach einem höchstrichterlichen früheren Urteil - zumindest antworten. Sinnvollerweise auch mal einen Dialog führen.

So ein Oberbürgermeister steckt in einem System - solange er das glaubt. Er meint, er dürfe seine Rolle als Chef der Verwaltung - mit seinem Namen werden sämtlich tausende von Schriftstücken der Stadt unterzeichnet - nicht wörtlich nehmen. Was denn sonst? Er kann sich aus dem operativen Geschäft weitgehend heraushalten - aber nicht aus Prinzip, sonst muß er zurück treten. **Er kann einzelne Fälle an sich ziehen, zumindest überprüfen - zum Beispiel diesen. Er kann sagen: Das Amt muß die Sache ohne Gutachten beurteilen, vor allem, wenn große Zweifel an einem solchen Gutachterwesen bestehen. .**

Wie sieht es aus mit der Korrektheit? Dem kann das Amt zunächst selbst nachgehen - notfalls auf Anweisung vom Stadt-Chef. Ist das Amt parteiisch verbraucht, bedarf es umso mehr der Intervention eines Dritten. **Der Ablauf wurde in diesem Fall minutiös protokolliert vom Betroffenen, einem Schriftsteller.**

Rechtliche Frage: Die Beurteilung muß das Amt selbst fällen. Es braucht das Amt kein zusätzliches "Gutachten", das dann dafür ("Keine Schuld - keine Strafe!") sogar unzulässig ist weil vorgeschoben wurde, um faktisch das Urteil, das ihr nicht zusteht, zu fällen. Juristen nennen es eine unzulässige "Umweg-Bestrafung." Dies ist hoch umstritten und nicht legal. Vor allem mit einem hohen Preis: mit lebenslängliche Einschränkungen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wurde im ganzen Verfahren völlig mißachtet.

Dies festzustellen, müßte für einen Bürgermeister, auch wenn er sich lieber auf Repräsentation zurück zieht, selbstverständlich, einfach und fair sein. Bei einem solchen Fehlverhalten eines Amtes muß er eingreifen.

Die Frage ist auch: Wie unfähig und vielleicht sogar absichtsvoll übelwollend sind seine Berater im Rechtsamt, vor allem die Juristen.

An diesem Fall sieht man: **Wir haben zwar auf dem Papier ein wunderbares Grundgesetz und viele gute Gesetze, aber in den Niederungen, oft Praxis genannt, funktioniert gar nichts.**

Der Fall zeigt eine Kette von Fehlern und weil sie absichtsvoll gemacht wurden, kann man sie Korruption nennen. Was sonst wäre Korruption. Man kann auch noch im Dunkel einiges mehr vermuten, denn warum wird so ein Fall auf Teufel komm raus, mit dem begleitenden Teufel durchgeritten - den man schon in seiner ersten Phase einstellen mußte. Dahinter steckt doch zweifellos mehr - was sich später eines Tages herausstellen wird. **Das nennt und nicht nur der Schriftsteller Kollege Kafka man dann Sumpf.**

Der Oberbürgermeister ließ kommentarlos passieren und fiel also als Kontroll-Instanz aus.

Er schickte einen höflichen, sogar rührenden Brief. Darin anerkannte und lobte die bedeutenden Verdienste des Mannes, mit dem er sogar Mitleid empfand - aber in der Sache könne er nicht helfen.

Der Oberbürgermeister hätte auch später noch helfen können, auch heute noch. Mit

einigen Sätzen: Es geschehen Fehler. In der Demokratie sind viele Fehler auch zumindest als Fehler rückgängig zu machen. Dies gehört zum System der Demokratie - wenn das Papier nicht Makulatur sein soll. Die Stadt kann verfügen: **Wir haben und in der Einschätzung der Sache geirrt. Wo keine Schuld ist, darf es nach dieser Feststellung auch keine Bestrafung geben. Die Verfügung, daß ein MPU-Gutachten gemacht werden soll, ist unbegründet - es muß nicht gemacht werden. Die Verfügung des Führerschein-Entzugs wird aufgehoben. Ein neuer Führerschein wird ausgestellt. Wir bitten um Entschuldigung.** Unterzeichner: entweder der Amtsvorsteher Carsten Bleckmann oder der Oberbürgermeister Daniel Schranz.

Damit hätte der Oberbürgermeister nicht nur das entgleiste Verfahren wieder in eine rechtstaatliche Ebene gebracht, sondern er hätte sich darüber hinaus hohes Ansehen in der Gesellschaft erworben - und nicht zuletzt auch vor sich selbst.

Die nächste Instanz : Das Gericht. Er ging zum Verwaltungsgericht nach Düsseldorf. Seine Klage hieß: Das ging doch nicht mit rechten Dingen zu. Bitte prüfen sie den Ablauf. Es dauerte erstmal ein halbes Jahr bis er einen Termin erhielt. Aber er war nicht einmal geladen, nur sein Anwalt. Von ihm sah er keinen Schriftsatz. Am Verhandlungstag erhielt er in der Küche seiner Wohnung ein Telefonat. Vom Anwalt aus dem Gericht. Die Richterin sagte, ich biete einen Vergleich an, wenn Sie nicht zustimmen, haben sie den Prozeß verloren. Wenn Sie zustimmen gewinnen Sie die Hälfte der Kosten zurück und es kostet nur die Hälfte der Honorare. Der Vergleich bestand aus drei Sätzen. Der letzte schloß Prozessieren in einer nächsten Instanz aus. Zwei Minuten haben Sie Zeit.

Er ist fassungslos. Als gebildeter Mensch, mitteleuropäisch erzogen, verfügt er über etliches an Logik und Rechtskenntnis. Dies sollte alles vor Gericht nicht gelten - wo leben wir denn? Sollte Justiz denn nicht ihre Aufgaben erledigen?

Er hatte eine präzise Klage erhoben. Aber die Richterin scherte sich darum überhaupt nicht. Nach dem Bericht des Anwalts hatte sie die Akten, die der Professor geschickt hatte, wohl überhaupt nicht gelesen. Ob sie irgendwelche Akten von der Beklagten, dem Führerschein-Amt angefordert und gelesen hatte, blieb unklar. Der Stadt-Rechtsrat hatte etwas gesagt - natürlich die Version des Amtes.

Die übliche Prozedur: Die Richterin will sich keine Arbeit machen. Akten lesen kostet Zeit. Dann folgt die Erpressung mit einem Vergleich. Sie muß kein Urteil schreiben, was sie Stunden kostet, 5 Sätze sind rasch diktirt. Wie kann sie sagen, daß er den Prozeß verliert, wenn er kaum angefangen hat? - das läßt sich doch nicht ohne Akten-Lesen und Erörterung sagen. Ausrede: So machen es viele Gerichte. Dies aber ist kein Argument. Den Kern der Sache hatte sie völlig ignoriert.

Die Richterin sagte nicht, wer Recht oder Unrecht hat. Es lag nichts gegen ihn vor, er war also nach wie vor unschuldig. Aber sie stellte ihm die Falle auf: Wenn ich die MPU, also den Idioten-Test macht, erhält er den Führerschein wieder.

Der Anwalt sagt, er sei doch so intelligent, daß er den Test bestehen würde. Nett gesagt, aber naiv - er ist die Falle, niemand besteht ihn. Das heißt: Führerschein weg. Er sagt: Gestohlen!

Und er sagt weiterhin: **Ich habe nicht vor, nach 150 Bürgerinitiativen meinen aufrechten Gang aufzugeben.und damit meine Würde nach dem ersten Satz des Grundgesetzes zu verlieren.** Ich habe mich vor ungerechten Obrigkeiten nicht gebückt, und ich werde es auch nie tun - egal, welchen Preis ich dafür bezahle. Den Preis erhaltet ihr nur durch würdelose Macht.

Er schreibt dem Innenminister NW Herbert Reul. Beigelegt: Rund 80 Seiten zum Vorgang und Korrespondenz. Mit der bitte um Prrüfung, ob dies mit rechten Dingen zugeing. Ob es sich um rechtsradikale Intervention handle. Was überall möglich ist. In der Frankfurter Rundschau, die der Absender täglich liest, steht in jeder Ausgabe ein Artikel über Polizei-

Gewalt.

Er hat inzwischen viel Geduld. Nach Monaten ist vom Innenministerium nicht einmal eine Bestätigung des Posteingangs angekommen. Er fragt, ob es die neue Strategie des Regierens ist - in zwei Worten ausgedrückt: Schweigen und Aussitzen.

Dies war - zur Erinnerung - stets die Regierungsweise alter Regime: Schweigen und Nichtreagieren. Damit meinte man, daß es den Untertanen nicht zustehe, von den Höheren, von der Regierung eine Antwort zu bekommen. Geheimes Regieren - heute immer noch. Regieren als Eigentum der Obrigkeit - sie kann damit machen, was sie will. Genau dies wollte Demokratie doch abschaffen.

Es ist ein Test darauf, wieviel Prozent demokratisch jemand oder eine Einrichtung ist.

Es ist schade, daß Heinrich Heine diese Sache nicht kennen konnte. Heine ist ein interessantes Beispiel für einen Menschen, der keinerlei Position, Einfluß, Macht hatte. Er hatte nur das Wort - ähnlich wie er, der Getroffene, als Schriftsteller.

Die Wehrlosigkeit kostete ihn 3 000 Euro. Und viele Zukunftskosten kommen noch dazu. Ohne Schuld - aber Strafe. Aber das sollen viele Menschen wissen, daher kann man dieses Zeit-Dokument im Internet überall lesen. Es soll den Märchen-Onkels ihre Geschichten weniger brauchbar machen.

Prof. Günter sagt: Die Leute, die mich beugen wollten, können es nicht wirklich. Ich behalte meinen aufrechten Gang und meine Würde, ich gebe weiterhin Menschen, die sich gegen Unrecht wehren. meine Ratschläge.

Ich nähme keinen staatlichen Orden an von einer Obrigkeit, in Hinsicht auf Rechtstaatlichkeit so fehlerhaft funktioniert wie es dieser Fall zeigt. Es könnte mir vielleicht gefallen, wenn eine justische Fakultät auf den genialen Einfall käme, unbeugsamen Prof. Dr. Roland günter die Würde eines Ehrendoktors zusätzlich seinen vorhandenen beiden Doktoraten zu verleihen.

Einer in der Kette hätte wenigstens sagen müssen: Stopp. Nachsehen. Schutzlosigkeit.

Der Fall ist ein Brechtsches sozialwissenschaftliche Experiment.

Es handelt sich hier um Verbrechen, denn solche Lebens einschränkungen für einen total Unschuldigen zu verhängen, ist hohes Unrecht.

Der Professor weiß, daß es jetzt eine Litanei von Versuchen gibt, die es klein reden. Du kommst damit zurecht! Es gibt eben Pech und Glück. Es ist nun mal verfügt. Von einer Macht des Staates, die ihm in dieser Weise überhaupt nicht zusteht. Menschen machen halt Fehler. Aber sonst ist alles in Ordnung. Keineswegs. Es gibt viele Ähnliche. Weil der Fall im Internet steht, schreiben Bürger.

Es sind zwei Generationen bedroht. Und weitere werden es in absehbarer Zeit sein.

Der Professor liest täglich in der von ihm abonnierten Frankfurter Rundschau einen Artikel über die Polizei - mit vielfältigen Übergriffen.

Frage: Hat man inzwischen auch mal abgehört, was sich in der Polizei in Oberhausen abspielte, als man den Professor wegen eines (widerlegten) Fakes das Führerschein-Verfahren anhängte.

Es kann gut sein, daß dies in einer rechtsradikalen Chat-Gruppe in die Wege geleitet wurde. Aus der Sache selbst ist die Entziehung des Führerscheins nicht ableitbar. Es muß jemand von Außen eingegriffen haben. Um einem Bürgerrechtler "mal richtig Schaden zuzufügen."

Leute, Ihr habt in einigen Städten Polizisten abgehört, die extremrechte Gespräche mit Kollegen geführt haben. In Essen. In Mülheim/Ruhr. In Frankfurt. Die Frankfurter Rundschau berichtet jede Woche, oft mehrmals.

Es wurde mit Sicherheit auch in Oberhausen Polizei abgehört. Schaut doch bitte mal da rein, ob Oberhausener Polizisten in dem vorliegenden Fall tätig waren.

Wenn man als Polizei jemanden wie ein jagbares Tier drei Jahre lang durch den beschriebenen Prozeß durchdrischt und es dabei in vielfacher Weise nicht mit rechten Dingen zugeht, liegt der Verdacht sehr nah, daß dabei so etwas auch im Spiel ist. Keine Schuld und dennoch Strafe ! Das liegt weit neben dem Grundgesetz.

Es kann sehr wohl eine rechtsextreme Tat sein, einen Bürgerrechtler abzuschießen - mit vielen Folgen für sein Leben.

Der Fall liegt auch beim Innenminister Herbert Reul NW - aber hüllt sich in Schweigen. Er ist der oberste Verantwortliche für die Polizei. Befinden wir uns auf dem Boden des Grundgesetzes? Darf man so mit einem Bürger umgehen.

Der Bürger darf, wenn das Grundgesetz ernst genommen wird, auch um Schutz ersuchen. Hier wurde jemand nicht geschützt, sondern in vielfach unredlicher Weise herein gelegt.

Prof. Dr. habil Roland Günter

Derzeit in Anghiari/Toskana, Via delle Mura di sopra, 13.

25. Juli 2021

Herrn Oberbürgermeister Daniel Schranz gewidmet - zu zivilem Nachdenken als Mensch, in seiner Funktion als Oberbürgermeister, vielleicht auch noch als Christ,

von einem seiner Bürger, der im Sommer stets drei Monate lang in die Toskana flüchtet, dort Ehrenbürger einer Stadt ist, den Mythos deutscher Korrektheit,

deutscher Rechtlichkeit, deutscher Verwaltung gründlich widerlegt.

Er arbeitet hoch oben in seinem Turmhaus in der Altstadt tagtäglich an seinem 600-Seiten-Bauhaus-Buch und genießt - trotz allen Widrigkeiten - das Leben.

Er vermeidet Ärger, weil Ärger sich selbst frißt, aber er verzichtet nicht auf eine Wut im Sinne Michelangelos (der übrigens im Zufluchts-Ort geboren wurde).

Wenn der Bürgermeister durch Schweigen und Aussitzen weiter regiert, ist dies Stoff für einen Schriftsteller. Von solchen Leuten weiß man ja, daß sie über einige Fähigkeiten verfügen, Menschen unsterblich zu machen – so oder anders.

Polizei-Chat – auf Punkt und Komma genauestens abgeschrieben:

Frankfurter Allgemeine (FAZ) vom 19. Juli 2021. [Schlagzeile] Beuth duckt sich weg.

Von Marlene Grunert.

„Immer wieder hatte es geheißt, die Vorwürfe gegen die hessische Polizei würden sich schon noch als haltlos erweisen. Das lässt sich spätestens seit Dienstag nicht mehr sagen. Da stellte die Expertenkommission, die vom Innenminister Peter Beuth, CDU, eingesetzt worden war, um den Umgang mit Fehlern zu untersuchen und ein neues Leitbild für die Polizei zu erarbeiten, ihren Abschlußbericht vor. Und sie gewährte drastische Einblicke.

Erstmals wurde bekannt, welche Inhalte in den Chats ausgetauscht worden waren, die seit 2018 aufflogen. Polizisten schickten einander ein Foto des Vernichtungslagers Auschwitz zu, versehen mit den Worten: „Dies ist eine Judenherberge“. Unter einem anderen Bild war ein lachender Adolf Hitler zu sehen, der auf einen rauchenden Kamin zeigt. Darüber: „Da geht eine jüdische Familie dahin.“ Unter dem Bild von einem Häufchen Asche stand geschrieben: „Ein kleines jüdisches Mädchen“, dazu sexuelle Gewaltfantasien. Auch ein Bild des ertrunkenen Alan Kurdi kursierte, versehen mit einem Rüden, der den toten Flüchtlingsjungen besteigt,

Polizisten würdigten Menschen herab, verherrlichten den Nationalsozialismus und wünschten Flüchtlingen den Tod. Jerzy Montag, der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, beschrieb auch einen „eliminatorischen Frauenhaß.“ Der Anwalt und frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen sprach von Bildern, „die einem den Atem nehmen.“

Die Chatnachrichten sind schon für sich genommen skandalös, erst recht in Deutschland. Hinzu aber kommt: Sie wurden von Vertretern der Staatsgewalt verschickt. Es waren Polizeibeamte, die der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch Eid verpflichtet sind und Bürger beschützen sollen. Bis zu 136 von ihnen beteiligten sich in den 47 Gruppen, gegen etwa 100 wurde ermittelt, „Keinen einzigen Beleg“ gab es laut der Kommission dafür, dass auch nur Widerspruch erhoben wurde. Ein strukturelles Problem läßt sich da nicht länger leugnen – was nicht heißt, daß die Mehrheit der hessischen Polizisten Antisemiten und Rassisten sind.

Die Chats waren nur einer von mehreren rechtsextremen Vorfällen in der

hessischen Polizei. Zuletzt kamen Chats im mittlerweile aufgelösten Spezialeinsatzkommando hinzu. Die Vorsitzende der Expertenkommission, Angelika Nußberger, sprach deshalb - etwas beschönigend – von einem „kritischen Moment“ für Hessens Polizei. Der von ihr geforderte „Neubeginn“ ist notwendig. Die Überprüfung von Polizeianwärtern beim Verfassungsschutz, wie sie die Kommission vorschlägt, ist sinnvoll, eine unabhängige Kontrolle polizeilichen Fehlverhaltens unerlässlich.

Doch vor allem muß das eklatante Versagen von Vorgesetzten ein Ende haben. Die Ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen. Es brauche eine „gänzlich neue Führungskultur auf der unteren und mittleren Vorgesetztenebene“, sagte Beuth kürzlich. Wiederholt sagte er auch, die Polizei habe noch viel Arbeit vor sich. Nur sie? Die Verantwortung trägt letztlich der Minister. Der aber hat sich in den vergangenen Jahren vor allem weggeduckt – so als stünde er in unangenehmen Momenten nicht über, sondern neben der Polizei.“

Rechtsextremer Anschlag von Polizei und Führerschein-Amt gegen Bürgerrechtler?

Das Vorgehen und Verfahren von Polizei und Ämtern gegen Prof. Roland Günter, um ihn schließlich, obwohl total schuldlos, mit Führerschein-Entzug zu *bestrafen*, ist voller Unkorrektheiten und Gesetzes-Verstößen der Staatsgewalt. Daher liegt der Verdacht auf der Hand, daß es sich um einen rechtsextremen Handstreich gegen einen weit bekannten und geschätzten Bürgerrechtler handelt, der oft gegen Korruption, Zerstörung von Monumenten, ja ganzer Stadtviertel, Häuser-Spekulation eingetreten ist. Man kann sich die Geschichte, die nun 4 Jahre läuft, kaum anders erklären.

Auslöser war ein Fake, an dem nachweislich nichts dran war.

Die Polizei ermittelte nicht, beschuldigte jedoch wahrheitswidrig. Dann nahm alles seinen Lauf. Das Führerscheinamt bestrafte den Bürgerrechtler ohne irgendeinen Schuldbeweis dafür, daß er sich weigerte in die Falle MPU zu gehen, die hoch manipuliert ist, für die es keinen Anlaß gab und die als willkürliche Bestrafung eingesetzt wird, wenn rechtlich nichts vorliegt.

In simpler „Kettenreaktion“ winkten sämtliche Behörden einfach durch, einschließlich der Verwaltungsjustiz, die sich wiederrechtlich mit der Klage auf Untersuchung nicht beschäftigen wollte.

Das Ende: lebenslänglich: Altersdiskriminierung – vielfältige Lebens-Einschränkungen – ein halbes Berufsverbot.

Das rechtsextreme Ziel scheint erreicht zu sein: seit drei Jahren ist das Opfer zur Strecke gebracht.

Wie sich alle Beteiligten, vor allem Polizisten, dabei verhielten, kann man nachlesen im sorgfältigen Dossier, des Wissenschaftlers und Schriftstellers Prof. Dr. habil Roland Günter auf inzwischen 140 Seiten

im Internet unter www.Roland-guenter-werke.de/Altersdiskriminierung.

Und: www.werkbund.initiativ.de/Altersdiskriminierung.

Der Fall hat eine „Bürgerinitiative gegen Alten-Rassismus/Altersdiskriminierung“ angestoßen, die nicht nachläßt und Kreise zieht.

16 weitere Seiten zum bislang 120 Seiten langen Internet-Buch über Altersdiskriminierung

Unschuldig.

Das einzige, das ihm der Amtschef Bleckmann vorwirft:

DAß ER NICHT IN DIE eigens für ihn beabsichtigte FALLE HINEIN GEGANGEN ist.

DENN DARIN WIRD HOCHGRADIG MANIPULIERT. SO GUT WIE NIEMAND BESTEHT die MPU.

Sie hat mit der Straße nichts zu tun. Was will sie von ihm? Ihn reinlegen.

„Ich trinke nicht, ich rauche nicht, nehme keine Drogen, ich bin ich bin nicht unbeherrscht, meine Reaktionen sind gut, ich bin kerngesund, als Schriftsteller muß ich intelligent sein. Charakterlich kann mir niemand etwas vorwerfen – macht auch keiner. Also?“.

SO ETWAS KANN MAN IN EINEM EINFACHEN GESPRÄCH FESTSTELLEN,

DAZU BRAUCHT MAN KEINE FALLE WIE DIE MPU,

DIE AUCH NOCH EINE SOZIALE STIGMATISIERUNG DARSTELLT.

Womit man einen schlechten Ruf angehängt bekommt.

IM VOLKMUND heißt die MPU „IDIOTENTEST“ –

damit kann man in der Gesellschaft unmöglich gemacht werden.

Man darf eine Wiederholung eines ursprünglichen Examens nicht fordern, denn dazu gab es nicht den mindesten Anlaß.

Ohne Anlaß keine Falle. Aber Amtsleiter Carsten Bleckmann stellte das Grundgesetz und den Rechtsstaat auf den Kopf.

Wo keine Schuld ist, durfte er keine Strafe verhängen – auch nicht indirekt.

Man stelle sich mal vor, wir würden den Bürgermeister auffordern, bevor er morgen weiter regiert, müsse er sein Abitur,

oder sein Staatsexamen noch mal machen. Einfach so. Weil das jemandem gefällt. Und auch auch noch in einer fachlich umstrittenen INSTITUTION.

Ohne ein solches Gutachten, für das es nicht einen einzigen Anlaß gab, keine falsche Reisekosten-Abrechnung, kein nachweisbarer Verwaltungs- Fehler.

Man stelle sich vor, gegen Daniel Schranz liegt nichts Justiziables vor,

ABER TROTZDEM MÜSSE ER SEINE PRÜFUNGEN WIEDERHOLEN.

Würde er sich weigern?

- Ja, selbstverständlich.
- Warum weigert er sich?
- Man würde ihm gut zureden: Mach es doch! Du bist dazu schlau genug.
- Er würde sagen: Das ist voller Unsinn.

- Aber dann darfst du im Amt nicht weitermachen.

Er hätte dieselbe Antwort wie Roland Günter: Dies kann ohne Anlaß niemand fordern.

ABER WARUM WÜRDE ES GEFORDERT?

- Einzig weil wir die Macht haben.
- Ihr seid doch an die Gesetze gebunden.
- Ja ja, sind wir. Aber in diesem Fall auch mal nicht.
- Also ist das völlig illegal.
- Das interessiert uns nicht. Das diskutieren wir nicht.
Wir diskutieren überhaupt nicht.
Wir beantworten keine Briefe. Wir sitzen aus. Wir schweigen.
Wir sind der Staat. Wenn wir sagen „basta!“ dann ist dies basta.
Wir sagen, Sie sind ja hororig, ja ein bekannter Mann,
aber das interessiert nicht, wir machen, was wir machen,
weil wir die Macht dazu haben. - und von so einem Unsinn hat sie niemand abgehalten?
Wir diskutieren das nicht, wir beantworten keine Briefe.
- Aber Sie würden den Bürgermeister, der das Abitur nachmachen soll oder das Staatsexamen ohne Vorfall - doch lächerlich machen.
- Ja, es kann sein, daß wir gerade dies wollen.
Wir haben die Macht.

Jetzt aber Schluß mit lustig. Das ist überhaupt nicht lustig. Gott sei Dank kann niemand dieses lächerliche Spiel mit einem Bürgermeister spielen.

Aber mit einem Bürger wie Roland Günter wird das durchgespielt, auf Teufel komm raus, seit vier Jahren, mit genau diesem absurden Machtanspruch, von Polizei, Amtsvorstehern und so weiter – jeder deckt den anderen und man sagt dazu mit Krokodilstränen „Leider kann ich Ihnen nicht helfen“, niemand in der Behördenkette sagt „Ich empöre mich“ (Stephane Hessel – seine Schrift müßte man kennen, bei Google bitte nachschauen.)

Roland Günter haben inzwischen Hunderte gesagt: Aber so etwas ist doch völlig illegal.

Er hat ihnen geantwortet mit eine Postkarte in der Tasche: Darauf ist mit Spray-Schrift auf einer Mauer sichtbar: „Legal – illegal - scheißegal.“ Macht heißt Macht, weil sie einfach Macht ist.

Dann hat er vielen diesen Brief an den Bürgermeister gegeben.

Der Brief:

Ich ehre die sogenannten EHREN-UNWERTEN nicht,
die Macher der staatlichen Willkür.

Sie nehmen einen total Unschuldigen und bestrafen ihn dennoch.

- Mit 200 Euro Strafe?
- Das wäre ein Peanatz. Nein mit ENTZUG VIELER LEBENS-QUALITÄTEN.

- Für drei Monate?
- Nein, fürs ganze Leben. Er ist alt, wir geben ihm nicht mehr viel Zeit.
Er kann ja bequem zuhause bleiben.
- Das ist GRUNDGESETZ-WIDRIG.
Rechtstaat-widrig.

Die Verfügung des Amts-Vorstehers Carsten Bleckmann auf einem Briefbogen des Oberbürgermeisters Daniel Schranz ist ein Dokument der Zeitgeschichte, das zeigt, wie in Deutschland REGIERT wird:

Mit der Willkür der Macht.

- . . . die wir nun einmal haben.
- BESTRAFUNG FÜR EINEN BÜRGERRECHTLER.
- Endlich kriegt er seine Bestrafung: der Mann, der zeitleben gegen Korruption, Spekulation, Abriß, Kultur-Zerstörung angetreten ist.
- Viele Halunken gehen straffrei aus.

- Vorsicht! Der Bürgerrechtler ist ein Wissenschaftler,
- der kann viele Leichen im Keller identifizieren,
- er ist in der Lage, dazu dicke Kataloge zu schreiben.
Er kann zeigen, wes Ungeistes Nachkommen in Deutschland regieren.
Sie haben eine neue Weise der Legalisierung des Illegalen entwickelt.
- Interessant! Das wäre?
- Wie sie sich untereinander bestätigen.
- Wenn so und so viele das durchwinken,
wird es wie in einer Abstimmung wohl richtig sein.
- ABER MEHRHEIT IST NICHT WAHRHEIT.
Wir haben dies unter vielen Ämtern in internen Besprechungen durchgesprochen.
Niemand stellte sich quer? Niemand sagt: Halt! Stopp! Laßt nachdenken!
- Das hält im Job nur auf!
- Aber ihr habt doch einen Eid geschworen, als man euch den guten Job gab?
Ist da der Bürger mit inbegriffen?
- Ich hab den Eid eben mal vergessen. Ist nicht schlimm. Fällt nicht auf.
- Wirklich?
- Weil sie keinerlei Argument haben, regieren sie durch Schweigen.
Aber sie werden mich nicht los.

Ich stelle sie an den Pranger. Man kann es - www - weltweit lesen, was hier geschieht, wie hier mitten in Deutschland regiert wird.

Wie hier Umweg-Urteile gegen einen Unschuldigen gefällt werden.

- Gegen viele, denn die Fälle wiederholen sich – auch anderswo.
- Überall ist Altersdiskriminierung.
Sie werden den nicht los, der aufschreit gegen die Ruchlosigkeit,

wie man einem alten Mann erhebliche Teile seiner Lebensmöglichkeiten raubt.

An den Pranger auch, daß sich in den Behörden und in der Politik nichts regt,

um das Monopol MPU zu beenden,
eine unkontrollierte Falle abzuschaffen, die jeden reinlegt,
eine windige Heuchelei mit Pseudowissenschaft,
ohne Offenlegung des Verfahrens,
ohne nachprüfbar Begründungen,
mit fadenscheinigen Deklarationen.

- Alle Täter arbeiten Hand in Hand.
Keiner läßt etwas auf den anderen kommen.
- Eine Kette von Unrecht.
Lauter Blamagen für jede Instanz, die durch Schweigen und Durchwinken die vielen Widerrechtlichkeiten und Unkorrektheiten zu Behauptungen von Recht und Ordnung *um*deklarieren.
Willkür von Polizei, Amt und Richter.
Sie bestätigen das Menschenrechts-Verbrechen, das geschieht, ohne ein einziges Argument,
ohne einen Satz, der stand hält vor dem Grundgesetz, dem Rechtsstaat, und der Logik.
Eine Rundum-Blamage für alle.
- Eine Demonstration der Macht.-Mit lebens einschränkenden Folgen.
Eine lebenslange Strafe für einen Unschuldigen.

So blamieren sich Stadt, Region und Staat
im widerrechtlichen Umgang
mit dem „verdientesten Bürger der Stadt“ (Zitat Oberbürgermeister)
statt stolz auf die Fülle seiner Leistungen zu sein.

Er kann sich wie Sokrates fühlen – macht er auch –
nur der Giftbecher wird ihm erlassen,
den manche ihm vielleicht dazu gern gäben,
weil er so viele Spekulanten und Korruptionäre mit Untaten erfolgreich
verhinderte.
Aber den Giftbecher haben die Väter des Grundgesetzes,
die nun woanders leben und die Köpfe schütteln über das Geschehe, nicht mehr
zugelassen.

Mit Staatsgewalt, die noch immer unkontrollierbar gemacht ist, hat schuldloses
Leben eingeschränkt lebenslang.
die Gewalt des Staates, die immer noch vordemokratisch als Staatswillkür auftritt.
300 Jahre kämpften viele Menschen gegen diesen Mißbrauch des Staatswesens.

Da steckt auch noch eine weitere Dimension drin.
Dies ist ein Fall
wie Rassismus nur nicht gegen Hautfarben,
sondern gegen Hautfalten hochläuft -
gegen alte Leute.
Sie haben meist im Arbeitsleben ihre Knochen verschlissen,
aber die Handgriffe eines Autos können sie so sicher bewegen wie stets.

Sie fahren vorsichtig. Vorsichtiger als andere.
Das halten junge, noch lebensunerfahrene Polizisten
in Gemeinsamkeit mit den Besitzern von rasendschnellen Autos
für unzeitgemäß.
Sie schreiben das auf, geben es dem Führerschein-Amt die beweislose Notiz
„Auffälliges Fahren“ – Polizei kann einfach behaupten.
Und das Amt schickt sie zur MPU.

Beweise? Braucht man nicht. Gibt es nicht. Beweis: Was immer ein Polizist sagt,
ist Beweis.
Historiker wissen, wo überall es diese Art Gesetz gab – und heute noch gibt.
Durch deren absurde Mühle der MPU gedreht – unkontrollierbar manipuliert - ,
entkommt keiner.
Wieder wurde einer von der Straße entfernt. JAGD-ERFOLG.

Dafür zahlen die Opfer einem illegitimen Monopolisten auch noch Geld: 830 Euro
am Tag –
Was für eine Gelddruck-Maschine!
Der Arme verliert anschließend noch weitere Tausende, wenn er nicht reich ist.
Wenn er jedoch im Reichtum zu Haus ist, wählt er vielleicht eine orientalische
Methode.

Macht ist immer gefährlich, vor allem wenn sie über Sinn nicht nach- und
vordenken will.
Dann kann sie rasch zum Verbrechen werden.
Machthaber geben ihren Halbwüchsigen einen Computer in die Hand
aber keinen Shakespeare, den größten Kritiker jedweder Macht.
Junge Polizisten suchen Erfolge mit hausgemacht selbstgeschneiderten Gesetzen.

Ausgestattet mit der Magie der Staats-Macht glauben ihnen die Mandarine.
aber sie glauben kaum einem Bürger.
Egal was einer, der Macht in die Finger kriegt,
getan hat, es hat nichts zu fürchten –
noch hat fast keiner jemals Strafe bekommen.

Familien halten zusammen.

Ich spreche italienisch und kann dies auch in dieser Sprache beschreiben.

Macht deklariert gern eigene Gesetze,
egal ob sie Gesetze sind, egal, wen sie verletzen-

Es sind viele, die es trifft wie mich, 1.74 m groß. Nicht vorbestraft. Kein Unfall.
Kein Punkt in Flensburg. Vorsichtiger und daher langsamer Autofahrer.
Diszipliniert, daher blöd, aber sparsam.

Die Fälle werden gesammelt.

Es kann jeden treffen.

Will er, besonders im Alter, halbwegs sicher sein, muß er sich sich unauffällig machen

– das ist bald zu lernen aus China. Auch hier gibt es undurchschaubare Willkür.
Jeder muß sie fürchten, der alt ist
und der einmal alt wird.

Der Staat hat mich nicht geschützt. Er wird auch ihn nicht schützen.

Niemand schützt mich.

Der Staat versucht einen Menschenrechtler auf Umwegen zu bestrafen.

Schaut, wie einerseits scheinbar listig seine Mandarine diese Schutzlosigkeit
in ihrem Gewerbe handhaben – als Erfolge, weil sie nicht wissen, was Erfolg ist.
Dazu müßte man über Sinn nachdenken können.

Aber hatten wir das in der Schule lernen können? Ich erinnere mich nicht.

Es irrt, wer behauptet, daß dies nur in Diktaturen, in China geschieht –
es geschieht auch hier.

Mich werdet ihr nicht los – vor aller Augen klage ich euch an. Polizei.
Städtisches Führerschein-Amt. Verwaltungs-Gericht. Aufsichts-Behörden - ohne
Aufsicht. Ich klage das Regieren mit Schweigen und Aussitzen an.

Der Fall läuft nun seit rund 4 Jahren. Er wird weiter laufen,
bis Ihr zu mir kommt - mit einer Bitte – Ihr seid es, die bitten müssen –
um Vergebung für eine Gewalt des Staates, die Ihr als Monopol habt.

Trotz dieser Mißbräuche an Gewalt des Staates, nehme ich den Kopf nicht
runter, kniee nicht.

Der Alte da oben, hoch oben, soll Euch vergeben wenn ihr dem hoch verdienten
Bürger den Führerschein zurück reicht.

Es werden euch viele anklagen, wenn ihr so weiter macht.

Denn es gibt mehr und mehr Alte, die nicht mehr hinnehmen,
nach einem Leben mit Verdiensten und in Würde auf eure Weise auf Umwegen
geschändet, diskriminiert, bestraft, depressiv gemacht werden.

Ohne jede Schuld, nur weil es euch gibt,
und weil ein launenhafter junger Polizist euch reinlegen will -
und weil alle AUFSICHTSBEHÖRDEN, OHNE DEN WILLEN ZUR AUFSICHT,
dann das faule Spiel mitspielen. Einer deckt den anderen, statt kritisch
hinzuschauen, ob alles wirklich rechtens ist und nicht nur deklariert.

Dieses Fäulnis-Spiel läuft nach demselben Strickmuster wie Rassismus.
Als ich ein Kind war, hatte ich vom Rassismus keine Ahnung, aber ich habe
gesungen:

Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann. Ich wußte nicht, was das war,
Als Jugendlicher dämmerte es mir langsam.

Als Frontmann 1968 arbeitete ich gegen Rassismus – möglichst konkret.

ÄHNLICH WIE RASSISMUS LÄUFT DIE ALTERSDISKRIMINIERUNG.

Das Kind kriegt von der Oma Bonbons und vom Opa zum Geburtstag einen
Schein.

Dem Jugendlichen wird erklärt, er müsse nun für die Rente der Großeltern arbeiten.
Stimmt überhaupt nicht, dafür haben sie selbst 40 Jahre Arbeit geleistet.

Dann werden die Alten zu Schmarotzern erklärt – meist indirekt:

Weil sie angeblich nicht mehr arbeiten. Aber was ist Arbeit?

Die Alten ABER sorgen, trösten, raten, stiften Zusammenhänge in Familien,
Nachbarschaften, Vereinen, verwahren, erziehen, helfen Enkel-Kindern, erzählen
Geschichten, tragen die Erinnerungen mit sich, ganze Zeitalter, vermitteln
zwischen Generationen, geben Lebenserfahrungen weiter, lesen, füllen viele Reihen
von Kultur-Veranstaltungen,
fahren ins Theater, bevölkern die Feste –
tun mehr als manche andere Generation,
damit es auch bei uns – mitten in viel zu viel Isoliertheit und Anonymisierung -
ein wenig nach Gesellschaft aussieht.

Aber sie werden dafür von Menschen bestraft, diskriminiert, entwürdigt,
depressiv gemacht: Euch braucht man ja nicht, ihr funktioniert nicht neoliberal.

Ihr MANDARINE kriegt diesen Staat nur in Ordnung,
wenn Ihr euch selbst in Ordnung bringt –
daß Ihr ruft: Halt, in dieser fatalen Bestätigungs-KETTE MACHEN WIR NICHT
MIT.

DA LÄUFT ETWAS FALSCH, GEHÖRIG falsch,
wir müssen die Verkettung des Unrechts stoppen

wozu es genug Gelegenheiten gibt,

ihr aber schweigt scheinheilig und wascht die Pilatus-Hände in Unschuld,
was euch kein rechtlich denkender Mensch mehr abnimmt.

Wir aber nehmen nicht mehr hin, daß hier sich noch immer ein Staat aufführt wie
im Mittelalter –

mit Willkür

und "Der Staat bin ich".

Weil es eine Ziffer für das Leben gibt, die euch ebensowenig grundlos zu Willkür berechtigt wie die Beurteilung einer HAUTFARBE.

Alter als Makel für Bestrafung von Unschuldigen – da geschieht ein Verbrechen. Und dazu gegen einen Bürgerrechtler.

Ihr werdet ihn nicht loskriegen.

Er hat in 150 Bürgerinitiativen sein Rückgrat gerade gehalten.

Ihr habt nur die Macht

und nichts mehr als einen faulen Trick.

Mit windigen Vorurteilen gegen die Ziffer im Personal-Ausweis, aber wenn ihr damit Recht behauptet,

habt ihr das Recht vor aller Augen selbst mit Füßen zertreten.

Das kann man dann nicht Recht-Staat nennen. Auch wenn ihr noch so tut als ob.

BEGREIFT IHR NICHT, AUF WELCHE STUFE IHR EUCH MIT DIKTATUREN UND KORRUPTEN STAATEN STELLT?

- und wie man auch euch für korrupt halten wird?

Der Mythos, von dem euer Image lange mühsam gelebt hat, ist am Zerbröseln.

In Italien sagt man, wenn ich vom Fall erzähle,

jetzt ist das vorgeblich so korrekte Deutschland auf unserer Stufe gelandet.

Ein Schriftsteller-Bürgerrechtler hat dieses dramatische Geschehen als Zeit-Dokument festgehalten und

stellt es nun - www - weltweit lesbar und für das Weltgedächtnis ins Netz.

Als zeitgeschichtliches Dokument. Stichwort Altersdiskriminierung.

ALTERS-RASSISMUS.

Braucht es erst Schriftsteller dazu, zu sehen, wie es zugeht.

Seid ihr nicht alle angestellt, beamtet, gut bezahlt, sogar vereidigt – DAS ZÄHLT WOHL KAUM MEHR - SOLCHES NICHT ZU TUN,

zu stoppen, abzuwenden, aufheben zu lassen, statt sich unwissend zu stellen, die Hände, besser gepflegt als die ganze Oma, die „überalterte“ – ein böses Wort der Stadtplaner-Sprache.

Immer gepflegte Hände, weil in Unschuld gewaschen

wie damals – an Ostern gibt es nicht nur den Osterhasen, sondern ihr könntet nachdenken, was man mit dem Menschen angefangen hat, der schon lange in vielen Eurer Amtsstuben als Plastik an der Wand hängt – als sterbender Mensch.

Sagt euch das gar nichts mehr? Gibt es keinen Gedanken darüber hinaus?

An eine wachsende Alters-Schicht?

Nun denn! - erwartet nicht, daß man euch als Ehrenwert schätzt.

Ihr habt euch selbst darum gebracht, daß man euch ehrt.

Man wird euch aus dem Weg gehen, als Bürger untertauchen, sich wenig öffentlich

machen, auch deshalb sehen die Straßen so leer aus.
Unscheinbar leben, weil man euch als Gewalt des Staates fürchtet.
So beseitigt man von mehreren Seiten den Rest an Öffentlichkeit
im eigentlichen Raum des Öffentlichen.
So beseitigt man außerhalb des Privaten das Denken in Politeia, in Gemeinwohl, in
stadtkulturell Verantwortung.

Kleine Auslese zum Nach- und Vordenken:
Kurz Holz abladen auf dem Bürgersteig vor dem Haus –
Anruf vom Fenster gegenüber: Nummer vom Ordnungsamt gespeichert, es kann,
ach ja, so vieles noch kommen – man weiß nie.
10 Minuten später stehen da drei Uniformierte.
Die Straße fegen – dasselbe. Drei Uniformierte.
Zwei Stühle vor einem Geschäft – unerlaubt. Ordnungsamt.
Kinder malen mit Kreide Figuren auf dem Bürgersteig. Einschreiten gefordert.
Ein armer Mensch bettelt ein bißchen – Ordnungsamt: Keine Großzügigkeit in
diesem Land.
Einen Bollerwagen stehen lassen – ebenso Anruf zu den Geordneten.
Normal parken – aber Fake mit Touchieren auf 110 durchgegeben – sofort kommen
die Uniformierten und beginnen eine Jagd, in der es nicht mehr um Realität geht,
sondern um ein Spiel an Jagd. Ein gelungener Streich gegen den Nachbarn:
Man wird gegen alles, was ihr tut, mißtrauisch sein,
es werden euch immer weniger Menschen achten geschweige denn lieben.
Wollt ihr so regierungsfähig sein?
Das geht noch in einem Club – nicht mehr in einem Verein, einer Stadt, einem
Land.
Der Vorwurf, daß Menschen euch nichts mehr glauben, diesen Vorwurf schafft ihr
euch selbst.
Geht mal in die Vorstädte und hört euch an, was das Volk sagt.
Schaut euch an, wer euch nicht mehr bestätigen will.
Mit wie wenigen Zustimmenden ihr eure Ämter bekommt.
Zeigt nicht mit den Fingern auf das Volk, das diese Finger nicht mehr ertragen
will.

Polizei als „Freund und Helfer!“ – ein genialer Werbespruch – aber was ich
davon erlebte, war ätzend das Gegenteil: Nicht ermittelt, gefälschte Protokolle zum
Hereinlegen, abwimmeln, Lügen, Zurechtbiegen – drei Schritte vom Fake zur
Wohnung als unerlaubtes Entfernen deklariert, als Fahrerflucht – geht's noch?
Vier Sätze ruhig zuhören – unmöglich. Arroganz, Sprache von oben, Diskussions-
Versuch als „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ behauptet, für alles der
Persilschein von oben, weiter ging die Jagd, schließlich, weil der ganze Aufwand
keinerlei Schuld erbringen konnte, zogen Polizei und Amt die schmierigste Karte
gegen die totale Unschuld: die MPU – da würde man es wohl hinkriegen,
entsprechend zu manipulieren. Halali, das Wild ist tot. Jetzt feiert das mal schön.

Ich bin nicht so dumm, auf diese heuchlerische Falle MPU herein zu fallen. Letzte Karte der Intrige – bar jeder Logik: weil ich mich der MPU-Falle verweigerte, allein deshalb, wurde ich für untauglich zum Autofahren erklärt – das entbehrte jedweder Emirie, Logik, Rechtlichkeit und Anstand. Ich kann es ja. Sehr gut. Ich hab es freiwillig dem Fahrlehrer vorgeführt. Der sagte: Ausgezeichnet.

Aber Bleckmann – sorry Herr Bleckmann – wollte das nicht hören.

Und dann hat er – seine Stimmung blieb undurchsichtig - den Bürgerrechtler mit Lebenserschänkungen auf ewig bestraft.

Polizei und Helfer – NEIN DANKE,

ORDNUNGSHÜTER, DIE UNORDNUNG STIFTEN.

ÄMTER, DIE UNRECHT ALS RECHT DEKLARIEREN - so etwas als Staat-Akt? Schämt sich da keiner?

So einen wie Bleckmann kann man nicht kontrollieren, sagt ein in oberer Amtsposition.

Mag sein, aber man muß ihn kontrollieren, spätestens, wenn so ein Fall auftritt.

Und dann muß man nicht in Unschulds-Wässerchen plätschern, sondern das Recht wider herstellen.

Das ist ganz einfach, aber Gutes ist nur Gutes, wenn man es tut.

Drei Sätze:

- Erstens: der Mann hat keine Schuld.
- Zweitens: alldo darf er nicht bestraft werden. Freispruch – durch und durch.
- Drittens: MPU ist nur ein Gutachten, zu nichts zwingend, das Amt verzichtet darauf.
- Dies wäre juristisch korrekt.

Die Obrigkeiten, die zu all dem schwiegen – also die Mächtigen, die Unrechtmäßigkeit zuließen, machten sich damit zu Komplizen.

Faßt euch an die immer länger werdende pinocckiohafte Nase, mit der ihr euch zu Karikaturen macht.

Nebenan wurde eine Arzt-Witwe umgebracht. Ein Unfall? Eher nicht. Der Kripo sollten wichtige Zeugen-Informationen mitgeteilt werden – zwei Beamte kamen: ohne Papier und Kugelschreiber. Keine Arbeit ist „Saubere Arbeit.“

Euch, die man Obrigkeit nennt, ist offensichtlich eine Lust vergangen, wie die Altersdiskriminung und euer Schweigen, auch die Unwilligkeit des Schutzes für Menschen zeigt, die Lust an Tugenden.

Vielleicht ist die einzige Diskussion nun, wie man Leute zum Schweigen bringt, die jetzt die Alten aufsässig machen, daß sie

die vielfältigen Altersdiskriminierungen – nicht nur in diesem Fall – nicht mehr hinnehmen.

Nach 1945 ist der Rassenwahn, das weiß ich noch aus meiner Jugend, weiter gelaufen, wir sind nur sehr allmählich, dann aber heftig dagegen aufgestanden, wir, junge Leute, Kinder von weißen selbstzufriedenen Erwachsenen, die erst und lange den Kolonialismus zum üppigen Leben ausgenutzt hatten, und inzwischen über die Folgen, u. a. Wanderungen, lamentieren. Ich höre einen Satz – ähnlich wie in meinem Fall: Die sollen sich das doch gefallen lassen.

Das würde die Sache einfach machen.

Aber so lange es das Grundgesetz, die Menschen-Würde, viele Bürgerkämpfer gibt, wird die Sache nicht so einfach laufen. Auch die Intelligenz läßt sich nicht einfach abschalten.

So wird es auch euch gehen - mit der Altersdiskriminierung.
Noch nehmt ihr unbesehen und unnachdenklich hin.

Erinnerung: In der ersten Phase von Covid gab es Massen-Sterben, weil ihr die Alten nicht geschützt habt, sie isoliert hieltet, nicht merken wolltet, daß sie allein gelassen depressiv wurden und nicht mehr die Widerstandskräfte hatten, die man im Alter haben soll. Viele gaben sich selbst keine Chance mehr. Dann kamen Proteste: Auch alte Menschen haben ein Recht auf Zukunft. Großes Schweigen – über einen Massen-Mord – und über einen Spruch vieler Täter: „Sie machen es ja ohnehin nicht mehr lange,“ - ein Satz, der ganz in der Nähe oder abgekommen vom NS-Verdikt „lebensunwertes Leben.“

Die Alten sind Leben. Wertes Leben. Würdiges Leben.
Sie haben geschaffen, warum Ihr heute halbwegs gut leben könnt.
Die einstige Bürgermeisterin von OB, Luise Albertz, entmachtete und schickte in Pension ihren Baubeigeordneten, Klaus Gehrke, weil der sagte,
er plane nicht für alte Leute - - -
und nicht für uns, die wir die Siedlung Eisenheim retten wollten.
Wir verteidigten auch die vielen Alten in tausend Ruhr-Siedlungen.
Nach sieben Jahren Kampf haben wir 1980 gewonnen.
Dies gehört zur Geschichte von Ruhr und Emscher.

Herr Oberbürgermeister, wenn Sie von der Strategie abweichen wollen, den Obrigkeitsirrtum auch ihrer Staatsgewalt durch Schweigen decken zu wollen, dann hilft nur: Aufgabe der Geschichtsvergessenheit und Studium auch der Amtsvorgängerin, die vieles zustande brachte, was Schweigen und „Weghauen“ (Abreißen) nicht zustande gebracht hätten.

Ich habe Ihnen genug Vorschläge gemacht,
wie Sie aus Ihrem Dilemma heraus kommen.
Ehrlich (sagt man in Ruhr): dazu brauchen Sie mal ein bisschen Mut.
Sie werden vielleicht manches Erstaunen erregen,
aber schon nach kurzer Zeit viel Zustimmung ernten,
wenn Sie die Sache in die Hand nehmen:
Endlich in etlichen Gremien –
in Stadt, Land, Bundesregierung, EU – die Untersuchung anregen,
wie unrechtmäßig und vor allem folgenreich
die Praxis des Führerschein-Entzugs für alte Menschen läuft
und wie diese menschenrechts-ferne Praxis
von einer willkürstaatlichen scheinlegitimen Ebene
auf eine klare menschenrechtlich verantwortbare Ebene kommt.
„Auf denn, nicht träge denn, strebend und hoffend hinan . . .!“
Der Zitat-Autor sollte bekannt sein.

WIE SCHMÄHLICH POLITIK IST, DAS WIRD AM BREITEN AUSSITZEN
sichtbar – nicht nur hier.

Aber hier ist es ein zeithistorisches Dokument.
Die Mächtigen haben die Macht nichtallein.
Sondern es gibt Schriftsteller,
die für Menschlichkeit und Recht die Kraft des Wortes besitzen und nutzen.
Hin und wieder gab es einen, der sich Politiker nannte, und wirklich Politik
gemacht hat.
Da gab es einen, der sich nicht nur Meister der Bürger nannte,
sondern dann auch dies war.

Mit unbeugsamem aufrechten Gang
Ihr Bürger
Prof. Dr. Roland Günter.

Auch nach vielen Worten ist noch lange nicht genug gesagt.

Ein Auto gehört seit rund einem halben Jahrhundert
durch die Arbeits-Situationen zu den Menschenrechten.
Aber: Grotesk, daß man fast jedem „Kavalier“ allerlei Sünden
im Verletzen und oft Totfahren skandalös durchgehen läßt,
vor allem beim Rasen.

Dafür erhält er fast immer nur höchstens Zeit-Strafen.
Ich, der ich nicht das geringste getan habe, nicht mal die Polizei schräg anschaute,
mich nur sachlich wehrte,
mir gib das städtische Amt mit dem Briefkopf des Oberbürgermeisters
lebenslängliche Einschränkungen von wichtigen Lebenswerten –

nicht einmal mit Angabe von Widerspruchs-Möglichkeiten.

Ich habe auch anderswo keine gefunden – bin ich im Rechtsstaat?

Die Verwaltungs-Richterin in Düsseldorf liest nicht mal Akten – meine Aufzeichnungen (inzwischen im Internet) waren umfangreich und bleibt widerrechtlich untätig meiner rechtstaatlich begründeten unabweisbaren Klage-Forderung nachzukommen, das unordentliche Verfahren – mit vielen Unkorrektheiten und Rechtsbrüchen auf Ordentlichkeit zu untersuchen.

Das städtische Rechtsamt hatte ihr zugearbeitet – der Oberbürgermeister hatte das Nachsehen – geht so Großstadt-Verwaltung? Wohl kaum.

Ich war in Düsseldorf nicht einmal geladen, nicht befragt – dann 5 Zeilen und Basta – so wird mit Recht umgegangen – damit es untergeht.

Die Frau Richterin setzte auch noch obendrauf, daß ich nicht mal in eine zweite Instanz gehen kann.

In Jahrhunderten haben Menschen dafür gekämpft, daß es eine zweite Instanz geben muß.

Gibt es noch Richter? – eine Kleistsche Frage.

Kindern gab man Ausgangssperre.

Alte Leute macht man total abhängig vom Geldbeutel und von Freunden, wenn sie zum Arzt, zu Behörden, zu Freunden, zu Veranstaltungen, zu mittätiger Arbeit wollen.

Mir als Schriftsteller, der kulturellste Reisebücher schreibt, mir als Initiator des intelligenten Tourismus im Rhein-Ruhr-Gebiet und in anderen Gebieten (Toskana, Romagna, Italien), macht man es unmöglich, noch etwas Weiteres in diesem Bereich zu tun – für viele Menschen – als sozialkulturelle Arbeit.

Ein halbes Berufsverbot und noch einiges mehr - An Menschenrechten?

Zynismus gegen einen völlig Schuldlosen.

Man hat mich mit einem Fake erstmal herein zu legen versucht, obwohl es eindeutig und rasch widerlegt wurde.

Auch dies wollten Polizei und Amt erstmal nicht hören, mußte dann aber diese unhaltbare Spur kleinlaut aufgeben.

Das Verhalten von Polizei und Amt war so penetrant, obwohl es um nichts ging, so einseitig, so voreingenommen, daß man denken konnte – ja mußte:

daß da noch etwas Anderes im Spiel ist. Aber was?

War dies ein rechtsradikaler Anschlag der Polizei?

Einen Promi zur Strecke bringen?

Einen, der Bürger initiativen macht?

Einen, der damit viele Erfolge hatte?

Hat man mich bestrafen wollen, dafür,

daß sich durch meine Gründung einer Gruppe
(in der ich schon lange nicht mehr tätig bin)
die Mehrheitsverhältnisse bei den Wahlen verschoben haben?
– was übrigens auch Sie, Herr Oberbürgermeister, ins Amt brachte.

Wer hatte deshalb eine Rechnung mit mir offen?

Von Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit habe ich
bei den Amtsleuten Carsten Bleckmann und Heike Nietz nichts gespürt –
sie haben mich zur Strecke gebracht.

Dies ist so ungereimt, daß man denken muß: dahinter liegt noch einiges –
man wird es sicher herausfinden.

Hat der Amtsleiter vielleicht eine Partei – nicht die Ihre – bedienen wollen?
Ich stelle hier nur Fragen.

Es ist so vieles ungereimt in meinem Fall. Auch im Umgang mit mir als
Person.

Ich war völlig zurückhaltend, überließ meinem Anwalt Hesse alle Vorsprachen.
Gespräche konnte man die Termine nicht nenne,
ich hatte den Eindruck, daß keinerlei Diskussion mochte.

Man kann sich denken, was ich darüber denke.

Wahrscheinlich war es falsch von mir, so zurückhaltend zu sein,
denn in diesem Willkür-Milieu

wollte ich der Gegenseite keine Gesprächsfehler zuspielen.

Heike Nietz sagte zu mir hämisch: „Sie haben eine so komische Sprache.“
(Originalzitat)

Hat sie in der Schule nie einen Schriftsteller gelesen?

Ich sagte nichts. Das war das in Ruhr verbreitete Vorurteil gegen Intellektuelle.
Dies begann schon bei den Polizisten.

Das einzige Gespräch, das man so nennen kann,
hatte ich nach einer freundlichen Anfrage von zwei weiblichen Polizisten.
Aber im Polizeipräsidium, wo sie dann berichteten, hat man sie nicht ernst
genommen. Warum? Die Sache wäre damals wahrscheinlich erledigt gewesen.
Hat die Polizei Frauen-Probleme?

Ich kann die Frage nicht ersparen. Herr Oberrbürgermeister:
Darf ein Amtsleiter einfach, auch noch schriftlich, lügen,
ich sei mit meinem Auto gegen den Kreisverkehr gefahren?
Tatsache unter Zeugen: ich kam zu Fuß.
Die Lüge war alles, was er gegen mich vorbringen konnte.

Ich werde den Fall noch etlichen Instanzen und Personen vortragen.
Sie, Herr Oberbürgermeister, schaffen ihn nur aus der Welt,
indem sie Unrecht korrigieren.
Schaden ist mir genug zugefügt: schlafgestörte Nächte. Viel Ärger über

Diskriminierung.

Aber es gibt in all diesem eine produktive Seite, die ich offen darlege:
Man hat meiner schriftstellerischen Existenz auch reichlich Stoff gegeben
und dadurch mitgeholfen,
eine gewaltige bürgerrechtliche Aufgabe anzugehen:
aufzurollen, wie hierzulande Altersdiskriminierung ähnlich wie Rassismus läuft.
So grotesk es klingen mag: Ich danke für ihre Beiträge.
Allerdings hätten sie besser um manches unterschiedlicher sein dürfen.
Also: Bedankt!

Machen sich die Beteiligten klar,
wie diskriminiert sich ein alter Mensch fühlen muß,
wenn ihm im Alter mehrere ganz normale Menschenrechte genommen werden?
Wie so ein Mensch sich schutzlos fühlt.

Und dies in einem Staat, den ich seit meiner Jugend nach dem Grauen des
Krieges und der NS-Herrschaft tiefgreifend optimistisch und mit einer Fülle von
produktiven Ideen menschlich, sozial, kulturell zu mitzugestalten versucht habe
(alles nachlesbar in vielen Büchern und im Internet).

**Die Polizei und Amt sagten mir – ziemlich höhnisch:
Vor dem Gesetz ist jeder gleich. Das ist richtig.
Aber ich wurde nicht nach Gesetz behandelt:
Da heißt das Gesetz nämlich,
daß erstens auch eine Unschulds-Vermutung
im polizeilichen und amtlichen Denken zwingend drin stecken muß.
Davon war nichts sichtbar.
Zweitens fordert das Gesetz zwingend: Keine Schuld – keine Strafe,
auch nicht auf einem Umweg wie die MPU.
Drittens fordert das Gesetz den Schutz des Bürgers vor Übergriffen der
Staatsgewalt. Dies gehörte nach dem NS-System der Schutzlosigkeit
zu den wichtigsten Fortschritten im Staatswesen.
Schutz für jedweden Bürger – auch für mich.
Aber keine Polizei, kein Staatsanwalt, keine Fachbehörde, kein Obergericht,
kein Richter, kein ... hat auch nur einen Gedanken gehabt und einen Finger
gekrümmt zum Schutz für mich.
Oder zumindest erstmal zum Nachsehen, was denn da schief gelaufen ist.
Das ist doch alles eines Staates unwürdig.**

Diese Gedankenlosigkeit, auch noch hämisch präsentiert, stammt – für den
Historiker – aus anderen Jahrhunderten.
Sie erinnern an Staaten, mit denen wir nicht tauschen würden.

Kennt die Polizei die Unschulds-Vermutung? Oder geht es um Jagd-
Mentalität?
Offensichtlich wollte sie selbst beim Fake keine Unschuld kennen.

Denn sie hat überhaupt nicht ermittelt.

Ich habe nichts von ihrer Arbeit auf Papier zu sehen bekommen

– es war da auch nichts.

Ich vermute, daß zur angeforderten Akten-Einsicht nach Gesetz einiges gefehlt hat.

Polizei und Amt haben wild angenommen: jede Schramme am Auto – ein Unfall!

Erstens sind Schrammen Privatsache. Niemand ist zur Beseitigung verpflichtet.

Frage: War noch nie jemand in mediterranen engen Altstädten?

Und in mediterranen Wäldern?

Mir hat man – voreingenommen – keinen einzigen Satz abgenommen.

So geht Jagd auf schuldlose Bürger!

Wer nichts Justiziables hat, muß erfinden. Ist das korrekte Verwaltung?

Als Bürger war ich in dieser Kette der Voreingenommenheit nichts wert.

Was sagt das über Ämter des Staates? Mehr als über mich.

Und trotzdem bestand die Polizei auf „Weiter jagen!“

Warum machte eine STÄDTISCHE BEHÖRDE DIES MIT?

Dafür liegt es nahe, einen Hintergrund zu vermuten –

bislang in der Finsternis, aber er könnte auftauchen.

Rechtsradikalität? War die Polizei in Oberhausen „clean“?

Es wurde doch umfangreich abgehört? In Mülheim und Essen. Nicht in

Oberhausen?

Haben sich auch Sozialdemokraten an einem gerächt, der durch

Bürgerinitiativen mehrerer Art einigen Vorstellungen in die Quere kam?

Sie sollten ihre Leute in den Siedlungen schützen, taten es nicht,

paktierten mit den Abreißern,

aber die 50 Bürgerinitiativen, die ich beriet, gewannen die Auseinandersetzung.

Ich habe eine Sammlung ähnlicher Fälle begonnen.

Es gibt Reaktionen auf die internet-Publikation. Dies wird sich erweitern.

Ein anständiger Staat wird sich mit Anstand des Problems annehmen.

Bislang war in meinem Fall davon nichts erkennbar. Ich kenne auch weitere Fälle.

Ein zu heißes Eisen?

Wir brauchen den gesellschaftlichen Widerspruch.

Denn so wie im Fall vorgeführt, darf Gesellschaft nicht funktionieren.

Einer wie der Herr Bleckmann als Amtsleiter? – nicht diskussionsfähig, nicht

verhandlungsfähig, ein vorurteilsbesetzter Entscheider?

WIRD MIT SCHWEIGEN, AUSSITZEN UND UNTÄTIGKEIT REGIERT?

DANN WERDEN VIELE LEUTE NOCH VIEL BESCHÄFTIGUNG MIT EINER

NEUEN OPPOSITION HABEN, DIE AUF DIE ENTWICKLUNG DER

DEMOKRATIE POCHT.

WAS GELINGT, WIRD SICH ZEIGEN – FÜR MICH GEHT ES UM SINN

UND WÜRDE EINES AUFRECHTEN DEMOKRATEN.

Anghiari Toskana, im

Juli 2021.

FAZ 18. Juli 2021

Beuth duckt sich weg

Von Marlene Grunert

Immer mal wieder hatte es geheißt, die Vorwürfe gegen die hessische Polizei würden sich schon noch als haltlos erweisen. Das lässt sich spätestens seit Dienstag nicht mehr sagen. Da stellte die Expertenkommission, die von Innenminister Peter Beuth, CDU, eingesetzt worden war, um den Umgang mit Fehlern zu untersuchen und ein neues Leitbild für die Polizei zu erarbeiten, ihren Abschlussbericht vor. Und sie gewährte drastische Einblicke.

Erstmals wurde bekannt, welche Inhalte in den Chats ausgetauscht worden waren, die seit 2018 aufflogen. Polizisten schickten einander ein Foto des Vernichtungslagers Auschwitz zu, versehen mit den Worten: „Dies ist eine Judenherberge.“ Auf einem anderen Bild war ein lachender Adolf Hitler zu sehen, der auf einen rauchenden Kamin zeigt. Darüber: „Da geht eine jüdische Familie dahin.“ Unter dem Bild von einem Häufchen Asche stand geschrieben: „Ein kleines jüdisches Mädchen“, dazu sexuelle Gewaltfantasien. Auch ein Bild des ertrunkenen Alan Kurdi kursierte, versehen mit einem Rüden, der den toten Flüchtlingsjungen besteigt.

Polizisten würdigten Menschen herab, verherrlichten den Nationalsozialismus und wünschten Flüchtlingen den Tod. Jerzy Montag, der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, beschrieb auch einen „eliminatorischen Frauenhass“. Der Anwalt und frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen sprach von Bildern, „die einem den Atem nehmen“.

Die Chatnachrichten sind schon für sich genommen skandalös, erst recht in Deutschland. Hinzu aber kommt: Sie wurden von Vertretern der Staatsgewalt

verschickt. Es waren Polizeibeamte, die der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch Eid verpflichtet sind und Bürger beschützen sollen. Bis zu 136 von ihnen beteiligten sich in den 47 Gruppen, gegen etwa 100 wurde ermittelt. „Keinen einzigen Beleg“ gab es laut der Kommission dafür, dass auch nur Widerspruch erhoben wurde. Ein strukturelles Problem lässt sich da nicht länger leugnen – was nicht heißt, dass die Mehrheit der hessischen Polizisten Antisemiten und Rassisten sind.

Die Chats waren nur einer von mehreren rechtsextremen Vorfällen in der hessischen Polizei. Zuletzt kamen Chats im mittlerweile aufgelösten Spezialeinsatzkommando hinzu. Die Vorsitzende der Experten-Kommission, Angelika Nußberger, sprach deshalb – etwas beschönigend – von einem „kritischen Moment“ für Hessens Polizei. Der von ihr geforderte „Neubeginn“ ist notwendig. Die Überprüfung von Polizeianwärtern beim Verfassungsschutz, wie sie die Kommission vorschlägt, ist sinnvoll, eine unabhängige Kontrolle polizeilichen Fehlverhaltens unerlässlich.

Doch vor allem muss das eklatante Versagen von Vorgesetzten ein Ende haben, die ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen. Es brauche eine „gänzlich neue Führungskultur auf der unteren und mittleren Vorgesetztenebene“, sagte Beuth kürzlich. Wiederholt sagte er auch, die Polizei habe noch viel Arbeit vor sich. Nur sie? Die Verantwortung trägt letztlich der Minister. Der aber hat sich in den vergangenen Jahren vor allem weggeduckt – so, als stünde er in unangenehmen Momenten nicht über, sondern neben der Polizei.